REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 478 · 21.11.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Heißer Herbst im Wendland
2. Transformation des Maoismus. Zum 90. Geburtstag von Charles Bettelheim - Henning Böke
3. Freiheit über den Wolken. Ferienflieger LTU schiebt ins Folterland Türkei ab - Tom Binger
4. Hohmanns Kampf gegen die Gottlosen. Zwischen christlichem Fundamentalismus und "antitotalitärem Konsens" - Js.
5. Karl-Marx-Stadt heißt Chemnitz. Mit ihrem neuen Programm findet die PDS zu sich selbst - mb.
6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
7. Von wegen Fakten, Fakten, Fakten. Focus fantasiert Berliner "Terroristen" herbei - mb., Berlin
8. Dokumentation zum Magdeburger §129a-Prozess: Erklärung der AnwältInnen
9. Nach der Demo - vor dem Streik? Nachbetrachtungen zur Großdemo gegen Sozialabbau in Berlin - Mag Wompel
10. gender troubles aktuell
11. Eigene Kinder? Nichts für mich! - nv
12. "Wir wollen ein großes Recht." Hausarbeiterinnen verschaffen sich Gehör und fordern ein "Recht auf Rechte"
13. Organizing by ver.di? Wie die Gewerkschaft auf Prozesse der Illegalisierung reagiert
14. Verborgene Welt der "dienstbaren Geister". Geschlechtliche Arbeitsteilung im Haushalt hält sich hartnäckig - Anke Schwarzer
15. Just in Time. Moderne Produktion von Männlichkeiten - Jürgen Budde, Berend Schultz
16. Systemwechsel - aber wohin? Die BürgerInnenversicherung als zweifelhafte Alternative in der Sozialpolitik - Andreas Bachmann
17. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
18. Seriös und zweischneidig. Zur Debatte um "Globale Öffentliche Güter" - Ulrich Brand
19. Schöne Aussichten. Auf Jobsuche in Hamburg - Katja Paulsen
20. Eine verschüttetes Verbrechen - Heike Kleffner
21. Zwei Seiten einer Medaille: Globalisierung und Krieg. Transnationale Gewalt und neoliberale Hegemonie - C. Haydt, T. Pflüger, J. Wagner
22. Doppelstrategie. Interview mit dem irakischen Kommunisten Raid Fahmi
23. Herrschaft durch Destabilisierung. Irak: Unter der Besatzung ist kein Frieden in Sicht - Joachim Guilliard
24. Gegen neoliberalen Ausverkauf, aber fürs Vaterland? Nicaraguanische Linke setzt auf nationale Bourgeoisie. - Wolfgang Ecker
25. Repressives Nachspiel in Thessaloniki. Inhaftierte Anti-EU-Aktivisten im Hungerstreik - efa
26. Moskau, gegen den Strich gebürstet - Kai Ehlers
27. Frontstaat Italien. Europas tödliche Südgrenze - Js.
28. Von toten und noch lebenden "Verrätern". Israel/Palästina: Zwei Staaten? Oder doch nur einer? - Achim Rohde
29. Betr. ak 476: Anti-israelische Gewaltfantasien? Entgegnung auf meinen ak-Kritiker - Christoph Jünke
30. Die Standhaften und die Hilflosen. Antwort auf Christoph Jünke - Js.
31. Diffuse Antithese zum Kapitalismus? Für Science Fiction ist Kommunismus schon zu alt! - Miriam Edding
32. Tanzt den (Öko-) Kommunismus! (It`s Rock `n roll, and I like it) - Hans-Hermann Hirschelmann
33. Links hinter der Friedrichstraße - Bettina Rubinstein
34. Mehr Analyse und Kritik! Oder: Vom Einfachen, das schwer zu machen ist - Michael Zander
35. Offene Fragen und Räume. Kleines Stimmungsbild vom Kongress "Indeterminate: Kommunismus" - efa
36. Ted Honderich: Die Banalität des Blöden. Oder: Wie man sich geistig in die Luft sprengt - Friedrich C. Burschel
37. Rassistische Querfront. Wenn Ex-Linke für Le Pen und Fallaci werben - Bernhard Schmid

38. "Wenn's der Wahrheitsfindung dient." Marco Carini schreibt über Fritz Teufel - Dirk Hauer
39. Drei Tage in Paris. Notizen vom Europäischen Sozialforum (ESF) - Bernhard Schmid
40. Der Neonazis neuer Style. Die extreme Rechte in Deutschland differenziert sich kulturell und politisch aus - Ralf Fischer
41. Die Verhältnisse zum Tanzen bringen ... Über Musik und Politik - Michael Schmidt-Salomon
42. Blood & Honour macht als Combat 18 weiter. Trotz Verbot ist int. rechtes Musiknetzwerk in Deutschland aktiv - Enough is enough
43. AUFGEBLÄTTERT
44. KALENDER
45. Die Debatte geht weiter: Kommunismus - oder was?
46. Editorial
47. 25.000 Euro für ak!
48. Schwerpunkt: Musik und Politik

1. Heißer Herbst im Wendland

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:46

Am 11.11.2003 gegen 16 Uhr erreichten die zwölf Castorbehälter den Verladebahnhof in Dannenberg. Der Transport war am Sonntagabend im französischen La Hague gestartet und hat die Strecke nicht reibungslos zurückgelegt. Bereits in Frankreich nahe der Grenze hatten sich AtomkraftgegnerInnen an die Gleise angekettet. Auch nahe Heilbronn gelang dies AktivistInnen. Ab Lüneburg ging es dann nur noch im Schritttempo weiter. Unter anderem räumte die Polizei eine Sitzblockade von 50 AtomkraftgegnerInnen in Harlingen. Insgesamt waren rund 13.000 Polizisten im Wendland im Einsatz. Ein Erfolg für die AtomkraftgegnerInnen war auch die Auftaktdemo am 8.11., an der über 6.000 Menschen teilnahmen.

2. Transformation des Maoismus. Zum 90. Geburtstag von Charles Bettelheim

Autor: Henning Böke · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:02

Wenn ein einst in erheblichen Teilen der Linken als richtungweisend geltender Intellektueller seinen 90. Geburtstag begeht und niemand es bemerkt, müssen die Ursachen in mehr liegen als der persönlichen Diskretion des Jubilars. Um den französischen Ökonomen Charles Bettelheim, in den 1960er Jahren einflussreicher Lehrer der jungen RevolutionärInnen des Trikont, in den 70ern Vordenker der westeuropäischen MaoistInnen, ist es seit langem still geworden. Seine Schriften bleiben lesenswert.

Biografisch ist über den am 20. November 1913 geborenen Bettelheim wenig bekannt: 1936 Studienaufenthalt in der Sowjetunion, Forschungsarbeiten über die sowjetische Ökonomie, in den 60er Jahren Korrespondenz mit Che Guevara über die Wirtschaftsplanung in Kuba, in den 70ern China-Reisen und Engagement für die Französisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft, von deren Vorsitz er 1977 aus Protest gegen den Kurswechsel in Peking zurücktrat. Als 1982 der dritte Teil seines monumentalen Werks Die Klassenkämpfe in der UdSSR erschien, dessen erster und zweiter Band lebhafte Diskussionen ausgelöst hatten, nahm kaum noch jemand Notiz davon.

Mit seinen theoretischen Arbeiten hat Bettelheim eine marxistische Kritik am Ökonomismus und Produktivkraftfetischismus der offiziellen Tradition des KP-Marxismus entwickelt. Mit dem ihm nahe stehenden kommunistischen Philosophen Louis Althusser, mittelbar aber auch mit Bewegungen wie dem italienischen Operaismus verband ihn die Orientierung am Primat der konkreten sozialen Beziehungen und Praxisformen, die das gesellschaftliche Produktionsverhältnis ausmachen.

Maoistischer als Mao

Seine Analyse des Sowjetsystems nimmt die Kritik von Marx an Proudhons juristischem Eigentumsbegriff zum Ausgangspunkt. Hinter dem Rechtstitel des "Volkseigentums", durch den Produktionsmittel ohne tatsächliche Veränderung der Produktionsbeziehungen bloß formell sozialisiert wurden, sieht Bettelheim die strukturelle Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch den Staat wirken. In einer Debatte mit Paul M. Sweezy hat er sich gegen die Vorstellung gewandt, der "Plan" stehe per se für Sozialismus, der "Markt" hingegen für Kapitalismus. Das Kernproblem des Übergangs erkennt Bettelheim in der Überwindung der Ware-Geld-Beziehungen durch Transformation der sozialen Beziehungen, die sich in jenen darstellen. Weder die Planungsbürokratie noch ideologische Kampagnen noch die Nutzung von Marktmechanismen sind die Triebkraft des Sozialismus, sondern die Veränderung des konkreten Verhältnisses der ProduzentInnen untereinander und zu den Produktionsmitteln.

In seiner historischen Untersuchung zur Entwicklung der Sowjetunion benennt Bettelheim als Kardinalfehler die unhinterfragte Übernahme der in der Sozialdemokratie entstandenen ökonomistischen und technizistischen Fixierung auf die Produktivkräfte durch die bolschewistische Führung: Stalin, Bucharin und Trotzki sieht er trotz ihres politischen Gegensatzes vereint in der falschen Linie vom Primat der Produktivkräfte, die in der kommunistischen Bewegung um 1920 nur von wenigen Dissidenten und kleinen Minderheiten angezweifelt wurde. Klassenvorurteile der Intellektuellen und der Arbeiteraristokratie gegen die als "rückständig" geltenden Bauern mündeten in das Drama der Zwangskollektivierung, die die Parteiführung um Stalin mit der Einschätzung durchführte, wenn die Bauern erst einmal mit den modernen Maschinen vertraut seien, würden sie ihre Mentalität ändern und die Notwendigkeit der Kollektivwirtschaft einsehen.

Stalins Annahme, nach Verstaatlichung und Kollektivierung seien die Klassengegensätze in der Sowjetunion verschwunden, demaskiert Bettelheim als die ideologische Folie, auf der mit technizistischen Begründungen die Wiederherstellung von Hierarchien vollzogen wurde. Ergebnis der Restauration der 30er Jahre war ein Staatskapitalismus, in der die gleichen Funktionseliten die Produktion kontrollierten wie im bürgerlichen System. Mit der Proklamation des "Sozialismus" zur eigenständigen Produktionsweise wurde die Transformation der Gesellschaft in die klassenlose freie Assoziation auf den St. Nimmerleinstag vertagt.

Bettelheim entwickelte diese Gedanken explizit in dem Glauben, in Maos China seien die richtigen Konsequenzen aus der Fehlentwicklung der Sowjetunion gezogen worden. In der Quintessenz unterscheidet

seine linke Kritik des "realen Sozialismus" sich allerdings von der offiziellen Doktrin maoistischer Parteien, die den "Verrat" der "Revisionisten" auf dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 als Ursache der Restauration ansahen - Bettelheim argumentiert sozusagen noch maoistischer als Mao. Gestützt auf bestimmte geschichtsphilosophische Motive bei Marx und Engels war in der Zweiten Internationale eine Auffassung zur Blüte gelangt, die - trotz Lenin, dessen Bruch mit Kautsky sich als ambivalent und unvollendet erweist - in der Dritten Internationale und im bürokratischen Staatssozialismus Stalins und seiner Nachfolger weitergeführt wurde: Der Sozialismus wurde hier als Kulmination der zuvor vom Kapitalismus eingeleiteten Zentralisation der Produktion angesehen - als Planungstechnologie statt als eine qualitativ andere Art der Vergesellschaftung. Der Bruch mit dem Kapitalismus und der Sozialdemokratie war in diesem Sinne nicht radikal genug.

Weg von der Fixierung auf die Produktivkräfte

Von einer China-Reise brachte Bettelheim 1972 den Eindruck mit, dort sei die Transformation sozialer Beziehungen im Gange, die in der UdSSR versäumt wurde, die Ware-Geld-Beziehungen träten zurück, Schritte zur Selbstorganisation der ProduzentInnen würden vollzogen. "Müssen wir", fragte 1976 Yao Wenyuan, Theoretiker der nach Maos Tod als "Viererbande" in den Orkus gejagten Führungsgruppe der chinesischen KP-Linken, "wirklich die kapitalistische Produktionsweise einführen, bei der sogar die von den Arbeitern auf der Toilette verbrachte Zeit gerechnet wird?" Ja, meinte Deng Xiaoping, der ab 1978 die Zerschlagung der relativ egalitären und bürokratiefreien kulturrevolutionären Strukturen mit ihrer Unproduktivität begründete, Vorschriften und Kontrolle wieder als sozialistische Tugenden und effizientes Management als vom Kapitalismus zu übernehmende klassenneutrale "Wissenschaft" darstellen ließ. Die Revolutionskomitees, hieß es nunmehr, diskutierten zu viel und leisteten zu wenig. Die heute bekannten Fakten lassen das seinerzeit von vielen Linken bewunderte maoistische Entwicklungsmodell tatsächlich gerade im Hinblick auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in einem weniger günstigen Lichte erscheinen.

Als Theoretiker der Revolution in der Dritten Welt und in seinem Engagement für Kuba und China war Bettelheim getragen von der Hoffnung, in Entwicklungsländern bestehe die Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Alternativen, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte unter dem Primat der Herstellung emanzipativer Produktionsverhältnisse vollzogen werden könne, ein anderer Weg in eine andere Moderne ohne die Schrecken der "ursprünglichen Akkumulation" möglich sei. Die Bilanz der Versuche autozentrierter Entwicklung fällt ziemlich ernüchternd aus, vermeintliche alternative Gesellschaftsmodelle erwiesen sich eher als Übergangsgesellschaften zur Warenproduktion statt weg von ihr. Paradoxerweise haben aber die Illusionen bezüglich Chinas, die Bettelheim mit großen Teilen der Neuen Linken teilte, als Katalysator einer Entdogmatisierung des Marxismus gewirkt.

Die Mao-Ära stellt sich im Rückblick als ein eigentümlich ambivalentes, seltsame Umwege gehendes Industrialisierungsregime dar. In den 50er Jahren war der Tenor von Maos Kritiken am sowjetischen Modell, China werde, gestützt auf die revolutionäre Willenskraft der Massen, die Industrialisierung noch schneller vollziehen als die Sowjetunion. Später dienten die kulturrevolutionären Losungen vom Primat der Politik und der Produktionsverhältnisse einer neuen Fraktion des Apparats als Waffe im Kampf gegen die technokratische Fraktion, auf deren Dienste freilich nicht ganz verzichtet werden konnte und die den Kampf schließlich gewonnen hat. Im Westen hingegen wurde der Maoismus teils als Fortsetzung des Stalinismus, teils als sein Widerpart interpretiert. Dem autoritären und großindustrialistischen, dem Erbe Stalins (trotz einiger "Fehler" mindestens "siebzig Prozent Verdienste") verpflichteten Maoismus, den in der BRD Organisationen wie die KPD/ML, die MLPD oder der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD vertraten und teils heute noch vertreten, stand vor allem in Frankreich ein "alternativer" Maoismus gegenüber, der nicht zuletzt durch die intellektuelle Strahlkraft Bettelheims starken Einfluss hatte.

Dieser "kulturrevolutionäre", antiautoritäre Maoismus vollzog, wenn auch noch im Namen des "Marxismus-Leninismus", den Bruch mit der hierarchisch-bürokratischen, technokratischen, fortschrittsgläubigen Haltung des alten KP-Marxismus. Dessen Kritik am Kapitalismus umfasst im Wesentlichen drei Aspekte: Kritik der ungerechten Verteilung des Mehrwerts, der Krisenhaftigkeit des Systems und, als allgemeinster Nenner, der "Anarchie" des Marktes, der der Fünfjahresplan als Inbegriff sozialistischer Ordnung entgegengehalten wurde. Sein Vorzug sollte der Doktrin zufolge darin bestehen, die Produktivkräfte besser zu entwickeln als der "anarchische" Kapitalismus. Ordnungspolitisch-bürokratisch war entsprechend die Partei- und Gewerkschaftspraxis der traditionellen KommunistInnen. Im ideologischen Mantel des Maoismus formierte sich in der jungen Linken nach 1968 eine radikalere Kapitalismuskritik, die nicht bloß die Verteilung

des gesellschaftlichen Produkts kritisiert, sondern zum Thema macht, was und wie produziert wird, die Hierarchien und Arbeitsteilungen und die auf diese zugeschnittenen Lebensformen, um den Kampf für Selbstorganisation und Selbstverwaltung und die Unterordnung der Produktion unter menschliche Bedürfnisse ins Zentrum zu rücken.

Impulse für radikale Kapitalismuskritik

Bettelheim hat mit seiner unnachgiebigen Kritik an der traditionellen Auffassung des Sozialismus als produktivistische Sozialtechnologie und mit seiner luziden Darlegung des sozialen, klassenmäßigen Charakters technokratischer Doktrinen, die den Glauben an die "Neutralität" der Produktivkraftentwicklung in Frage stellte, Anknüpfungspunkte für eine Transformation des Maoismus von "Rot" nach "Grün" geliefert. Gewiss ließ dieser Paradigmenwechsel nicht wenige Gefolgsleute von einst, in Symmetrie zu den Renegatenkarrieren vieler ehemals orthodoxer KP-MarxistInnen, im Sumpf grüner Realpolitik untergehen.

Andererseits finden Bettelheims Impulse sich heute wieder in einer radikalen Kapitalismuskritik, deren Grundzüge der Ex-Maoist Willi Hajek, Anfang der 70er Jahre in Frankreich in der auch von Bettelheim inspirierten Gauche Prolétarienne aktiv, in einem Interview (junge Welt, 8.11.2001) umriss. Er sprach dort von den in noch kleinen, aber wachsenden Gruppen - etwa linksalternativen Gewerkschaftsbewegungen in Frankreich und Italien - unternommenen Versuchen, "die Kritik am Kapitalismus wesentlich weiter (zu) treiben, über die Frage nach den Besitzverhältnissen hinaus ... Meiner Meinung nach haben die sozialen Kämpfe eine andere Qualität als früher ... Ich denke, dass das bei der Rekonstruktion der Bewegung, bei dem Aufbau einer neuen Bewegung gegen die Lohnarbeit die Kernfrage sein wird ... Ich denke, es besteht die Aussicht, dass die Mehrheit der Gesellschaft kapitalkritischer wird, und zwar viel grundsätzlicher als in den 70er Jahren."

Dem Vernehmen nach arbeitet Bettelheim zurzeit an einem neuen Buch zur Krise des Sozialismus.

Henning Böke

3. Freiheit über den Wolken. Ferienflieger LTU schiebt ins Folterland Türkei ab

Autor: Tom Binger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:12

Am Dienstag, den 21. Oktober, erhielt die Düsseldorfer Konzernzentrale der LTU in der Parsevalstraße überraschenden Besuch von demonstrierenden AntirassistInnen. Sie protestierten gegen einen am darauf folgenden Tag angesetzten Abschiebeflug nach Istanbul. Die MitarbeiterInnen der LTU wurden mit Flugblättern und einem Redebeitrag über die Aktivitäten ihrer Firma im Geschäftsfeld Abschiebungen informiert. Die Annahme eines original Airbusmodells mit "LTU-Deportation-Class-Logo" wurde von Seiten der LTU-Geschäftsführung leider verweigert. Bereits im Juli gab es anlässlich eines Abschiebefluges eine spontane Demonstration im Abflugterminal des Düsseldorfer Flughafens und auch das diesjährige antirassistische Grenzcamp in Köln machte im August mit einem eigenen Aktionstag gegen den Abschiebeflughafen Düsseldorf Front.

Doch die LTU zeigt sich bisher von den Protesten wenig beeindruckt und hält eisern am schmutzigen Geschäft mit den Abschiebungen fest. Ungefähr im Monatsrhythmus starten vom Düsseldorfer Flughafen gecharterte LTU-Maschinen als sog. Rückführungsflüge nach Istanbul. Bei den monatlichen Sonderflügen werden jeweils ungefähr hundert Menschen abgeschoben. Mindestens neun solcher Abschiebeflüge wurden im Laufe des letzten Jahres mit LTU-Maschinen und Personal durchgeführt. Die LTU bewirbt sich aktiv bei der Düsseldorfer Charterfirma Air Traffic GmbH um jeden einzelnen dieser Flüge, für die sie jeweils ungefähr 50.000 Euro erhält. Sie stellt ihre Flugzeuge und ihr Bord- und Bodenpersonal zur Verfügung, während Air Traffic im Auftrag der Landesregierung NRW für die gesamte organisatorische Abwicklung der Abschiebeflüge sorgt. Da die LTU in ihrem touristischen Kerngeschäft nicht ausgelastet sei, rechtfertigte sich die LTU-Unternehmensspitze in einem Gespräch mit den protestierenden AntirassistInnen, sei das marode Unternehmen im Rahmen des laufenden Sanierungsprogramms auf das Geschäftsfeld "Deportationsflüge" angewiesen. "Damit haben wir das Jahresgehalt eines unserer Mitarbeiter gesichert," so der LTU-Geschäftsführer Jürgen Marbach.

Abschiebeairport Düsseldorf

Die monatlichen "Rückführungsflüge" nach Istanbul sind Teil der Abschieberoutine auf dem Düsseldorfer Flughafen. Allein im Jahr 2002 liefen über den Flughafen Düsseldorf insgesamt 5.919 Abschiebungen. Damit ist Düsseldorf nach Frankfurt der zweitgrößte Abschiebeairport. Über den Flughafen Düsseldorf werden die meisten Sammel- und Charterabschiebungen in der Bundesrepublik abgewickelt. Routinemäßige Abschiebeflüge gibt es auch alle zwei Wochen mittwochs nach Belgrad und donnerstags nach Pristina. Organisiert werden diese Flüge durch das Land NRW, wobei sich regelmäßig andere Bundesländer beteiligen.

Abgeschoben werden oft ganze Familien mit ihren Kindern. Viele dieser Familien leben häufig bereits länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik. Die Kinder sind also hier geboren und deutschsprachig aufgewachsen. Zu ihrem Herkunftsland haben sie keinerlei Verbindung mehr. Die Betroffenen werden regelmäßig in sogenannten "unangemeldeten Aktionen" auf dem Ausländer- oder Sozialamt oder in ihren Wohnungen festgenommen und dann direkt zum Flughafen verschleppt. Sie haben weder die Möglichkeit einen Anwalt zu informieren, noch können sie ihren persönlichen Besitz oder ihre Ersparnisse mitnehmen. Am Zielflughafen landen sie dann völlig mittel- und orientierungslos.

Auch schwer kranke und akut behandlungsbedürftige Menschen werden abgeschoben, da die lokalen Ausländerämter regelmäßig ärztliche Atteste über die Reiseunfähigkeit der Flüchtlinge ignorieren. Sollten Betroffene sich gegen diese unmenschliche Behandlung wehren, kommt es zur Anwendung "unmittelbaren Zwangs" von Seiten der Sicherheitskräfte. Die Flüchtlinge werden dann durch den Bundesgrenzschutz oder private Sicherheitsdienste gefesselt und mit Gewalt ins Flugzeug transportiert. In der Vergangenheit ist es bei solchen gewaltsamen Abschiebungen immer wieder zu Todesfällen gekommen. Allein in Düsseldorf scheiterten im letzten Jahr 94 Abschiebeversuche am massiven Widerstand der Betroffenen.

Konzept: Image-Verschmutzung

In der Türkei droht vielen Betroffenen, insbesondere denjenigen kurdischer Herkunft, politische Verfolgung und im Extremfall sogar Folter. Von Menschenrechtsorganisationen werden immer wieder Fälle dokumentiert, in denen Abgeschobene direkt auf dem Istanbuler Flughafen verhaftet wurden und danach verschwunden blieben. Die deutschen Behörden kümmert das wenig. Nach der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist auch die im Heimatland drohende Folter kein Abschiebehindernis mehr.

Ein imagebewusster Ferienflieger wie die LTU, der sich ansonsten gerne mit seinem Engagement zur Rettung des Regenwaldes brüstet, muss sich gut überlegen, ob er nicht aus dem schmutzigen Geschäft mit den Abschiebungen aussteigt. Schließlich haben die Abschiebeflüge für die Firma keine große wirtschaftliche Bedeutung. Der bei einer internationalen Kampagne und entsprechenden Medienberichten drohende Imageschaden könnte demgegenüber schmerzhafter ausfallen. In verschiedenen europäischen Ländern haben sich in der Vergangenheit bereits große Fluggesellschaften auf Grund des öffentlichen Drucks aus dem Abschiebegeschäft zurückgezogen: so z.B. die Airline Sabena in Belgien, die Firma Martin Air in den Niederlanden oder die rumänische Tarom.

Die AntirassistInnen aus NRW fordern jedenfalls den sofortigen Stopp der Abschiebeflüge nach Istanbul und den öffentlich erklärten Ausstieg der LTU aus dem Abschiebegeschäft. Solange dies nicht geschieht, wollen sie weiterhin den Ferienflieger LTU als Abschiebeairline outen. Vorbild ist dabei die erfolgreiche deportation class-Kampagne von Kein Mensch ist Illegal u.a. antirassistischen Gruppen gegen die Deutsche Lufthansa. "Solange die LTU an dem Geschäftsfeld ‚Deportationsflüge' festhält, werden wir mit unserer Imagebeschmutzung fortfahren," verspricht Iris Müller, Sprecherin der LTU-Deportation-Class-Kampagne.

Tom Binger

4. Hohmanns Kampf gegen die Gottlosen. Zwischen christlichem Fundamentalismus und "antitotalitärem Konsens"

Christlicher Fundamentalismus und "antitotalitärer Konsens"

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:40

"Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten ... oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von ‚Antisemitismus` aufgebauscht ...", schrieb der Historiker Ernst Nolte in seinem berühmten Aufsatz "Vergangenheit, die nicht vergehen will", der 1986 den "Historikerstreit" auslöste. Der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann liegt offensichtlich anders.

Hohmanns Vortrag zum "Tag der deutschen Einheit" war alles andere als eine unüberlegte Äußerung: ein um den Anschein von "Wissenschaftlichkeit" bemühtes Referat, sorgfältig ausgearbeitet auf der Grundlage des Buches "Jüdischer Bolschewismus" von Johannes Rogalla von Bieberstein. Fakten, Fakten, Fakten reiht Hohmann aneinander - Namen hochrangiger jüdischer Bolschewisten und anderer RevolutionärInnen, Attentäter, Volkskommissare und Tscheka-Führer, dazu in Prozentzahlen die Anteile von Jüdinnen und Juden an den Führungsgremien diverser Arbeiterparteien.

Hohmanns Beharren, er habe doch nichts Falsches gesagt, ist nicht nur Dummstellerei. Die CDU-Führung hat sich aus gutem Grund darauf verständigt, die Formulierung vom jüdischen "Tätervolk" zurückzuweisen, eine weitere Auseinandersetzung mit den Inhalten von Hohmanns Hetzrede aber zu verweigern. Denn was Hohmann sagt und wie er seine "Fakten" zu einer nationalbraunen Soße verkocht, ist aus rechtskonservativer Sicht kaum anfechtbar: Die "Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein" folgt, nach Hohmann, aus dem "geradezu neurotischen Eifer" bei der Beschäftigung mit den deutschen Menschheitsverbrechen, der Selbststilisierung zum "Tätervolk", aus der die anderen, die sich "in der Rolle der Unschuldslämmer eingerichtet" haben, ihren Nutzen ziehen - ein gängiges Stereotyp in der Debatte um die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, das von den Herren Augstein und Dohnanyi auch in die Walser-Bubis-Kontroverse eingeführt wurde; dass "auch Deutsche ... im großen Stil Opfer fremder Gewalt" geworden seien und ihnen daher zumindest symbolische Wiedergutmachung in Form eines "Zentrums gegen Vertreibungen" zustehe, dürfte Mehrheitsmeinung sein - FunktionärInnen der Vertriebenenverbände (wie die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach) verlangen darüber hinaus finanzielle Entschädigungen; mit dem Strom schwimmt Hohmann auch, wenn er den Missbrauch des Sozialsystems durch Leute, die "man früher Schmarotzer genannt hätte" ("Miami-Rolf"), geißelt und von dem weit verbreiteten "Gefühl" spricht, "als normaler Deutscher schlechter behandelt zu werden als andere" - das ist Originalton Bild und integraler Bestandteil des Massenbewusstseins.

Die Schwierigkeiten der CDU im Fall Hohmann erklären sich nicht nur aus dem Dilemma, einen Störer loszuwerden, ohne die christlich wählende "Braunzone" vor den Kopf zu stoßen. Hinzu kommt, dass Hohmanns Themen zugleich Themen des gesamten konservativen Lagers, teilweise auch der "neuen Mitte" sind: Dazu gehören insbesondere der deutsche Opferdiskurs, das Klagelied über fehlendes Gemeinschafts- bzw. Nationalgefühl, die Betonung der "christlichen Werte" und des Deutschtums. Ob rüder Antisemitismus - die Rede vom jüdischen "Tätervolk" (dessen Untaten den deutschen Verbrechen vorausgingen und diese erst provozierten, würde Nolte hinzufügen) - diesen Projekten dienlich ist, scheint selbst Hohmann zu bezweifeln. Deshalb enthält seine Rede am Schluss auch eine Art Kompromissangebot: "Verbindendes Element des Bolschewismus und des Nationalsozialismus war also die religionsfeindliche Ausrichtung und die Gottlosigkeit. Daher sind weder ‚die Deutschen` noch ‚die Juden` ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts." Mit anderen Worten: Hitler und Himmler auf deutscher Seite standen die (gottlosen) Juden Trotzki und Sinowjew gegenüber - Deutsche und Juden sind quitt. Was natürlich weder Stoiber noch Merkel jemals auch nur laut zu denken wagen würden. Dass aber die Sowjetunion - bis zu ihrem Untergang - ein in gleichem Maße wie Nazi-Deutschland verdammenswertes "Unrechtsregime" gewesen sei, wird von der "antitotalitären" deutschen

Staatsdoktrin vollständig gedeckt. Dies Geschichtsfälschung und Verharmlosung des Nationalsozialismus zu nennen, ist eine eher milde Kommentierung.

Antisemitismus ist keine Geistesverwirrung

Der Zusammenhang zwischen Hohmanns Hitler-gleich-Trotzki-These und dem "antitotalitären Konsens" ist in den ehrlich empörten Kommentaren und Protesterklärungen kaum thematisiert worden. Dort erscheint Hohmann vorrangig als ewiggestriger Provinzpolitiker und Propagandist eines längst nicht mehr zeitgemäßen christlichen Fundamentalismus. Dass Verteidigungsminister Struck den General Günzel von der Elitetruppe KSK wegen dessen Sympathieerklärung für Hohmann umgehend hinauswarf, ist nur vordergründig eine entschlossene Tat gegen den Antisemitismus. Mehr noch als das allzu leicht erkennbare Motiv, endlich mal wieder gegen die Opposition Punkte zu machen, stört die Begründung des Ministers: Er habe einen "verwirrten" General entlassen, der von einem "verwirrten" CDU-Politiker fasziniert sei. Wenn Struck Antisemitismus als individuell auftretende Geistesverwirrung verharmlost, entpolitisiert er die Affäre Hohmann und bagatellisiert sie zum Einzelfall.

Was aus Hohmann wird, ob er, wie er droht, eine eigene Splitterpartei gründet, ist nicht weiter von Interesse. Wichtiger ist die Frage, ob er von seiner Partei abgestraft wurde, weil er "zu spät" kam, oder weil er seiner Zeit voraus ist. Aber das kann derzeit niemand wissen.

Js.

5. Karl-Marx-Stadt heißt Chemnitz. Mit ihrem neuen Programm findet die PDS zu sich selbst

Autor: mb. · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:39

Der K(r)ampf hat ein Ende. Seit Ende Oktober schmückt sich die Partei des Demokratischen Sozialismus mit einem neuen Programm. Die PDS macht damit einen entscheidenden Schritt in Richtung programmatischer und politisch-praktischer Ehrlichkeit, entspricht das Programm doch genau der politischen Praxis und wohl auch Zwängen, denen die Partei sich gegenübersieht. Dass das Programm nach fünfjähriger kontroverser Diskussion am Ende mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde, kann nicht überraschen. Ob das Programm die PDS aus dem Jammertal herausführen kann, ist allerdings mehr als fraglich.

Zum großen Showdown kam es in Chemnitz nicht. Dieter "links blinken, rechts abbiegen" Dehm - auf dem Parteitag im Juni noch vehementer Gegenspieler von Parteichef Lothar Bisky - votierte für das Programm. Die Vertreter der Kommunistischen Plattform enthielten sich der Stimme. Lediglich GenossInnen des Marxistischen Forums und die im Geraer Dialog zusammengeschlossene Parteilinke stimmten mit Nein. Die Schlussabstimmung über das Programm (mit 333 Für-, 38 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen) brachte die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse deutlich zum Ausdruck. Oder anders ausgedrückt: Schon dieser Parteitag erfüllte die Programmaussage beispielhaft mit Leben, in der es heißt: "In ihr (der PDS) haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden."

Die Tatsache, dass in der Antragsberatung die eine oder andere umstrittene Formulierung im Programmentwurf revidiert werden konnte - wie etwa im friedenspolitischen Teil, wo nun nicht mehr vom Gewaltmonopol der UN, sondern von der Verteidigung des in der UN-Charta verankerten Prinzips des Gewaltverzichts die Rede ist -, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der Partei dem Weg der so genannten ReformerInnen folgt. Auch die im Vorfeld als Ausdruck der "kapitulatorischen Haltung" der ReformerInnen und PraktikerInnen heftig angegriffene Passage zu "unternehmerischem Handeln und Gewinninteresse" im Vorstandsentwurf wurde mit nur einer Stimme Mehrheit (160 zu 159 Stimmen) abgelehnt. Auf Grundlage des von der AG Betrieb und Gewerkschaft gestellten Änderungsantrags heißt es nun: "Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen."

Gewinnstreben, Innovation und Kapitalismuskritik

Ein Parteiprogramm, das kapitalistisches Gewinnstreben nur mit allergrößten Bedenken und unter gesellschaftlicher Kontrolle akzeptiert, ist - angesichts des neoliberalen Rollbacks von Rot-Grün und der allgemeinen Diskreditierung sozialer Gerechtigkeitsvorstellungen - nicht wenig. Doch das Problem liegt anderswo: Solche durchaus kapitalismuskritischen Programmpassagen stehen in deutlichem Kontrast zur alltäglichen Politik der PDS-GenossInnen in den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Jedenfalls finden die Berliner PDS-Senatoren nichts dabei, die Löhne im öffentlichen Dienst zu kürzen, die Kindergartengebühren auf Bundesspitzenposition zu bringen und die Lernmittelfreiheit abzuschaffen. Ein glaubwürdiges realpolitisches Auftreten mit klarer sozialer Ausrichtung ist das nicht.

In Chemnitz hat die PDS - wenn auch zum Teil kompromisshaft und nicht immer konsequent - ihre politische Praxis programmatisch nachvollzogen. Für den Geraer Dialog ist der Chemnitzer Parteitag "Ausdruck einer qualitativen Veränderung des Charakters der PDS - weg von einer sozialistischen Partei und hin zu einer vagen Linkspartei, die als Ostlobby wirkt und die zunehmend neoliberale Positionen transportiert." Dem kann schwer widersprochen werden.

Das Dilemma der PDS ist klar: Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann bei einer Regierungsbeteiligung nicht wesentlich mehr herauskommen als bisher in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Bei den gegebenen Kräfteverhältnissen kann Mitregieren nichts anderes bedeuten, als neoliberale Politik mitzutragen und mitzuverantworten. Die Parteilinken haben völlig recht, wenn sie die Glaubwürdigkeitslücke ihrer Minister-GenossInnen geißeln und konstatieren, dass dies Vertrauensverluste zur Folge haben muss. Anzeichen, dass sich die PDS diesem Problem stellen will, sind nicht zu erkennen. Ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag im Jahr 2006 erscheint deshalb mehr als unwahrscheinlich.

mb.

6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:35

EU: "Immer wachsam"- gegen Illegale

Eine gemeinsame EU-Grenzschutztruppe, wie seit längerem im Gespräch, nimmt immer konkretere Formen an. Die Zusammenarbeit zwischen den Grenzpolizeien läuft jedenfalls schon. Erst Ende Oktober kam es zu einer gemeinsamen Operation von GrenzschutzbeamtInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Spanien und Rumänien. In gemischten Teams wurden im Rahmen einer Aktion mit dem Codenamen "Semper Vigilia" an großen Straßenübergängen in Deutschland, Österreich und Italien Busse aus Mittel- und Osteuropa kontrolliert. Das Ganze hatte das Ziel, "illegale" GrenzgängerInnen abzufangen. Insgesamt wurden rund 160.000 Reisende und über 11.500 Fahrzeuge überprüft. Die Massenrazzia war bereits der siebte gemeinsame Einsatz, den das im Bundesinnenministerium angesiedelte "Zentrum Landgrenzen" koordinierte, das Teil des Netzwerkes zur Zusammenarbeit der Grenzpolizeien in Europa ist.

Mit §129 gegen AtomkraftgegnerInnen?

In einer konzertierten Aktion staatlicher Ermittlungsbehörden wurden am 30. Oktober im Großraum Heidelberg/Karlsruhe die Wohnungen von sieben Anti-AKW-AktivistInnen durchsucht und zahlreiche Gegenstände beschlagnahmt. Mehrere Betroffene mussten sich erkennungsdienstlich behandeln lassen. Hintergrund war laut Polizei ein angeblicher Anschlag auf eine ICE-Trasse am 22. Oktober. Dabei war ein Zug durch auf den Schienen liegende Metallteile leicht beschädigt worden. Am gleichen Tag noch fand eine Hausdurchsuchung in Philippsburg statt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wird überlegt, ein Verfahren wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) zu eröffnen. Der Zeitpunkt der Repressionswelle - der Castor-Transport nach Gorleben stand kurz bevor - legt die Vermutung nahe, dass damit eine präventive Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen betrieben werden sollte, so eine Sprecherin der Roten Hilfe Ortsgruppe Heidelberg.

Paulo Elkoro ausgeliefert

Am 5. November haben die bayrischen Behörden Paulo Elkoro an Spanien ausgeliefert. Der 30-Jährige war im Januar in Nürnberg verhaftet worden. Angeblich soll er die baskische Untergrundorganisation ETA unterstützt haben. Anfang August genehmigte der Strafsenat des Oberlandesgerichts Nürnberg die Auslieferung von Elkoro an Spanien. Ende Oktober lehnte es das Bundesverfassungsgericht ab, seinen Widerspruch gegen die Auslieferungsentscheidung wegen Verstoß gegen die Anti-Folter-Konvention der UNO zu behandeln. Diese Konvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, sieht ein Beweisverwertungsverbot bei Folter vor. Die Vorwürfe gegen Elkoro beruhen auf Aussagen von zwei Beschuldigten in Spanien, die später als unter Folter erpresst widerrufen worden waren. Elkoro saß bis zu seiner Überstellung nach Madrid in der JVA München-Stadelheim. Nachdem er bereits den ganzen September gegen seine Auslieferung mit einem Hungerstreik protestiert hatte, ging Elkoro nach seiner Auslieferung erneut in den Hungerstreik.

Vodafone sei Dank

Laut Telekommunikationsgesetz dürfen Telefonanbieter persönliche Kundendaten lediglich zu Abrechnungszwecken erheben und speichern. Bei Prepaid-KundInnen, die ja für ihr Mobiltelefon die Telefondienstleistungen im Voraus bezahlen, müsste also die Erhebung von Name, Anschrift, Personalausweisnummer etc. entfallen. Eigentlich, doch die Realität sah bislang anders aus. Weil ebenfalls nach Telekommunikationsgesetz die Anbieter verpflichtet sind, bei Bedarf Daten ihrer KundInnen an Polizei und Staatsanwaltschaft herauszugeben, verlangte die Regulierungsbehörde auch ihre Daten zu speichern. Dafür gebe es keine ausreichende gesetzliche Grundlage, stellte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig nun lapidar hinsichtlich einer entsprechenden Klage von Vodafone/D2 fest. Immerhin handele es sich bei der Speicherung personenbezogener Kundendaten um einen staatlichen Eingriff in das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht der KundInnen auf informationelle Selbstbestimmung - so die Leipziger RichterInnen -, da reiche eine lediglich indirekte Bestimmung im Gesetz nicht aus. Eine klare gesetzliche Grundlage müsse

deshalb her. Wie die aussehen wird, ist absehbar. Das Urteil käme einer Handlungsanweisung für Kriminelle gleich, sich den Telefonüberwachungen durch die Nutzung von Mobiltelefonen mit Prepaidkarten zu entziehen, beschwerte sich der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Klaus Jansen, unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung. Also: Hört die Signale, 'ran ans Prepaid-Handy!

EU und USA: Vorreiterrolle in Sachen Biometrie

Innenminister Otto Schily und der US-Minister für Innere Sicherheit, Tom Ridge, gaben sich bei einem gemeinsamen Treffen zuversichtlich, dass die USA und die EU eine "Vorreiterrolle" bei der Aufnahme biometrischer Daten in Pässe und Visa übernehmen werden, die zu einem weltweit gültigen Standard führt. Schily sprach nach dem Treffen jedenfalls von "wichtigen Ergebnissen" hinsichtlich der Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapieren. Zu den Fingerabdrücken und der Gesichtskennung, deren Aufnahme die EU unlängst beschlossen hat, kommt nun möglicherweise als drittes Merkmal die Iriserkennung hinzu. Bereits ab Januar 2004 sollen in die USA nur noch AusländerInnen von Staaten visumfrei einreisen können, die biometrische Daten in Ausweise aufnehmen. Nach dem Willen der USA und Deutschlands soll es künftig auch ein weltweit einheitliches System beim Austausch von Daten internationaler Passagiere geben. Man müsse "Übertreibungen vermeiden", sagte Schily in Bezug auf die Bedenken von DatenschützerInnen. BedenkenträgerInnen werden nicht gebraucht, soll doch durch die Kontrolle von Flugpassagieren "das Einsickern von Terroristen" und - "perspektivisch auch die illegale Einwanderung erschwert" werden.

7. Von wegen Fakten, Fakten, Fakten. Focus fantasiert Berliner "Terroristen" herbei

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Medien; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:44

"BKA enttarnt angebliche Extremisten" (Berliner Zeitung), "Feierabend-Terroristen auf der Spur" (Die Welt) oder "BKA kreist Militante ein" (Berliner Kurier) - die Vorabmeldung des Focus zeigte seine beabsichtigte Wirkung. Aus einer internen Quelle des Bundeskriminalamts (BKA) entsprechend versorgt, machte das "moderne Nachrichtenmagazin" aus München aus Mutmaßungen und Unterstellungen eine Skandalstory - das besondere daran: Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder durfte eine Statistenrolle spielen. Dass an der Sache nichts dran ist, musste selbst das BKA zugeben. Doch offenbar ist jedes Mittel recht, um den Druck auf die militante gruppe (mg) zu erhöhen und deren Gefährlichkeit ins Maßlose zu steigern.

Reißerischer geht es wohl kaum noch: Unter der Überschrift "Familienfoto mit Kanzler" (1) veröffentlichte der Focus die Geschichte seines Autors Josef Hufelschulte, der für seine intimen Kontakte zu den Staatsschutzbehörden sattsam bekannt ist. Handfestes hat der Staatsschutzschreiberling jedoch nicht zu bieten: Nach "zuverlässigen Focus-Informationen" habe das BKA vier Berliner im Alter zwischen "30 und 49 Jahren" identifiziert, "die zum konspirativen Kern der ‚Militanten Gruppe` gehören sollen". Der Tipp sei vom Berliner Verfassungsschutz gekommen, die Personen stünden bereits längere Zeit unter Beobachtung, hätten aber alle keine "dicke Staatsschutzakte", wusste Focus zu berichten.

Die vier Berliner erfuhren erst aus der Presse, dass gegen sie wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB ermittelt wird. Festnahmen und Durchsuchungen fanden bislang nicht statt. Zur Begründung liest sich das im Focus so: ",Uns fehlen noch ein paar hieb- und stichfeste Beweise, gibt ein Kenner des Falls unumwunden zu." Also baut das BKA Hand in Hand mit dem Focus schon mal vor. Das Magazin fabuliert geheimnisvoll, "niemand will ausschließen", dass es sich bei dem "enttarnten Quartett" nur um die "ideologischen ‚Schreibtischtäter" handelt und "andere Komplizen die eigentlichen Brandsätze" zünden. Mit anderen Worten: Man hält sich alle Optionen offen. Entweder man legt nach und spitzt die Vorwürfe gegen die vier hinsichtlich "Rädelsführerschaft" zu, oder man hat so schon vorgesorgt, um die Sache sang- und klanglos fallen zu lassen.

Für die letztere Variante spricht einiges. Denn darüber, wie man die militante gruppe einzuschätzen habe, gibt es offenbar zwischen den verschiedenen Staatsschutzbehörden erhebliche Differenzen. Die mg war nicht zuletzt durch Diskussionen um eine Vernetzung militanter Gruppen und über die Frage nach dem Grad der Militanz bekannt geworden. (2) Eine ihrer ersten Aktionen war die Verschickung von scharfen Patronen an Mitglieder der "Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft". Daneben ist sie vor allem im Raum Berlin mit zahlreichen Anschlägen in Erscheinung getreten, zuletzt am 29. Oktober auf zwei Fahrzeuge der Entsorgungsfirma Alba wegen deren Entlassungs- und Ausbeutungspolitik.

"Der Berliner Verfassungsschutz betrachtet die Gruppe eher gelassen", so Otto Diederichs im Berliner Tagesspiegel. (15.5.02) Der ausgewiesene Experte in den Bereichen "Innere Sicherheit", Polizei und Geheimdienste verweist auf die Berliner VS-Chefin, Claudia Schmidt, die im parlamentarischen Verfassungsschutzausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses letztes Jahr die Meinung vertrat, mit Angriffen der mg auf Personen sei nicht zu rechnen, dies sei "in der Szene nicht zu vermitteln". Auch im aktuellen Berliner VS-Bericht nimmt man die vollmundige Verbalradikalität der mg nicht für bare Münze: "Mit ihren militanten Aktionen hebt sich die ‚mg` nur unwesentlich von anderen militant agierenden Gruppierungen ab. Der Unterschied zu Brandanschlägen und sonstigen Sachbeschädigungen durch andere autonome Gruppierungen ... besteht in der Art der Selbstbezichtigung. Hier verwendet die ‚mg` einen theoretisch-abgehobenen Duktus, der sich am Stil der ‚Roten Armee Fraktion` (RAF) orientiert." Es gebe keine Erkenntnis "über eine Eskalation der militanten Aktionen", so die Berliner Verfassungsschützer. (3)

Beweise: Fehlanzeige

Beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln fällt die Bewertung anders aus. Laut Welt attestiert man dort der mg und anderen autonomen Gruppen eine "zunehmende Bereitschaft", neben "sachschadenorientierten" auch "personenschadenbezogene Praktiken" anwenden zu wollen. (10.11.03) Spiegel Online berichtete

zeitgleich mit der Vorabveröffentlichung des Focus über eine vertrauliche Analyse der Kölner GeheimdienstlerInnen, in der davon die Rede sei, die mg treibe "maßgeblich die Vernetzung von Untergrundzellen" voran. (8.11.03) Gemeint ist damit wohl die von der mg angestoßene so genannte Militanzdebatte, die seit 2001 in der Berliner Szenezeitschrift interim geführt wird. (vgl. ak 477) Die Kölner VS-AnalystInnen warnen in ihrem Bericht vor einer bevorstehenden Anschlagsserie. Hintergrund laut Spiegel Online: Mitte Oktober seien an acht Orten in einer "bundesweit koordinierten Aktion" Anschläge auf Arbeitsämter verübt worden. "Die Behörden erwägen deshalb, eine Sondersitzung der ‚Koordinierungsgruppe Terrorismus` (KGT) einzuberufen." An der KGT nehmen unter Federführung des Bundesamts für Verfassungsschutz u.a. VertreterInnen des BKA, der Länderpolizeien und der Bundesanwaltschaft teil. Wollte da jemand durch seine Indiskretion gegenüber dem Focus für eine entsprechende mediale Vorbereitung sorgen? Focus wusste jedenfalls zu berichten: "Die BKA-Fahnder stehen seit Monaten unter Druck."

Wer treibt da wen?

Während man im Bundesamt für Verfassungsschutz also meint, vor einer "latenten Bereitschaft zu terroristischen Aktivitäten" warnen zu müssen, hat das BKA keine Hinweise auf geplante Anschläge gegen Personen. "In den Sicherheitsbehörden gibt es derzeit keine einheitliche Linie", konstatiert die Welt. (10.11.03) Es kann vermutet werden, dass diese Feststellung auch für das BKA zutrifft. Die Focus-Veröffentlichung ist zumindest nicht die erste Indiskretion aus Reihen des BKA im Zusammenhang mit der mg. Im April machte die Bild mit der Schlagzeile auf, fünf Jahre nach der Selbstauflösung der RAF würde sich eine neue "linke Terrorszene" bilden. Als Beleg präsentierte Bild eine Namensliste potenzieller Attentatsopfer, die - so Bild - laut BKA die mg erstellt haben soll. Das BKA dementierte umgehend die Existenz einer solchen Liste. Offensichtlich gibt es eine undichte Stelle im BKA, die Interesse daran hat, den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf die mg zu erhöhen.

Dass das BKA "offenbar die Anführer einer gefährlichen linksradikalen Gruppierung enttarnt hat", wie Focus weismachen will, darf getrost bezweifelt werden. Um die magere Kost aufzuwerten, musste dann eine zufällige Begegnung zwischen einem Beschuldigten und Gerhard Schröder herhalten. Der war mit Frau, Kind und Schwiegereltern italienisch essen - am Nebentisch der Kanzler nebst Gattin, wobei das "Familienfoto mit Kind" entstand. Mehr als Banalitäten, die unter den Händen von Staatsschutz und Staatsschutzjournaille ins gewünschte "Terror"-Bild gepresst werden, bietet die Focus-Story nicht. Das BKA will durch abgehörte Telefonate von dieser Begegnung erfahren haben, so Focus. Dass sich der Beschuldigte seit über einem Jahr gegen seine Telefonüberwachung - von der er nur durch Zufall erfahren hat - anwaltlich wehrt, verschweigt man dann lieber, passt das doch nicht ins Bild eines "gemeingefährlichen Terroristen". Stattdessen dreht man die Sache um, und spricht von einer "fatalen" Fahndungspanne. Überrascht wird man beim Focus wahrscheinlich gewesen sein, dass sich der Beschuldigte presserechtlich gegen die Veröffentlichung wehrt - und zwar mit Erfolg: Der Berliner Kurier musste bereits eine Gegendarstellung veröffentlichen.

Nicht nur die aktuelle Focus-Veröffentlichung zeigt das gesteigerte Interesse der Staatsschutzbehörden an der mg. Laut Berliner Zeitung hat das BKA bestätigt, dass sich die Ermittlungen nicht nur auf die vier Berliner beschränken. (10.11.03) Dass die Staatsschutzbehörden mit allen Mitteln in dieser Sache Erfolge erzielen wollen, zeigt auch das Beispiel Magdeburg. (vgl. ak 477) In der Elbstadt war es seit 2001 zu vier Brandanschlägen gekommen, zu denen sich verschiedene Kommandos bekannt hatten. Nach monatelanger Totalüberwachung der Magdeburger linken Szene präsentierte die BAW erst zwei, dann drei Szeneaktivisten, denen momentan in Halle der Prozess wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB gemacht wird. Für das angebliche "Zusammenwirken" in einer "militanten Offensive" mit der mg blieb in der Anklage nichts übrig, auch wenn etwa der VS Berlin die Festnahmen in Magdeburg als "erste Exekutivmaßnahme gegen eine an der Militanzdebatte beteiligten Gruppierung" gefeiert hatte. Ob diese Bewertung dem Urteil des zuständigen Oberlandesgerichts Naumburg standhält, daran gibt es momentan Zweifel.

Desinformation als Mittel zum Zweck

Der Magdeburger §129a-Prozess wie auch die Focus-Veröffentlichungen zeigen deutlich: Bei der Kriminalisierung gegen Linke ist die über Jahrzehnte eingeübte Repressionslogik der bundesdeutschen Sicherheitsapparate trotz aller gesellschaftlichen Brüche und des Bedeutungsverlustes der radikalen Linken ungebrochen. Ist der Apparat erst einmal auf die Spur gesetzt, kommt das gesamte, umfangreiche Arsenal

polizeilicher und geheimdienstlicher Ermittlungsmethoden zum Einsatz - inklusive Desinformation. Die Wette gilt: Das Focus-Beispiel war nicht das letzte seiner Art.

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) alle Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus; Focus Nr. 46, 10.11.2003

2) dokumentiert unter: http://www.geocities.com/militanzdebatte/

3) http://www.berlin.de/seninn/verfassungsschutz/Publikationen/jb_akt.htm

8. Dokumentation zum Magdeburger §129a-Prozess: Erklärung der AnwältInnen

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:45

Am. 21. Oktober begann vor dem Oberlandesgericht (OLG) Naumburg der Prozess gegen Marco H. (24), Daniel W. (22) und Carsten Sch. (23). (vgl. ak 477) Bislang sendet das OLG widersprüchliche Signale aus, wie es sich zur Anklage der Bundesanwaltschaft verhalten will. Anders die Verteidigung, deren Bewertung dieses Verfahrens wir hier dokumentieren. Aktuelle Informationen unter: www.soligruppe.de

Die Bundesanwaltschaft wirft unseren Mandanten vor, als Mitglieder einer "terroristischen Vereinigung" im Zeitraum zwischen August 2001 und März 2002 an verschiedenen Brandanschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Für die Verteidigung stellt sich diese Anklage als Versuch dar, eine völlig legal arbeitende autonome Gruppierung in Magdeburg aus politischen Gründen zu kriminalisieren. Der "Autonome Zusammenschlusz Magdeburg", in dem unsere Mandanten bis zu ihrer Festnahme gearbeitet haben, war ein Versuch, der starken rechtsradikalen Szene in Magdeburg und der Politik der sozialen Ungerechtigkeit etwas entgegenzusetzen und Freiräume für organisierte linke Politik zu schaffen.

Wir stellen fest:

1. Die Bundesanwaltschaft ist nicht in der Lage, konkrete Beweise dafür zu benennen, dass in Magdeburg überhaupt eine terroristische Vereinigung existiert hat bzw. wer Mitglied in einer derartigen Vereinigung gewesen ist.

2. Sämtliche diesbezüglichne Versuche der Bundesanwälte basieren auf Unterstellungen, Mutmaßungen und stellenweise haarsträubenden Schlussfolgerungen die letztlich darauf hinauslaufen, von politischen Überzeugungen und einer linken Rhetorik auf die Begehung bestimmter Straftaten zu schließen.

3. Der Einsatz aufwendigster Ermittlungsmethoden, wie wochenlanger Observationen und Telefonüberwachungen, hat letztendlich nicht mehr ergeben als allgemeine Erkenntnisse über private und politische Beziehungen der Angeklagten und einer Vielzahl weiterer Menschen in Magdeburg. Erkenntnisse über das Bestehen und die Struktur einer terroristischen Vereinigung wurden dabei nicht gewonnen.

4. Die Ermittlungen gegen unsere Mandanten sind von Beginn an mit äußerster Einseitigkeit geführt worden. Jede noch so banale Information wurde trotz jeweils sehr unterschiedlicher Interpretationsmöglichkeiten immer zu Lasten unserer Mandanten ausgelegt. Dem Willen, das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung aufzubauen, wurde alles andere untergeordnet.

Wir stellen weiter fest:

- Das Ermittlungsverfahren ist von massiven Verletzungen gegen rechtsstaatliche und strafprozessuale Grundsätze geprägt.

- Gespräche zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern wurden abgehört und die entsprechenden Protokolle mit in die Ermittlungsakte aufgenommen.

- Wohnungsdurchsuchungen wurden rechtswidrig ohne entsprechenden richterlichen Beschluss vorgenommen, obwohl diese bereits längere Zeit geplant waren und genügend Zeit zur Einholung einer richterlichen Entscheidung bestanden hätte.

- Die Aussage eines weiteren Beschuldigten wurde unter Umgehung der Grundsätze über verbotene Vernehmungsmethoden u.a. dadurch erpresst, dass man diesem ankündigte, im Falle seiner Aussageverweigerung nahe Angehörige über seine sexuelle Orientierung informieren zu wollen.

Die Verteidigung geht davon aus, dass die Bundesanwaltschaft mit ihrem Anklagevorwurf scheitern wird, da die vorgelegten Beweise nicht ausreichen.

Thomas Herzog, Martin Henselmann, Ulrich von Klinggräff, Sven Lindemann, Martin Poell, Gesa Schulz, Conrad Zimmer

9. Nach der Demo - vor dem Streik? Nachbetrachtungen zur Großdemo gegen Sozialabbau in Berlin

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:13

100.000 Menschen haben am 1. November in Berlin gegen die sozialpolitischen Zumutungen der Agenda 2010 demonstriert. Mehr als die OrganisatorInnen, etwa das Netzwerk Gewerkschaftslinke oder die Anti-Hartz-Bündnisse, erwartet hatten. Bahnt sich also doch auch in der Bundesrepublik eine neue soziale Bewegung an?

Ein Outing vorweg: Ich gehörte im Sommer zu den SkeptikerInnen gegenüber einer zentralen Demonstration in Berlin. Nicht, weil eine solche ohne die Organisationskraft der Gewerkschaftsführungen nicht möglich wäre. Die hatten im Mai hinreichend bewiesen, dass ihre Stärke eher in der Demobilisierung liegt. Nein, die Skepsis war in anderen Sorgen begründet.

Sorge Nummer 1: Eine ernst zu nehmende Bewegung gegen den sozialen Krieg in unserem Lande muss unbedingt diejenigen einschließen, die bereits unter den Repressionen des real existierenden Sozialstaats zu leiden haben. Die Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und RentnerInnen sollen ja schließlich nicht erst arm gemacht werden. Viele von ihnen sind es - oft unbemerkt - bereits. Kann ihnen schon wieder eine Fahrt nach Berlin zugemutet werden? Und dies bei der Aussicht, dass es wahrscheinlich keine gewerkschaftlich organisierten und finanzierten Busse geben wird?

Ein Ausschluss dieses Personenkreises aus den Protesten hätte den größten Erfolg des bisherigen Organisierungsprozesses zu Nichte gemacht: Die kommunalen und regionalen Anti-Hartz-Gruppen haben den Ausgangspunkt der Protestbewegung und schließlich auch der Demonstration dargestellt. Erstmals haben sich hier Erwerbslosengruppen, Sozialhilfegruppen, linke GewerkschafterInnen und VertreterInnen anderer sozialen Bewegungen auf einer stabileren Basis zusammengeschlossen. In den regionalen Anti-Hartz-Gruppen kamen genau die "ArbeitsplatzbesitzerInnen" und "Arbeitsplatzlose" zusammen, die durch die Struktur der Finanzierung unserer Sozialsysteme bisher erfolgreich gegeneinander ausgespielt wurden. Dieser Erfolg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und sollte nicht gefährdet werden. Deswegen müssen m.E. neue Formen des Widerstandes gesucht werden, die auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der Verweigerung und des Protestes, aber auch auf unterschiedliche Befähigung, Courage und Motivation Rücksicht nehmen.

Skepsis, Sorge, Optimismus

Der Erfolg der Demonstration vom 1. November - die plötzlich erstaunlich viele Väter und Mütter haben soll - hat an dieser Anforderung nichts geändert. Er hat auch die zweite Sorge nicht ausgeräumt. Diese gilt und galt der Tatsache, dass selbst die momentanen Angriffe auf die - teils hart erkämpften, teils zu unserer Ruhigstellung gewährten - sozialen Absicherungssysteme noch lange nicht das Ende der Fahnenstange bedeuten. Das Kapital ist - leider im Gegensatz zu uns! - nicht genügsam. Es hat Blut geleckt. Nichts und niemand ist sicher, geschweige denn heilig, und die große Koalition des Sozialabbaus hat längst weitere Einschnitte angekündigt, z.B. die geradezu folgerichtige weitere Kürzung der Sozialhilfe (Lohnabstandsgebot!). Für uns folgt daraus, dass wir uns auf einen langen und schwierigen Kampf einzustellen haben, der mit keiner noch so großen Demonstration ausgefochten werden kann. Und dieser Kampf wird noch länger und härter, wenn wir uns darauf einigen sollten, nicht den repressiven Sozialstaat zu verteidigen, sondern "echte" soziale Absicherung einzufordern. So "echt", wie sie im Kapitalismus möglich ist, so echt, wie unsere Kampfkraft reicht.

Für mich und viele andere aus der bundesweiten Koordinierung der Anti-Hartz-Gruppen folgte daraus, weiterhin auf dezentrale aber bundesweit abgesprochene Aktionstage zu setzen. Die bisher bereits stattgefundenen Aktionstage haben mehrere Vorteile aufgezeigt. Erstens trugen sie zur Bildung regionaler Strukturen bei, die für langfristige Aktivitäten unabdingbar sind - egal, ob sie sich Anti-Hartz-Gruppe, AG Soziale Grundrechte oder Sozialforum nennen. Zweitens sind sie eher geeignet, Gruppen der Bevölkerung zu

erreichen und aufzuklären, die bisher die geplanten Gesetze unterschätzt haben oder wütend, aber passiv blieben. Und drittens ermöglichen dezentrale Aktionstage am ehesten einen Aktionsmix, der allen Interessierten ermöglicht, ohne große Kosten dort zu protestieren, wo sie alltäglich betroffen sind (am Arbeitsplatz, in der Schule/Uni und in den Behörden) und wie es ihrem Organisierungsgrad und Mut entgegen kommt.

Die Gleichzeitigkeit der verabredeten Aktionen sollte ihre mediale Wirkung unterstützen und diese durch ihre prinzipielle Offenheit der Aktionsformen und -orte für möglichst viele BürgerInnen attraktiv machen. Wenn es vor Ort kocht und die dezentralen Aktionen nach ihrer Ausweitung schreien, würde sich eine zentrale Demonstration von selbst ergeben, so die Überlegungen. Analog gilt dies selbstverständlich für alle Formen von Streik und sonstige Verweigerungs- und Protestformen für Erwerbslose.

Nun hat doch eine zentrale Demonstration statt gefunden, und dies ist auch gut so. Wenn man zum Maßstab nimmt, dass sie die Regierung bislang nicht sichtbar beeindruckt hat, so war sie sicher nicht erfolgreich. Aber aber damit hatte auch niemand gerechnet. Sie war unerwartet erfolgreich, weil sie nach "innen" viel Kraft und Optimismus über die weitere Mobilisierbarkeit gebracht hat, und das war durchaus erhofft. Sie war erfolgreich, weil sie zeigt, dass wir in der Tat nicht auf Gewerkschaftsführungen oder Parteien warten müssen, um eine Großdemonstration auf die Beine zu stellen. Das beruhigt und macht Mut.

Sie war auch erfolgreich, weil die Notwendigkeit ihrer Vorbereitung von unten die Gründung und Ausweitung kommunaler/regionaler Strukturen befördert hat. Nicht zuletzt war diese Demonstration auch deshalb so erfolgreich, weil sie die bunteste Demonstration seit Zeiten war, so wie nur eine von "unten" sein kann. Viele sehen darin den Beginn einer emanzipatorischen außerparlamentarischen Bewegung in Deutschland. Dieser Optimismus ist durchaus realistisch, zumal es eine breite Bewegung von Gruppen ist, die bislang selten miteinander kooperiert haben und die eindeutig auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtet ist - zunächst über das Europäische Sozialforum.

Diese Demonstration wäre aber langfristig kein Erfolg, wenn die Fahrt nach Berlin alles gewesen wäre. Zum Glück fragen viele: "Wie weiter?" Die Antwort kann nur lauten: Mehr denn je gilt es nun, die regionalen Strukturen und ihre Aktionen auszuweiten und diese überregional sowie möglichst international zu vernetzen. Der Kampf wird Aktionsformen erfordern, die über eine Demonstration hinausgehen (Generalstreik?), und dazu brauchen wir ein möglichst breites Bündnis.

Die bisherige bundesweite Koordinierung hat leider gezeigt, dass wir hier noch viel zu lernen haben. Dies gilt für demokratische Formen des Umgangs mit politischen Unterschieden und dies gilt für die Priorität der Sache vor persönlichen/parteilichen Profilierungswünschen. Für die bundesweite Koordinierung der regionalen Anti-Hartz-Gruppen galt das Prinzip "ein/e VertreterIn pro Zusammenhang". Hierzu sollten wir zurückkehren und auf dieser Basis die nächste Aktionskonferenz am 13. Dezember in Frankfurt gestalten.

Mag Wompel, LabourNet Germany

10. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:41

"Und wer sind Sie?"

Die Hamburger Kabarettistin Lisa Politt erhält am 10. Januar 2004 in Nürnberg als erste Frau den Deutschen Kabarettpreis. Die mit 3.000 Euro dotierte Auszeichnung erhalte Politt für ihre sprachliche Schärfe und ihren intellektuellen Witz, teilte die Jury mit. Die von der Stadt Nürnberg gestiftete und vom Nürnberger Burgtheater zum 19. Mal vergebene Auszeichnung gilt als einer der angesehensten deutschen Kleinkunstpreise. Politt macht seit 1984 Kabarett. In insgesamt zehn Produktionen ist sie zusammen mit ihrem Partner Gunter Schmidt als "Herrchens Frauchen" aufgetreten. Anlass für die Preisverleihung aber ist ihr Soloprogramm "Rache", das laut Burgtheater beweist, "dass politisches Kabarett keine Männerdomäne ist". Ganz in diesem Sinne fragt Politt zu Beginn ihres Programms (in dem u.a. die Grüne zu Wort kommt, die feststellt, mit dem Aufräumen auf dem Balkan weiter gekommen zu sein als ihr Nazivater), einen männlichen Zuschauer in der ersten Reihe: "Wir Feministinnen haben ja immer gesagt, wenn wir uns Herrschaftsverhältnisse erklären wollen, müssen wir uns nur das Verhältnis zwischen Mann und Frau angucken. Also, ich bin jetzt die Unterdrückte, wer sind Sie?"

www.rock-links.de

178 Jahre

Na also, fast wäre es geschafft! Nur noch ein klein bisschen Geduld: Denn bereits in 178 Jahren erhalten Frauen für ihre geleistete Arbeit genau so viel Geld wie Männer. Voraussetzung: Die Entwicklung geht so weiter wie bislang. Dies ist eines der Ergebnisse des Einkommensberichtes der Bundesregierung. In diesem wird außerdem festgestellt, dass Frauen mit Hochschulabschluss und entsprechender Position im Westen immerhin schon 69% dessen verdienen, was Männer mit gleicher Qualifikation einfahren. Im Osten werden Akademikerinnen sogar schon mit 82% der Akademikergehälter bedacht, wobei diese insgesamt niedriger ausfallen als im Westen. Frauen verdienen aber nicht nur weniger, weil sie öfter in Teilzeit oder in ausbildungsfernen Berufen arbeiten. Ein Mann bringt auch bei gleicher Teilzeit und im ungelernten Job mehr Geld nach Hause, weil seine Arbeit anders bewertet und er höher entlohnt wird. Jetzt aber nicht den Kopf hängen lassen! Denn der Kampf um gleiche Löhne und Gehälter hat in den letzten 20 Jahren beachtliche Früchte getragen, gelang es doch, den Einkommensabstand zwischen Männern und Frauen im Westen um 2,8%, in den neuen Bundesländern in den 90er Jahren um 1,9% zu verringern. Es geht voran!

www.ag-mav.de

Gewaltig gekürzt

Anfang November schlossen sich etwa 120 Frauenberatungsstellen aus 13 Bundesländern zusammen, um in Erfurt den Bundesverband der Frauenberatungsstellen e.V. ins Leben zu rufen. Schwerpunktmäßig arbeiten die jetzt im Verband vernetzten Einrichtungen "gegen Gewalt in Beziehungen, sexualisierte Gewalt und strukturelle Gewalt", heißt es in der Pressemitteilung des Verbands. Der Wunsch nach einer bundesweiten Vernetzung entsprang einer paradoxen Situation: Einerseits soll das Anfang 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz misshandelte Frauen und Kinder besser schützen. Dem feministischen Grundsatz "Wer schlägt, muss gehen", weiß z.B. die Niedersächsische Landesregierung, würde damit eine Rechtsgrundlage verschafft: Misshandelte Frauen haben nunmehr Anspruch auf Überlassung der ehemals gemeinsam genutzten Wohnung und Opfer von Gewalt können auf Schutzverordnungen Annäherungs- und Kontaktverbote zurückgreifen. Schön. Andererseits aber drohen in den meisten Bundesländern drastische Einsparungen gerade auch im Bereich Frauen- und Kindersozialarbeit effektive Anti-Gewalt-Arbeit zu blockieren. Angesichts dieser Situation rief der neu gegründete Bundesverband dazu auf, die Kürzungen zurückzunehmen. Nur so könne die Unterstützung und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen gewährleistet sein.

www.ms.niedersachsen.de

Little Females

Mädchen gehen anders online als Jungen, zumindest in Österreich. Dort hängen 12% der "Burschen" täglich mindestens vier Stunden im Netz, während Mädchen durchschnittlich nur eine halbe Stunde lang surfen. Ja, und Mädchen chatten auch lieber als Jungs. Auch virtuell übt sich eben früh, wer mehr Verantwortung für Verständigung und Austausch übernehmen will. Doch wie meist, korrespondiert die unterschiedliche Praxis auch mit einer schnöden materiellen Differenz: Während fast die Hälfte der männlichen Jugendlichen einen eigenen Computer besitzt, ist es bei den Mädchen nur jede Dritte. Auch hier übt sich wiederum früh, was später selbstgewisser Eigentümer der Dinge, die die Welt braucht, wird. Und auch in einer ganz anderen Hinsicht arbeiten schon die ganz Kleinen daran, zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden: Bereits im Kindergarten sei es inzwischen üblich, laut Informationen eines Münchner Therapiezentrums für Ess-Störungen, dass Kleine bestimmte Nahrungsmittel verweigern, weil sie um ihre Linie fürchten; und die meisten Kinder hätten im Alter von zwölf schon eine Menge Erfahrungen mit Diäten gesammelt. Allerdings werde dies zunehmend auch zu einem Problem von Jungs. Na denn.

www.diestandard.at

Augen auf!

Sachen gibt`s, die gibt`s dann eben doch. Heine N., 32 Jahre alt, hat seine zwei Töchter ermordet. Außerdem aber hat er auch noch einer Samenbank jahrelang Samen gespendet. Die Samenproben sollen in rund 40 Länder auf der ganzen Welt verschickt worden sein. Ein Psychologe riet daraufhin möglicherweise betroffenen Frauen zur Abtreibung. Denn, so der Fachmann, es bestehe eine Gefahr von 50:50, dass die durch Nielsens Sperma gezeugten Kinder seine Gene hätten. Auch Cryos-Direktor Ole Schou war schockiert über den Fall. Was lernt uns das? Gewalt ist vererbbar, mutmaßlich über ein eigens dafür eingerichtetes "Mörder-Gen". Was folgt daraus? Wo doch niemand - schon gar nicht ungewollt - zum Mörder werden will? Doch wohl ein Recht auf genetisch saubere Eltern. Fehlt eigentlich nur noch das entsprechende Gesetz, und nichts steht dann noch den zu erwartenden massenhaften Klagen der Nachkommen der NS-Verbrecher im Wege. Bis dahin aber Achtung, denn die gengesteuerten Mörder sind mitten unter uns. Und gerade von den Samenbank-Gezeugten geht die größte Gefahr aus, sind die doch am schlechtesten dingfest zu machen. Denn nach Angaben von Schou ist es unmöglich, die Samenproben von Heine Nielsen in Dänemark oder dem Ausland aufzuspüren: Alle Spender bleiben anonym. Also: Vorsicht bei kleinen Kindern unbekannter Herkunft ...

www.orf.at

11. Eigene Kinder? Nichts für mich!

Autor: nv · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:37

Sie ist eine "Zicke", eine "verkappte Egoistin", eine "Exponentin der ‚Ideologie des Habens`", die "gerüstet (ist) für den Verteilungskampf der Geschlechter", zudem führe sie "das Frausein ad absurdum". Dies alles sind Zitate aus mehreren taz-Leserbriefen, die sich auf den Artikel "Wenn Frauen das vorher wüssten" vom 4.9.2003 - übrigens auf der Meinungsseite - beziehen. Die hier Beschimpfte ist die Psychologin und Journalistin Susie Reinhardt. Wodurch zog sie den Zorn der zumeist männlichen Leser auf sich? Sie hatte es gewagt, öffentlich für die gewollte Kinderlosigkeit zu plädieren und dabei eine Reihe von Argumenten angeführt, die für einen individuell gefassten Entschluss "No Kids" sprechen können.

Ein Job kann an den Nagel gehängt, eine Ehe geschieden, eine Wohnung gekündigt werden: Mit der Entscheidung für ein Kind legt man sich aber für sein Leben fest - sie will also verantwortungsvoll und wohl überlegt sein. Immer mehr Frauen entscheiden sich heute aus den unterschiedlichsten Gründen gegen Kinder: Fast jede Dritte bleibt inzwischen gewollt kinderlos, unter den westdeutschen Akademikerinnen sind es sogar rund 40 Prozent. Einige dieser Frauen hat Susie Reinhardt für ihr gerade erschienenes Buch "FrauenLeben ohne Kinder. Die bewusste Entscheidung gegen die Mutterrolle" befragt: zu ihren Lebensplänen und ihren Einstellungen in Bezug auf Nachwuchs und Familie.

Kindlos glücklich

"Ich habe mich nie fürs Kinderkriegen interessiert und nie dafür zuständig gefühlt, ein Kind aufzuziehen. Ich hatte nie den Wunsch danach", so beschreibt Brigitte, 47 Jahre, Verwaltungsangestellte aus Hamburg, ihre Haltung zur Kinderlosigkeit. Das gleiche Statement aus dem Mund eines Mannes wird vermutlich so selten zu hören sein wie der Satz "Ich hatte nie den Wunsch, Röcke zu tragen". Schließlich gilt auch heute noch das scheinbar unumstößliche Gesetz, dass das männliche Geschlecht für die Niederungen der Kinderbetreuung nicht zuständig sei. Die "Einladung" der rot-grünen Regierung an die Adresse der Väter: Legt doch mal eine "Elternzeit" ein, wird nach wie vor konsequent ausgeschlagen: Rund 98 Prozent der Berufspausierer sind weiterhin Frauen.

"Vor dem ersten Kinderschrein muss ich mich erst mal selbst befreien", sang in den 80er Jahren Nina Hagen selbstbewusst und traf damit den Nerv der Zeit. Und heute? Dass Selbstentfaltung und Mutterschaft immer noch ein schwieriger Balanceakt für Frauen ist, zeigt die Autorin des genannten Buches pointiert und Partei ergreifend für den kinderlosen Lebensstil. Denn wenn das Kleine schreit, ist in der Regel die Mutter diejenige, die sich drum kümmert, während der Kindsvater - da er ja schon immer besser verdient hat - weiter Vollzeit arbeitet. Auch bei Paaren, die bis zur Geburt des Kindes eine moderne Rollenverteilung hatten, schlägt mit dem ersten Babyschrei der "Traditionalisierungsschub" zu, der Frauen in die alte Hausfrauenrolle schickt. Schneller als frau denkt, wird Windeln-wechseln, Brei-kochen, Wäsche-waschen und Putzen zu einem Rund-um-die-Uhr-Job.

Auch wenn sich das Märchen, Beruf und Familie seien miteinander vereinbar, weiter größter Beliebtheit erfreut, ein Blick auf die Zahlen spricht Bände: So kehren nur die Hälfte der Mütter nach der Elternzeit in ihren Beruf zurück und Frauen, die den Wiedereinstieg schaffen, arbeiten in der Regel nur marginal auf Mini-Job-Basis oder allenfalls halbtags. Der Mythos von der "Vereinbarkeit von Kind und Karriere" und das Versprechen "Wir teilen uns die Arbeit mit dem Kind" sind aber nur zwei von insgesamt sieben Mythen rund um die Mutterschaft, die die Psychologin in ihrem Buch anhand von wissenschaftlichen Studien entzaubert. Unterhaltsam geschrieben und angereichert mit vielen Beispielen, räumt die Autorin mit den gängigen Klischees über die Mutterschaft auf, wie z.B. der Rede von der schönen Geburt oder dem "natürlichen Drang" der Frau zum Gebären.

"Mutterschaft ist ein hartes Geschäft", so Reinhardt, das neben vielen Freuden auch zahlreiche Entbehrungen mit sich bringt. So reduziert sich das Terrain der Mütter anfangs vorrangig auf Wohnung, Spielplatz und Babykrippe. Allein unter den vielen scheinbar glücklicheren Müttern, leiden nicht wenige Frauen unter Einsamkeit und sinkendem Selbstwertgefühl. Nicht nur, dass die Kontakte außerhalb des Babykosmos stetig

schwinden, auch kriselt es immer häufiger - so zeigen die Studien von FamilienforscherInnen - in der Beziehung junger Eltern.

Obwohl Feministinnen seit Jahrzehnten auf die potenziellen "Mütterfallen" hinweisen und sich für mehr Kindergartenplätze, Ganztagsschulen und für eine gleichberechtigte Beteiligung der Männer an der Reproduktion stark machen, findet ein ehrlicher Austausch über das Für und Wider von Mutterschaft selten statt. Demgegenüber kursieren die Bilder von "Superfrauen", die locker Beruf und Karriere unter einen Hut bringen, wie z.B. die ARD-Tagesschau-Moderatorin, Gabi Bauer, die trotz ihrer Zwillinge wieder arbeiten geht oder die erfolgreiche Sängerin Nena, die sexy Mutter von vier Kindern ist. Dass diese Frauen privilegiert sind und kaum als Role Model für die allein Erziehende oder für schlecht Verdienende geeignet sind, scheint vielen nicht aufzufallen. Der gesellschaftliche Druck auf Frauen, eben solche "Superfrau" zu sein, bleibt.

Karrierekiller Kind

Die Mutterschaft ist die einschneidendste Veränderung im Leben einer Frau. Ob eine Frau - unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen - Kinder will oder nicht, muss jede für sich entscheiden. Reinhardt setzt sich - und das ist das Verdienst ihres Buches - für ein Recht ein, dass eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: nämlich dafür, dass jede Frau selbst entscheiden darf, "ob sie ohne Kind leben will". Schon längst ist Muttersein für viele nicht mehr das angestrebte Standardschicksal. Dass die bewusste Entscheidung zur Kinderlosigkeit - im Jahre 2003 - aber immer noch sanktioniert wird, zeigen die erzürnten Leserbriefe auf Reinhardts Artikel.

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nimmt die prekäre Beschäftigung vor allem von Frauen zu und es werden immense Einschnitte in den Sozialstaat vorgenommen. Gleichzeitig haben Eltern Schwierigkeiten, für ihr Kind einen Kindergartenplatz zu finden. Eine Diskussion darüber, wie gesellschaftlicher Reichtum und die anfallende Arbeit - und dazu gehört auch die Reproduktionsarbeit - zwischen den Geschlechtern verteilt werden, ist nötiger denn je.

nv

Reinhardt, Susie: FrauenLeben ohne Kinder. Die bewusste Entscheidung gegen die Mutterrolle.

Ariston-Verlag, 2003, 19,90 Euro

12. "Wir wollen ein großes Recht." Hausarbeiterinnen verschaffen sich Gehör und fordern ein "Recht auf Rechte"

Hausarbeiterinnen in Berlin verschaffen sich Gehör und fordern ein "Recht auf Rechte"

Rubrik: Gender; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:24

Das europäische Respect-Netzwerk (www.respect-netz.de) wurde 1997 ins Leben gerufen und umfasst Hausarbeiterinnen-, MigrantInnen- und Unterstützungsorganisationen aus acht EU-Staaten (Großbritannien, Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Spanien, Griechenland und Deutschland). Im Frühjahr 2000 wurde in Berlin das Respect-Netzwerk Deutschland gegründet.

Denise Catalan (Name geändert) aus Chile, 23 Jahre, lebt seit einigen Jahren in Deutschland. Sie ist Hausarbeiterin in Berlin und engagiert sich seit eineinhalb Jahren bei Respect. Während des ver.di-Bundeskongresses Ende Oktober in Berlin machte das Netzwerk auf die Situation von Hausarbeiterinnen aufmerksam. Respect ist Teil der Gesellschaft für Legalisierung (www.rechtauflegalisierung.de), der u.a. Kanak Attak, die Brandenburger Flüchtlingsinitiative, elexir-A und der Polnische Sozialrat angehören. Mit Catalan sprach Anke Schwarzer.

ak: Was sind die wichtigsten Ziele des Respect-Netzwerks?

Denise Catalan: Der Kernpunkt ist, dass wir Rechte fordern für Frauen, die im Privathaushalt arbeiten: Das Recht auf ein Gehalt am Monatsende und das Recht, frei von Machtmissbrauch zu arbeiten. Im Prinzip geht es uns um ein Recht auf Rechte. Außerdem wollen wir als normale Arbeiterinnen gesehen werden und nicht als Illegale, Papierlose oder Einwanderinnen.

Wie will Respect diese Ziele erreichen?

Die Methode, unsere Ziele durchzusetzen, besteht vor allem darin, Öffentlichkeit herzustellen. Wir berichten davon, wie die Rechte von Papierlosen in Deutschland missachtet werden, sei es im Arbeitsleben oder auch in anderen Bereichen. Deshalb nimmt Respect auch an der Legalisierungsoffensive teil. Hier in Berlin engagieren sich ein Dutzend Frauen bei Respect.

In der Debatte um bezahlte Hausarbeit tauchen immer wieder Vorschläge auf, die Arbeitsverhältnisse stärker zu regulieren, beispielsweise mit einer Green Card, Dienstleistungspools oder Gutscheinen. Wie steht Respect dazu?

Wir wollen kein kleines Recht, sondern wir wollen ein großes Recht. Insofern ist die Green Card, die gebunden an einen festen Arbeitsplatz und begrenzt auf einen bestimmten Zeitraum ist, nicht tragbar. Das ist zu wenig. Wir fordern das Recht, hier ganz normal arbeiten und all das tun zu dürfen, was deutsche Staatsbürger auch tun.

Viele Frauen identifizieren sich nicht mit der Tätigkeit als Putzkraft und verschweigen ihren Job. Manche haben auch wegen ihrer Pendelmigration wenig Zeit, sich zu organisieren. Wo liegen die größten Hürden für eine Organisierung und eine Artikulation gemeinsamer Interessen und Forderungen?

Es gibt auf der einen Seite die schlechten Lebenssituationen, die eine schnelle Lösung für die einzelne Hausarbeiterin erfordern, zum Beispiel, wenn eine Frau die Wohnung verliert, wenn ihr der Lohn nicht ausgezahlt wird, wenn sie festgenommen wurde und in Abschiebehaft sitzt. Auf der anderen Seite arbeiten wir auch an langfristigen, politischen Veränderungen. Es ist nicht leicht, den Konflikt zwischen den konkreten, alltäglichen und den grundlegenden Verbesserungen auszuhalten, beides zusammenzubringen und bei den langsamen Projekten nicht die Geduld zu verlieren. Das ist die Hauptschwierigkeit.

Natürlich befinden sich alle zunächst in einer Situation, die neu ist, die wir von zuhause nicht kennen. Wir müssen uns erst einmal zurechtfinden. Am Anfang geht es tatsächlich um einfache gegenseitige Unterstützung und den Aufbau von Netzwerken, die das alltägliche Leben erleichtern können. Manche Frauen kommen aber auch bereits politisiert in Deutschland an oder sind schon immer politische Menschen gewesen. Bei anderen

erwacht das Interesse mit der Zeit, weil sie feststellen, dass die Situation auch anders verändert werden muss als immer nur in kleinen Schritten, wo sich alles immer wiederholt.

Wie sieht konkrete Unterstützung aus, zum Beispiel wenn jemand um den Lohn geprellt wird?

Wir versuchen den Leuten, die nicht zahlen wollen, ins Gewissen zu reden. Es ist aber nicht so, dass dann eine Truppe von Frauen dort auftaucht. Meistens versuchen wir per Telefon psychologischen Druck auszuüben. Und schließlich geht man natürlich dort nicht mehr arbeiten und sucht sich eine neue Stelle.

Das Respect-Netzwerk existiert bereits einige Jahre. Gibt es Fortschritte, hat sich etwas gebessert?

Ja, zumindest in den eineinhalb Jahren, in denen ich dabei bin, habe ich festgestellt, dass die Arbeit von Respect und anderen Gruppen sehr viel öffentlicher geworden ist. Das zeigt auch die Aktion bei ver.di. Das Thema wird jetzt von ganz normalen Leuten diskutiert. Auch der Kontakt und die Vernetzung mit anderen Gruppen ist enger und kontinuierlicher geworden. Wichtig ist außerdem die unsichtbare Arbeit der gegenseitigen Unterstützung in alltäglichen Problemen. Sie läuft kontinuierlich weiter - jede Woche, jeden Monat.

Wie haben ver.di-Mitglieder auf die Aktion von Respect während des Kongresses reagiert?

Als wir draußen Faltblätter an die Delegierten verteilten, waren die meisten aufgeschlossener als erwartet. Es gab auch die Möglichkeit, auf dem Kongress zu reden und unsere Forderungen an ver.di vorzutragen. Aber uns ist es schon oft mit unserem Kontakt zu ver.di passiert, dass viele Interesse zeigen, dass aber der Übergang zur Aktion in der Gewerkschaft nicht erfolgt. Was jetzt weiter passiert, ist sehr ungewiss.

Warum stockt die praktische Umsetzung bei ver.di?

Ich kenne mich nicht sehr gut in deutscher Politik aus, aber mein Eindruck ist, dass die Leute Angst haben, dass ihnen die Gewerkschaft auf diesem Weg nicht folgt und sagt, wir haben andere Sorgen. ver.di traut sich auch nicht, in der Öffentlichkeit für unsere Ziele einzutreten, und verhält sich sehr defensiv.

Mit welchen Forderungen richtet sich Respect an ver.di?

Wir wollen, dass uns die Gewerkschaft als Arbeiterinnen anschaut und uns die Türen öffnet und uns anhört. Sie soll das Augenmerk darauf legen, dass wir Arbeiterinnen sind und nicht darauf, dass wir ohne Papiere sind. Wir wollen auch ganz konkrete Unterstützung von der Gewerkschaft. Wir brauchen jemanden, der uns vertritt, der sich für unsere Arbeitsrechte einsetzt und wir nicht nur im Verborgenen arbeiten müssen. Sicher würden viele Frauen in die Gewerkschaft gehen. Einige waren auch zuhause in der Gewerkschaft, das ist eine ganz normale Sache. Aber es geht nicht nur darum, dass ver.di für uns die Türen öffnet, sondern dass in der Gewerkschaft dann auch tatsächlich etwas passiert. Mit der bloßen Mitgliedschaft ist es nicht getan. Die Kampagne muss weitergehen; das war erst der Anfang.

Inwiefern arbeitet Respect auch mit Hausarbeiterinnen zusammen, die einen deutschen Pass haben?

Ohne Zusammenarbeit geht es nicht. Die Migrantinnen haben viel Energie und Lust aktiv zu werden, aber wir brauchen Unterstützung von deutschen Frauen. Es fehlt die Erfahrung, wie die Dinge in Deutschland laufen. Aber im Moment gibt es zumindest in unserer Gruppe keine Deutsche. Wir hatten vor einiger Zeit Kontakt zur Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aufgenommen, aber da ist nichts weiter daraus geworden, schon gar nicht mit einer der 300 Hausarbeiterinnen, die in dieser Gewerkschaft Mitglied sind.

Interview: Anke Schwarzer

13. Organizing by ver.di? Wie die Gewerkschaft auf Prozesse der Illegalisierung reagiert

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:25

DOKUMENTATION:

Organizing by ver.di?

Wie die Gewerkschaft auf Prozesse der Illegalisierung reagiert

von respect und kanak attak berlin

(Oktober 2003)

Als sich ver.di im Frühjahr 2001 gründete, sollte die Vereinigung von verschiedenen Gewerkschaften dem immer wichtiger werdenden Dienstleistungssektor eine größere Kampfstärke verleihen und den gravierenden Mitgliederrückgang aufhalten.

Bei dem mit vielen Erwartungen verknüpften Start von ver.di fanden sich auch Positionen, sich sowohl für ganz neue gesellschaftliche Bündnisse und Organisationsformen zu öffnen als auch verstärkt gegen Rassismus vorzugehen.

Nicht ganz unerwartet blieben viele Hoffnungen bisher unerfüllt. Zwar forderten ver.di wie auch der DGB in der Debatte um ein neues Zuwanderungsgesetz einen gesicherten Aufenthaltsstatus für mehr als fünf Jahre hier lebende "Ausländer" und nahmen damit implizit eine Forderung der Bleiberechtskampagne auf, die mehrere Flüchtlingsräte, Roma-Organisationen und Pro Asyl organisierten. Bleiberechte sollten sich jedoch nur auf "rechtmäßig" hier lebende Menschen beziehen.

Die Gewerkschaft ver.di schweigt jedoch, wenn es um die Situation und die Rechte von Menschen ohne Papiere geht. Nur sehr vereinzelt machen sich GewerkschaftsvertreterInnen für deren Legalisierung stark. Bisher ohne Resonanz. Prozesse der Illegalisierung und der damit verbundenden Entrechtung werden von ver.di nicht als gewerkschaftliches Handlungsfeld thematisiert. So schloss die Kritik an der "Hartz-Reform" nicht die Tatsache ein, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe arbeitslosen MigrantInnen die Möglichkeit nimmt, einen unbefristeten Aufenthaltstatus zu bekommen oder sich einbürgern zu lassen. Potenziell droht ihnen sogar der Entzug des Aufenthaltsstatus.

(...)

Wir wenden uns an dieser Stelle an ver.di, weil gerade im Dienstleistungssektor Arbeitsverhältnisse zunehmen, in denen undokumentierte ArbeiterInnen Beschäftigung finden. Das trifft auf den Transportbereich und in gravierender Weise auf den Bereich der Sexarbeit zu, wo der Anteil der von migrantischen Arbeitskräften geleisteten Arbeit allein auf 60 Prozent geschätzt wird. Viele von ihnen leben hier ohne Aufenthaltsstatus bzw. sind von Illegalisierung bedroht. Ein weiterer Bereich sind die vielen Personen, die vor allem in den Großstädten in haushaltsnahen Dienstleistungen arbeiten, alte bzw. kranke Menschen pflegen, Hausarbeit verrichten und Kinder hüten.

(...)

Die bisher dominierende Logik der Ausgrenzung von undokumentierten ArbeitnehmerInnen entlang rassistischer und sexistischer Mechanismen schützt bestimmte Interessen innerhalb der noch weitgehend nationalstaatlich orientierten Gewerkschaften. Sie beruht auf der Annahme, auf diese Weise das Angebot von Arbeitskräften begrenzt zu halten und für Frauen und vor allem Männer mit deutschem Pass regulierte, gut bezahlte Arbeitsplätze durchsetzen zu können. Diese Logik der Abschottung leugnet die Realität der Migration.

(...)

Veränderungen im Dienstleistungsbereich brauchen neue Antworten und Strategien, die auf einem veränderten Solidaritätsverständnis beruhen. Aber diese Notwendigkeit stellt sich keineswegs neu. Wenn neue

Methoden der (gewerkschaftlichen und) politischen Interessendurchsetzung den Arbeits- und Lebenswirklichkeiten der Beschäftigten gerecht werden sollen, müssen sie auch die Zusammenarbeit mit linken gesellschaftlichen Kräften einschließen und nicht nur nationale Grenzen überschreiten, sondern auch rassistische und sexistische Hierarchien überwinden.

Eine Organisierung und Stärkung des Dienstleistungsbereichs zu erreichen, ohne auf Prozesse der Illegalisierung und andere Formen der Prekarisierung zu reagieren, hat keine Zukunft. (...)

ver.di - Gesellschaft für Legalisierung Empfehlungen für den Bundeskongress Berlin 19. - 25. Oktober 2003

"(...) bisher gibt es kaum Menschen ohne Papiere, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ihre Interessen finden keine ausreichende politische Artikulation und Repräsentation innerhalb der Gewerkschaft. Ein Zustand, der sich ändern sollte.

Ob ver.di eine Zukunft hat, wird daran zu messen sein, inwieweit die Organisation fähig ist, diesen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten gerecht zu werden. Dafür haben wir folgende Empfehlungen ausgearbeitet:

ver.di spricht offensiv ArbeiterInnen in irregulären Arbeitsverhältnissen an und bemüht sich, Vorurteile gegen die Gewerkschaften abzubauen. Um deren besonderen Lebensbedingungen Rechnung zu tragen, stellt die Organisation Ressourcen zur Verfügung: beispielsweise Servicepunkte für Beratung und Rechtsschutz sowie Personal für die Organisierung unabhängig vom Arbeitsplatz.

Aufnahmeformalitäten und Beitragssätze werden dahingehend geändert, dass sie Beitrittswilligen ohne Papiere oder ohne Bankkonto, mit einem unregelmäßigen und kaum existenzsichernden Lohn multilingual Zugang bieten.

ver.di vertritt Arbeitsrechte und soziale Mindeststandards für illegalisierte Menschen offensiv in Politik und Gesellschaft sowie der gewerkschaftseigenen Bildungsarbeit. Sie setzt sich für die Ratifizierung der UNO-Konvention durch die Bundesregierung ein.

Vor allem für die Bereiche Haus- und Pflegearbeit sowie Sexarbeit werden neue Formen der Interessendurchsetzung im Arbeitskampf entwickelt gegen vorherrschende untertariflicher Bezahlung, Lohnraub und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen."

14. Verborgene Welt der "dienstbaren Geister". Geschlechtliche Arbeitsteilung im Haushalt hält sich hartnäckig

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:10

Kochen, Kehren, Kinder abholen: Das bisschen Haushalt verrichten vor allem Frauen - daran geändert hat auch die neuere Frauenbewegung nichts. Die Tatsache, dass Frauen zunehmend berufstätig sind, hat ebenfalls wenig an der ungleichen Aufteilung rütteln können. Wie Studien (1) zeigen, übernehmen Männer auch heute nur einen homöopathisch messbaren Teil der Aufgaben im Haushalt. Allenfalls die Sensibilität und die generelle Bereitschaft, die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit zu teilen, hat sich gewandelt.

Offensichtlich handelt es sich dabei nicht um ein Partnerschaftsproblem zwischen zwei Privatindividuen, die nur eine neue Arbeitsteilung aushandeln müssen. Objektive Hindernisse beeinträchtigen eine gleiche Aufteilung der Hausarbeit, etwa die Erwartung an Männer und Frauen, die im Beruf Erfolg haben wollen, deutlich über 40 Wochenstunden zu arbeiten, oder die durchschnittlich höhere Bezahlung von Männern. Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten, die alltagstauglich und für Familien ökonomisch einen Sinn ergeben, sind nicht in Sicht.

Aber auch subjektive Faktoren- und sei der Wille zur Veränderung auch noch so groß - spielen eine gewichtige Rolle: Die feministische Forschung hat herausgearbeitet, dass auch die alltäglichen Tätigkeiten keine neutralen Handlungen sind. Sie sind vielmehr symbolisch aufgeladen und damit Teil des "doing gender", der ständigen Konstruktion von Geschlecht, die nicht leicht über Bord zu werfen ist. Die Verhältnisse, hier die geschlechtliche Arbeitsteilung, werden in individuellen Handlungen auch immer wieder hergestellt.

Das Projekt der Gleichverteilung der Hausarbeit ist also trotz vielfacher Bemühungen gescheitert. Das ist das nüchterne Fazit, das die Herausgeberinnen des Sammelbandes "Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Hausarbeit im Wandel" (2) ziehen. Stattdessen findet weiterhin eine Umverteilung von Haushaltsarbeit zwischen Frauen statt: Neben der unbezahlten Hilfe unter Frauen innerhalb der Familie oder des Freundeskreises, putzen Frauen auch gegen Geld. Waren die Beschäftigungsverhältnisse der Dienstmädchen vor 100 Jahren halbfeudal, so sind sie heute hochflexibel und informell. Migrantinnen aus Südamerika ohne legalen Aufenthaltsstatus putzen Wohnungen in Frankfurt, Krankenschwestern aus Polen pendeln mit einem Touristenvisum nach Berlin um ältere Menschen zu Hause zu pflegen, Au-pairs aus Ungarn hüten die Kinder berufstätiger Eltern.

"Projekt Arbeitsteilung" - gescheitert

In mehr als vier Millionen Haushalten in Deutschland - fast ausschließlich in Westdeutschland (3) - sind Schätzungen zufolge etwa 2,4 Millionen Personen regelmäßig oder vorübergehend beschäftigt, 95% davon sind Frauen, ein Großteil von ihnen Migrantinnen. Aber nur 40.000 Hausarbeiterinnen sind bei der Sozialversicherung angemeldet. Während der Tariflohn bei acht Euro brutto liegt, verdienen Migrantinnen mit keinem oder ungesichertem Aufenthaltsstatus weitaus weniger. Stundenlöhne von zwei Euro sind keine Seltenheit für Frauen, die Vollzeit in einem Haushalt arbeiten. Der Verdienst für stundenweise Beschäftigung liegt in der Regel bei fünf Euro.

Die Autorinnen beleuchten dieses Dienstleistungssegment und stoßen dabei in Bereiche vor, für die sich die Wissenschaft bislang nicht sehr interessiert hat und zeichnen erste Umrisse dieser terra incognita: Zum Beispiel in welcher Situation befinden sich die domestic workers? Von diesen Fragen steht insbesondere letztere im Mittelpunkt der im Band versammelten Beiträge.

Frau Fischer etwa, Jahrgang 1942 aus der ehemaligen DDR: Bis zur Wende 1989 arbeitet sie in einer Fabrik, dann, mit 48 Jahren, wird sie arbeitslos. Sie beginnt in einem Westberliner Haushalt zu putzen, wird weiterempfohlen und arbeitet jetzt in fünf Haushalten. Eine Anfahrtszeit von eineinhalb Stunden nimmt sie in Kauf. Aus Angst, ihre Schwarzarbeit könne entdeckt werden, zieht sie in einen anderen Ort, wo sie niemand kennt. Sie knüpft keine nachbarschaftlichen Kontakte. Selbst Familienangehörige wissen nichts von ihrer Putztätigkeit. Ihre Arbeitsbedingungen hat sie nie ausgehandelt. Der Lohn hängt davon ab, was die

ArbeitgeberInnen zu zahlen bereit sind. Sie ist jederzeit kündbar. Verpflichtende Arbeitgeberleistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsgeld haben in diesem Segment des Arbeitsmarktes den Charakter von freiwilligen und großzügigen Gaben. Zwar gibt es Tarifverträge, aber kaum jemand weiß es. Nur rund 300 Hausarbeiterinnen sind gewerkschaftlich organisiert.

legal - illegal - scheißegal: ...

Manch eine Überstunde wird mit abgelegter Kleidung oder Pralinen abgegolten. Die Arbeit ist hart. Bis zu 15 Stunden am Tag, für einen Lohn zwischen fünf und 15 Euro. Ruhepausen oder leichtere Tätigkeiten, die sonst bei der Haushaltsarbeit üblich sind, können nicht dazwischen geschoben werden, weil den bezahlten Hausarbeiterinnen gerade die aufwendigsten Aufgaben übertragen werden.

Nicht nur wissenschaftlich ist das Thema bezahlte Hausarbeit kaum untersucht, es ist auch politisches Niemandsland. Obwohl gesetzliche Regelungen existieren, hält sich so gut wie niemand daran - weder die ArbeitgeberInnen, noch die ArbeitnehmerInnen. Offensichtlich stört es die wenigsten, dass sich diese Tätigkeit in einer Grauzone, jenseits der Legalität abspielt. Maria Rerrich, Mitherausgeberin des Bandes, geht sogar so weit zu sagen: "Die gegenwärtige Politik ist nicht nur dafür verantwortlich, dass die Arbeitskraft dieser Frauen verfügbar gehalten wird, sondern sie ist auch dafür verantwortlich, dass sie in einem bestimmten Zuschnitt - nämlich vorwiegend entweder als marginalisierte und/oder als illegale verfügbar gehalten wird." Dies sei weniger Resultat einer durchdachten Strategie, sondern einer billigenden Gleichgültigkeit.

Die meisten Autorinnen des Sammelbandes sehen politischen Handlungsbedarf, verweisen aber zu Recht auf die andere Seite der Medaille der Hausarbeit - die Lohnarbeit. Eine alte Erkenntnis feministischer Theorie ist es, dass Lohn- und Reproduktionsarbeiten eine Einheit bilden und beide wesentliche Momente derselben in sich widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Folglich verlangt eine Veränderung ein Vorgehen auf beiden Ebenen.

... Dienstleistung Hausarbeit

Umso unverständlicher und fragwürdiger mutet das Unterfangen mehrerer Beiträge an, Konzepte zur Regulierung zu entwerfen, die eben nur das Feld der bezahlten Hausarbeit im Blick haben. In dem Kapitel "Politische Perspektiven zur ‚Normalisierung der Hausarbeit`" spricht beispielsweise Claudia Weinkopf über Dienstleistungspools und -gutscheine, die zahlreiche Arbeitsplätze schaffen könnten, "von denen alle profitieren". Die Pools sind Mitte der Neunziger Jahre entstanden, meist mit öffentlicher Förderung. Hier sind die Hausarbeiterinnen sozialversicherungspflichtig bei einem Unternehmen beschäftigt, das ihnen tarifliche Entlohnung, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaubs- sowie Weihnachtsgeld garantiert und sich um die Meldung bei den Sozialversicherungen kümmert.

Zudem hält Weinkopf eine breite Kampagne gegen Schwarzarbeit für erforderlich. Aber die Rechnung wird hier aus der Sicht staatlicher Interessen - ohne feministische und antirassistische Standards - gemacht, denn die Regulierung führt einerseits zu einer Verfestigung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und schließt gleichzeitig Migrantinnen ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung aus.

Renate Heubach weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass vielmehr die Legalisierung von Papierlosen und die Gewährung von Rechten für alle MigrantInnen forciert werden sollten - dann hätten auch sie bessere Karten, Arbeitnehmerrechte in den Privathaushalten durchzusetzen: Unterstützung statt Kontrollen - Beratungsstellen, Gewerkschaften und Selbstorganisationen von Hausarbeiterinnen wie das europäische Respect-Netzwerk könnten dazu beitragen, die rechtliche und gesellschaftliche Position von Papierlosen publik zu machen und zu stärken.

Die Vielfalt der Arbeitsverhältnisse und der Lebensformen von Hausarbeiterinnen erschwert es, gemeinsame Interessen und politische Forderungen zu artikulieren. Aber die Selbstorganisation könnte ein erster Schritt sein, um die ethische und paternalistische Dimension aus der Debatte über Lebensbedingungen von Hausarbeiterinnen zurückzuschieben. Sie kann deutlich machen, dass nicht großzügige Gesten angezeigt sind, sondern dass es um gewerkschaftliche und geschlechterpolitische Aspekte geht und auch darum, dass rund einer Million Menschen ohne Papiere sowie zahlreichen MigrantInnen elementare Rechte verweigert werden.

Mittlerweile schaltet die Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft Anzeigen in Zeitschriften: Ein Pappkarton ist über das Gesicht einer Frau gestülpt, die in hellgrüner Schürze Teller abspült. "Sie brauchen ihre Haushaltshilfe nicht zu verstecken", so der Slogan. Auch hier wird suggeriert, eine Unfallversicherung sei eine freiwillige, nette Geste der ArbeitgeberInnen: "Ganz einfach anmelden sie hat es verdient!" Dabei gibt es schon längst die Verpflichtung, HausarbeiterInnen gegen Unfälle zu versichern - auch wenn diese keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung haben. In Berlin sind einige Frauen bereits vor das Arbeitsgericht gezogen, weil ihnen der Lohn nicht ausgezahlt oder ihnen bei Unfällen die Hilfe verweigert wurde. Das Gericht gab ihnen Recht - auch wenn die Klägerinnen keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung vorweisen konnten.

"Einfach anmelden - sie hat's verdient!"

Das Respect-Netzwerk und die Mujeres sin rostro ("Frauen ohne Gesicht"), eine Berliner Gruppe von papierlosen Frauen aus Lateinamerika, fordern zudem ein allgemeines Recht auf einen gesicherten Aufenthaltsstatus und Bewegungsfreiheit, ohne Koppelung an einen bestimmten Arbeitsplatz (4). Beide Initiativen setzen sich für Mindeststandards für papierlose ArbeitnehmerInnen ein: Zum Beispiel Tariflohn von acht Euro, Schutz vor sexistischer und rassistischer Diskriminierung, Zugang zu medizinischer Versorgung, Kindergärten, Schulen und Universitäten. Außerdem sollen ausländische Berufs- und Universitätsabschlüsse anerkannt und das Vorrangrecht von Deutschen gegenüber EU- und Nicht-EU-BürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt abgeschafft werden.

Anke Schwarzer

Anmerkungen:

1) Jan Künzler: Familiale Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Kleine Verlag, Bielefeld, 1994

2) Claudia Gather, Birgit Geissler, Maria S. Rerrich (Hrsg.):Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel. Westfälisches Dampfboot, Münster, 2002

3) Isolde Ludwig, Vanessa Schlevogt: Bessere Zeiten für erwerbstätige Mütter? in: WSI-Mitteilungen 3/2002

4) ASW - Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.): Das bisschen Haushalt.... Bezahlte Hausarbeit in Brasilien und Deutschland. Berlin, 2003

15. Just in Time. Moderne Produktion von Männlichkeiten

Autor: Jürgen Budde, Berend Schultz · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:21

Das so genannte fordistische Normalarbeitsverhältnis bezog sich in aller Regel auf Männer. Nun ist zwar viel vom Ende der tradierten Erwerbsbiografien die Rede, doch die damit verbundenen Veränderungen des Männlichkeitsbildes werden weitgehend ausgeblendet. Dabei stellt die "Krise der Männlichkeit" keineswegs die Geschlechterhierarchien in Frage.

Männlichkeit ist ein seltsames Phänomen. Auf den ersten Blick erscheint sie wie eine außerordentlich starre und veränderungsresistente Angelegenheit. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch schnell, dass Männlichkeit weder statisch noch stabil ist. Verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Zeit bringen die über Jahrhunderte tradierten Formen gehörig in Bewegung. Neben der Herausforderung durch den Feminismus sind dabei sicherlich die momentan stattfindenden Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt und die veränderten Anforderungen an Erwerbstätige die gravierendsten Faktoren. Im Zusammenhang mit diesem Transformationsprozess ist immer häufiger von einer "Krise der Männlichkeit" die Rede. Doch der Krisenbegriff taugt nur bedingt, um die Veränderungen angemessen zu beschreiben. Denn längst nicht alle - vermutlich sogar die wenigsten - "Handlungsmuster hegemonialer Männlichkeit" (Connell) sind subjektiv oder objektiv dermaßen in Frage gestellt, dass Männlichkeit als soziale Klassifizierungskategorie nicht mehr funktionabel erscheinen oder sich gar ein Zusammenbruch abzeichnen würde. Eher im Gegenteil! Männer verändern sich individuell nur in sehr eingeschränktem Maße. (1) Symptomatisch dafür ist, dass sie sich weder vermehrt an der Kindererziehung beteiligen, noch an anfallenden Hausarbeiten. Wenn es zu Veränderungen kommt, dann am ehesten im Milieu der (Fach-)Arbeiter, und das vorwiegend aus pragmatischen Gründen.

Allerdings steht unseres Erachtens nach außer Frage, dass die gesellschaftlichen Entwicklung zur De-Legitimierung von männlichen Handlungsmustern führt. Männlichkeit ist mittlerweile nicht nur zu einem Thema in den Sozialwissenschaften geworden, sondern wird auch in der Gesellschaft kritisch hinterfragt. Auf vielen Ebenen ist es schwieriger geworden, sichere männliche Identitäten aufzubauen. Männlichkeit erscheint zunehmend fragil und legitimierungsbedürftig. Das gilt jedoch für unterschiedliche Männer in unterschiedlicher Intensität. Und längst nicht alle Antworten auf die Fragen der Legitimation von männlicher Hegemonie zielen automatisch auf die Enthierarchisierung der Geschlechterordnung ab. Die zunehmende Attraktivität rechtskonservativer bis rechtsradikaler Einstellungen und die zunehmende Militarisierung der Politik auf globaler Ebene, weisen darauf hin, dass Männer die Geschlechterverhältnisse durchaus zurück in tradierte Bahnen lenken.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Veränderungen in der Männlichkeit an sich nicht neu sind. Sie durchziehen die gesamte Geschichte von Männlichkeit. So illustriert denn das Label von der "Krise" in erster Linie die Vehemenz, mit der nach Antworten auf die gegenwärtigen Veränderungsprozesse gesucht wird.

Männlichkeit ist aufs engste mit Erwerbsarbeit verbunden. Zum einen definiert sich Männlichkeit traditionelllerweise über Erwerbsarbeit. Diese stellt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber Weiblichkeit (Außerhäusig-Innerhäusig, Produktion-Reproduktion) dar. Zum zweiten ist das kapitalistische Produktionsprinzip grundsätzlich männlich codiert. Es basiert auf Konkurrenz, Unterdrückung und der möglichst vollständigen Verwertung aller Ressourcen. Gleichzeitig findet eine "Ökonomisierung des Sozialen" statt. Soziale Gegebenheiten werden zunehmend durch ökonomisches Vokabular beschrieben und das Primat der Ökonomie damit ausgeweitet - auch bis in den Bereich der Geschlechterordnung.

Genau wie Männlichkeit befindet sich auch der Kapitalismus im Wandel. Durch die Einführung neuer Technologien in den Produktionsprozess fand in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung weg von körperlicher Arbeit statt. Es gibt einen strukturellen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Daneben ändern sich, zumindest in den westlichen Industriestaaten, die Betriebsstrukturen: Mit der Abkehr von einer tayloristischen Produktionsweise werden die damit verbundenen hierarchischen Führungsstrategien restrukturiert. Nun werden Führungsstile angestrebt, die auf Kooperation, Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit setzen. Die sich verändernden Arbeitsbedingungen erfordern von den Beschäftigten

zunehmend andere Qualifikationen und verstärkte Selbstregulierung. Sogenannte "soft skills" wie soziale Kompetenzen und kommunikative Fähigkeiten erlangen größere Bedeutung.

Neue Männer - alte Hierarchien

Diese Entwicklungen führen zu Verschiebungen in den betrieblichen Geschlechterordnungen. Das gilt sowohl für die geschlechtlichen Arbeitsteilung im Betrieb wie für männliche und weibliche Handlungsmuster. Diese Veränderungen führen jedoch auch hier nicht zwangsläufig zu einer Auflösung der Geschlechtergrenzen und der damit verbundenen Hierarchien. Die Bereiche von männlicher und weiblicher Beschäftigung differenzieren sich zwar aus, in ihrem absoluten Verhältnis bleiben sie jedoch gleich. Das Eindringen von Frauen in Männerbereiche ist ein Übergangsphänomen. Die Kategorie Geschlecht übernimmt weiterhin die Funktion eines Platzanweisers innerhalb der Betriebe. Zwar können sich die Berufe und Tätigkeiten von Frauen und Männern ändern, die Bewertung (und damit die Bezahlung, der Status, die Aufstiegschancen) dieser Tätigkeiten verändert sich aber nicht. Es gibt sogar Tendenzen zu einer Reorganisation des Geschlechterverhältnisses auf "höherem" Niveau: Die neuen Strukturen sind verstärkt wissenschaftlich-rational bzw. versachlicht. Sie stellen damit eine Weiterführung und Zuspitzung der kapitalistischen Vergesellschaftung dar.

Die neuen Schlüsselqualifikationen und betrieblichen Anforderungen führen nicht, wie vielleicht anzunehmen ist, zum Aufstieg von Frauen in Managementpositionen. Diese, im Alltagsverständnis eher Frauen zugeschriebenen Fähigkeiten, werden nun einfach auch von Männern erwartet, bzw. Männer werden dazu angehalten, sich diese Qualifikationen zu eigen zu machen. Männlichkeiten definieren sich somit immer weniger über körperliche Kraft. Vielmehr herrschen wissenschaftlich-technische Bilder vor, die zunehmend auch Eigenschaften beinhalten, die dem tradierten Männerbild widersprechende - wie Teamfähigkeit oder Kommunikationskompetenz.

Durch die beschriebenen Veränderungen der Erwerbssphäre werden traditionelle "Männerarbeitsplätze" rar. Die klassische Erwerbsbiografie mit jahrzehntelanger Zugehörigkeit zum selben Betrieb gehört mittlerweile der Vergangenheit an. Immer öfter sind Männer mit Phasen längerer Erwerbslosigkeit oder häufigen Jobwechseln konfrontiert. Um gegen diese Krisen des modernen Erwerbslebens gewappnet zu sein, sind auch hier Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gefragt. Sich selbst zu optimieren, sich fit zu machen für den Job, ist die ständige Anforderung. Dem wiederum folgen die gesellschaftlich vorherrschenden Bilder von Männlichkeit.

Flexibel, dynamisch, männlich

Im Zuge der Globalisierung produziert die Wirtschaft auf vielen Ebenen neue Arbeitsverhältnisse, und es entstehen neue Gruppen von Arbeitenden: global operierende ManagerInnen, global wandernde ArbeitsmigrantInnen, ArbeiterInnen in den "Weltmarktfabriken" und eine neue Gruppe von Computerfachleuten. Connell beschreibt mit dem Begriff der "transnationalen Geschäftswelt-Männlichkeiten" ("transnational business masculinities") Veränderungen von Männlichkeiten auf der globalen Ebene. (2) Die neue hegemoniale Form von Männlichkeit zeichnet sich, Connell zufolge, durch die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen aus: durch einen individuell weitestgehenden Verzicht auf körperliche Gewalt und eine höhere Liberalität (bspw. gegenüber Homosexualität), durch eine größere Entsolidarisierung von herkömmlichen sozialen Systemen und durch die Verfügungsgewalt über immense Kapitalien.

Unseres Erachtens ist dieser Begriff jedoch zu elitenzentriert. Wir sprechen lieber von "just-in-time"-Männlichkeiten: Männlichkeiten, die dem neoliberalen Wirtschaftssystem ähneln, in welchem sie agieren. Sie sind flexibel, verschlankt, leistungsstark, sozial dereguliert. Zeitweilig sehen sie von tradierter Männlichkeit ab, etwa bei der Ästhetisierung von Männerkörpern oder bei geänderten Schlüsselqualifikationen. Männlichkeit bleibt aber als "ruhende Ressource" aktuell und als permanente Unterscheidungs- und Unterordnungskategorie mobilisierbar.

Je nach Notwendigkeiten kann auf unterschiedliche Anforderungen unterschiedlich reagiert werde. Nun wird auch klar, warum dieser Transformationsprozess nicht mit einer Enthierarchisierung einhergeht, denn neben dem Verlust habitueller Sicherheiten garantiert die "just-in-time"-Männlichkeit einen Zuwachs an Verhaltensoptionen. Auf die Brüche in der Erwerbsbiografie muss und kann flexibel reagiert werden. Zusatzqualifikationen als private Entwicklungsaufgabe, äußerste zeitliche und räumliche Flexibilität und vielfältige Einsatzgebiete kennzeichnen das Verhältnis zur Erwerbsarbeit. Was nicht mehr effektiv erscheint,

wird abgespeckt, ausgelagert oder abgewickelt, während neue Qualifikationen erworben, Schlüsselstellungen besetzt und Ressourcen jeglicher Art (finanziell, sozial, emotional, zeitlich) kontrolliert werden. Entsolidarisierung und Egoismus sind dabei weniger ein erstrebenswertes Ziel als eher notwendiges Nebenprodukt modernisierter Männlichkeit: Egoismus gegenüber sozialen Bindungen, gegenüber jenen, die nicht so flexibel sein können und wollen und auch gegenüber sich selber. Auch hierin zeigt sich eine bemerkenswerte Parallele zwischen der Transformation der Geschlechterordnung und des Arbeitsmarktes.

Gerade die Erweiterungen von Handlungsoptionen machen unserer Ansicht nach diese neuen Formen von Männlichkeit attraktiv, insbesondere als Antwort auf die Fragen der Delegitimierung von männlicher Hegemonie. Denn damit kann einerseits den Ansprüchen und Forderungen nach Veränderung entgegengekommen werden, während andererseits Männlichkeit weiterhin abrufbar und als machtversprechende Ressource erhalten bleibt.

Jürgen Budde, Berend Schultz

Anmerkungen:

1) z.B. Meuser, Michael: Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster, Opladen 1998

2) Connell, Robert W.: Arms and the man: using the new research on masculinity to understand violence and promote peace in the contemporary world, in: Breines, Ingeborg/Connell, Robert W./Eide, Ingrid (Hrsg.): Male roles, masculinites and violence. A culture of peace perspective, Paris 2000, S. 21-34

16. Systemwechsel - aber wohin? Die BürgerInnenversicherung als zweifelhafte Alternative in der Sozialpolitik

Autor: Andreas Bachmann · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:14

Weil die Agenda 2010 scheinbar so alternativlos daher kommt, wird jeder Ansatz, der ein bisschen mehr Gerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen verspricht, begierig aufgesogen. Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die Popularität der so genannten BürgerInnenversicherung sein. Eine Popularität, die mehr durch Psychologie als durch Fakten begründet ist.

Die BürgerInnenversicherung hat einen guten Ruf. Gerade auch in linken Kreisen wird sie ausgesprochen freundlich aufgenommen. Sie bzw. ihre Variante "Erwerbstätigenversicherung" soll die Erosion der Sozialkassen aufhalten, gesellschaftliche Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit neu begründen und den weiteren Leistungsabbau in den Sozialversicherungen stoppen - so die allgemeine Erwartungshaltung. Um so erstaunlicher ist es, dass auch Parteien und PolitikerInnen aus der Privatisierungs- und Leistungskürzungsallianz zu den innigsten FreundInnen der Bürgerversicherung gehören.

Die Rürup-Kommission hatte die Zukunftsoptionen "Kopfpauschalen" oder "Bürgerversicherung" alternativ zur Debatte gestellt und damit der BürgerInnenversicherung zu einem ungeahnten Popularitätsschub verholfen. Beiden Modellen ist gemeinsam, dass die Versicherungspflicht verallgemeinert wird und dass die Unterschiede zwischen Privatversicherung und Sozialversicherung nivelliert werden. Beide Versicherungstypen sind für den Bereich der Basisabsicherungen gedacht. Bei der "Kopfpauschale" geht es um eine einkommensunabhängige Festprämie. Die "Bürgerversicherung" soll mit einkommensabhängigen Beiträgen finanziert werden, wobei alle Einkommensarten einbezogen werden sollen.

Die Schweiz: kein Musterländle

Schon vor der Debatte um die Rürup-Alternativen ist in der BRD wohlwollend auf die Schweizer Rentenversicherung hingewiesen worden. Sie wird als das Beispiel einer BürgerInnenversicherung gehandelt. Auch Linke teilen die weit verbreitete Sympathie für das Schweizer Modell der Alterssicherung. Dennoch ist Skepsis angezeigt.

In der schweizerischen "Alters- und Hinterlassenenversicherung" (AHV) sind alle EinkommensbezieherInnen, inklusive der Selbstständigen und UnternehmerInnen, einbezogen. Die Mindestrente liegt bei ca. 1.000 SFr, die Höchstrente bei ca. 2.000 SFr. Kleinstrenten wie in Deutschland, wo ca. 50% der Rentnerinnen eine Rente von weniger als 500 Euro beziehen, sind in der Schweiz nicht möglich. Was in Deutschland über den bedarfsabhängigen Sozialhilfeanspruch oder den Anspruch nach dem Grundsicherungsgesetz geregelt wäre, würde in der Schweiz zumindest teilweise bedarfsunabhängig über die AHV-Rente abgesichert.

Deren Finanzierungsbasis unterscheidet sich nicht wesentlich von einer Steuerfinanzierung. Sicherlich ist die Beteiligung auch der wohlhabenden Selbstständigen an der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems ein richtiger Ansatz. Doch das kann auch erreicht werden, indem die Sozialversicherungen aus der Vermögens- und Kapitalertragssteuer staatlich bezuschusst werden.

Wenn man sich die höheren Schweizer Lebenshaltungskosten vor Augen hält, relativieren sich die Vorzüge der AHV schon beträchtlich. Auch in der Schweiz existiert eine strukturelle Altersarmut. Viele BezieherInnen der AHV-Mindestrente benötigen zur Existenzsicherung Sozialhilfeleistungen. Die Schweizer Lösung hat aber noch weitere Schwächen. Für ArbeitnehmerInnen ab ca. 25.000 SFr Jahreseinkommen gilt eine obligatorische kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge. Erst zusammen mit dieser erreicht ein/e SchweizerIn mit durchschnittlicher Erwerbsbiografie ein Rentenniveau, das in etwa mit dem der gesetzlichen Rente in Deutschland vergleichbar ist.

Kapitaldeckungselemente spielen in der Schweiz eine sehr viel größere Rolle als in Deutschland oder Frankreich. Mittlerweile ist auf diese Weise ein Kapital von 500 Mrd. SFr angespart worden. Das hatte zu schweren Turbulenzen in der Schweizer Alterssicherung geführt, denn durch die Börsenkrise wurde ein beträchtlicher Teil dieses Vermögens entwertet. Viele Pensionskassen und Versicherungen sind nicht mehr in

der Lage, die Verpflichtungen aus den Pensionsplänen zu erfüllen. So steht zwischenzeitlich eine Absenkung des gesetzlich gesicherten Garantiezinses von vormals 4 % auf unter 2,5 % auf der Tagesordnung.

Die Schweizer Lösung weist auf die historischen Handicaps einer Volks- oder BürgerInnenversicherung hin. Volksversicherungen ähneln steuerfinanzierten Elementarsicherungssystemen, bei denen die Leistungen von vorneherein nicht bedarfsdeckend sind. Für die wohlhabenden und gutverdienenden BeitragszahlerInnen muss das auch nicht sein, weil man sich neben der staatlichen Grundsicherung komfortabel privat versichern kann. So kommen Beiträge und Leistungen von den BürgerInnenversicherungen über ein unteres oder maximal mittleres Niveau nicht hinaus.

In der BRD wird die BürgerInnenversicherung vor allem im Bereich der Krankenversicherung als Alternative zu dem neo-liberalen Modell der Kopf-Pauschalen verstanden. Die Vorschläge von Horst Seehofer (CSU) oder Krista Sager (Grüne) sind allerdings noch problematischer als die beschriebenen Defizite der AHV und die kapitalgedeckten Zusatzsysteme in der Schweiz.

Viel Zustimmung bekommt die BürgerInnenversicherung deshalb, weil alle Einkommensarten, also auch Mieten, Pachten und Kapitalerträge, bei der Beitragserhebung berücksichtigt werden sollen. Versicherungspflichtig wären alle BürgerInnen, nicht nur die Lohnabhängigen. Dieser egalitäre Eindruck wird aber durch die konkrete Ausformung nicht gestützt.

Versorgung an der Armutsgrenze

Zum einen soll es weiterhin eine Beitragsbemessungsgrenze geben. (1) Das Einkommen von wohlhabenden und reichen Versicherten geht also nur in geringem Umfang in die Umverteilung ein. Zum anderen wird mit der formalen Einbeziehung auch der Kapitaleinkommen die bisherige paritätische, Lohnsummen bezogene Finanzierung durch die Arbeitgeber in Frage gestellt. Der grüne Außenminister hat das als ersten Schritt zum Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge eingefordert.

Bei der Sicherung des Beitragsaufkommens durch die Arbeitgeberbeiträge geht es nicht um ein abstraktes Prinzip (Parität). Deren Abschaffung führt vielmehr zu negativen Verteilungseffekten. Der sukzessive Wegfall der Arbeitgeberbeiträge entlastet den Unternehmenssektor und die Beitragsbemessungsgrenze die wohlhabenden Haushalte. Ideologisch passt dazu, dass auch die Kampagne für die BürgerInnenversicherung mit dem standortpolitischen Dogma der Beitragssatzsenkung und niedriger Lohnnebenkosten verbunden ist.

Noch gravierender sind die gesundheitspolitischen Konsequenzen für das Leistungsniveau. Karl Lauterbach, wichtigster Theoretiker der BürgerInnenversicherung in Deutschland, macht kein Hehl daraus, dass die Einführung der BürgerInnenversicherung mit einer Einschränkung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung verbunden ist. Teile des Leistungsumfangs der Gesetzlichen Krankenversicherung sind für ihn "Luxusmedizin". Alle Leistungen, die über den neu definierten reduzierten Leistungskatalog hinausgehen, müssen privat dazugekauft oder privat versichert werden.

Im Bereich der Krankenversicherung ist BürgerInnenversicherung somit gleich bedeutend mit einer kargen Grundabsicherung für einen großen Teil der Bevölkerung. Wohlhabende, jüngere und gesunde VersicherungsnehmerInnen werden sich durch private Zusatzversicherungen in den oberen Etagen einer Mehrklassenmedizin bewegen können. Der egalitäre Schein trügt also. Die schon vorhandenen sozialen Unterschiede und Ausschlüsse im Gesundheitswesen werden durch die BürgerInnenversicherung noch größer.

Bei den privaten Versicherungen wird sich das Verhältnis von Voll- zu Zusatzversicherung radikal verändern. Wenn die privaten Versicherer z.Z. noch gegen die BürgerInnenversicherung polemisieren, so ist das wenig mehr als ein alter Beißreflex gegen ältere linke Konzepte einer Einheitsversicherung. Die meisten VertreterInnen der Branche haben nur noch nicht erkannt, dass die umfangreichen Zusatzversicherungen zur rudimentären "Bürgerversicherung" ein ähnliches lukratives Geschäft darstellen können wie die Vollversicherungen.

Politisch hat die Debatte um die BürgerInnenversicherung den Zweck, das große Unbehagen über die unübersehbaren Ungerechtigkeiten der rot-grünen Sozial"reformen" aufzugreifen und zu kanalisieren. Andererseits ist sie auch ein Indiz dafür, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit in der politischen

Konsensbildung immer noch eine große Rolle spielt. Hier wären also Anknüpfungspunkte für eigenständige linke Projekte.

Es spricht einiges dafür, die Sozialversicherungen als Solidar- und Risikofonds aller abhängig Arbeitenden - unabhängig vom formalen Vertragstyp im Arbeitsverhältnis - auf Umlagebasis weiter zu entwickeln. In diesem Risikokollektiv dürfte politisch eher ein Konsens über ein ausreichendes Leistungsniveau herzustellen sein. In alle Sozialversicherungstransfers müssen Elemente von Grund- und Existenzsicherung eingebaut bzw. ausgeweitet werden. Die Beitragsbemessungsgrenze ist sukzessive an- und zumindest in der Gesetzlichen Krankenversicherung mittelfristig aufzuheben. Die Versicherungspflichtgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung hat keine Existenzberechtigung.

Der Wettbewerb auch der gesetzlichen Krankenversicherungen um gute Risiken und niedrige Beitragssätze ist kontraproduktiv. Eine Ausweitung des Finanz- bzw. Risikostrukturausgleichs ist ein vernünftiger erster Schritt. Am Ende muss aber eine einheitliche Finanz-, Leistungs- und Beitragsverfassung stehen - bei sinnvollen dezentralen Verwaltungsstrukturen und mit einer Stärkung der Selbstverwaltung.

Umlage plus Umverteilung

In allen Bereichen der Sozialversicherung gibt es derzeit keine praktikable Alternative zur formalen Aufteilung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteilen der Beitragslast. Realwirtschaftlich betrachtet handelt es sich so oder so um Lohn. Dennoch sind - wie etwa im Bereich der Künstlersozialversicherung - auch modifizierte "Arbeitgeberbeiträge" ausbaufähig. So wäre es interessant, die AuftraggeberInnen von kleinen, zwar formal, aber nicht wirtschaftlich Selbstständigen an der Finanzierung von deren Sozialversicherung zu beteiligen.

Es gibt andere theoretische Alternativen oder Ergänzungen zu den Arbeitgeberbeiträgen, etwa die Wertschöpfungsabgabe. Als Maßstab für die Einschätzung all dieser Modelle muss aber gelten, dass der Unternehmenssektor per saldo nicht entlastet werden darf. Eine Verstetigung des Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung (und auch zur Arbeitslosenversicherung) ist ein weiterer Beitrag zu Stabilisierung der Einnahmebasis und Finanzierung von Reformen in der Sozialversicherung (wie z. B. der Einführung von existenzsichernden Mindestansprüchen).

Unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten geht es vordringlich um eine effektivere Beteiligung von wohlhabenden Selbstständigen und anderen wohlhabenden EinkommensbezieherInnen an der sozialen Infrastruktur. Das heißt auch, dass Instrumente wie die Körperschaftssteuer oder die Einkommens- und Vermögenssteuer neu ins Spiel gebracht werden müssen. Diese verteilungspolitische Auseinandersetzung kann durch keine andere Debatte ersetzt werden; auch nicht durch eine wie oben skizzierte linke Beitragspolitik in den Sozialversicherungen, die auf eine breitere Bemessungsgrundlage abstellt.

Andreas Bachmann

Anmerkung:

1) Im Gespräch ist eine Bemessungsgrenze von ca. 3.500 Euro für den ersten Aufschlag der BürgerInnenversicherung. Insbesondere die Grünen sind für diese Variante, während Prof. Lauterbach die Bemessungsgrenze immerhin auf 5.100 Euro erhöhen will.

17. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:42

Miniboom I

1.000 Männer und Frauen arbeiten beim Schuhhaus Görtz in Hamburg, fast jede/r zehnte als MinijobberIn für 400 Euro im Monat. Mit der Neuregelung der Minijobs vom 1.4.2003 ist deren Zahl in der Hansestadt um fast 60% gestiegen, auf 133.000 Stellen im September 2003. Bundesweit betrug der Anstieg 43% (von 4,1 Mio. im April auf, 5,88 Mio. im September).

Zwei Drittel (65,3%) aller MinijobberInnen sind Frauen. Überdurchschnittlich vertreten sind sie in der Gebäudereinigung, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel. Die größten Zuwächse in den letzten Monaten erfolgten bei Speditionen, Detekteien, Schutzdiensten, Restaurants und Tankstellen. Lediglich die Jobentwicklung in den privaten Haushalten blieb hinter den Erwartungen der Handelskammern zurück. Von den geschätzten 2,9 Mio. Hilfsjobs in diesem Bereich sind nur 36.000 gemeldet, in Hamburg lediglich 636.

Leben kann von solchen Arbeitsverhältnissen niemand, auch wenn die 400 Euro für die Beschäftigten abgabenfrei sind. Minijobs werden ganz überwiegend als Zweit- oder Drittjob genutzt.

Hamburger Abendblatt

Miniboom II

Minijobs statt Arbeitsvermittlung, dass ist eine der Facetten des hohen Frauenanteils in diesen Beschäftigungsverhältnissen. Geht es nach Wirtschaftsminister Clement, so werden Frauen verstärkt vor diese Alternative gestellt und damit einmal mehr aus regulären Jobs gedrängt. In der FAZ wird Clement wie folgt zitiert: "Die Ehefrauen gut verdienender Angestellter oder Beamter akzeptieren einen Minijob oder müssen aus der Arbeitsvermittlung ausscheiden." Der Frauenrat hatte die frauenfeindlichen Implikationen der Hartz-Gesetze schon seit längerem kritisiert. Seine sarkastische Empfehlung an den Herrn Minister: Er möge doch bitte den Merksatz aufnehmen: "Der Staat garantiert die Wahlfreiheit zwischen Ehe und Arbeit."

taz

Stromprotest

Die stärksten Protestbewegungen seit langem erschüttern den Karibikstaat Dominikanische Republik. Am 11. November kam es zu einem Generalstreik, in dessen Verlauf Polizei und Militär sieben DemonstrantInnen in der Hauptstadt Santo Domingo erschossen haben. Der Streik wurde nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von einem breiten Bündnis von Parteien und Stadtteilorganisationen getragen. Die Streikenden forderten mehr Geld für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, mehr Geld für die Universität und eine Rücknahme der Strompreiserhöhungen. Die Privatisierung des Energiesektors hatte zu einem derartigen Preisanstieg geführt, dass viele ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können.

taz, www.labournet.de

Supermarktstreik

Seit dem 12. Oktober werden in den USA eine Reihe von Supermarkt-Ketten bestreikt - das erste Mal seit 25 Jahren. Seinen Ausgangspunkt nahm der Streik in Südkalifornien, 83.000 Beschäftigte, in der Mehrheit Frauen, darunter viele Afroamerikanerinnen und Latinas haben sich beteiligt. Gestreikt wird in fünf Bundesstaaten, betroffen sind u.a. die Ketten Kroger, Safeway, Ralphs und Albertson. Nach neun Tagen streikten in San Diego und Los Angeles 70.000 Beschäftigte in 859 Läden. In der Region um St. Louis waren in der dritten Streikwoche 10.000 Beschäftigte aus 91 Filialen mit einem Anteil von 59% des Lebensmitteleinzelhandels im Ausstand. Und in West Virginia, Kentucky und Ohio bestreiken 3.300 Beschäftigte insgesamt 44 Geschäfte des Unternehmens Kroger.

Unter dem Druck von gewerkschaftsfreien Unternehmen wie Wal Mart versuchen die Einzelhandelsketten vor allem bei der Krankenversicherung der Beschäftigten zu sparen. Immer häufiger sollen die Beschäftigten höhere Prämien zahlen oder Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen erbringen. In Kalifornien z.B. sind die Kosten, die die Beschäftigten für ihre Gesundheitsversorgung aufbringen müssen, um 50% gestiegen. Kein Wunder, dass die Gesundheitsversorgung und die Krankenversicherung zum zentralen Thema des Streiks erhoben worden ist.

In den Lohnverhandlungen hatten die Unternehmen eine Anhebung der Stundenlöhne um 25 bis 75 Cent angeboten. Ein Sprecher der United Food and Commercial Workers Union wies hingegen darauf hin, dass damit der Anstieg bei den Kosten für die Krankenversicherung bei weitem nicht abgedeckt werden könne. Gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte verdienen zwischen 12 und 15 Dollar in der Stunde, doppelt so viel wie Unorganisierte. "Als ArbeiterIn im Einzelhandel verdient man nicht tonnenweise Geld. Aber man kann seine Familie ernähren und seine Gesundheitsversorgung sicherstellen", so Jill Cashen, Gewerkschaftssprecherin in Washington. Damit das so bleibt, wird gestreikt.

www.labournet.de

Illegalisiertenklagen

"La Migra", die US-amerikanische Einwanderungsbehörde, ist nicht zimperlich. Am 23. Oktober überfielen deren Beamte 60 Wal-Mart-Filialen in 21 Staaten der USA. 250 Personen wurden dabei festgenommen, i.d.R. illegale MigrantInnen aus Lateinamerika. Ihnen droht die Abschiebung.

Neun von ihnen hatten bei Wal Mart als Reinigungkräfte gearbeitet. Sie haben ihren ehemaligen Arbeitgeber jetzt wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und wegen Nichteinhaltung von Arbeitsrechtsvorschriften verklagt. Die MigrantInnen werfen Wal Mart vor, geringere Löhne und niedrigere Zuwendungen als andere ArbeiterInnen erhalten zu haben. Darüber hinaus habe die Supermarkt-Kette Überstunden und Beiträge zur Sozialversicherung nicht bezahlt. Die ArbeiterInnen haben 56 Stunden pro Woche arbeiten müssen, wobei die Stunden über 40 nicht als Überstunden abgegolten wurden. Statt dessen hat Wal Mart lediglich zwischen 300 und 350 Dollar pro Woche ausbezahlt. Jetzt fordern die ArbeiterInnen 200.000 Dollar an Rückzahlungen. Laut Anklage haben sowohl Wal Mart als auch die betreffenden Reinigungsfirmen ganz bewusst illegalisierte ArbeiterInnen eingestellt, wohl wissend, dass sie damit gegen bestehende Gesetze und Vorschriften verstoßen. Konsequenterweise haben die Unternehmen die Folgen zu tragen und nicht die Beschäftigten.

www.labournet.de

Big Brother Award 2003

Was Hollywood sein Oscar, ist den DatenschützerInnen ihr Big Brother Award. Im Bereich Arbeitswelt ging diese Auszeichnung für das Jahr 2003 an die Deutsche Post AG bzw. deren Tochter Deutsche Post Shop GmbH.

Seit Jahren zieht sich die Deutsche Post aus der Fläche zurück und schließt die klassischen Postämter. Die Versorgung übernehmen statt dessen verstärkt so genannte Postagenturen: Lebensmittelläden, Tankstellen, EinzelhändlerInnen, die zusätzlich zu ihrem Angebot Postdienstleistungen anbieten. Aktuell will die Post z.B. auf das Vertriebsnetz der Quelle AG und der Quelle-Shops zurückgreifen - in Form geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Und diese Arbeitsverträge haben es in sich: "Im Falle einer Erkrankung von mehr als zwei Wochen wird der Arbeitnehmer sich von einem durch die Arbeitgeberin (die Deutsche Post Shop GmbH) zu bestimmenden Arzt untersuchen lassen. Der Arbeitnehmer entbindet den Arzt hiermit von seiner Schweigepflicht, so weit es für die Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit notwendig ist." (§ 5 Abs 4 des Mustervertrages). Dabei ist der Zusatz "...soweit es für die Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit notwendig ist" sogar nur nach Intervention des Interessenverbandes der PostagenturunternehmerInnen eingefügt worden.

Dies ist ein klarer Verstoß gegen den BAT, der die Schweigepflicht eindeutig regelt. Deshalb dürfen auf den so genannten "Gelben Zetteln" z.B. auch keine Diagnoseangaben stehen. Die Post begründet ihren Vorstoß mit der angestrebten "Briefkastenoptimierung". Die Jury des Big Brother Awards hingegen hält die Post-Praxis für "unverschämt und unangemessen."

www.labournet.de

Unruhen in Belgrad

Zu den größten Protesten seit dem Sturz Slobodan Milosevics kam es Ende Oktober/Anfang November in Serbien. Tausende GewerkschafterInnen, Stahl- und KohlearbeiterInnen protestierten gegen die Privatisierungspolitik der Regierung Zivkovic. Trotz massivem Polizeiaufgebot versammelten sich am 29.10. 10.000 Menschen vor dem Parlamentsgebäude in Belgrad. Am folgenden Tag waren es 3.000-5.000, die den Zugang zum Parlament forderten. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen wurden mindestens sieben GewerkschafterInnen verletzt. Am Freitag, den 31.10. demonstrierten 3.000 Menschen in der mittelserbischen Stadt Krusevac. Parallel wurde der seit Mitte Oktober andauernde Streik im größten serbischen Stahlwerk in Smederevo fortgesetzt. Dort fordern 10.000 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von 33 auf 55 Dinar (ca. 1 Euro). Insgesamt 20 Mrd. US-Dollar sind in den letzten Jahrzehnten in dieses Stahlwerk investiert worden. Im Sommer diesen Jahres schließlich ist der gesamte Komplex inklusive Zweigwerken für 23 Mio. Dollar, also 1% des Wertes an US Steel verkauft worden.

junge Welt

18. Seriös und zweischneidig. Zur Debatte um "Globale Öffentliche Güter"

Autor: Ulrich Brand · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:20

"Öffentliche Güter" ist ein Fachbegriff der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften. Er bezeichnet Güter und Dienstleistungen, von deren Gebrauch niemand ausgeschlossen werden kann und die nicht privat angeeignet werden können. Lange Zeit waren sie daher einer der wenigen theoretischen Fälle für "Marktversagen" und Begründung für Staatsintervention. Mit der neoliberalen Offensive hat sich das geändert. Privatisierungsstrategien transformieren Öffentliche Güter in private und überantworten ihre Produktion und Verteilung der Marktlogik. Kein Wunder also, dass die Debatte um Öffentliche Güter zur Zeit eine eminent politische ist. Dies gilt insbesondere für die globalisierungskritische Bewegung, die sich vehement für "Globale Öffentliche Güter" ("Global Public Goods", GPG) und ihre nicht-marktförmige Regulierung einsetzt. Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit dieser Diskussion auseinander.

Ich möchte die Fragen nach dem Subjekt bzw. den Subjekten der Bereitstellung von GPG über einen Umweg beantworten. Meine These lautet, dass der Begriff der Öffentlichen Güter ein Terrain bereitstellt, um das Politische unter postfordistisch-neoliberalen Bedingungen zu fassen. Es wird damit ein grober, uneindeutiger und widersprüchlicher Aufgabenbereich abgesteckt, der in spezifischen Konfliktfeldern konkretisiert werden muss. Die damit identifizierten Aufgaben haben eine Gemeinsamkeit: Sie werden nicht vom "Markt" erfüllt.

Die meisten Beiträgen zur Diskussion Öffentlicher Güter legen nahe, dass diese vom Staat oder zwischenstaatlichen internationalen Institutionen bereitgestellt werden sollen. Damit wird ein Problem reproduziert, das m.E. in der kritischen Globalisierungsdiskussion - zu der ja die GPG-Debatte zweifellos gehört - hartnäckig unterschätzt wird. In der Regel wird ein Gegensatz von Markt und Staat festgeschrieben, der mit dem (nationalen wie sich internationalisierenden) Staat weitgehend unkritisch umgeht. Dieser wird auf eine mehr oder weniger effiziente und legitime Regulierungsinstanz reduziert. Dass der Staat (auch der internationalisierte Staat) eine Form der Herrschaft ist, wird dabei genauso ausgeblendet wie der Umstand, dass er sich gegenüber verschiedenen sozialen Kräften und Regulierungsinhalten sehr unterschiedlich und keineswegs neutral verhält. Auch die organisierende Rolle des Staates für herrschende bzw. seine desorganisierende Funktion für beherrschte Kräfte fallen aus der Betrachtung heraus.

Mit dem Begriff GPG wird gleichsam symbolisch ein Terrain eingegrenzt, in dem Staat zum Wohle der Gesellschaft aktiv werden soll. Es wird damit möglich, ein gesellschaftliches Allgemeininteresse zu suggerieren und für dessen Verwirklichung zu kämpfen. Wir wissen seit Gramsci, dass solch ein Allgemeininteresse immer hegemonial hergestellt werden muss. Das Allgemeininteresse wird immer in Form von Herrschaft konstruiert, in Einklang mit den Reproduktionserfordernissen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, im Einklang mit den Interessen der herrschenden Kräfte. Vor diesem Hintergrund beinhaltet das Allgemeininteresse auch Zugeständnisse an die Beherrschten. Die Etablierung von Hegemonie stellt also im Kern die weltweite Verallgemeinerung partikularer, heute vor allem weltmarktorientiert-neoliberaler Interessen dar. Es ist daher zweischneidig, mit dem Begriff der GPG ein (welt-)gesellschaftliches Allgemeininteresse konstituieren zu wollen. Zum einen richtet sich der Begriff gegen die neoliberale Verallgemeinerung. Zum anderen aber muss er bzw. das sich herausbildende dominante Verständnis des Begriffs Anknüpfungspunkte an herrschende Interessen bieten. Sonst kann er diese Interessen nicht integrieren.

Staatsfixiertheit und Regulierungsglaube

Die Attraktivität des Begriffs öffentliche Güter liegt bislang darin, dass er nach zwei Seiten anschlussfähig ist: sowohl an eine aufgeklärt-etatistische Suche nach Alternativen zur neoliberalen Globalisierung als auch an den neoliberalen Mainstream, insbesondere an die Denkfigur des Staat-Markt-Gegensatzes. Analytisch und politisch sollte es m.E. nicht vordringlich um eine neuerliche Verschiebung des "Markt-Staat-Verhältnisses" hin zu mehr Staat gehen, auch wenn dies in einzelnen Bereichen wichtig sein mag. Bedeutsamer sind soziale Kräfte und die Transformation ihrer Verhältnisse zueinander, die sich gegebenenfalls, aber nicht notwendig in staatlichen oder zwischenstaatlichen Politiken niederschlagen.

Um keine Missverständnisse zu erzeugen: Ich halte die Ausarbeitung von Begriffen in herrschaftskritisch-emanzipativer Absicht für wichtig, wenn sie be- und entstehende kritische Praxen in sich aufnehmen und diesen Orientierung bieten. Das Spannende am Begriff GPG liegt darin, dass er mit dem neoliberalen Markt- und Effizienzdenken um die konkrete Ausgestaltung spezifischer Bereiche ringt. Er ist legitim und nicht so "unseriös" wie "Kapitalismuskritik" oder "Autonomie" oder "gegen die Herrschaft der Konzerne". "Das Neue am Konzept der Globalen Öffentlichen Güter besteht nun darin, den Fokus auf globale Probleme mit der Legitimation von staatlichem Handeln zu verbinden und sich dabei der ökonomischen Begrifflichkeiten zu bedienen. Damit ist man an den Diskurs der weiterhin tonangebenden Kräfte von Weltbank bis Wall Street anschlussfähig." (1)

Dennoch sollte gegenüber dem Begriff der GPG Skepsis angebracht sein. Er kommt aus dem aufgeklärten Establishment, das sich zwar von neoliberalen Positionen abgrenzt, aber weder bestehende Herrschaftsstrukturen noch die tief greifende Veränderung von Kräfteverhältnissen thematisiert. Insgesamt plagt mich eine große Skepsis gegenüber vermeintlichen Großbegriffen, lauten sie nun "nachhaltige Entwicklung", "Global Governance" oder "Globale Öffentliche Güter". Aber auch seine Interpretationsoffenheit kann angesichts der bestehenden Kräfterelationen problematisch sein. Elmar Altvater wies kürzlich bei einem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung darauf hin, dass mit dem Globalen Öffentlichen Gut "Finanzmarktstabilität" rigide Haushalts- und Geldpolitiken einhergingen und dieses "GPG" insbesondere den Geldvermögensbesitzern diente. Auch biologische Vielfalt wird als GPG deklariert, und dies wird auch politisch-praktisch in Form von Nationalparks oder Öko-Regionen umgesetzt. Gleichzeitig aber werden ihre ökonomisch nutzbaren Teile, nämlich die genetischen Ressourcen, privatisiert. Dies steht der Ausweitung von Naturschutzgebieten gerade nicht entgegen.

Mich interessiert vor allem, welchen Beitrag ein Diskurs über GPG - im Sinne realer und möglicher Denkformen und institutioneller Praxen - zur Delegitimierung des neoliberalen Einheitsdenkens leistet und inwieweit er emanzipative Perspektiven und Praxen fördert. Damit kommen Fragen staatlicher Tätigkeiten und der Finanzierung in den Blick, aber nicht als technischer Prozess, sondern als Teil sich verändernder "zivilgesellschaftlicher" Verhältnisse, insbesondere der Zurückdrängung von Kapitalmacht. Dasselbe gilt für internationale Institutionen. Vor allem geht es darum, inwieweit ein materiell werdender Diskurs zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse beiträgt.

Ich würde den Optimismus gegenüber Politiknetzwerken teilen, wenn sie in der Lage wären, herrschende Interessen einzuhegen. Ich würde den Regulierungsoptimismus der GPG-Diskussion teilen, wenn Regulierungen weniger der politisch-institutionellen Absicherung von Kapitalinteressen und dem ex post-Umgang mit Krisen dienen würden, sondern Lebensverhältnisse wirklich gestaltbar machten gegen Kapitalinteressen und deren autoritär-staatliche Absicherung. Zudem sollten wir eine Perspektive in unserer Diskussion nicht vergessen: Wie beziehen sich eigentlich die vielfältigen emanzipativen Bewegungen auf den Begriff? Inwieweit bringt er existierende oder sich herausbildende Praxen "auf den Begriff"? Inwieweit kann er für herrschaftskritische Kämpfe orientierend wirken?

Sicher ist es wichtig, an "Diskursrändern" kritisch zu intervenieren und normativ begründet die herrschenden politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen Institutionen an die permanente Nichterfüllung ihrer Ansprüche zu erinnern (vergessen wir nicht, dass auch die Weltbank gegen Armut und Ungleichheit agiert). Dennoch sollten wir uns nicht zu sehr an herrschendem Gedankengut abarbeiten. Wichtig scheint mir derzeit, sich nicht auf einen Stein der Weisen zu fixieren. Besser ist es, in die diversen Prozesse zu intervenieren, in denen dominante Kräfte eine neue politisch-ökonomisch-kulturell-militärische Ordnung festzurren wollen. Dafür stehen auch andere und teilweise eindeutigere Begriffe bereit wie De-Privatisierung, De-Globalisierung, soziale Rechte, menschliche Sicherheit, De-Kommodifizierung, aber auch Freiheit und Gerechtigkeit. Josée Johnston wies kürzlich darauf hin, dass der Begriff der Allgemeingüter wichtiger wird gegen den der nachhaltigen Entwicklung, da dieser zunehmend das Tätigkeitsfeld einer "Klasse globaler Ressourcenmanager" abstecke. (2)

Auf Augenhöhe mit der Weltbank?

Schließlich: Wenn der regulationstheoretisch inspirierte und eigentlich Marxsche Gedanke stimmt, dass die bürgerlich-kapitalistische Vergesellschaftung nicht planbar ist und kein Zentrum hat, sondern sich mehr oder weniger stabil oder krisenhaft herstellt, dann kann ohnehin nur begrenzt "gesteuert" werden. Die Anrufung des

Staates bietet nach den realsozialistischen und sozialdemokratischen Erfahrungen keine ausreichende Perspektive. Gerade hier öffnen sich heute wichtige Terrains, die nicht vorschnell zugeschüttet werden sollten.

M.E. geht es derzeit auch darum, dass in einer neuen Runde sozialer Auseinandersetzungen die herrschaftskritischen Kräfte eigene Begriffe und Orientierungen ausbilden. Das ist kein Argument gegen Kooperation, Verhandeln, strategisches Agieren. Es richtet aber sehr wohl dagegen, sich Begriffe vorgeben zu lassen. Wenige Wochen vor dem zehnten Jahrestag des Aufstandes der mexikanischen Zapatistas ist mir deren offene Losung politisch und analytisch näher als die Suche nach einheitliche Orientierungen suggerierenden Großkategorien: Nämlich ihr "Preguntando caminamos" - "Fragend gehen wir voran." In den intellektuellen und politisch-praktischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahren wird sich herausstellen, welchen "Stallgeruch" der Begriff GPG bekommt und worin sein politisch-strategischer Wert liegt.

Ulrich Brand

Ulrich Brand ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland und im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft. Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag, den er im Juli diesen Jahres auf einem Symposium in Berlin zu Ehren des 65. Geburtstags von Elmar Altvater gehalten hat.

Anmerkungen:

1) Martens, Jens/Hain, Roland: Globale Öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit? WEED/Böll-Stiftung, Berlin 2002, S.10

2) Johnston, Josée: Who cares about the commons? Toronto 2003

19. Schöne Aussichten. Auf Jobsuche in Hamburg

Autor: Katja Paulsen · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:33

Nichts ist skurriler als die Wirklichkeit. Das bestätigt sich auch beim Versuch, die eigene Arbeitskraft möglichst teuer auf den Markt zu schmeißen. Ein Erfahrungsprotokoll.

Guten Tag, mein Name ist Katja Paulsen und ich suche einen Nebenjob. Haben Sie einen oder kennen Sie vielleicht Leute, die einen Job haben könnten? Ich bin jung, dynamisch, zeitlich flexibel, habe studiert, kann tippen, mehrere Fremdsprachen, bin kommunikativ und habe ein freundliches Wesen. Acht Euro die Stunde ist meine Schmerzensgrenze, drunter gehe ich nur, wenn's für eine gute Sache ist. Ach ja, Prostitution, Security-Jobs und PR-Aktionen, wo ich als plüschige Zigarettenschachtel durch die Innenstadt laufen muss, kommen nicht in Frage.

Guten Tag, mein Name ist Paulsen. Ich rufe an wegen der Anzeige im Hamburger Abendblatt. Ist der Aushilfsjob in ihrer Kanzlei noch zu haben? Ach so, schon vergeben? Ja, schade. Auf Wiederhör'n.

Hallo, Katja Paulsen, mein Name. Ich habe im Penny Markt ihren Aushang gesehen und rufe an wegen des Putzjobs. Ist das noch aktuell? Ich bin dreißig und habe schon verschiedene Putzjobs gemacht. Sie suchen eine ältere Frau mit mehr Erfahrung? Ja, o.k. Danke. Tschüß.

Guten Tag, ich rufe an wegen der Anzeige im Eimsbüttler Wochenblatt. Ich bin 30 und Nichtraucherin. Worum handelt es sich bei dem Job genau? Hormonpräparate testen? Weiß nicht, das kommt wohl eher nicht in Frage. Allergikerin? Tja, ein wenig allergisch reagier' ich auf verschiedene Pollen und Gräser. Dann ist das ja nichts. Auf Wiederhör'n.

Hallo. Ich wollte mal fragen, ob ihr noch eine Bedienung oder eine Aushilfe für die Küche braucht? Das Team ist schon voll? Ja, schade, hätte gern hier gearbeitet. Machst du mir noch ein Bier?

* * *

"Wenn ihr bei uns arbeitet, falls wir uns denn für euch entscheiden, dann werdet ihr eine Menge Spaß haben. Die Leute aus unserem Team sind dafür bekannt, dass sie auch gerne mal - natürlich nach der Arbeit, hähä - gemeinsam eine Tour über den Kiez machen. Und da bleibt dann kein Auge trocken. Ihr seht also, dass es bei uns recht locker zugeht." Der lockere Typ, der das erzählt, heißt zwar nicht Carsten Spengemann, sieht aber genau so arschglatt aus. Er ist der Manager einer Agentur, die Arbeitskräfte für ein Hamburger Kiez-Theater auswählt. Neben mir sitzen noch 15 andere Bewerberinnen, die sich auch schon seit einer halben Stunde dieses Geseier anhören müssen. Dabei wäre der Minijob, um den es hier geht, fix erklärt: Gesucht werden Arbeitswillige, die die amüsierwilligen Varietégäste am Eingang in Empfang nehmen und sie zu ihrem Platz führen. Punkt. Das war's! Und das - damit da keine falsche Bescheidenheit aufkommt - traue ich mir auch zu. Aber je länger dieser Typ redet, umso stärker gefriert mir mein freundliches "Ich-bin-die-Richtige-für-diesen-Job"-Gesicht zu einer "Halt-die-Fresse-du-Schnösel"-Maske. Ich weiß, ich hab' mich da nicht richtig unter Kontrolle, aber ich arbeite dran. Dabei hilft mir der aktuelle Kontoauszug, der in meiner Jackentasche steckt. Also durchhalten und das Service-Lächeln aufsetzen. Herr Spengemann ist grad dabei, den Aufbau seiner Personalagentur zu erklären. "Nicht, dass ihr denkt, ich würde an eurem Stundenlohn - wie etwa eine Zeitarbeitsfirma - verdienen." Nein, wer käme denn auf die Idee? Von meinem 8,20 Euro Stundenlohn in spe kann nun wirklich nicht genug abgezwackt werden, um einen Boss-Anzug zu finanzieren. So, es geht jetzt in das Endspurt-Blabla; gleich müssen sich alle 15 noch einzeln bei Mr. Schnack vorstellen. Nach einer halben Stunde erneuter Wartezeit bin ich endlich dran. Locker sage ich: "Hallo, ich bin Katja Paulsen und habe schon in Bremen für das Vorderhaus eines Theaters gearbeitet." Weiter komme ich nicht, da Herr Spengemann den Blick senkt und meine Kurzbewerbung studiert, die ich vor über zwei Monaten an das Theater geschickt hatte. Man merkt, dass es in seinem Kopf rattert. "Sie sind ja schon dreißig, Frau Paulsen." "Äh, ja. Ist das ein Problem?" "Nein, nein", versichert der Personalmanager und führt seine Befragung fort. Eine Woche später findet sich auf meinem AB: "Frau Paulsen, wir haben uns leider für jemand anderen entschieden. Viel Glück bei der weiteren Jobsuche"

* * *

Ich, Katja Paulsen, habe einen Job! Wenn auch nur für einen Tag und auch nur für 2,5 Stunden. 35 Euro gibt es bar auf die Kralle. Ich nehme an einer Gruppendiskussion für ein Marktforschungsinstitut teil und bin zur Verschwiegenheit verpflichtet; ihr wisst schon, die Konkurrenz schläft nicht. So viel kann ich aber wohl verraten: es geht um Hundefutter - der Marke XXXXXX. Mit mir sitzen noch fünf weitere freundliche Hundebesitzerinnen im Raum. Alles dreht sich um große Gefühle, Wohlfühlen, Liebe, Geborgenheit und - um die kleinen bis großen Köter. Ich hatte noch nie so ein Vieh und das hat auch seine guten Gründe: Sie sabbern einem die Wohnung voll, jaulen, winseln, fiepen, wenn man in Ruhe TV glotzen will und stinken vor allem bei Regen wie eine halbverweste Kanalratte. Aber für diesen Tag und für diese 2,5 Stunden bin ich ein großer Hundefan: Janosch heißt mein Liebling und er ist ein blonder Retriever-Labrador-Mischling. Sogar ein Foto gibt es von dem niedlichen Racker, das hatte ich meiner Freundin Jenny abgeschwatzt, die eben dieses tierische Exemplar besitzt. Die Marke XXXXXX ist mir eigentlich zu teuer, aber wenn Janosch mich mal wieder so herzerweichend anguckt, dann gebe ich auch mal einen Euro mehr aus für das Leckerli. Mein Auftritt ist groß: Mit Tränen in den Augen erzähle ich, wie mein erster Hund Hudges eingeschläfert werden musste und dass er sein liebes Hundeleben lang nur Produkte der Marke XXXXXX fressen wollte. Die anderen hat er nicht mal angerührt. Daraufhin rückt Sabine neben mir mit dem dramatischen Tod ihres letzten Hundes raus. Er ist nämlich von einem Jäger erschossen worden. Mitleidig sehe ich sie an. Es tut so gut, darüber mal zu reden und dafür auch noch 35 Euro zu bekommen.

Katja Paulsen

20. Eine verschüttetes Verbrechen

Autor: Heike Kleffner · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:06

Das Massaker an 127 italienischen Gefangenen in einer Kiesgrube zwischen dem Dorf Nichel und der Kleinstadt Treuenbrietzen 40 Kilometer südlich von Berlin zwei Wochen vor Kriegsende gehört zu den noch immer unaufgeklärten und vergessenen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands. Heike Kleffner sprach mit Überlebenden und Angehörigen der Opfer. Ihren Bericht, den wir leicht gekürzt abdrucken, entnahmen wir der taz vom 17.10.2003. Wir danken der taz für die Genehmigung zum Nachdruck.

Vor dem Kiefernwald steht eine Gruppe junger Männer, manche in Zivil, manche in Uniformteilen und mit Mützen der Roten Armee. Alle haben die Ärmel bis über die Ellenbogen hoch gerollt, alle haben die Köpfe gesenkt. Was zu ihren Füßen liegt, ist nicht gleich auszumachen, ein dunkler Fleck. Eine improvisierte Tragbare muss es sein, darauf Teile eines menschlichen Leichnams.

Edo Magnalardo blättert die rissigen Seiten des Fotoalbums so behutsam um, als könnte den Toten auf den Bildern etwas geschehen. Die Gesichter sind bis zur Unkenntlichkeit verwest, die fleischlosen Knochen halten nur Arbeitskittel und zerrissene Hosen zusammen. Er hat sie mit ausgegraben aus dem märkischen Sand, es waren 127 Männer, der jüngste war 19 Jahre alt. Er hat sie identifiziert gemeinsam mit sowjetischen Soldaten, mit einer Gartenschere hat er die Taschen der Leichen aufgeschnitten, um nach Papieren oder Briefen zu suchen. Edo Magnalardo ist einer der Zivilisten vor dem Kiefernwald, deren fassungslose Blicke die Kamera eingefangen hat. Er hätte leicht einer der Toten sein können. Er lag unter ihnen, ihr Blut lief über seine Kleidung und mit jeder unendlich langen Minute, in denen Schüsse fielen und er trotzdem noch lebte, glaubte er, dass die nächste Kugel an diesem 23. April 1945 ihn treffen würde. Er sagt: "Es ist ein Wunder, dass ich noch lebe. Ich kann dieses Wunder nicht erklären."

Edo Magnalardo, 82 Jahre alt, sitzt in seiner Wohnung in Chiaravalle an der Adria. Als er weiterspricht, wird klar, dass er seine Erinnerungen gesammelt, sich noch einmal konzentriert hat. Am Anfang stand seine Festnahme als Soldat der italienischen Armee am Flughafen von Bologna in der Nacht vom 8. zum 9. September 1943. Wenige Stunden zuvor hatte der italienische Generalfeldmarschall und Ministerpräsident Pietro Badoglio den Waffenstillstand mit den Alliierten bekannt gegeben und die "Achse" mit Hitler-Deutschland aufgekündigt. Edo Magnalardos Einheit wartete am Flughafen auf Verstärkung. "Statt dessen kamen die Deutschen. Das war schrecklich."

Von diesem Tag an ist er einer von rund 620.000 italienischen Militärinternierten, den Status der Kriegsgefangenen billigen die Deutschen ihnen nicht zu. In Viehwaggons wird er nach Deutschland gebracht. Zuerst nach Bergen-Belsen, dann ins Zwangsarbeiterlager neben der Treuenbrietzener Metallwarenfabrik GmbH. Unter den 3.000 Zwangsarbeitern, die hier für die Wehrmacht Munition herstellen müssen, sind auch 150 italienische Gefangene. "Brot, Milch, Kartoffeln, kalt", sind die deutschen Wörter, die Edo Magnalardo fast 60 Jahre später als Erstes einfallen, wenn er an die zwölfstündigen Schichten, die Sechstagewoche, die wässrige, graue Suppe, die zugigen Holzbaracken in jenen eineinhalb Jahren Zwangsarbeit denkt. Er weiß auch noch, wie deutsche Arbeiter immer wieder "Verräter" zischten, wenn die Italiener kamen.

Als am 21. April 1945 plötzlich zwei Panzer der Roten Armee ins Zwangsarbeiterlager rollen, scheint die Freiheit zum Greifen nah. Keiner der Gefangenen, die an jenem Abend ihre Befreiung feiern, ist auf die Rückkehr der Wehrmacht zwei Tage später vorbereitet.

Zuerst werden die 150 Italiener von den anderen Zwangsarbeitern getrennt, dann befiehlt ein Offizier den Abmarsch. Mitnehmen dürfen die Gefangenen nichts. Am Anfang werden die Kolonne und ihre Bewacher noch von knapp zwei Dutzend deutschen Zivilisten begleitet, die im Lager gearbeitet hatten.

"An einer Straßenkreuzung befahl der Offizier ihnen, sie sollten weggehen", erzählt Edo Magnalardo in Chiaravalle. Er sagt, diese Deutschen hätten 19 Italienern das Leben gerettet. "Sie erklärten dem Kommandanten, dass sie Hilfe beim Tragen ihres Gepäcks bräuchten. Dann wählten sie diejenigen unter uns aus, mit denen sie den engsten Kontakt gehabt hatten, und gingen mit ihnen weg." 131 Italiener wurden von den Soldaten auf einem Feldweg weitergetrieben. Auf die Frage, ob er sich sicher sei, dass die Bewaffneten Wehrmachtssoldaten und nicht SS-Angehörige gewesen seien, hebt Edo Magnalardo für einen Moment die

Stimme: "Wir kannten die Unterschiede." Eine graue Uniform, ein "Symbol für den Russland-Feldzug auf der Brust", kniehohe schwarze Stiefel und "eine autoritäre Ausstrahlung" sind seine Erinnerungen an den Kommandanten. Das Gesicht? Kopfschütteln. "Das ist fast 60 Jahre her, und ich habe den Offizier nur an diesem Tag gesehen."

Beinahe 60 Jahre später ist die Frage, wer die Italiener zu der Grube brachte und den Befehl zum Morden gab, noch immer ungeklärt. Auf dem Schreibtisch von Staatsanwalt Dr. Joachim Riedel, dem stellvertretenden Leiter der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg bei Stuttgart, liegt neben vielen anderen Akten ein blassroter Pappdeckel. 200 Seiten umfasst die Akte Treuenbrietzen. "Die ist dünn im Vergleich zu anderen", sagt der Staatsanwalt.

Mord verjährt nicht. Aber seit knapp drei Jahrzehnten ist praktisch nichts mehr passiert in der Sache Treuenbrietzen - wegen Personalmangels, aber auch wegen einer Panne. "Durch einen Fehler eines damaligen Mitarbeiters wurden die Ermittlungen 1974 eingestellt", erklärt Riedel. Es ist ihm anzuhören, dass ihm das Eingeständnis schwer fällt. Seit einigen Monaten immerhin liegt die Akte wieder auf seinem Tisch.

Angelo Uleano und seine Mutter Ines Nucitelli wollen nicht länger warten. 58 Jahre lang hat Ines Nucitelli nach ihrem Bruder Angelo gesucht. Im vergangenen April stand sie an den zwei Gedenksteinen, die heute bei Treuenbrietzen an das Massaker erinnern. Vor dem Rathaus in Chiaravalle holt Angelo Uleano ein Stück Papier aus einer Mappe. Es hat Risse und Eselsohren und ist brüchig. Es ist das letzte Lebenszeichen des Onkels. Im September 1943 hatten Passanten den Papierfetzen mit den krakeligen Zeilen auf der einen Seite und der Adresse der Familie auf der anderen Seite auf der Straße gefunden und weitergeschickt. "Grüße und Küsse, ihr Lieben", hatte Angelo Nucitelli noch geschrieben, bevor sein Gefangenentransport Italien verließ. Die Familie solle sich keine Sorgen machen. Sie würden jetzt weggebracht. Wohin es gehen sollte, wusste der 20-Jährige nicht, und so beendet er den Brief mit zwei Worten: "Destinazione ignota" - unbekanntes Ziel.

Das nächste Mal hört die Familie Nucitelli von Angelo, als im August 1945 eine Sterbeurkunde des italienischen Verteidigungsministeriums in der Post liegt. Fünf nüchterne Zeilen für ein Leben. Angelo Nucitelli sei tot, wird darin bestätigt. Ort des Geschehens: Nichel in Brandenburg. Tag: 23. April 1945. Todesursache: von Deutschen erschossen.

Fragt man in Treuenbrietzen heute nach dem Massaker, wird man zu Wolfgang Ucksche geschickt. Er war vor der Wende Tankwart und ist seit 1990 als Heimatforscher so etwas wie der Chefhistoriker der Gemeinde. Gerade hat Ucksche im Heimatmuseum, einem Fachwerkturm am Stadteingang, eine Ausstellung gezeigt. Auf zwölf Tafeln haben da der italienische Volkshochschuldozent Gianfranco Ceccanei und ein deutscher Lehrer vom Berliner Geschichtsverein Altritalia - "das andere Italien" - die Zeugnisse des Massakers und das Leben der italienischen Gefangenen zusammengestellt. Der italienische Volkshochschuldozent hatte zu der Tat in Brandenburg recherchiert, auf seine Initiative hin brachte das italienische Magazin L'Espresso im vergangenen Jahr Edo Magnalardos Geschichte. Auf zwölf Tafeln stellten die beiden Ausstellungsmacher im Heimatsmuseum von Treuenbrietzen Fotos und Dokumente aus. Eine 13. Tafel hatte Wolfgang Ucksche selbst gemacht. "23. April 1945, dieser Tag war ein Tag der Massaker in Treuenbrietzen", steht auf Tafel 13. An diesem Tag seien neben 127 durch "Wehrmacht und SS ermordeten" italienischen Gefangenen "270 Zivilisten von der Roten Armee erschossen" worden in der 10.000-Einwohner-Stadt. "Bis zum 12. Mai sollten 820 weitere Hinrichtungen folgen."

Hartnäckig hält sich in der Gegend die Version, die Italiener seien von "Männern der schwarzen SS" ermordet worden, wie der Heimatmuseumsdirektor sagt. Er reicht einem eine selbst gemachte Broschüre mit dem Titel "Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen". Auf 140 Seiten erzählen hier Treuenbrietzener von den letzten Kriegstagen in ihrer Stadt. Zwei Seiten sind dem Massaker gewidmet. "Günter Gottong war als Volkssturmmann dabei, als die Italiener zusammengetrieben wurden (...) Ein Leutnant, drei Soldaten und Günter trieben die Italiener durch das Verlorene Wasser und die Bahnunterführung Richtung Nichel. In einer Senke befahl der Leutnant, die Italiener zu erschießen. Da sich ein Soldat weigerte, zog der Leutnant seine Pistole und erschoss den Soldaten. Die Italiener lagen in einer Länge von ca. 10 m zu viert oder fünft übereinander. Nun sollte sich auch Günter an der Ermordung beteiligen. Der Leutnant drückte ihm eine Pistole in die Hand, mit der er nicht richtig getroffenen Italienern, die nur vor Schmerzen schrien, einen Fangschuss geben sollte. Günter weinte und sagte, dass er das nicht könnte. Darauf trat ihn der Leutnant in den Hintern

und zwang ihn, bei der Exekution zuzusehen. In Nichel fiel die Ermordung der Zwangsarbeiter nicht weiter auf, da es zu dieser Zeit überall knallte."

Edo Magnalardos Erinnerungen sind andere. Nachdem die Kolonne der italienischen Gefangenen unter der Unterführung der Bahnstrecke zwischen Potsdam und Wittenberg durchgeführt worden war, "trafen wir auf viele Soldaten, die da offensichtlich auf weitere Befehle warteten". Ein- bis zweitausend Männer in Wehrmachtsuniform seien es gewesen, schätzt Edo Magnalardo. "Der Offizier ging zu einer Gruppe von Kommandanten. Wir konnten nur sehen, dass sie gestikulierten und offensichtlich erregt diskutierten. Irgendwann bekamen sie einen Anruf auf einem Feldtelefon. Was gesprochen wurde, haben wir nicht verstanden." Nach einer halben Stunde kam der Offizier zurück und befahl den Italienern, mehrere Munitionskisten mitzunehmen. "Die Kisten habe ich erkannt. Das war Munition, die wir selber hergestellt hatten." Die Italiener dachten da noch immer, sie sollten von der Wehrmacht bei einem Angriff als Helfer eingesetzt werden.

Noch einmal musste die Gefangenenkolonne marschieren. Eineinhalb Kilometer, bis zum Rand eines Hügels. Am Ende des Hügels lag eine Grube. "Nachdem die Munitionskisten am Rand der Sandkuhle abgestellt werden mussten und die Männer in die Mitte der Grube getrieben wurden, habe er in der ersten Reihe gestanden. Über ihnen, an den erhöhten Rändern der Grube, verteilten sich die Soldaten. Auf einen Befehl des Offiziers begannen sie in die Menschenmenge zu schießen. "Ganz viele haben geschrien und nach ihrer Mutter gerufen. Einer der Deutschen hat höhnisch gelacht und gesagt: ‚Wo ist die Mama?`"

Über seine Gefühle in dem Moment, als er unter den Körpern mit dem Gesicht im Sand lag und auf den Tod wartete, spricht Edo Magnalardo nicht. Aber vom Stöhnen der Verletzten und von dem Moment, als den Soldaten offensichtlich die Kugeln ausgingen. Als es plötzlich unheimlich still wurde. Bis dann einzelne Pistolenschüsse begannen, die immer näher zu ihm herankamen.

Edo Magnalardo kann nicht genau sagen, wie lange er unter den Toten lag. Eine Stunde, vielleicht zwei. In Todesangst, entdeckt zu werden. Dann hörte er, wie begonnen wurde, Geröll auf die Körper zu schaufeln. "Ich spürte, wie Erde auf mich rieselte." Irgendwann hörten die Schaufelgeräusche auf, es wurde still und dunkel. Dass außer ihm noch Germano Cappello und Giovanni Galasso überlebt hatten, merkte Edo Magnalardo mitten in der Nacht, als er vorsichtig die Toten beiseite schob, um aufzustehen. Ein Mann, der auf seiner Hüfte lag, und ein Mann, der hinter ihm lag, gaben Lebenszeichen. Mit Blut und Erde an ihren Jacken und Hosen liefen die drei Männer bis zum Morgengrauen, schliefen entkräftet auf einem Feld ein und zogen dann weiter, bis sie auf Soldaten der Roten Armee trafen. Den vierten Überlebenden, Vittorio Verdolini, fanden sie erst nach über einer Woche im Krankenhaus von Treuenbrietzen. Verdolini war verwundet worden und hatte sich nachts in den Wald schleppen können.

Auch Italiens Justiz sucht inzwischen nach den Tätern. Als gesichert gilt, dass die Infanteriedivision Theodor Körner der Wehrmacht Ende April in Treuenbrietzen eingesetzt war. Edo Magnalardo hat viel erlebt seit dem April 1945. Er war für die Kommunistische Partei Vizebürgermeister von Chiaravalle, hat in der Tabakindustrie gearbeitet und zwei Töchter und drei Enkelkinder großgezogen. In den letzten zwei Jahren hat er angefangen, öffentlich über das Massaker zu sprechen. "Manchmal fällt es mir schwer, weil ich nicht möchte, dass aus dem Leid nur eine Sensationsgeschichte wird", sagt er plötzlich müde. Der alte Mann klappt das Fotoalbum zu. Er wartet noch immer auf Antworten. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

Heike Kleffner

21. Zwei Seiten einer Medaille: Globalisierung und Krieg. Transnationale Gewalt und neoliberale Hegemonie

Autor: C. Haydt, T. Pflüger, J. Wagner · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:17

Am Ende des Kalten Krieges schien nicht nur die Bedrohung der Staaten in der so genannten Ersten und Zweiten Welt durch einen atomaren Overkill gebannt. Auch die zahlreichen "Stellvertreterkriege" in der "Dritten Welt" hätten nun endlich ein Ende finden können. Hofften manche jedenfalls. Eine ausgesprochen trügerische Hoffnung.

Denn tatsächlich gab es nur einen kurzen Zeitraum Anfang der 1990er Jahre, in dem eine Welle von Friedensschlüssen, wie etwa in Moçambique, stattfand. Seitdem hat die Anzahl der Kriege und Bürgerkriege wieder zugenommen (1) und die westlichen Staaten, allen voran die USA, aber auch viele europäische Staaten, haben eine Doktrin des globalen Interventionismus entwickelt, die die Welt in immer neue und unbegrenzte Kriege zu reißen droht. Die Auswirkungen dieser neuen Gewaltwelle auf globaler Ebene sind noch nicht vollständig absehbar. Immer deutlicher wird aber der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und militärischer Gewaltausübung. (...) Zugespitzt könnte man formulieren: Der Imperativ der neoliberalen Globalisierung heißt Krieg.

Zunehmende Militarisierung ist für die reichen Länder nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen opportun, sondern auch "nötig", um den durch die Globalisierung geschaffenen Flüchtlingen den Zutritt zu den Wohlstandsinseln dieser Welt zu erschweren. Militärische und polizeiliche Grenzsicherung lassen sich oft nicht mehr voneinander trennen. Reiche Regionen werden so immer mehr zur Festung, die sich gegen das Elend der Menschen vor ihren Toren abschotten. Die krasse ungleiche Verteilung von Wohlstand lässt sich offensichtlich nur mit brutaler Gewalt aufrechterhalten. Dieser Schutz von Verteilungsunterschieden wird auch innerstaatlich immer wichtiger. Der Schutz der einen Bürger vor den anderen funktioniert nicht ohne den weltweiten Abbau von Bürgerrechten.

(...) Die Liberalisierung der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsströme ist oft gleich bedeutend mit der Durchsetzung des ökonomischen Faustrechts. Privatisierung öffentlicher Bereiche bedeutet faktisch die Abschaffung von Versorgungssicherheit bei Wasser, Bildung, ÖPNV etc., da diese oft ursprünglich öffentlichen Aufgaben nun zu "Waren" werden, deren Anbieter nicht an der Versorgung der Bevölkerung, sondern an Gewinnmaximierung orientiert sind. Deregulierung führt meist zur Entrechtung ökonomisch Schwacher und die Flexibilisierung von Arbeits- und Sozialgesetzgebung zu effektiverer Ausbeutung.

Einseitige Entfesselung des Welthandels

Gerade diese Maßnahmen aber machen neoliberale Globalisierung so gefährlich. Sie erzeugen ökonomische und gesellschaftliche Machtverhältnisse und produzieren in der Konsequenz Verlierer: Einzelne, Bevölkerungsgruppen, aber auch ganze Staaten. Diese sozioökonomischen Veränderungen zerstören Existenzen und Leben auch ohne offene Gewaltanwendung. Doch häufig genug führt wirtschaftliche Destabilisierung und soziale Desintegration nahezu "automatisch" zu Kriegen und Bürgerkriegen. Dieser Mechanismus wurde in einer aktuellen Studie der Weltbank eindrucksvoll belegt. (2) Dazu kommen zwei gefährliche Muster: Wenn die regionale Destabilisierung kontraproduktiv wird für die Durchsetzung neoliberaler Strategien (z.B. Somalia), oder wenn Staaten, die aufgrund ihres Rohstoffreichtums oder ihrer geostrategischen Lage interessant sind, sich gegenüber Ansprüchen westlicher Staaten nicht ausreichend kooperativ zeigen (z.B. Afghanistan, Irak), dann ist dies häufig der Startschuss für internationale militärische Interventionen. De facto sind dies neokoloniale Staatenkriege, mit einem zentralen Charakteristikum: Es handelt sich jeweils um extrem asymmetrische Kräfteverhältnisse.

Neoliberale Globalisierung führt zu einer exorbitanten Konzentration von Kapital und Macht. Neben den Staaten gewinnen auch Konzerne an Macht und Einfluss, wobei (National-) Staaten nach wie vor die zentralen Akteure sind. Das hochmobile Finanzkapital hat faktisch die Funktion eines zweiten Parlaments mit "Veto-Recht". Sehr aufschlussreich ist in diesem Kontext die Sendezeit, die Börsenberichte in

Nachrichtensendungen haben, im Vergleich zu Umfragen über die Meinung der Bevölkerung. Die Reaktionen der Börse auf Kriegsverlauf und -vorbereitungen sind oft ausschlaggebender für politische Entscheidungen als die öffentliche Meinung. Bezeichnenderweise gibt es aber nach wie vor Bereiche - vor allem in den reichen Staaten -, in denen staatliche Steuerung und staatliche Protektion auch gegen allen "Globalisierungsdruck" aufrechterhalten wird. Das sind vor allem die Bereiche des Militärs und der inneren Sicherheit. Mit innerer Sicherheit ist allerdings selten die Sicherheit aller BürgerInnen gemeint, sondern die Sicherheit vitaler staatlicher und ökonomischer Funktionen.

"Human Security" gibt es auch in westlichen Staaten häufig nur für den zahlungskräftigen Teil der Bevölkerung. So werden z.B. in den USA wesentlich mehr Gelder für private "Sicherheitskräfte" ausgegeben als für die Polizei (doch selbst der Schutz der Polizei ist ein zweifelhafter). Der gesamte so genannte Sicherheitsbereich (Ausnahme Gefängnisse) gilt für den neoliberalen Welthandel als Bereich der "Ausübung hoheitlicher Gewalt" und wird als nicht marktbezogen betrachtet. Entsprechend sind Militär und Rüstung im Rahmen des GATS-Reglements (3) vor Öffnungszwängen und Unwägbarkeiten des internationalen Freihandels geschützt. Es bleibt die Frage, warum eine solche Schutzwürdigkeit nicht für die Grundversorgung von Menschen mit Gesundheit, Bildung oder Wasser gilt.

Geschützt werden nur die Reichen

Besonders die Lage in den ärmsten Ländern der Welt hat sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. Während die Investitionen in Entwicklungsländer in den letzten 25 Jahren stagnierten, nahm der Geldabfluss aus dem armen Süden in den reichen Norden um das Zwölffache zu. (...) Man kann hier von einer "einseitigen Entfesselung" reden. Während die Entwicklungs- und Schwellenländer gezwungen wurden, sich für westliche Kapitalströme zu öffnen, verschlechterten sich die Bedingungen des Außenhandels ("Terms of Trade") für viele arme Länder drastisch. So werden die Preise für Rohstoffe aus der so genannten Dritten Welt durch Käuferkartelle niedrig gehalten. Gleichzeitig schotten die hoch industrialisierten Länder (USA, Europa, Japan) die eigene Produktion nach außen ab, um in ihren eigenen Ländern wirtschaftliche und soziale Verwerfungen möglichst gering zu halten. Diese kontinuierliche Verschlechterung der Terms of Trade ist wohl eine zentrale Ursache für die Armut oder die verhinderte Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt.

Die fatalen Auswirkungen der völligen Öffnung eines Landes gegenüber dem (eben nicht absolut offenen) Weltmarkt zeigt sich z.B. in Argentinien. Dieses potenziell reiche Land ist bankrott, weil seine Schulden vier Mal höher sind als seine Exporterlöse (zu von außen diktierten Preisen). Solche Terms of Trade bedeuten für die mächtigen Konzerne und Staaten die Möglichkeit, bei minimalen Kosten und maximalen Gewinnspannen ihre Position ständig verbessern (oder wenigstens behaupten) zu können, während die Position der ökonomisch Schwächeren unter diesen Bedingungen strukturell kaum verbesserbar ist. Neoliberale Globalisierung ist sehr weit entfernt von der immer wieder beschworenen globalen Integration in einen Wirtschaftsraum mit gleichen Chancen für alle.

Im Kalten Krieg war es für viele Regime nützlich, sich auf eine Seite zu schlagen, die Länder wurden minimal stabilisiert und erhielten ein gewisses Maß an ökonomischer Hilfe. Seit dem Ende des Kalten Krieges sinkt aber selbst der minimale Anteil von Entwicklungshilfe. Verteilungskämpfe um das, was in den marginalisierten Ländern übrig bleibt, werden von der westlichen Öffentlichkeit häufig irrationalisiert und wahrgenommen als ethnische oder religiöse Bürgerkriege. Weltweit stehen sich heute mit völlig asymmetrischen Marktpositionen drei wirtschaftliche Systeme gegenüber. Exterritoriale Konzerne, die sich staatlicher Steuerung weitgehend entzogen haben, existieren neben lokalen bzw. nationalen Unternehmen und Klein-Konzernen, die teilweise abhängig sind von Großkonzernen bzw. die versuchen, durch Fusionierungen eine Konkurrenz zu diesen zu bilden. Auch diese "Kleinkonzerne" sind bestrebt, sich staatlicher Kontrolle zu entziehen, sind aber gleichzeitig auf staatliche Unterstützung bei der Kontrolle von Standortbedingungen und beim Schutz gegen Konkurrenz angewiesen. Daneben existieren lokale Kleinunternehmen, Gewerbe, Handwerk, Bauern, die fast überall weitgehend von der globalen Wirtschaft abgekoppelt sind. Sie leiden unter Dumping-Preisen - in Industrieländern wie in Ländern der dritten Welt. In den westlichen Industrieländern wird diese Entwicklung z.T. über Subventionen und Einfuhrkontrollen abgefedert.

Durch diese ökonomischen Entwicklungen entsteht eine neue Weltkarte: Inseln des Wohlstands sind umgeben von nützlichen Produktionszonen (Manufakturgebiete in Lateinamerika oder Hightechstandorte in Indien); daneben breiten sich immer mehr weiße Flecken aus, bei denen sich noch nicht einmal die Ausbeutung lohnt

und die medial so gut wie nicht existieren. (...) Die bereits erwähnte Weltbankstudie geht davon aus, dass für die 1,1 Milliarden Menschen in 52 "marginalisierten" Entwicklungsländern das Risiko für den Ausbruch von Bürgerkriegen zehn Mal höher ist als in Entwicklungsländern mit günstigeren Wirtschaftsdaten. Das unterschiedliche Risiko ist dabei auf verschiedene Faktoren wie Bevölkerungsgröße oder Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen zurückzuführen. Das niedrige Einkommen der Bevölkerung ist jedoch der bei weitem größte Risikofaktor (4) für eine kriegerische Eskalation. Doch auch bei den Menschen in "erfolgreicheren" Entwicklungsländern haben sich Enttäuschung und Ernüchterung bezüglich der versprochenen Verbesserung ihrer Lebenslage eingestellt. Häufig profitieren auch in diesen Ländern nur kleine Schichten der Bevölkerung vom "Fortschritt" einer liberalisierten Marktwirtschaft.

Grundsteine für neuen Terror

Große Einkommensunterschiede (global und innerstaatlich) produzieren reales Elend und diese Unterschiede vergrößern sich rasant. Eine Milliarde Menschen lebt von weniger als einem Dollar pro Tag und damit unter dem absoluten Existenzminimum. 800 Millionen Menschen leiden chronisch an Hunger und jeden Tag sterben nach Angaben der (FAO) (5) daran und an den unmittelbaren Folgen von Unterernährung ca. 25.000 Menschen. (...) Heute geht es im Vergleich zu 1990 mehr als 50 Staaten schlechter, und in 21 Ländern leiden prozentual mehr Menschen an Hunger. (6) Doch nicht nur in den ärmsten Ländern verschärft sich die Situation der Menschen. In den letzten zehn Jahren konnte auch in den reichen Ländern eine Zunahme der Ungleichheit beobachtet werden. Ein Drittel der US-Amerikaner und 20% der EU-Europäer lebt heute von weniger Geld als vor zehn Jahren. Gegen diese neuen Formen von Ungleichheit regt sich weltweit Widerstand. Dieser Widerstand ist meist gewaltfrei und gesellschaftlich integriert, er wird aber häufig politisch und oft auch durch staatliche Gewalt unterdrückt. Träger dieses Widerstands, sind immer wieder nicht die ärmsten der Armen, sondern bürgerliche Gruppen, deren (politische oder materielle) Hoffnungen enttäuscht wurden.

(...) Das Potenzial für den so genannten internationalen Terrorismus scheint vor allem in den Ländern an der "Schwelle zum Wohlstand" zu liegen. Wobei hier deutlich darauf hingewiesen werden muss, dass die reale Gefahr des internationalen Terrorismus völlig unverhältnismäßig überzeichnet wird. Die Angst wird von vielen Staaten für ihre Interessen instrumentalisiert und die Form der "Bekämpfung des Terrorismus" durch Krieg ist das denkbar ungeeignetste Mittel zum Schutz vor Terrorismus. Der "Krieg gegen den Terror" kann nur eines wirklich effektiv: Er legt den Grundstein für neuen Terror.

Claudia Haydt, Tobias Pflüger, Jürgen Wagner

Entnommen aus: Dies., Globalisierung und Krieg, Attac Basis Texte 5, VSA Verlag, 100 Seiten, EUR 6,50

Anmerkungen:

1) World Bank: Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003, S. 96

2) World Bank, 2003, a.a.O

3) General Agreement on Trade in Services (GATS), Art. 1

4) World Bank, 2003, a.a.O., S. 102

5) Food and Agriculture Organization of the UN (FAO): The State of Food insecurity in the World, 2002

6) Human Development Report, 2003

22. Doppelstrategie. Interview mit dem irakischen Kommunisten Raid Fahmi

Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:01

Raid Fahmi ist Führungsmitglied der irakischen Kommunistischen Partei. Seit 1983 lebt er als politischer Flüchtling in Frankreich, derzeit unterrichtet er Ökonomie in Paris. In unserem Interview, das Bernhard Schmid führte, distanziert sich Fahmi vom bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsmacht und erläutert die Doppelstrategie der KP: Sie arbeitet im Regierungsrat mit und setzt gleichzeitig auf die Mobilisierung von unten.

ak: Im Irak scheint ein Guerillakrieg zu toben, folgt man den Fernsehbildern. Bewaffnete Gruppen erklären, sie leisteten Widerstand gegen die Besatzungsmacht. Welche gesellschaftlichen Kräfte repräsentieren diese Gruppen?

Raid Fahmi: Zum bewaffneten Untergrund gehören mehrere unterschiedliche Gruppen. Da sind zunächst ehemalige Militärs und Mitarbeiter der Sicherheits- und Geheimdienste (mukhabarat) des Regimes von Saddam Hussein. Man kann davon ausgehen, dass sie die stärksten Kräfte unter den derzeit bewaffnet Kämpfenden stellen.

Sodann gibt es eine Strömung aus dem radikalen Islamismus. Es gibt Kämpfer, die mit dem internationalen Netzwerk Al-Quaida verbunden sind und von denen einige aus dem arabischen Ausland gekommen sind, aber auch eine irakische Strömung aus dem sunnitischen Fundamentalismus. Diese ist aber nicht an eine der großen islamistischen Parteien gebunden, wie etwa an den irakischen Ableger der Muslimbrüder. Die schiitischen Parteien unterstützen den bewaffneten Untergrund nicht.

Schließlich gibt es auch Bewegungen lokaler Natur. Sie werden häufig von Mitgliedern einer Bevölkerungs- oder Stammesgruppe getragen, die vielleicht bei Bombenangriffen im Krieg einige ihrer Angehörigen verloren hat. Aus Rache nahmen sie den Kampf gegen die US-Soldaten auf. Und ferner gibt es auch Kräfte, die der Organisierten Kriminalität nahe stehen. Ihnen geht es vor allem um ein Ziel: Es soll zu keiner Stabilisierung der Lebenssituation im Irak kommen, damit sie ihren Geschäften nachgehen können.

Wie können Sie sich sicher sein, dass sich keine anderen Gruppen im Untergrund befinden?

Die große Mehrheit der Bevölkerung im Irak ist gegen die Besatzung. Die Frage für sie lautet nur: Wie soll man die Besatzung beenden? Und was kommt danach? Für die Untergrundgruppen sieht die Antwort, nachdem sie die Amerikaner hinaus geworfen haben, folgendermaßen aus: Einige wollen eine Wiederkehr des Regimes von Saddam Hussein; sie haben es in Interviews gegenüber arabischen Medien klar zum Ausdruck gebracht. Das will der Großteil der Bevölkerung nicht. Andere wollen ein despotisches islamistisches Regime. Die Frage der Demokratie im Irak ist für sie gar nicht gestellt.

Übrigens widersetzten sich die höchsten Funktionäre des alten Regimes den Amerikanern gar nicht prinzipiell; sie versuchten nur, ihren Kopf oder ihre Position zu retten. Sein Informationsminister Mohammed Al-Sahaf hat später klar gegenüber einem arabischen Fernsehsender aus Abu Dhabi zum Ausdruck gebracht: "Wir haben versucht, mit den Amerikanern zu verhandeln. Wir waren ihnen gegenüber zu allem bereit, aber die Amerikaner wollten nicht verhandeln". Diese Leute haben keine Alternative für die Bevölkerung zu bieten, das interessiert sie nicht. Sie suchen aber die Destabilisierung, um jede Normalisierung des sozialen Lebens zu verhindern und ihre eigene Situation zu retten.

Gibt es in der Bevölkerung keine Unterstützung für diese Gruppen, im Namen eines Kampfes gegen die Besatzung?

Bisher haben diese Gruppen sich als unfähig erwiesen, ihre gesellschaftliche Basis zu verbreitern. Ihre Aktionen sind tatsächlich auf bestimmte Zonen des Irak beschränkt und ziemlich genau lokalisierbar. Da sind zunächst die alten, traditionellen Unterstützungsbasen der Diktatur unter Saddam Hussein. Das sind im Wesentlichen arabisch-sunnitische Gebiete im Kernland des Irak, die unter dem damaligen Regime privilegierte Bedingungen genossen - etwa in Tikrit, der Geburtsstadt Saddam Husseins, oder westlich von Bagdad. Hinzu kommt, dass die Änderungen bisher die schiitische Bevölkerungsgruppe zu begünstigen

schienen, die ja auch die Mehrheit der irakischen Bevölkerung stellt. Die Furcht, künftig benachteiligt zu werden, motiviert daher wohl auch manche BewohnerInnen der sunnitischen Zonen. Hinzu kommen jene Orte, an denen die Amerikaner als Provokationen empfundene Fehler begangen haben. Nehmen wir das Beispiel der Stadt Falluja, wo die Amerikaner wirklich kriminelle Fehler begangene haben. Sie töteten 16 junge Leute anlässlich einer Demonstration, es kam zu Protesten, daraufhin töteten US-Militärs Mitglieder der Familien, später auch irakische Polizisten. Dies führt zu Racheakten.

Kommen wir zur Linken und zur irakischen KP. Ihr wird von einigen Linken im europäischen Ausland vorgeworfen, dass sie sich an dem Regierungsrat beteiligt, der eingerichtet wurde, während die USA den Irak besetzt halten.

Die Haltung zur Besatzung und die Präsenz in der irakischen provisorischen Regierung sind zwei verschiedene Fragen. Mehrere politische Kräfte, die politisch gegen die militärische Präsenz der USA im Irak opponieren, gehören zugleich dem Regierungsrat an. Das gilt für die KP, für national-demokratische Parteien und auch für einige der islamistischen Parteien. So für die schiitische Partei Al-Dawa, die auch gegen den Krieg im Frühjahr 2003 eintrat, und auch für sunnitische Parteien.

Dabei ist das politische Problem nicht auf die Frage zu reduzieren, ob die Amerikaner im Irak stationiert bleiben oder abziehen. Denn die USA können im Prinzip auch gehen, und trotzdem ihre politischen Ziele erreicht haben. Die zentrale Frage ist die nach den wirklichen Zielen der USA. Worum geht es ihnen? Sie wollen einen Irak, der liberalisiert und wirtschaftlich vollständig geöffnet ist; einen Irak, der sich in die neoliberale Globalisierung einbettet und enge Beziehungen zu den USA unterhält. Einen Irak, der eine bestimmte strategische Rolle im Nahen und Mittleren Osten spielt, etwa im Hinblick auf seine Position im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Wir befinden uns in der Frage der Demokratisierung im Einverständnis mit den pro-liberalen Kräften im Irak, die oftmals im Gepäck der Amerikaner eintrafen wie etwa Ahmad Chalabi. Aber bezüglich der Fragen der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Öffnung zur freien Konkurrenz, der Einbindung in die Globalisierung streben unsere Optionen auseinander. Hier findet der wirkliche Kampf statt! Er setzt voraus, dass eine Einmischung der Bevölkerung, eine soziale Organisierung stattfindet.

Befürchten Sie nicht, auf Grund Ihrer Beteiligung am Regierungsrat als eine Art "Kollaborateur" betrachtet zu werden?

Zu dem Zeitpunkt, als sich für uns die Frage der Beteiligung stellte, haben wir eine Befragung unter unseren Mitgliedern, aber auch im gesellschaftlichen Milieu rund um die Partei herum vorgenommen. Sie ergab, dass eine große Mehrheit dafür eintrat; eine Minderheitenposition innerhalb der Partei trat für eine Haltung "konstruktiver Opposition" ein.

Wir stellten uns die Frage, mit wem wir zusammenarbeiten könnten. Wären wir außerhalb des Regierungsrats geblieben, hätten wir nur mit sehr wenigen Kräften eine minimale Basis für die Zusammenarbeit finden können. Zugleich bleibt es für uns eine Option, zu konkreten Fragen eine Koalition von Kräften innerhalb und außerhalb des Rats zu bilden. Eine politische Oppositionsrolle einzunehmen, bleibt für uns eine Option, die keineswegs ausgeschlossen ist; allerdings denken wir, dass wir derzeit die Möglichkeiten unserer Beteiligung am Regierungsrat noch nicht ausgeschöpft haben. Was aber politisch für uns nicht in Frage kommt, das ist eine Unterstützung für die bewaffneten Untergrundgruppen.

Sie sprachen vorher die Frage der wirtschaftlichen Orientierung an, und damit auch die sozialen Probleme ...

Der Druck hin zu einer Privatisierung, einer Öffnung der Ökonomie, zum Verkauf der irakischen Erdölindustrie hat bereits eingesetzt. Zugleich können die USA ihre Ziele nicht geradewegs in die Realität umsetzen. So hatten sie ursprünglich das Ziel, die irakische Erdölproduktion relativ rasch auf sechs, später zehn Millionen Barrel Öl pro Tag zu steigern, um ihre Importquellen zu diversifizieren und so strategisch unabhängiger zu werden, auch gegenüber den Golfmonarchien. Doch dieses Ziel kann erst frühestens in mehreren Jahren erreicht werden, und nur, wenn 30 oder 40 Milliarden Dollar zur Instandsetzung der Ölanlagen investiert würden. Ein anderes Ziel war, dass sie den Irak aus der OPEC herauslösen und so das OPEC-Kartell deutlich schwächen wollten. Dagegen trafen die USA aber auf erhebliche Widerstände in der irakischen Ölindustrie,

seitens des technischen Personals, ohne das sie nicht auskommen können. Daher ist dieses Ziel auf kürzere Frist hin unerreichbar.

Gibt es also derzeit keine Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Zukunft?

Der US-Verwalter im Irak, Paul Bremer, hat ein Vorhaben für ein Gesetzesdekret präsentiert, das die amerikanische und britische Presse vom "Ausverkauf des Irak" reden ließ. Wir haben begonnen, uns solchen Vorhaben zu widersetzen, und setzen dabei eine Doppelstrategie ein. Als Mitglied im Regierungsrat streichen wir heraus, dass solch schwerwiegende Entscheidungen nicht ohne eine vorhergehende breite Debatte im Land, und nicht vor der Bildung einer souveränen irakischen Regierung gefällt werden dürften. Neben dieser eher formalen Position haben wir auch eine inhaltliche Position, die wir als Partei bereits zu verbreiten beginnen.

Der Druck aus dem gesamten Regierungsrat hat bisher zumindest dafür gesorgt, dass die irakische Erdölindustrie aus dem Anwendungsbereich des Dekrets, das noch nicht in Kraft ist, herausgenommen wurde. Derzeit kreist die Debatte um die Banken: Der Bremer-Entwurf will ausländischen, westlichen Banken alle Türen öffnen. Es gibt aber Druck aus den Reihen des Regierungsrats, der die Einführung der neuen Regeln, die durch Leute wie den Geschäftsmann Ahmed Chalabi bereits vor dem Krieg ausgearbeitet und in ihren Koffern mitgebracht wurden, zumindest stark bremsen will. Dabei soll den Interessen der Beschäftigten Rechnung getragen werden.

Zugleich sind die Eliten aus der Zeit des Baath-Regimes, die damals Reichtümer angehäuft haben, jetzt selbst an einer Liberalisierung interessiert, um Geschäfte zu machen. Bereits unter dem alten Regime hatte es Ansätze zu einer wirtschaftlichen Liberalisierung gegeben, die aber auf Grund der internationalen Position des Irak begrenzt blieben. Fast alle politischen Gruppen sind in wirtschaftlichen Fragen liberal, auch die Islamisten! Diese Dimension, diese Interessen werden durch den Kampf der bewaffneten Gruppen nur verschleiert. Wie viel einfacher ist es doch, eine Bombe auf ein mit Amerikanern besetztes Auto zu werfen, als auf diese Fragen zu antworten: Welche sozialen Garantien können verteidigt werden? Wie soll die nationale Ökonomie, im internationalen Kontext, organisiert werden? Deswegen wollen wir die Arbeitenden, die Zivilgesellschaft organisieren.

Gibt es Ansätze für solche Organisierungsprozesse?

Ja, es gibt eine Wiedergeburt einer Gewerkschaftsbewegung auf pluralistischer Basis, von Vereinigungen und Initiativen. Am spektakulärsten waren wohl die Demonstrationen von Arbeitslosen, aber da sollte man genauer hinsehen. Es kam zu Gewaltakten am Rande einer solchen Demonstration, aber es waren nicht entlassene Arbeiter, die da protestierten, sondern frühere Militärs unter Saddam Hussein. Man sollte darauf achten, von welchen sozialen Kräften man spricht.

Es gibt inzwischen vier Gewerkschaftsorganisationen, die dabei sind, sich zu konstituieren. In einer von ihnen ist die KP eine wichtige Kraft. Eine andere wurde vor allem von Einzelpersonen begründet, unter ihnen sind auch ehemalige Mitglieder der KP. Eine dritte kommt aus dem Umfeld des alten Regimes, aber mit einem ziemlich veränderten Diskurs, der mitunter demagogisch ist. Sie hat es geschafft, sich bei einem Besuch westlicher Gewerkschaften als "die" Arbeiterorganisation anerkennen zu lassen. Daneben gibt es eine Arbeitslosen-Union, in der vor allem eine andere linke Partei - die Kommunistische Arbeiterpartei des Irak - aktiv ist und die einige spektakuläre Aktionen durchführte, wie Kundgebungen vor dem Haus des Gouverneurs. Es gibt eine Frauenbewegung, in der sowohl unsere Partei als auch die Kommunistische Arbeiterpartei aktiv sind.

23. Herrschaft durch Destabilisierung. Irak: Unter der Besatzung ist kein Frieden in Sicht

Autor: Joachim Guilliard · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:43

Angesichts des rasant zunehmenden Widerstands im Irak sah sich nun auch die US-Führung gezwungen, das "befreite" Land wieder zum Kriegsgebiet zu erklären. Die CIA geht gemäß eines an die Öffentlichkeit gelangten Geheimberichts von einer weiteren Intensivierung des "Guerillakriegs" und seiner Ausweitung auf bisher ruhigere Regionen des Landes aus. (1)

Ungeachtet der Völkerrechtswidrigkeit des Überfalls auf das Land wurde dieser letztendlich auch von den einst kriegskritischen europäischen Regierungen als Befreiung begrüßt, und trotz des wachsenden militärischen wie zivilen Widerstands unterstützen sie die Fortdauer der Besatzung und eine Befriedung des Landes durch US-geführte Truppen.

Außer Acht gelassen wird dabei, dass die überwiegende Mehrheit der IrakerInnen sich nicht auf diese Weise "befreien" lassen wollte und schon gar nicht von denen, die schon einmal das Land in Schutt und Asche bombten und anschließend mit mörderischen Sanktionen belegten.

Die Bilanz dieser "Freiheit" sieht für die Betroffenen bitter aus. Eine große Zahl wurde Opfer der Kampfhandlungen während der Invasion. Auch Monate danach gibt es Strom und fließendes Wasser nur mit großen Unterbrechungen. Lebensmittel und Medikamente sind knapp, Krankenhäuser funktionieren nur eingeschränkt und ein Gesundheitssystem gibt es nicht mehr. In den Straßen herrscht bloße Gewalt: Überfälle, Morde, Vergewaltigungen und Mädchenraub sind allgegenwärtig.

Nicht fehlende Planung der Strategen in Washington, wie ihnen häufig vorgeworfen wird, ist dafür in erster Linie verantwortlich, sondern ihre Prioritätensetzung. So waren für die politisch-ökonomische Neuordnung des Landes durchaus schon lange vor dem Krieg sehr detaillierte Pläne ausgearbeitet worden. In einem hundertseitigen Papier des US State Department (2) wird beispielsweise ausführlich beschrieben, wie die irakischen Gesetze umzuschreiben sind, inklusive genauer Formulierungen der zukünftigen Steuergesetze und Copyright-Bestimmungen oder wie der Banksektor übernommen werden soll. Sogar an den Entwurf eines Antrags des Iraks auf Mitgliedschaft in der WTO war gedacht worden.

Mit der Umsetzung dieser Pläne, die u.a. die Privatisierung aller staatlichen Betriebe, Einrichtungen und Dienstleistungen, einschließlich der Grundversorgung, wie z.B. Wasser, beinhalten, wurde unmittelbar begonnen. Die von der Besatzungsbehörde Ende September erlassene Direktive 39 führt bereits knapp 200 staatliche Unternehmen auf, die zum Verkauf stehen, und gestattet Ausländern eine hundertprozentige Übernahme zu steuerlich äußerst attraktiven Bedingungen. Die von Paul Bremer schon auf dem World Economic Forum im Juni angekündigte "Schocktherapie" für den Irak - totale wirtschaftliche Öffnung des Landes und Streichung aller staatlichen Subventionen - droht zudem, die verbliebenen, durch das Embargo ohnehin stark angeschlagenen Firmen und landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treiben.

Schocktherapie für den Irak

"Der Krieg ist nicht vorbei", urteilt daher die in Beirut geborene US-Wissenschaftlerin Rania Masri. "Der Krieg ist nur in eine andere Phase getreten - die Besatzung des Iraks und die Invasion der Konzerne." (3) Die IrakerInnen werden bei alldem nicht gefragt. "Selbst wenn morgen der letzte Soldat aus dem Golf verschwindet und eine souveräne Regierung an die Macht kommt," so Naomi Klein, "bleibt der Irak besetzt: durch Gesetze, die im Interesse eines anderen Landes gemacht wurden, durch ausländische Konzerne, die entscheidende Dienstleistungen des Landes kontrollieren." (4)

Nicht zuletzt auch dagegen richtet sich der wachsende, nicht nur militärische Widerstand in der Bevölkerung. Niemand glaubt der US-Regierung noch, dass dieser nur von versprengten Resten der Sicherheitskräfte des alten Regimes oder zugereisten religiösen Fanatikern getragen wird. Zu offensichtlich ist die zunehmende Unterstützung dieser Vielzahl unterschiedlich zusammengesetzter Gruppierungen, die teils aus ethnischen Strukturen und Moscheen hervorgehen, teils aber auch säkularen, patriotischen Organisationen angehören. Die CIA schätzt die Zahl der Aktiven inzwischen auf 50.000. Die Antwort der Besatzungstruppen ist eine Verschärfung der Repression. Anschläge auf amerikanische Soldaten werden mit regelrechten Strafaktionen

gegenüber der Bevölkerung am Ort des Geschehens beantwortet, zuletzt mit Bombardierung aus der Luft. Es ist nicht zuletzt diese Repression, wie Ulrich Ladurner in der Zeit berichtete, die den in Guerilla-Manier kämpfenden Gruppierungen ständig personellen Nachschub sichert. (5)

Einnahmen in Milliardenhöhe

Von "Aufbau der Demokratie" kann unter diesen Bedingungen keine Rede sein. Eine "Demokratisierung" im eigentlichen Sinne war angesichts der detaillierten Pläne Washingtons für eine Neuordnung des Landes auch nie zu erwarten gewesen. Die wesentlichen Weichen, daran ließen die US-Strategen keinen Zweifel, sollten gestellt sein, lange bevor IrakerInnen zum ersten Mal an die Wahlurnen gehen können. Es war auch klar, dass die Besatzungstruppen bleiben sollen, bis die Gegner einer solchen Politik ausgeschaltet sein würden - und darüber hinaus: Mit Beginn der Besatzung wurden vier große permanente Militärbasen errichtet, die die irakische Souveränität unabhängig von der weiteren Entwicklung dauerhaft einschränken werden.

Auch ein rascher Wiederaufbau des Iraks hatte nie Priorität. Schon die Art und Weise, wie die Besatzung begann - mit Plünderungen und Brandstiftungen -, legt nahe, dass es für die neokonservativen Strategen in der US-Administration, die seit Jahren auf die Besetzung des Landes hinarbeiteten, zumindest zweitrangig war, wann es im Irak wieder akzeptable Lebensbedingungen geben würde.

"Wir können nicht in jedem Winkel Iraks für Sicherheit sorgen", war die zynische Antwort von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf die Vorwürfe von UN-Generalsekretär Kofi Annan, die USA hätten zuwenig für die Sicherheit des UN-Hauptquartiers getan. Das Pentagon verweigerte von Anfang an die Zuständigkeit für die Wiederherstellung einer gewissen Ordnung. Die soll es erst geben - so die klare Botschaft -, wenn sich die IrakerInnen der Besatzungsmacht unterwerfen und unter ihrer Hoheit selbst darum kümmern: Die irakische Bevölkerung könne sich entscheiden, ob sie mit dem "Rest der Welt" den "Weg zur Demokratie beschreiten" oder "im jetzigen Chaos verharren" wolle, so der Verteidigungsminister.

Viele IrakerInnen wie auch kritische internationale BeobachterInnen vor Ort befürchten, die USA könnten bewusst das herrschende Chaos fördern, unter anderem durch die Verschärfung ethnischer und religiöser Gegensätze. So droht die Besetzung aller provisorischen Gremien - von Stadträten bis hin zum provisorischen "Regierenden Rat" - nach ethnisch-religiösem Proporz die Trennungslinien zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verschärfen. Der europäisch-amerikanische Think Tank "International Crisis Group" befürchtet, der Irak sei damit schon auf "den Weg einer Libanonisierung" gebracht worden. Die "Politisierung religiöser und ethnischer Risse", so die ICG, gefährde die territoriale Integrität Iraks und seinen säkularen Charakter. (6)

Dies käme den radikalen Protagonisten eines US-amerikanischen Empires nicht ganz ungelegen. Ein Zerfall des Landes in verschiedene regionale Einflussgebiete und die damit einhergehende Destabilisierung auch angrenzender Länder würde durchaus im Interesse derer liegen, die nicht nur eine Rückkehr national orientierter Kräfte im Irak verhindern wollen, sondern sich außerdem die Unterwerfung der ganzen Region auf die Fahne geschrieben haben.

Hier könnte sich somit die volle Bedeutung des in den Strategiepapieren der Neokonservativen verwendeten Begriffs der "kreativen Zerstörung" erschließen, die einer ihrer Wortführer, Michael Ledeen, so erläuterte: "Stabilität ist ein Auftrag, der Amerikas nicht würdig ist ... Wir möchten keine Stabilität im Iran, im Irak, in Syrien, im Libanon, und sogar in Saudi-Arabien möchten wir keine Stabilität; Wandel wollen wir. ... Kreative Zerstörung ist unsere zweite Natur, ob es unsere Gesellschaft betrifft oder das Ausland." (7)

"Kreative Zerstörung ist unsere Natur"

Hinter dem irakischen "Chaos" könnte sich somit eine gewisse Strategie verbergen, wie trotz wachsendem Widerstand auch mit begrenzten Kräften das Land im Griff gehalten werden kann. Auch in bürgerkriegsähnlichen Situationen sei, so ein Vertreter des Pentagon, ein Zugriff auf den Ölreichtum möglich. Dies zeige das Beispiel Kolumbien, wo das Problem von Sabotage an Pipelines schließlich auch gemeistert werden konnte. "Wir müssen nicht auf den Mond zielen", zitierte der private Nachrichtendienst Stratfor einen Sicherheitsexperten angesichts des Unvermögens, die Guerilla-Aktionen im Irak zu beenden, "alles was wir tun müssen, ist nur etwas Öl zu pumpen." (8)

Krieg und Besatzung selbst bieten nicht nur Rüstungskonzernen hohe Profitmöglichkeiten: Eine Reihe großer US-Konzerne, wie Halliburton, Bechtel und DynCorps, mit engen Verbindungen zur Regierung, hat sich bereits Einnahmen in Milliardenhöhe für Aufträge wie den Bau und Unterhalt von Militärbasen, den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, die Reparaturen an den Ölproduktionsanlagen und Sicherungsaufgaben gesichert. Experten schätzen, dass bis zu einem Drittel der monatlichen 3,9 Milliarden Dollar Besatzungskosten an private Firmen gehen.

Weder ein stärkeres internationales Engagement noch die Bemühungen einer "Irakisierung" der Herrschaft unter der Hoheit der USA werden zur Wiederherstellung irakischer Souveränität und zu einer Besserung der Lage im Irak führen. So würde die auch von Deutschland und Frankreich befürwortete Übergabe von mehr Regierungsgewalt an den von Washington eingesetzten "Regierenden Rat", Macht in die Hände von zum Teil sehr fragwürdigen Personen und Gruppierungen legen, deren Ziele sich mit denen der US-Regierung decken oder die im Bündnis mit der Besatzungsmacht ihre eigenen partikularen politischen und materiellen Interessen verfolgen. Im Irak selbst fehle diesem Übergangsrat, so die ICG, jegliche Anerkennung und die Ratsmitglieder gälten als Kollaborateure.

Zusammen mit der Aufstellung US-loyaler irakischer Sicherheitskräfte unter Einbeziehung verbündeter Organisationen, werden so Kräfte mit geringer gesellschaftlicher Verankerung gegen den Rest der Bevölkerung in Stellung gebracht, die sich auch auf längere Sicht nur mit Gewalt werden durchsetzen können. Am Ende stünde nicht die irakische Souveränität, sondern eine US-hörige Diktatur, eine Kolonialregierung mit irakischem Anstrich.

Ungeachtet der Risiken - Vorbedingung eines jeden realistischen Weges aus der aktuellen Misere, ist der Rückzug der Invasionstruppen im Rahmen eines klaren, knappen Zeitplans. Erst wenn sicher ist, dass sie das Land verlassen, können die Vereinten Nationen tatsächlich Mitverantwortung bei der staatlichen Reorganisation übernehmen, ohne als Teil der Besatzungsmacht angesehen zu werden. Erst dann ist mit breiterer Unterstützung der IrakerInnen zu rechnen und erst dann gibt es eine realistische Chance - innerhalb dieses Zeitplans -, eine Übergangsregierung auf breiter Basis bilden und den Übergang durch klassische UN-Blauhelme aus neutralen Staaten absichern zu können.

Joachim Guilliard

Vom Autor erscheint Anfang Dezember Göbel/Guilliard/Schiffmann (Hg.): Der Irak - ein befreites Land? Der Neue Golfkrieg und die Folgen (Köln, PapyRossa Verlag, 2003), EUR 14,90, ISBN 3-89438-270-8.

Anmerkungen:

1) Für eine ausführliche Darstellung des Themas s. die vom Autor verfasste Studie "Irak - Die neue Phase des Krieges" (2003/05) der Informationsstelle Militarisierung, www.imi-online.de

2) Das Papier hat folgenden Titel: "Moving the Iraqi Economy from Recovery to Sustainable Growth".

3) Rania Masri, "Auf- oder Abbau des Irak", www.zmag.de/article/article.php?id=739

4) The Guardian, 07.11.2003

5) "Die Amerikaner sind Barbaren", Die Zeit, 42/2003

6) Memorandum der International Crisis Group (ICG), "Governing Iraq"

7) Michael Leeden, The War Against the Terror Master, St. Martin's Press, 2002

8) Iraq: Pipeline Sabotage and Reconstruction Concerns, Stratfor, August 18, 2003

24. Gegen neoliberalen Ausverkauf, aber fürs Vaterland? Nicaraguanische Linke setzt auf nationale Bourgeoisie.

Autor: Wolfgang Ecker · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:15

In der letzten ak-Ausgabe diskutierte Annette Massmann die Fallstricke des Internationalismus der 80er und folgenden Jahre am Beispiel der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Jener Internationalismus hatte sich nicht zuletzt durch die unreflektierte und unkritische Bezugnahme auf Konzepte wie "Nation" oder "Volk" , repräsentiert durch "die Partei" (hier: die FSLN), ausgezeichnet. In dieser Ausgabe skizziert Wolfgang Ecker, wie aktuell im Widerstand gegen die Privatisierungen des öffentlichen Sektors in Nicaragua eine neue, von der sandinistischen Partei unabhängige Linke an Bedeutung gewinnt. Doch im Neuen ist das Alte noch immer präsent, verbindet doch diese neue Linke ihre basis- und aktionsbezogene Praxis wiederum mit linksnationalistischer Ideologie.

Und schließlich sollte auch die Wasserversorgung verkauft werden. Nach 13 Jahren konservativer und liberaler Regierungen gab es in Nicaragua ansonsten auch kaum noch etwas zu privatisieren. Angefangen bei den ehemaligen Staatsbetrieben in Produktion und Landwirtschaft, über das Bankenwesen und die Telekommunikation bis hin zur Stromversorgung: Alles befindet sich mittlerweile (wieder) in Privateigentum. Widerstand hatte es wohl gegeben, vor allem gegen den Verkauf der Stromversorgung an die spanische Unión Fenosa. Verlangsamen oder gar verhindern konnte dieser Widerstand den Privatisierungsprozess jedoch nicht. Nur beim letzten und vielleicht lukrativsten Geschäft, dem mit dem Wasser, gab es ernsthafte Schwierigkeiten.

Die gegenwärtige liberale Regierung unter Enrique Bolaños plante, sowohl die Wasserversorgung als auch die in Nicaragua rechtlich zum Wassersektor zählende Stromerzeugung aus Wasserkraft zu verkaufen.

Bevölkerung ohne Atempause

Im Sommer 2002 wurde bekannt, dass die Regierung die Wasserkraftwerke vom Lago de Apanás im Norden des Landes zu einem Spottpreis an den US-Konzern Coastal Power verkauft hatte und dem künftigen Betreiber gleich noch die "exklusiven Nutzungsrechte" für den ganzen See obendrauf gegeben hatte. So glatt wie geplant ging der Deal gleichwohl nicht über die Bühne: Nie zuvor hat ein Privatisierungsprojekt so viel Widerspruch provoziert. Dass die Pläne der Regierung einem offenen Verfassungsbruch gleichkamen, schreibt die nicaraguanische Verfassung im Artikel 105 doch ein Veräußerungsverbot von öffentlicher Infrastruktur vor, hat den Unmut in der Bevölkerung erst recht geschürt - nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, den FischerInnen und LandwirtInnen am Lago de Apanás sowie den Beschäftigten der Kraftwerke, sondern auch bis in die Nationalversammlung hinein. Unter dem Motto "Wasser ist Leben" versuchten linke VerbraucherInnen-Organisationen und NGOs, Gegenpositionen zu formulieren und warnten vor den sozialen Folgen einer marktwirtschaftlich orientierten Wasserversorgung. Dass ihre Positionen große Verbreitung fanden, war auch der regierungskritischen Presse zu verdanken, die detailliert von Aktionen und Veranstaltungen berichtete.

Als schließlich eine Initiative gegen die Apanás-Privatisierung eine entsprechende Petition einbrachte, entschied das Parlament Ende 2002 im Eilverfahren, den Verkauf des Apanás-Sees wie auch weitere Privatisierungen in diesem Sektor so lange auszusetzen, bis ein "Allgemeines Wassergesetz" den rechtlichen Rahmen eindeutig festlegt.

Dass es der Regierung bis heute nicht gelungen ist, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, liegt auch an inneren Widersprüchen innerhalb der Regierung und an unklaren Mehrheitsverhältnissen in der Nationalversammlung. Vor allem ist dies aber ein Erfolg jener sozialen Kräfte, die den Kampf gegen die Privatisierung anführen. Zumal sie es offensichtlich auch schaffen, die bereits erfolgte Privatisierung der Stromversorgung wieder stärker in den Blickpunkt öffentlicher Kritik zu rücken.

National versus transnational

Die praktische Arbeit dieser Initiativen ist äußerst mühselig: Sie organisieren Rechtsberatung, Pressearbeit, kleine Straßenaktionen, Unterschriftensammlungen für ein alternatives Wassergesetz und führen Musterprozesse gegen Unión Fenosa. Trotzdem reicht die Unterstützung aus der Bevölkerung meist kaum über spontane Zustimmung hinaus. AktivistInnen von Anti-Privatisierungsgruppen machen dafür vor allem zwei Faktoren verantwortlich. Zum einen fühlen sich gerade die sozial Marginalisierten von dem Privatisierungsprozess nicht unmittelbar betroffen, da der Staat in den letzten Jahren sowieso nicht mehr die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse garantierte. Ihren Bedarf an Wasser und Strom decken sie, indem sie das Leitungssystem illegal anzapfen. Und sie gehen davon aus, dass diese Form der " sozialen Verteidigung", der defensa social, auch möglich bleibt, wenn die Leitungsnetze privatwirtschaftlich verwaltet werden.

Zum anderen sind auch die progressiven Teile der Bevölkerung nach all den Niederlagen der vergangenen Jahre nur noch schwer mobilisierbar. Ruth Selma Herrera, Sprecherin des nationalen VerbraucherInnenschutz-Netzes RNDC und eine der profiliertesten PrivatisierungsgegnerInnen, beschreibt die Situation so: "Erst haben die Menschen die Somoza-Diktatur durchlitten, dann den Contra-Krieg, und jetzt geht schon wieder alles Schlag auf Schlag. Eine traumatisierte Bevölkerung, der keine Atempause gegönnt wird."

Hinzukommt, dass sich die einstige Protagonistin gesellschaftlicher Utopien, die sandinistische Befreiungsfront FSLN, in den vergangenen Jahren selbst diskreditiert hat - durch Korruption und undurchsichtige Absprachen mit der Regierungspartei PLC. Der gegenwärtige soziale (Abwehr-)Kampf findet deshalb nicht nur ohne Unterstützung politischer Parteien statt, sondern in expliziter Abgrenzung von diesen, weil die Bevölkerung "die Schnauze voll hat von Parteien", wie es Clemente Martínez vom Umweltverband Centro Humboldt ausdrückt.

Dabei erscheint es so, als bedinge die Abgrenzung von der FSLN zugleich auch den Abschied von jenen sozialen Utopien, für die einst die sandinistische Revolution stand. Augenfällig ist jedenfalls, dass der Widerstand gegen die Privatisierungen keinen gesellschaftlichen Gegenentwurf beinhaltet, der anti-kapitalistische Perspektiven aufzeigt. Vom revolutionären Sandinismus wurde lediglich ein linksnationalistischer Diskurs übernommen. Aber gleichzeitig verwässert er sie.

Anti-Privatisierungsgruppen lehnen zwar den Verkauf von öffentlichen Dienstleistung im Prinzip ab. Doch im Falle des Falles ziehen viele gleichwohl eine Privatisierung zu Gunsten der nationalen Bourgeoisie vor, weil sie dieser ein höheres Verantwortungsbewusstsein als dem transnationalen Kapital unterstellen. Ein Verkauf von staatlicher Infrastruktur an transnationale Konzerne bedeutet hingegen den Verlust nationaler Selbstbestimmung, denn wer "Stromversorgung, Telekommunikation und Wasser eines Landes besitzt, kontrolliert ein Land", meint etwa Carlos Ruiz von der Basisorganisation Movimiento Comunal aus Matagalpa.

Der Versuch, die soziale Frage nationalistisch zu füllen, hat dabei durchaus auch strategische Bedeutung. Für Ruth Selma Herrera vom RNDC jedenfalls ist "die Bildung einer nationalen Identität wichtig, um gegen die Globalisierung zu kämpfen". Das VerbraucherInnenschutz-Netzwerk behauptet auf seinen Plakaten gegen die Wasserprivatisierung, dass "nur Vaterlandsverräter das Wasser in die Hände von Ausländern geben würden". In dieser Argumentation werden dem nationalen Kollektiv alle Klassen und Schichten zugeschlagen, mit Ausnahme der Oligarchie und anderer Handlanger des "transnationalen Kapitals".

Das größte Stück vom Kuchen

Die linksnationalistische Kritik an den Privatisierungen hat insofern eine realistische Grundlage, als von der aktuellen Privatisierungspolitik ausschließlich internationale Konzerne und korrupte Regierungsbeamte profitieren. Die nationale Bourgeoisie verfügt nicht über die Mittel, Unternehmen in dieser Größenordnung zu übernehmen. Doch ist dieses Unvermögen gerade nicht Ausdruck einer prinzipiellen Gegnerschaft zur marktwirtschaftlichen Umstrukturierung des ehemals öffentlichen Sektors. Im Gegenteil: Bei der ersten Privatisierungswelle Anfang/Mitte der 90er Jahre, war es die nicaraguanische Mittel- und Oberschicht, die sich das größte Stück vom Kuchen sicherte.

Wird dies verdrängt, gerät zugleich aus dem Blick, dass die existierenden sozialen Widersprüche in Nicaragua keineswegs bloßer Effekt der Privatisierungen in den letzten drei oder vier Jahre sind. Die marktwirtschaftliche Neuausrichtung des Landes nach 1990 spielt hier eine viel grundlegendere Rolle. Beispielsweise verschlechterten sich die Lebensbedingungen für hunderttausende von Menschen dramatisch durch die radikale Umstrukturierung des Landwirtschaftssektors. Zur Zeit werden noch 25% der Anbaufläche Nicaraguas von Kleinbetrieben bebaut; nach der sandinistischen Landreform waren es 80%. Nachdem die

landwirtschaftlichen Staatsbetriebe privatisiert und viele KleinproduzentInnen zur Aufgabe gezwungen waren, wuchs das Heer der LandarbeiterInnen, die nicht über eigenes Land verfügen, wieder an. Laut UNICEF sind rund 45% der Kinder von LandarbeiterInnen chronisch unterernährt.

Doch zu den Nutznießern dieser Umstrukturierungen zählten und zählen vor allem NicaraguanerInnen, u.a. somozistische Alteigentümer, aber auch FSLN-Kader, die sich im Rahmen der so genannten Piñata (1) noch vor dem Regierungswechsel ihre Dienste versilberten, oder auch Mitglieder der liberalen Partei und des Regierungsappartes sowie BesitzerInnen von größeren Fincas, die von den Pleiten der KleinproduzentInnen sowie vom ArbeiterInnenüberschuss profitieren.

Dass diesen neuen und alten Eliten jedoch ein größeres "Verantwortungsbewusstsein" attestiert werden könnte, ist angesichts der Hungertoten in den ländlichen Regionen Nicaraguas eine zynische Unterstellung. Dass es ein wichtiger Teil der nicaraguanischen Linken offenbar vorzieht, die nationale Bourgeoisie ideologisch "mit ins Boot" nehmen zu wollen, anstatt das komplizierte Geflecht aus gegensätzlichen Interessenslagen - beispielweise von LandarbeiterInnen, kleinen und großen ProduzentInnen, Banken, politischen Eliten etc. - zu analysieren, ist bitter. Denn eine solche Analyse wäre nötig, um einen streitbaren, linken Standpunkt in der Debatte um die soziale Zukunft des Landes zu entwickeln - in der Landfrage wie im Kampf gegen die aktuelle Privatisierungspolitik.

Wolfgang Ecker

Der Autor arbeitet in der AG Privatisierung des Ökumenischen Büros in München mit und ist Mitglied des AutorInnenkollektivs, das im März 2003 die Broschüre "Nicaragua privatizada" veröffentlichte. Darin wird u.a. ein Überblick über den Privatisierungsprozess (im Bereich Wasser, Energie und Bildung) in Nicaragua gegeben sowie der Widerstand dagegen, die Rolle von NGOs und die Konzepte des Linksnationalismus kritisch diskutiert. Die Broschüre kann unter http://nica.open-lab.org gelesen bzw. heruntergeladen werden, die Druckversion kann für 3 Euro zzgl. Porto unter nica@open-lab.org bestellt werden.

Anmerkung:

1) Die Piñata ist ein nicaraguanisches Kinderspiel, bei dem so lange auf einen mit Bonbons gefüllten Ballon eingedroschen wird, bis er platzt. Nach der Wahlniederlage der SandinistInnen im Februar 1990 bezeichnete man mit Piñata die Überschreibung von Staatseigentümern an sandinistische FunktionärInnen vor Antritt der neuen Regierung unter Violeta Chamorro.

25. Repressives Nachspiel in Thessaloniki. Inhaftierte Anti-EU-Aktivisten im Hungerstreik

Autor: efa · Rubrik: Griechenland; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:36

So diffus in Bezug auf die politischen Ziele der Protest gegen die neoliberale Globalisierung manchmal auch scheinen mag, so eindeutig fällt meist die Antwort von Seiten der diversen "Rechtsstaaten" aus. Zum Beispiel in Griechenland.

Dort hatten im Juni 2003 mehrere tausend AktivistInnen aus verschiedenen Ländern gegen das Treffen der EU-Staatschefs demonstriert. Mehr als 100 Personen wurden bei diesen Protesten festgenommen, 29 angeklagt. Von diesen kamen acht in Untersuchungshaft, eine Person wurde in der Zwischenzeit mit Auflagen aus der Haft entlassen. Sieben Demonstranten aus vier Ländern sitzen jetzt seit mehr als vier Monaten im Gefängnis. Und fünf von ihnen sind schon seit einigen Wochen im Hungerstreik.

Als am Samstag, den 21. Juni eine Demonstration von der Universität Thessaloniki in Richtung Zentrum zog, gelang es einem massiven Polizei- und Gaseinsatz, die Demo zu spalten. Ein Teil der DemonstrantInnen konnte in die Universität zurückkehren. Der Rest blieb zerstreut in der Stadt. Dort kam es dann zu den meist reichlich brutalen Festnahmen.

Die sieben immer noch inhaftierten Globalisierungskritiker werden folgender Vergehen angeklagt: Sprengkörperbesitz und -gebrauch, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffenbesitz und -gebrauch sowie Brandstiftung. Ihre Festnahme wie auch die spätere Anklage durch die griechische Justiz werden begleitet von einer beispiellosen Medienkampagne, in deren Rahmen die Angeklagten als "anarchistische Führer" bzw. als "internationale Terroristen" präsentiert werden. Eine Medienkampagne außerdem, die sich vor allem durch die Fülle an Falschinformationen auszeichnet, die sie in Umlauf brachte.

Sowieso basieren die "Beweise" gegen die Angeklagten ausschließlich auf Aussagen von Polizisten, die gesehen haben wollen, dass die "Anarchisten" Rucksäcke mit Steinschleudern, Schraubenmuttern und/oder Molotowcocktails bei sich trugen. Allerdings soll es Videoaufnahmen geben, auf denen deutlich zu sehen ist, wie die Polizei den Rucksack eines der inzwischen Gefangenen gegen einen anderen austauscht, der Sprengkörper beinhaltet. (1) Anzunehmen ist, dass auch in allen anderen Fällen diese Form der aktiven Beweisbeschaffung Grundlage der Anklage ist.

Von den sieben Inhaftierten haben drei - Spyros Tsistas, Michalis Trikapis und Dimitris Friouras - griechische Staatsangehörigkeit. Die beiden zuletzt Genannten sind unter 20 Jahre alt und befinden sich deshalb seit mehr als vier Monaten in einem Gefängnis für Minderjährige in Avlona. Zwei Gefangene sind spanischer Nationalität. Einem von ihnen, Fernando Pérez, wird der Gebrauch von Molotowcocktails zur Last gelegt. Während seiner Festnahme wurde er so brutal verprügelt, dass er einen Zahn verlor und seitdem unter Atemstörungen leidet. Auch Carlos Martínez wurde während seiner Festnahme misshandelt. Der spanische Konsul in Athen bestätigte nach Besuchen im Gefängnis, dass Martínez schwere Hämatome an den Armen hatte und dass ihm offensichtlich Haarbüschel ausgerissen wurden.

Ein Angeklagter mit britischer Staatsangehörigkeit, Simon Chapman, wurde während der Festnahme zwei Stunden lang mit Knüppeln, Fäusten und Hammer von der Polizei verprügelt. Er befand sich zum Zeitpunkt seiner Festnahme allein am Rand der Demonstration und suchte seine Freunde. BeobachterInnen vor Ort gehen davon aus, dass die Polizei sowohl den Rucksack von Chapman als auch die von Martinez und Pérez gezielt gegen Rucksäcke mit "Beweismaterial" austauschte.

Am härtesten trifft die Festnahme Suleiman Dakduk. Denn der Syrer hatte zum Zeitpunkt seiner Festnahme keine Aufenthaltserlaubnis. Dakduk lebt seit 18 Jahren in Griechenland und hatte kurz vor seiner Festnahme Asyl beantragt. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme verteilte er gerade Flugblätter über die Situation von Flüchtlingen in Griechenland. Gegen ihn ist ein Auslieferungsverfahren eingeleitet. In Syrien ist gegen den Oppositionellen eine Verurteilung zu lebenslanger Haft anhängig.

Den Prozessbeginn kann die griechische Justiz bis zu 18 Monate lang hinauszögern. Danach drohen den Angeklagten Haftstrafen zwischen 5 und 20 Jahren. Alle Angeklagten haben Anzeigen erstattet - wegen Misshandlung und Bedrohung während der Festnahme, im Polizeirevier und im Gefängnis.

Dakduk trat am 21. September in Hungerstreik, um seine Auslieferung zu verhindern. Martínez, Pérez und Chapman sind seit 5. Oktober in Hungerstreik. Sie wollen damit die Forderungen von Dakduk unterstützen und gegen die Misshandlungen protestieren. Am 8. Oktober trat auch Tsistas in den Hungerstreik. Seit dem 8. November befinden sich alle Gefangenem im Krankenhaus, das zugleich mit massiver Polizeipräsenz bedacht wurde. Eine Ärztin berichtete, dass ein Gefangener während eines Aufenthaltes im Krankenhaus geschlagen wurde.

Seit Beginn des Hungerstreiks finden in ganz Griechenland eine Reihe von Solidaritätsdemonstrationen statt; außerdem kam es zu Besetzungen von staatlichen Behörden, Rathäusern und Radiosendern. Auch militante Formen des Protests häufen sich. In Athen und Thessaloniki gebe es, so heißt es, fast täglich Brandanschläge. Und auch in anderen Ländern gab und gibt es Kundgebungen, z.B. vor Konsulaten oder Tourismusbehörden in San Francisco, Helsinki, Malaga, Madrid, Burgos, Bilbao, Barcelona und London. Währenddessen verschlechtert sich der Gesundheitszustand der fünf von Tag zu Tag.

Die Repression gegen ihn und seine sechs Mitgefangenen sei ein Versuch der Einschüchterung all jener, die Widerstand leisten, schrieb Suleiman Dakduk aus dem Gefängnis. Bleibt zu hoffen, dass dieser Versuch auch in Zukunft fehlschlägt.

efa

Anmerkung:

1) Für genauere Informationen s. www.wombles.org.uk

26. Moskau, gegen den Strich gebürstet

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:38

Still war es im wilden Russland geworden. Wladimir Putins autoritäre Modernisierung schimmerte schon im Glanz des neuen russischen Booms. Erst vor einem Monat hatte die internationale Rating-Agentur Moodys Russland unter die Kategorie der soliden Schuldner eingereiht. Noch vor zwei Wochen war Jukos der Liebling der russischen Börse; Jukos-Aktien hatten ihren Jahreshöchststand bei 650 Punkten erreicht.

In diese Stille platzte die Neuigkeit von der Verhaftung Michail Chodorkowskis hinein. Die Wellen schlagen hoch. Das Entsetzen ist groß. Man ist enttäuscht von Präsident Putin. Aber muss man denn überrascht sein? Klar ist doch: Putin ist nicht Russland - und überraschend ist diese Entwicklung auch nicht. Auch wenn davon in letzter Zeit viel geredet wird, so ist es doch eine Tatsache, dass es bisher weder einen allgemeinen Boom der russischen Wirtschaft noch eine Normalisierung gibt - wenn darunter, wie es zweifellos gemeint ist, die Angleichung russischer Verhältnisse an europäische oder westliche Normen verstanden wird.

Die wirtschaftliche Stabilisierung, die unter Wladimir Putin zu beobachten war, ist durch einen Ausverkauf der Ressourcen im großen Maßstab bei gleichzeitiger Restauration autoritärer Strukturen erkauft worden. Die Absicherung der Privatisierung der ersten Stunde durch Wladimir Putin ist so weit abgeschlossen, dass die Frage nach der nächsten Runde ansteht. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen und Interessen. Von Seiten der liberalen Reformer, allen voran des ehemaligen Privatisierungsministers Anatoly Tschubajs, der jetzt auch als Kandidat der ultra-liberalen "Union rechter Kräfte" in den Duma-Wahlkampf zieht, sodann des ersten Premiers Jelzins Gaidar ebenso wie des in London lebenden Boris Beresowski - also von Seiten der Radikal-Reformer - wird als der demnächst anstehende Schritt die so genannte kommunale Reform angestrebt.

Inhalt dieser Reform wäre die Privatisierung der Reproduktionssphäre, das heißt, die Überführung der bisherigen kommunalen und/oder der betrieblichen Versorgung in private Hände. Die idealtypische Annahme, von der seitens der Reformer für diese Pläne ausgegangen wird, beinhaltet, dass in Russland nach der Überführung der Produktion in private Hände inzwischen ein freier Markt entstanden sei, der nunmehr mit einer ebenfalls nach Marktgesetzen zu organisierenden Reproduktionssphäre zu einem funktionierenden Marktkreislauf einer marktwirtschaftlichen Ganzheit entwickelt werden könne. Privatisierung der "natürlichen Monopole" lautet das Stichwort, unter dem diese Entwicklung stehen soll. Natürliche Monopole sind Giganten wie GASPROM, der russische Gas-Riese, der allrussische Energiekonzern RAOUES, die Eisenbahn, die Wasserversorgung etc.

Diese neuen Privatisierungsschritte werden als Fortsetzung des Transformationsprozesses verstanden, der die Entwicklung Russlands in eine marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft vollenden soll. Tatsache ist allerdings, dass die Voraussetzungen für diese Entwicklung in Russland nicht gegeben sind, und es fragt sich, ob es sie jemals geben wird: Es gibt bisher keinen freien Markt in Russland. Die Privatisierung der ersten Phase (von 1989/90 bis heute) hat lediglich das Volksvermögen, das bis dahin in staatlichen Händen lag, in private Hände überführt, die miteinander und mit der Bürokratie eine Beziehungswirtschaft betreiben. Dabei ist die heimische Produktion auf mindestens 50% ihres Umfanges geschrumpft und existiert heute zu Bedingungen, unter denen sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist. Russlands Wirtschaft, sofern sie heute boomt und Wachstum verzeichnet, besteht schwerpunktmäßig aus dem Geschäft mit Rohstoffen wie Öl, Gas, Elektroenergie, Holz, Menschen und nicht zuletzt Frauen, die auf dem Weltmarkt verschoben werden.

An diese von der Legalität bürokratischer Geschäfte über den informellen Bereich bis ins Mafiotische hinein schillernde boomende Exportwirtschaft ist ein schmaler Dienstleistungssektor geknüpft, der Anspruch auf gehobenen Konsum stellt. Das betrifft vor allem Westwaren, aber auch einige heimische Produkte können davon profitieren. Im Großen und Ganzen aber liegt die Produktion noch am Boden, von einem kapitalistischen Ware/Geld-Kreislauf kann nicht die Rede sein. Vielmehr leben die meisten Betriebe noch vom Speck der Sowjetzeit, einschließlich der Erhaltung rudimentärer Versorgungsstrukturen und dümpeln gerade eben über dem Niveau des Bankrottes vor sich hin.

Unter diesen Umständen käme eine Privatisierung in dem von Anatoly Tschubajs und seinen Freunden beabsichtigten Sinne einer endgültigen Zerstörung der bisher gewachsenen sozialen Strukturen, einer

vollkommenen Atomisierung der Gesellschaft Russlands gleich. Während die erste Welle der Privatisierung nur bis zur Entstaatlichung der Besitzverhältnisse und deren privater Aneignung vordrang, aber die sozialen Strukturen noch nicht wirklich antastete.

Der Widerstand gegen diesen zweiten Schritt der Privatisierung, der nach der privaten Umverteilung des Kollektivvermögens die Auflösung der gewachsenen sozial-ökonomischen Kollektivstrukturen selbst zum Gegenstand hätte, ist verständlicherweise groß. Dieser Widerstand kommt aus den kommunalen und betrieblichen Strukturen, aus der einfachen Bevölkerung selbst. Die Menschen weigern sich, ihre letzten Sicherheiten aufzugeben. An ihrer stillen, massenhaften Verweigerung scheitert das Vorhaben der zweiten Privatisierungswelle bereits seit Mitte der 90er, als Boris Nemzow kurzfristig als Ministerpräsident für diese Reformen antrat. Er musste mit dem Ende seiner Karriere dafür bezahlen.

Auch von oben gibt es Widerstand. Er speist sich aus den unterschiedlichsten Motiven, stemmt sich aber gemeinsam gegen die mit einer solchen zweiten Phase der Privatisierung untrennbar verbundene Entmonopolisierung und Dezentralisierung. Die einen sind dagegen, weil sie ihren neuen Reichtum nicht verlieren wollen, die anderen, um den alten Einfluss wiederherzustellen. Im Ergebnis geht die Auseinandersetzung in Russland zur Zeit nicht um die Fortsetzung der Privatisierung - was man ja immerhin, allen dadurch verursachten Problemen zum Trotz, noch als Versuch wahrnehmen könnte, die Transformation fortzusetzen - sondern um die schlichte Aufteilung der bisher eingebrachten Privatisierungsbeute unter die Wölfe der so genannten Eliten. Was man zur Zeit sieht und hört, ist ein Trampeln auf der Stelle. Dieser Sachverhalt erklärt auch so erstaunliche Koalitionen wie die Parteinahme des jetzt verhafteten Michail Chodorkowski für Liberale und Kommunisten gleichermaßen und umgekehrt die Sympathiebekundungen der Liberalen und Kommunisten für ihn. Oder solche Erklärungen wie die der "Allrussischen Konferenz zivilgesellschaftlicher Organisationen", dass mit der Verhaftung Michail Chodorkowskis die Entwicklung Russlands zu einer modernen zivilen Gesellschaft aufgehalten werde.

Mit dem gleichen Recht ließe sich sagen, dass die private Aneignung des russischen Staatsvermögens durch Michail Chodorkowski und Privatisierungsgewinnlern wie Boris Beresowski, Wladimir Gussinski und anderen die von Gorbatschow gewollte Transformation der sowjetischen Gesellschaft zu einer offenen, aber sozial gerechten und modernen Gesellschaft rücksichtslos an die Wand gefahren hat. Für die Bevölkerung, die von den Brocken leben muss, die bei dem großen Schacher übrig blieben, ist die eine wie die andere Variante von Übel. Für sie gibt es zur Zeit nur die Hoffnung, dass die Kämpfe zwischen den Fraktionen der Herrschenden den Moskauer Ring nicht verlassen. Solange es Wladimir Putin gelingt, die Position des Schiedsrichters in diesem Ring glaubhaft zu vertreten, wird er Präsident bleiben. Was dann kommt, ist ungewiss.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

27. Frontstaat Italien. Europas tödliche Südgrenze

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:03

Die Schreckensmeldungen häufen sich. Fast wöchentlich kommen vor den Küsten Nordafrikas, Spaniens und Italiens Menschen zu Tode, die auf dem Seeweg nach Europa einzuwandern versuchen. Statt das Leben der Flüchtlinge zu retten, verlagern die EU-Staaten ihre Südgrenzen auf den afrikanischen Kontinent. Eine führende Rolle bei der "Flüchtlingsabwehr" spielt Berlusconis Italien.

Noch vor wenigen Wochen rühmte sich die italienische Regierung, ein Problem in den Griff bekommen zu haben, vor dem ihre VorgängerInnen aus der linken Mitte versagt hätten: Durch ihre Politik der Härte sei es gelungen, die illegale Einwanderung nach Italien um 40 Prozent zu senken. Spätestens Mitte Oktober ist deutlich geworden, dass diese Politik nicht nur inhuman ist, sondern auch schlicht nicht funktioniert. Allen Restriktionen zum Trotz versuchen immer mehr Menschen aus afrikanischen Ländern, das Mittelmeer zu überqueren - auch wenn sie dabei ihr Leben riskieren.

Nach Aussagen des Geheimdienstes SISMI warten derzeit 1,5 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner auf eine Überfahrt. Auch wenn das übertrieben sein mag und vor allem dazu dient, panische Abwehrreaktionen zu provozieren - wie brisant die Lage an der europäischen Südgrenze ist, zeigte sich Mitte Oktober, als mehr als 80 Menschen bei zwei Versuchen starben, von Tunesien bzw. Libyen aus mit Booten die italienische Insel Lampedusa zu erreichen. Lampedusa ist vom tunesischen Festland nur 113 Kilometer entfernt - der erste, wenn auch nur 20 Quadratkilometer große Vorposten Europas. Bei dem Versuch, den Kontinent ihrer Träume über das Mittelmeer zu erreichen, sind allein in diesem Jahr mehr als 400 Flüchtlinge ums Leben gekommen: ertrunken, verhungert oder verdurstet, gestorben an Unterkühlung und Erschöpfung. Die italienischen Seeleute, die am 19. Oktober 53 Meilen südlich von Lampedusa ein treibendes Boot mit 13 Leichen und 14 zu Skeletten abgemagerten Überlebenden bargen, wurden Augenzeugen eines besonders grauenhaften "Falles". Nach Aussagen der Überlebenden, allesamt Somalis, war das Boot mit 85 Personen an Bord gestartet. Als der Motor schon kurz nach der Abfahrt aussetzte, trieb das Boot tagelang manövrierunfähig auf dem Meer. Mehr als 50 Menschen verdursteten oder starben an Erschöpfung, ihre Leichen wurden von den noch Lebenden ins Meer geworfen.

Fortsetzung der Politik von Mitte-Links

Das allgemeine Entsetzen veranlasste Berlusconi zwar zu einem heuchlerischen Appell an das "kultivierte, christliche, wohlhabende" Europa, sich den Elendsflüchtlingen zu "öffnen". Aber gleichzeitig hält die italienische Regierung daran fest, die unerwünschte Zuwanderung schon in Nordafrika zu unterbinden, indem sie sich vor Ort an der Finanzierung und Organisierung von Abschottungsmaßnahmen beteiligt. Damit setzt sie im übrigen eine Politik fort, die auch die Mitte-Links-Regierungen zwischen 1996 und 2001 betrieben hatten. Schon Ende 1997 hatte der damalige Ministerpräsident Romano Prodi - nach dringenden Ermahnungen aus dem deutschen Innenministerium - erklärt, Italien sei "sich der Verantwortung bewusst, die ihm aus der Tatsache erwachse, dass seine Grenzen heute auch die Grenzen Europas sind". In der Folge schloss seine Regierung mit Albanien, Marokko und Tunesien Abkommen zur Flüchtlingsabwehr. Tunesien erhielt neben Krediten umgerechnet 60 Mio. Euro geschenkt, zusätzlich Schiffe und Radaranlagen zur Überwachung der Küste. Im Gegenzug verpflichtete sich die tunesische Regierung, bei der Identifizierung von Bootsflüchtlingen zu helfen und sie, unabhängig von ihrer Nationalität, zurückzunehmen, wenn sie von Tunesien aus aufgebrochen sind. (vgl. ak 418)

Berlusconis Regierung arbeitet nun daran, ähnliche Abkommen auch mit Libyen zu schließen, das immer noch auf der amerikanischen Liste der "Schurkenstaaten" steht. Während die von Italien betriebene Aufhebung der Sanktionen gegen Libyen innerhalb der EU umstritten ist, finden die italienisch-libyschen Vereinbarungen zur Flüchtlingsabwehr allgemein Zustimmung. Fast zeitgleich mit der Tragödie vor Lampedusa tagten im westfranzösischen La Baule die Innenminister der fünf größten EU-Staaten ("G5"), um eine weitere Perfektionierung der Abschottung zu beraten. Dabei ging es u.a. um die vereinheitlichte Erfassung biometrischer Daten im Rahmen von "Europol" und um noch mehr Koordination bei der Abschiebung.

Da eine lückenlose Abriegelung der nordafrikanischen Küsten in jedem Fall unmöglich ist, hat Italien eine zweite Abfanglinie eingerichtet: Flüchtlingsboote, die in die 12-Meilen-Zone vor den italienischen Küsten

eindringen, werden von Schiffen der Kriegsmarine, der Carabinieri und der Finanzpolizei abgedrängt. Die provokatorische Forderung von Berlusconis Juniorpartner Umberto Bossi (Lega Nord), gegen die Boote auch militärische Gewalt anzuwenden ("Ich will das Dröhnen der Kanonen hören"), stieß zwar auf breite Empörung. Aber in deren Windschatten erlässt die Regierung Dekrete, die ebenfalls dramatische Folgen haben können. Seit Juni haben italienische Militärs und Polizisten offiziell das Recht, verdächtige Schiffe zu entern und mutmaßliche Fluchthelfer festzunehmen. Beides, sowohl das Abdrängen wie das Entern, birgt natürlich erhebliche Gefahren für die Insassen der kleinen, überfüllten und oftmals schrottreifen Flüchtlingsboote. Schon mehrmals kam es dabei zu Unfällen. Der opferreichste ereignete sich im März 1997 in der Adria, als nach einer Kollision zwischen der italienischen Fregatte Sibilla und einem albanischen Kutter mehr als 80 Flüchtlinge ertranken. (vgl. ak 401)

Ghaddafi hilft mit bei der Flüchtlingsabwehr

In den Institutionen der EU wird die italienische "Ausländerpolitik" weitgehend kritiklos akzeptiert. Als Innenminister Giuseppe Pisanu Anfang Juli die drei Schwerpunkte der italienischen EU-Präsidentschaft mit den Worten "Illegale Einwanderung, Organisierte Kriminalität und Terrorismus" - zusammenfasste, gab es keinen nennenswerten Protest gegen diese "unerträgliche Assoziationskette" (Karl Kopp, Sprecher von Pro Asyl). Denn die gleiche Assoziation beherrscht auch die Mainstream-Medien und das Denken der Politiker in den EU-Ländern.

Während es für eine "Einschleusung" islamistischer Terroristen auf dem Seewege nicht den geringsten Anhaltspunkt gibt, ist der Zusammenhang zwischen Einwanderung und "organisierter Kriminalität" real. Tatsache ist allerdings, dass für die allermeisten afrikanischen Kriegs- und Elendsflüchtlinge eine legale Einreise nach Europa ebenso unmöglich ist wie die Überquerung des Mittelmeeres ohne kommerzielle Fluchthilfe. Jede Perfektionierung der Flüchtlingsabwehr treibt die Preise hoch und erhöht das Risiko, dass die Organisationen nach Möglichkeit auf ihre KlientInnen abwälzen. Gegen Rabatt überlassen sie ihre maroden Schiffe auch navigationsunkundigen Flüchtlingen. Oder sie versprechen eine Überfahrt innerhalb von ein bis zwei Tagen und sorgen weder für Schutz vor Kälte und Nässe noch für ausreichend Nahrungsmittel und Trinkwasser.

Wenn Politik und Medien die Jagd auf "Schleuser und Schlepper" geradezu als Gebot der Humanität hinstellen, dann ist das nicht nur Zynismus pur, sondern auch eine bewusste Umkehrung von Ursache und Wirkung. Denn das profitable Geschäft der "Fluchthilfe" wäre ohne die europäische Abschottungspolitik gar nicht möglich: Die Gesetze des Marktes gelten offensichtlich auch da, wo es um das Leben und Überleben von Menschen geht.

Js.

28. Von toten und noch lebenden "Verrätern". Israel/Palästina: Zwei Staaten? Oder doch nur einer?

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:22

Während am 1. November in Tel Aviv 100.000 Menschen zum Gedenken an den vor acht Jahren ermordeten israelischen Ministerpräsidenten Yizhak Rabin demonstrierten, zeigten Anhänger der verbotenen Kahane-Bewegung mit Schmierereien am Mahnmal des Attentats ihre Verachtung für den "Verräter" Rabin. Auch bei der staatlichen Gedenkveranstaltung kam es zu einem Eklat zwischen Regierungsvertretern und Abgeordneten der Arbeitspartei und Meretz sowie Angehörigen der Familie Rabin. Nachdem vom Likud eine politische Instrumentalisierung des Gedenkens an den ermordeten Ministerpräsidenten beklagt worden war, verließen Abgeordnete der Arbeitspartei unter Protest den Saal. Rabins Tochter Dalia Rabin-Pelesoff rief im Hinausgehen in Richtung der Likudbänke den Satz: "Warum habt ihr ihn einen Verräter genannt?" (Haaretz, 7.11.03). Deutlicher lässt sich nicht zeigen, wie tief gespalten die Erinnerung an denjenigen ist, dessen Tod letztlich den gesamten Oslo-Prozess zusammenbrechen ließ.

Auch anderswo fliegen die Fetzen. Der seit längerem angedrohte Generalstreik gegen die von Finanzminister Benjamin Netanjahu im Parlament durchgeboxten Sparmaßnahmen, Privatisierungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst, wo die Gewerkschaft Histadrut ihren größten Rückhalt hat, wird zur Zeit nur noch tageweise aufgeschoben. Allerdings wird auch ein Generalstreik Netanjahus Gesetzespaket letztlich wohl nicht aufhalten, vielleicht aber hier und da "abfedern" und verzögern können.

Bereits heute ist eine Art soziale Erosion eingetreten, die sich z.B. in der Polizeistatistik als scharfe Zunahme sog. unmotivierter Gewaltdelikte niederschlägt. Dabei handelt es sich um wüste Schlägereien aus nichtigen Anlässen (Streit um einen Parkplatz oder ähnliches), bei denen die Beteiligten auch Messer oder Schusswaffen einsetzen, oft mit tödlichen Folgen. Bei vielen solcher "Ausraster" handelt es sich in jüngerer Zeit um bislang unbescholtene BürgerInnen aller Schichten. Auch Bandenbildungen in den Vorstädten sind für die Zunahme der Gewalttaten verantwortlich. Professor Simcha Landau, Direktor des kriminologischen Instituts an der Hebräischen Universität in Jerusalem, hat in Untersuchungen aus den vergangenen zehn Jahren einen Zusammenhang zwischen der israelischen Mordstatistik und der allgemeinen Sicherheitslage festgestellt. Die Zunahme "unmotivierter Gewaltdelikte" folgt für ihn aus der zunehmenden "Internalisierung" von Gewalt in einer militarisierten Gesellschaft, wo Gewalt "tröpfchenweise" in das Alltagsleben eindringt. (Haaretz, 7.11.03).

Wie soll das alles nur weitergehen? Die Road Map gilt als klinisch tot. Etwas Licht am Horizont schien durch die sog. Geneva-Verträge auf, die zwischen Vertretern der palästinensischen Autonomiebehörde und einer Koalition aus linksliberalen Israelis um den ehemaligen Justizminister Jossi Beilin ausgehandelt wurden. Damit erhielten zugleich Spekulationen um die Bildung einer neuen sozialdemokratischen Partei Auftrieb. Der wütende Aufschrei von Regierung und Teilen der Arbeitspartei war nicht allein inhaltlich bedingt. Bei dem Entwurf eines Friedensvertrages handelt es sich um eine Fortführung der in den letzten Monaten der Regierung Barak erzielten Übereinkünfte zwischen den Verhandlungsführern in Taba, die auf Grund der Abwahl Baraks nicht umgesetzt wurden. Diese Entstehungsgeschichte, aber auch die Dimension und handwerkliche Qualität der Verträge lassen den von seinen israelischen Verfassern sicher beabsichtigten Eindruck entstehen, hier handele es sich um ein alternatives Regierungsprogramm. In der aktuellen angespannten Situation wird diese Initiative von vielen Israelis zunächst einmal als ein Bruch der Staatsräson und Beilin als "Verräter" wahrgenommen. Dabei bietet diese Initiative eine tragfähige Perspektive für eine Zweistaatenlösung. Doch umsetzbar wäre dieser Plan erst bei einer grundsätzlichen Änderung der Mehrheitsverhältnisse, er ist also bis auf weiteres chancenlos.

Jossi Beilins alternatives Programm

Ministerpräsident Ariel Sharon arbeitet derweil weiter an seinem Lebenswerk, der Verhinderung einer Zweistaatenlösung, indem er durch das von ihm von Beginn an unterstützte Siedlungsprojekt in den 1967 besetzten Gebieten Fakten schafft, die schwer rückgängig zu machen sind. Die katastrophale und selbstzerstörerische Tragweite dieser Politik dringt erst langsam ins Bewusstsein. Die von Sharon anstelle einer regulären Besatzung anvisierte Bantustanlösung, in der kein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen könnte, birgt unendliches Konfliktpotenzial. Weniger beachtet wird, dass damit zugleich das Ende

des israelischen Staates in seiner heutigen Form eingeleitet wird: Die demographische Entwicklung verheißt bis 2015 eine palästinensische Mehrheit in Israel/Palästina.

Durch die jüdische Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion in den 90er Jahren wurde diese Entwicklung lediglich aufgeschoben. Bei Fortführung der Besatzung oder einer "Lösung" à la Sharon würde eine Situation wie im südafrikanische Apartheidstaat entstehen, in der innerhalb eines politischen Systems (als das man Israel und die besetzten Gebiete auf Grund ihrer Verflechtung beschreiben kann) eine ethnische Minderheit über eine Mehrheit herrscht.

Demographie und binationaler Staat

Auf Grund des fortschreitenden Siedlungsbaus und der faktischen Grenzziehung qua Mauerbau wird es bald unmöglich werden, eine Zweistaatenlösung jemals umzusetzen. Damit wäre der Konflikt tatsächlich unlösbar geworden, und Sharon hätte seine düstere Zukunftsvision eines ewigen Überlebenskampfes zwischen verfeindeten Völkern der Realität aufgezwungen.

Eine andere Perspektive wäre ein binationaler Staat nach dem Modell "One wo/man, one vote" im gesamten Israel/Palästina, wie sie in Kreisen der internationalistischen Linken seit eh und je auf Sympathie stößt. Damit aber würden die Israelis die Idee eines jüdischen Staates aufgeben, während die PalästinenserInnen auf ihren lange ersehnten Nationalstaat verzichten müssten. Diese Utopie dürfte infolge der Erfahrungen beider Seiten in den vergangenen Jahren zynische Kommentare provozieren. Doch angesichts der schwindenden Chancen einer Zweistaatenlösung könnte dieses Modell in Zukunft zu einem Gebot der Vernunft werden. Die hat sich aber, wie allseits bekannt, im israelisch-palästinensischen Konflikt noch nie so recht durchsetzen können.

Achim Rohde

29. Betr. ak 476: Anti-israelische Gewaltfantasien? Entgegnung auf meinen ak-Kritiker

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Diskussion; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:08

Bei seiner Suche nach "anti-israelische(n) Gewaltfantasien und andere(n) Dummheiten" bei Linken, "die sich als israelkritisch verstehen", aber "ebenfalls mörderische Gewalt zu akzeptieren bereit sind", ist Js. in ak 476 erneut auch auf die SoZ im Allgemeinen und mich im Besonderen gestoßen. Und erneut muss ich darauf hinweisen, dass weder die von mir seit nun fast zwei Jahren verantwortete SoZ noch ich selbst für solcherart "Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit" taugen.

Hatte Js. bereits vor einem Jahr (ak 465) versucht, mich in die aggressiv antisemitische Ecke zu stellen und zum Holocaust-Verharmloser zu stempeln, so blieb ihm nach meiner sachlichen Erwiderung in ak 467 nur die kleinlaute Antwort, er würde "auf eine nachträgliche Kommentierung von Jünkes Vorwürfen (!) verzichte(n)". Hatte ich ihm damals die Produktion eines typischen Amalgams aus "wahrheitswidrigen Behauptungen, Unterstellungen und Suggestionen" vorgeworfen, so ergeht er sich diesmal vollends in purer Spekulation.

Halten wir fest, dass es Js. offensichtlich nicht gelingt, auch nur ein Zitat oder eine Argumentation meinerseits anzuführen, die meine Erwähnung in seinem Beitrag rechtfertigen könnte. Das ist kein Zufall: Ich bin weder antisemitisch, noch habe ich mich antisemitisch geäußert. Ich habe mich niemals gegen das Existenzrecht Israels ausgesprochen, noch die palästinensischen Selbstmordattentate heruntergespielt oder gutgeheißen. Ich habe weder zu Gewalt aufgerufen, noch mich einseitig auf eine Seite des dortigen Konfliktes gestellt. Was ich in der Tat mehrfach getan habe und auch weiter zu tun gedenke, ist, in Artikeln, Rezensionen und Kommentaren darauf hinzuweisen, dass die israelische Regierung, die "israelische Seite" im Nah-Ost-Konflikt die eskalierende, treibende Seite ist, dass der Konflikt ein asymetrischer ist und dass eine der zentralen Konfliktachsen auf israelischer Seite die zionistische Identität/Ideologie ist. Damit befinde ich mich im Einklang nicht nur mit vielen standhaften Linken und großen Teilen der kritischen bürgerlichen Öffentlichkeit weltweit, sondern vor allem auch mit den meisten der linken Israelis und Palästinensern. Dass für mich die Diskussion um das Erbe und die Zukunft des Zionismus eine durchaus offene, nicht abstrakt "antizionistisch" vorherbestimmte ist, habe ich zudem in meinem jüngsten Literaturbericht in SoZ 10/03 deutlich gemacht.

Vor diesem sachlichen Hintergrund bleibt Js. nur die Flucht in eine so bodenlose wie dreiste Spekulation. Ich hätte, so der wirklich bemerkenswerte Vorwurf, in meinem SoZ-Interview mit dem linken Publizisten Ludwig Watzal (SoZ 6/03) die falschen Fragen gestellt und ihn nicht nach seiner vermeintlich falschen Auffassung zum Zionismus und seinen Vorstellungen einer bewaffneten Friedenstruppe für Israel/Palästina befragt. Dazu ist zu sagen, dass ich meine Aufgabe als Interviewer nicht darin sehe, Leute in einem "Schaustück revolutionärer Wachsamkeit" vorzuführen. Ich heiße nicht Wyschinski und hatte in meiner politischen Biografie auch niemals Sympathien für solche Umgangsformen. Mein Interview diente der aktuellen Diskussion, welche Auswirkungen der Irakkrieg auf den Krieg im Nahen Osten hat und ich habe darüber mit dem zum Thema vielleicht kompetentesten linken deutschen Journalisten gesprochen. Watzals Zionismuskritik (die ich durchaus nicht für "grobschlächtig und undifferenziert" halte) war deswegen schlicht nicht Thema, ebenso wenig die Watzalschen Vorstellungen einer bewaffneten Friedenstruppe (die ich durchaus nicht für "abenteuerlich", allerdings für unrealistisch halte).

Der Kern der Invektive von Js. sind jedoch nicht die angeblich falschen Fragen, sondern die sich an diesen Vorwurf anschließenden Fragen: "Hat der Interviewer hier nicht nachgefragt, weil sich Watzals Ansichten über den Zionismus mit seinen eigenen decken? Entspricht Watzals Position gar dem SoZ-Konsens?" Diese beiden "Fragen" sind in der Tat der "sachliche" Kern für sieben ak-Spalten SoZ-Jünke-Bashing und konstruieren (ohne dies wirklich zu behaupten) einen Zusammenhang, der deutlich denunziatorisch aufgeladen ist. Da Js. in all meinen SoZ-Beiträgen zum Thema offensichtlich keine Bestätigung für seine Unterstellungen gefunden hat, versucht er es mit einem solch niveaulosen Taschenspielertrick und fährt unmittelbar fort: "Diese Vermutung liegt nahe, wenn man sich an die SoZ-Debatte des Jahres 1997 erinnert." Dazu ist - unabhängig vom Wahrheitsgehalt seiner umfangreich ausgefallenen Darstellung der damaligen Debatte - zu sagen, dass ich im Jahre 1997 nicht nur nicht verantwortlich war für die SoZ. Ich war noch nicht einmal Redakteur oder Mitarbeiter derselben, ja mehr noch: ich war Redakteur bei einer ganz anderen Zeitung - bei einer Zeitung zumal, bei der

sowohl Watzal wie Js. gern gesehene Autoren sind, ohne dass sich Js. bis heute von dieser Zeitung abgegrenzt hätte ...

So hanebüchen also die Ausführungen von Js. sind, so fehlt es ihnen doch nicht an Logik. Je mehr sich die früher allzu bereitwillig tolerierten antideutschen Linken zu Reaktionären reinsten Wassers häuten, und je mehr der Nah-Ost-Konflikt politisch und militärisch erneut eskaliert, desto mehr wächst bei jenen, die beidem politisch hilflos gegenüberstehen, der Bedarf, sich ihrer Ohnmacht durch die Festigung von Feindbildern zu vergewissern. Es kommt dabei bekanntlich nicht auf den oder die Angegriffenen selbst an. Das sind nur die Pappkameraden, mit denen das eigene Milieu auf Linie gebracht, mit denen diskursive Positionen tabuisiert werden sollen, denen sachlich zu begegnen man nicht gewachsen ist. Die neue "Theorie" vom unbewussten, intentionalen Antisemitismus taugt für solcherart "Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit" ausgezeichnet. Dass sie den Nachteil hat, jede rationale Debatte, jede kommunikative Vernunft auszuhebeln, wird dabei billigend in Kauf genommen.

Bei Bahamas, Konkret oder den anderen üblichen Verdächtigten haben wir uns bereits daran gewohnt. Bei ak scheinen wir uns nun auch daran gewöhnen zu müssen. Wirklich schade!

Christoph Jünke

30. Die Standhaften und die Hilflosen. Antwort auf Christoph Jünke

Autor: Js. · Rubrik: Diskussion; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:09

Sich selbst zu zitieren, ist ja immer irgendwie peinlich. Hier muss es leider sein. Motiv für meinen Artikel "Linke und ‚Antizionismus`" war, der in ak breit geführten Auseinandersetzung mit der antideutschen Pro-Israel-Fraktion eine Abgrenzung von "anti-israelischen Gewaltfantasien und anderen Dummheiten" in der Linken folgen zu lassen.

Als Gewaltfantasie bezeichne ich Paul Watzals Vision einer amerikanisch-europäischen "bewaffneten Friedenstruppe" bzw. "internationalen Interventionsstreitmacht", die den israelisch-palästinensischen Konflikt militärisch lösen soll; "grobschlächtig und undifferenziert" finde ich seine Kritik am Zionismus, den er pauschal als "eine Form des Rassismus" denunziert.

Dass der SoZ-Redakteur Christoph Jünke seinen Interviewpartner Paul Watzal hierzu nicht kritisch befragt hat, schien mir "befremdlich" - um nicht zu sagen "grob fahrlässig". Jünke antwortet, er sehe seine Aufgabe als Interviewer nicht darin, "Leute in einem ‚Schaustück revolutionärer Wachsamkeit` vorzuführen. Ich heiße nicht Wyschinski und hatte in meiner politischen Biografie auch niemals Sympathien für solche Umgangsformen" - im Unterschied zu seinem altstalinistischen "ak-Kritiker", sollen die LeserInnen wohl stillschweigend hinzufügen. Wyschinski war Generalstaatsanwalt und Ankläger in den Moskauer Schauprozessen. Dass Jünke meine Kritik an seiner Interviewführung mit einem Verweis auf Stalins Henkersknecht kontert, fällt auf ihn selbst zurück. Immerhin verrät er uns, was bislang nur zu vermuten war: Er hält Watzals Zionismuskritik "durchaus nicht für ‚grobschlächtig und undifferenziert`" und dessen Idee einer Friedenstruppe "durchaus nicht für ‚abenteuerlich`, allerdings für unrealistisch". Wo ich in meinem Artikel auf "Spekulationen" angewiesen war, haben sich diese also weitgehend als zutreffend erwiesen.

Hier von "SoZ-Jünke-Bashing", angeblich auch noch auf "sieben ak-Spalten", zu reden, ist verfehlt. Mein Artikel richtete sich keineswegs in erster Linie gegen Christoph Jünke und die SoZ; er enthält vielmehr eine Reihe von Beispielen für "Gewaltfantasien" und "Dummheiten" unterschiedlicher Ausprägung. Deutlich neben der Realität ist auch Jünkes Einteilung der Linken in "standhafte", "reaktionäre" und "politisch hilflose", wobei letztere sich "ihrer Ohnmacht durch die Festigung von Feindbildern (...) vergewissern" und auf "Pappkameraden" einschlagen, weil sie der inhaltlichen Auseinandersetzung "nicht gewachsen" sind. Welch schlichtes Weltbild! Wer die Berichte, Kommentare und Diskussionsbeiträge zu Israel-Palästina in ak verfolgt, mag darin mitunter "Hilflosigkeit" entdecken - wie könnte das angesichts der weitgehend hoffnungslosen Situation anders sein? - , aber auch das Bemühen um die Formulierung einer eigenen Position - siehe insbesondere unsere sechs Schwerpunkt-Seiten nebst Aufmacher in ak 473 von Mai dieses Jahres.

Den eigenen Standpunkt in Abgrenzung zu anderen, als falsch erkannten Positionen deutlich zu machen, liegt nahe. Solange dabei nicht mit Unterstellungen gearbeitet wird, ist daran auch nichts auszusetzen. Jünke wirft mir nun vor, ich hätte ihn schon in ak 465 (September 2002) "in die aggressiv antisemitische Ecke" zu stellen und "sogar zum Holocaust-Verharmloser" zu stempeln versucht. Das ist frei erfunden. In der damaligen Auseinandersetzung ging es um einen SoZ-Kommentar zur Möllemann-Affäre, in dem Jünke Möllemann als Opfer einer "Hetzjagd" und "massiver Pogromstimmungen" dargestellt hatte. Keineswegs habe ich diesen Kommentar als antisemitisch bezeichnet. Vielmehr habe ich mich damals dem Urteil des ak- und SoZ-Autors Bernhard Schmid angeschlossen, das in dem Satz gipfelte: "Wenn Linke dümmer sind als Rechte, dann ist das ein Problem - für die politische Linke." Dem ist auch heute nichts hinzuzufügen.

Statt sich mit solcher Kritik oder auch mit den in ak nachlesbaren Versuchen, eine Position zum Israel-Palästina-Konflikt zu formulieren, auseinander zu setzen, sieht Christoph Jünke eine ideologische Annäherung von ak an Bahamas und konkret und findet das "wirklich schade". Muss man darauf antworten? In ak wohl nicht: Unsere entschiedene Abgrenzung vom linken Bellizismus und dessen liebstem Argument, der Bedrohung Israels, werden auch sporadische ak-LeserInnen noch in Erinnerung haben. Für die SoZ, in deren Novemberausgabe Jünke einen teilweise identischen Text platziert hat ("In eigener Sache: ‚analyse & kritik` (ak) contra SoZ"?), hat die ak-Redaktion eine Erwiderung verfasst. Ob es nützt?

Js.

31. Diffuse Antithese zum Kapitalismus? Für Science Fiction ist Kommunismus schon zu alt!

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:31

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus ..." Meine Politisierung begann, als das Gespenst seine attraktiven Jugendjahre lange hinter sich gelassen hatte.

Trotzdem, wie es Gespenstern so eigen ist, geisterte es durch meine politische Biografie und ließ mich nie richtig in Frieden. Wie bei einem pawlovschen Hund löste das Wort "Kommunismus" automatisch eine Reihe von Fragen in mir aus, die ich bis heute nicht befriedigend beantwortet habe. Da diese Fragen aber leider verdammt gut in die Argumentations-Kiste der Prediger der Neuen Weltordnung passen, habe ich sie immer zu leise gestellt. Auch die Diskussionsbeiträge in ak führten zu diesem schamhaft verheimlichten Reflex, den ich hier in der Hoffnung auf Klärung öffentlich mache.

Der Kommunismus hat über ein halbes Jahrhundert lang in nicht wenigen Ländern dieser Erde seine Chance gehabt. Und hat - auch - so viel Grauen (Bücher über den Gulag und Kambodscha habe ich quasi heimlich gelesen) produziert, dass es mir nicht reicht, sich davon mit einem oder zwei Halbsätzen zu distanzieren, um sich dann wieder in positiven kommunistischen Visionen zu ergehen. Ich bin überzeugt davon, dass es für alle, die sich weiter positiv auf die kommunistische Geschichte beziehen, absolut notwendig ist, dazu klar Stellung zu beziehen. Also dazu, warum der real existierende Kommunismus so war wie er war. Sonst werden uns die Neuen Weltordner den Begriff immer wieder um die Ohren schlagen. Und die Leute werden ihnen glauben - und nicht uns.

In meiner politischen Geschichte war das Wort Reformismus das allergrößte Schimpfwort. Innerhalb der verschiedenen linken Verortungen als autonom, antiimperialistisch oder feministisch war eines Konsens: Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen radikal umgewälzt werden, der Kapitalismus lässt sich nicht reformieren. Dazu bedarf es der Revolution. Was danach kommen sollte, wurde dann als Kommunismus bezeichnet. Klar war, dass dieser Kommunismus ganz anders sein sollte als der real existierende Sozialismus.

Aber es braucht doch einige gedankliche Purzelbäume, um einzusehen, dass die Staaten, die sich sozialistisch nennen, es "in Wahrheit" gar nicht sind, und dass wir, wenn wir es nur schaffen würden, etwas ganz anderes machen würden. Etwas, das mit dem existierenden Kommunismus nicht viel zu tun hätte - aber doch so hieße. Müsste es nicht darum gehen, die Fragen nach dem Zusammenhang zwischen kommunistischer Theorie und Praxis konkreter zu stellen?

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das ist ja wohl ganz zentral. Welche Lehren können wir daraus ziehen, dass diese Vergesellschaftung so einige Probleme nicht gelöst hat? Kann es sein, dass der Kommunismus wirtschaftlich nicht produktiv genug ist? Dass die Partei mit ihrem Alleinvertretungsanspruch für die Arbeiter und Bauern vielleicht doch überfordert war? Dass es nicht so einfach ist mit diesem "die Machtfrage stellen", wie es in gewissen Kreisen immer hieß?

Wenn der Besitz an privaten Produktionsmitteln abgeschafft wird und nicht die Partei die Rolle der Staatsmacht und der Kapitalisten auf sich vereinen soll, wer soll dann in der hoch industrialisierten Welt die Arbeitsorganisation übernehmen? Basisdemokratisch organisierte, lokale Gruppen? Räte? Ist es vorstellbar, dass die Produktion all der Güter, die heute herstellbar und gewünscht sind, in selbstverwalteten Betrieben stattfindet, wie z.T. in Argentinien? Und wenn das nicht geht, ist es vorstellbar, dass zwar alles mögliche produziert werden könnte, aber sich die vom Kapitalismus befreiten Menschen dagegen entscheiden? Ist der Kommunismus, den wir wollen, die perfekte Mischung aus Weltsozialforum, Multitudenselbstverwaltung und Kollektiven, die materiell und immateriell vor sich hin arbeiten? Oder müssen wir zurück zur ländlichen Subsistenzwirtschaft? Haben alle Menschen dann ein Recht auf Autos und Bananen?

Ich habe kommunistische Freunde, die anscheinend größere Visionskräfte haben als ich. Sie können sich den modernen Kommunismus ganz konkret vorstellen. Die Produktivkräfte sind so weit entwickelt, dass alle Menschen wenig arbeiten müssen und es trotzdem all die schönen Dinge gibt, die wir so lieben. Natürlich werden sie gerecht verteilt und die Menschen haben Zeit, sich auf nicht entfremdete Weise neben der Arbeit

den Künsten zu widmen. Auch die Umwelt wird nicht übermäßig belastet, denn alles ist technisch lösbar. Warum die Realexistierenden das so schlecht hin gekriegt haben, ist eigentlich unverständlich.

Wenn Kommunismus nur als Symbol verwendet wird, um die radikale Gegnerschaft zum Kapitalismus zu markieren, reicht mir das nicht. Kommunismus ist als Science Fiction ungeeignet. Dazu ist er schon zu lange in der Welt. Wir müssen genau wissen, was wir mit Kommunismus meinen. Mir ist es lieber, das Wort ruhen zu lassen und es dann hervorzuholen, wenn es wieder scharf und klar geworden ist. Kommunismus als diffuse Antithese zum Kapitalismus, seiner Geschichte entkleidet - damit wird man dem erst materialisierten und dann vertriebenen Gespenst nicht gerecht.

Miriam Edding, Hamburg

32. Tanzt den (Öko-) Kommunismus! (It`s Rock `n roll, and I like it)

Autor: Hans-Hermann Hirschelmann · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:29

Glückwunsch! So (wie in der ak 477) soll eine Diskussion über Kommunismus sein: Frei von der Leber weg, notfalls kein (Nieren-) Stein auf dem anderen lassend ("nieder mit dem Terror des Mit-sich-identisch-sein-Müssens", efa), radikal subjektivistisch!

Auch wo meine Augen dann doch leicht zu rollen begannen, überwog Freude über all die sympathischen und lustig zu lesenden Erinnerungen, Reflexionen, Abgrenzungs- und Absichtsbekundungen. Schön, dass "Diktatur des Proletariats" auch in der einst als "Arbeiterkampf" geborenen und aufgewachsenen Zeitung keinen guten Klang mehr hat. Gut auch, dass dennoch (wie von Js.) erkannt ist, dass es für Kommunistinnen und Kommunisten keine "Gnade der späten Geburt" gibt und sie (wir) "mehr als 150 Jahre Geschichte mit sich (uns) herum tragen, die auch eine Geschichte großer Verbrechen und zahlloser unnötiger Opfer ist." Oder dass (wie von DK.) technokratische "Allmachtsfantasien" gegeißelt werden! Gut auch, dass opfervolle Unterordnung heroischer "Neuer Menschen" unter die große Sache endlich niemanden mehr als eine attraktive Perspektive erscheint. Kommunismus kann nur als sozialer Individualismus existieren! Als freie Assoziation freier Menschen! Als humanistische Freiheitsbewegung! Das musste - endlich wieder - gesagt werden. Und mehr noch: Kommunismus soll "rocken" (NV)!

Vieles in den Beiträgen will allerdings noch nicht so recht "rocken", wie etwa der Ruf nach "Abschaffung", der mir eher nach Marschmusik klingt und den ich als Ausdruck genau jener "Allmachtsfantasien" wahrnehme, von denen sich an anderer Stelle so löblich abgegrenzt wurde. "Alles, sofort, weltweit" heißt, es ohne Einvernehmen zu versuchen, also gewaltsam - oder gar nicht. Zwar stimme ich dem Autor (DK.) des so überschriebenen Beitrags mit Leidenschaft zu, wenn er sich einen Kommunismus vom Halse wünscht, in dem "Kosmopolit" , "Linksradikale", "kulturelle Avantgardisten" usw. Schimpfworte sind. Doch die Geschichte zeigt, wie leicht aus einem gut gemeint ein schlechtgelaufen wird. Zumal wenn das Gewollte als eine auf "Rebellion und Hass" (!) gegründete "permanente soziale und kulturelle Revolutionierung" mit Titeln wie "nieder mit Schule und Universität!" intoniert wird. Wen erinnert das nicht an Maos "Kulturrevolution", die wohl kaum mit Charlie Parker, Slime oder Hippie-Sound in Verbindung gebracht werden kann? Wollen wir die große Herausforderung des Projekts "Umwälzung aller Verhältnisse, in denen Menschen geknechtete Wesen sind" ernsthaft annehmen, sollte auch ernsthaft über Voraussetzungen und Folgen unschuldig scheinender "frommer Wünsche" nachgedacht und gestritten werden.

Vor Allmachtsfantasien jedenfalls schützt weniger die bloße Abneigung als vielmehr die Erkenntnis, dass "Kapitalismus" kein außer uns existierendes "böses Wesen" ist, sondern schlicht die Form, in der wir als Menschen derzeit Reichtum (und Armut) entwickeln, produzieren und ihn uns aneignen. Umzuwälzen sind also - gegebenenfalls - die eigenen Verhältnisse und mit ihnen natürlich auch das eigene Verhalten - und Denken.

Die in den Beiträgen angebotenen Bestimmungen von "Kommunismus" sind mir viel zu bescheiden. Für den Autor gw. bedeutet Kommunismus beispielsweise "eine solidarische Entscheidungsfindung über die Verteilung des hervorgebrachten gesellschaftlichen Reichtums". Marx ging weiter. Für ihn ging es genau nicht (!) darum, den irgendwie produzierten Reichtum im Nachhinein "gerechter" zu verteilen, sondern um die Art des Produzierens selbst.

Da unsere kapitalistischen Lebensbedingungen weitgehend kapitalistische (und nicht kommunistische) Vorstellungen von gut und böse, richtig und falsch, den eigenen Interessen usw. hervorbringen, bedarf es einer wissenschaftlichen Reflexion all der Ereignisse, die (mehr) weltgemeinschaftliches Zusammenwirken notwendig oder möglich machen. Ein so verstandener "wissenschaftlicher Sozialismus" ist in meinen Augen immer noch erste Existenzbedingung eines zielgerichteten Kommunismus, auch wenn natürlich zu hinterfragen ist, in welcher Form und von wem die notwendigen Erkenntnisse gewonnen und in "Bewegungsenergie" umgesetzt werden soll(t)en. Kristallisationskern bleibt für mich dabei die Marx-/Engelsche Erkenntnis, wonach Möglichkeiten jeglicher sozialen Emanzipation von einer im Widerspruch zur Produktions-/Aneignungsweise geratenden Produktivkraftentwicklung abhängen. Beispiele dafür gibt es

genug. Etwa wenn Arbeitslosigkeit nicht nur trotz, sondern gerade wegen Erfolgen in der Fähigkeit, Reichtum zu produzieren, wächst und auf Lohn- und Gehaltsabgaben basierende Steuer- und Sozialversicherungssysteme in die Krise geraten. Oder der Ruf nach "Zukunftsfähiger Entwicklung" als Korrektiv zu den gewaltigen Destruktivkräften, die mit der kapitalistischen Form des Reichtumserwerbs einhergehen.

Nicht nur (!) im Hinblick auf eine alles verändernde weltweite Umwälzung der gesamten ökonomischen Basis unseres Miteinanders sollte zum Tanze mit dem wissenschaftlichen (Öko-) Kommunismus aufgespielt werden. Let`s dance!

Hans-Hermann Hirschelmann, Berlin

33. Links hinter der Friedrichstraße

Autor: Bettina Rubinstein · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:32

Eigentlich ist es ja eine gute Idee, sich von der Bundeskulturstiftung einen Kongress zu Kommunismus finanzieren zu lassen. Doch der Blick auf das Programm enttäuscht irgendwie, weil, von Ausnahmen abgesehen, nur die bekannten ReferentInnen, die bekannten meist west-linken Positionen referieren. Die Traditionslinie Brecht/Müller lässt man, weil offenbar zu sperrig, links hinter der Berliner Friedrichstraße liegen und überlässt sie damit wahlweise der Fraktion der Traditionalisten oder dem Kleingartenverein aus dem Karl-Liebknecht-Haus.

Das ist schade. Aus dem Interview und den anderswo veröffentlichten Einleitungstexten erfährt man in schwer zugänglichen Worten, dass es den Veranstaltern um die Rettung/Wiederauferstehung des Begriffs geht. Mehr nicht? Solange es so abstrakt bleibt, ist ja alles gut. Denn von diesen Kommunisten geht keine Gefahr für den Bestand der bürgerlichen Ordnung aus. Aber wie sagte Brecht über den Kommunismus: "Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist." Also heißt es warten auf den Reader ...

Bettina Rubinstein, Halle/Saale

34. Mehr Analyse und Kritik! Oder: Vom Einfachen, das schwer zu machen ist

Autor: Michael Zander · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:30

Wo Marx und Engels als Säulenheilige und ihre Texte als gewissenhaft zu studierende Offenbarungen behandelt werden, da kann man es befreiend finden, die Lektüre zu verweigern.

So jedenfalls verstehe ich NV, die schreibt, sie habe sich früher einmal ausgemalt, zu der von ihr in Diskussionen jeweils vertretenen These sofort das passende MEW-Zitat finden zu können; dann aber hätten sie die "Streber von der Kaderschule angeödet"; in einem Studi-Wohnheim seien einstweilen "zwei blaue Bände" verstaubt. Anlässlich eines Seminars über androzentristisches Denken hat sie dann doch die (männlichen) "Klassiker" gelesen und auf "geschlechtsblinde Stellen" abgeklopft. "Oder was soll mensch von einer Theorie der politischen Ökonomie halten, die konsequent den Bereich der Reproduktion ignoriert?"

Richtig ist, dass Marx und Engels sowohl das Geschlechterverhältnis als auch die Reproduktion nicht in einem Ausmaß analysiert haben, das uns heute genügen könnte. Dies ist aber nicht nur eine Frage der Theorie, sondern auch des geschichtlichen Entwicklungsstandes: In einer Zeit, in der ganze proletarische Familien 10, 12, 14 Stunden täglich in der Fabrik schuften mussten, war es nahe liegend, die Produktion in den Mittelpunkt zu stellen. Marx konnte, nachdem er u.a. die Ausbeutung von Kinderarbeit dargestellt hat, schreiben: "So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter" (1867, MEW 23, 514).

Die "Klassiker" werden heute in der Linken längst nicht mehr als Säulenheilige behandelt. Die Streber von einst haben längst die Seiten gewechselt. Angesichts solcher Metamorphosen ist es doppeldeutig, eine Theorie "starr" zu nennen, in einer Zeit, in der Politik und Kapital von den so genannten "Arbeitnehmern", Rentnern, Erwerbslosen usw. in Fragen der Ausbeutung unentwegt "Flexibilität" verlangen. In Zeiten des Rückschritts ist Beharrungsvermögen eine Hälfte der Tugend. Die andere Hälfte ist die (selbst-) kritische Analyse, wie der Rückschritt hegemonial werden konnte.

In dk.s Beitrag werden überschwänglich alle möglichen Wünschbarkeiten aneinander gereiht. "... unbedingtes Existenzrecht für jede und jeden ... Abschaffung der Klassen statt Klassenherrschaft ... ein schönes Leben für jeden und jede, hier und jetzt und weltweit ..." Welche/r Linke könnte dagegen sein? Die Frage ist nur: Wie erreicht man das? dk schreibt dazu: "Keine Stadien, Stufen, Haupt- und Nebenwidersprüche ... permanente soziale und kulturelle Revolutionierung ..." Beim Versuch, Kommunismus in diesem Sinne praktisch umzusetzen, könnte man auf folgende Probleme stoßen: Gesellschaftliche Infrastrukturen und Kommunikationsmittel liegen am Boden; manche Leute können nicht lesen und schreiben, was sie gegenüber den übrigen benachteiligt; andere finden es vorteilhaft, die eigene Region als autonom zu erhalten, weil sie damit über besondere Naturschätze verfügen; wieder andere behalten alte Gewohnheiten bei und organisieren sich ihre Existenzgrundlage auf kriminelle Art, ganz zu schweigen von denen, die die alte (Un-) Ordnung - auch mit (para-) militärischen Mitteln - wieder herstellen wollen. Und weil es um viel geht, könnten selbst die Linken versucht sein, ihre Konflikte untereinander mit Gewalt auszutragen. Die permanente Revolutionierung könnte in Willkürmaßnahmen ausarten.

Natürlich kann man versuchen, all diese Probleme schrittweise zu lösen, nur hat man dann wieder Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung. "Nieder mit Polizei, Psychiatrie, allen Zwangsinstitutionen", fordert dk. Sicher müssen sie abgewickelt werden. Aber sie schlagartig und ersatzlos abzuschaffen, würde im Fall der Psychiatrie Leute ins Elend zwingen und im Fall der Polizei zunehmend Gebiete in No-go-Areas für alle möglichen Gruppen verwandeln.

Sich von den den so genannten "Parteikommunisten" demonstrativ zu distanzieren heißt noch nicht, die Probleme zu lösen, an denen sie (auch) gescheitert sind. Im Gegenteil: Dieses Scheitern auf falsche politische Konzepte zu reduzieren - während wir natürlich bessere haben - heißt, eine wirklich kritische Diskussion zu

versäumen und möglicherweise deswegen in die selben Fallen zu tappen (gw. schreibt, "alles", worauf sich Parteikommunisten bezogen hätten, seien "Einheitsparteien, staatssozialistische Modelle und Ähnliches", was - gelinde gesagt - etwas vereinfacht ist).

Kommunismus ist immer "Weg und Ziel". Etwas, das ausprobiert werden muss. Es ist die nachdenkende (theoretische) Auswertung praktischer Erfahrungen in der Abwicklung/ Abschaffung von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Ausbeutungsverhältnissen, d.h. von bestehenden Institutionen des Kapitals, des Staates und der Zivilgesellschaft. Es ist "das Einfache, das schwer zu machen ist".

Michael Zander, Berlin

35. Offene Fragen und Räume. Kleines Stimmungsbild vom Kongress "Indeterminate: Kommunismus"

Autor: efa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:34

Die Buttersäure hatte die Falschen getroffen. Zugedacht hatte man sie wohl dem zwei Tage zuvor anwesenden Peter Hartz; leiden mussten unter ihr drei Tage lang die etwa 1.000 BesucherInnen des Kommunismuskongresses im Hörsaalgebäude der Uni Frankfurt. Die meisten trugen das mit Fassung.

Zumindest in formaler Hinsicht war von "radical chic" auf dem Kongress nicht viel zu merken: Eine höchst konventionelle Aufteilung zwischen AGs und Promi-Panels mit Dauer-Frontal-Vorträgen, teils besser, teils schlechter, teils gar nicht moderiert, ließen nicht wirklich den Eindruck entstehen, dass man eine andere - vielleicht "kommunistische" (?) - Debattenkultur anvisiert. Dafür offerierten gerade die Panels noch einmal die Differenz zwischen der Frankfurter und der Berliner Vorbereitungsgruppe (vgl. ak 476 und 477): Während erstere am Freitagabend zwei im perfekten Uni-Style (gepflegtes Jackett, gepflegtes Englisch, ordentliche Vorbereitung) auftretende ModeratorInnen u.a. auf (den eher langweiligen) Micha Brumlik und den (schwitzenden, klotzenden, zappelnden) Slavoy Zizek ansetzte, begleitete die Berliner Gang sehr viel weniger ordentlich am nächsten Tag die gleichwohl interessantere Abendveranstaltung mit der Kunst- und Theorieproduzentin Marion von Osten, Express-Redakteurin Nadja Rakowitz, b-books Autorin Katja Diefenbach, Moishe Postone ("Prof für Politik oder so") und "dem (Staatstheoretiker Joachim) Hirsch". Der sich dann mit Rakowitz ein zwar recht lahmes Duell um die Frage lieferte, ob denn im Kommunismus noch lohngearbeitet werden solle oder nicht - damit aber ein Problem aufgriff, das ansonsten auf dem Kongress eher wenig Beachtung fand; ebenso wie selten Begriffe wie "Klasse", "Ausbeutung" oder "Produktionsmittel" fielen.

Gleichwohl hörten auch den endlosesten Vorträgen stets geduldig mehrere hundert Leute zu, die meisten von ihnen wohl unter dreißig. Und im Unterschied zu den Großveranstaltungen kam es in manchen AGs durchaus zu lebendigen Diskussionen, in denen manchmal sogar die Frage danach aufgeworfen wurde, was "kommunistische Praxis" (im allerweitesten Sinne) eigentlich sein könnte - obwohl auch hier (aber vielleicht auch weil) die Themen eher assoziativ als systematisch ans Kongressthema angeschlossen waren: Es gab halt von allem etwas; ein bisschen Queer, ein bisschen Biopolitik, ein bisschen Migration und Globalisierung. Dafür war die konkrete Geschichte des Kommunismus praktisch gar kein Thema. Auch gegenwärtige soziale Bewegungen samt ihrer anitkapitalistischen Praxis kamen wenig zu Wort. Dass es sich bei dem Ganzen um einen - immerhin von der Bundeskulturstiftung gesponserten - Kulturkongress handelte, dürfte außerdem noch an den meisten BesucherInnen vorbei gegangen sein; war doch die Kultur aus dem Kongressgeschehen weitgehend ausgelagert. Und: Kommunismus ist nicht gerade billig. 42 Euro Eintritt für einen Kongress zu diesem Thema sind, wie Katja Diefenbach auf dem Samstagspodium bemerkte, schlicht ein Unding. Schließlich gab es auch jede Menge Promi-Hype, klar - doch nicht alle Promis waren auch wirklich gekommen. Alain Badiou sagte kurzfristig ab und auch Gayatri Spivak - die aus Protest gegen die westlich-weiß-dominierte ReferentInnenschar. Auch so eine Frage, die nur angerissen (z.B. von der Argentinierin Dora Dela Vega auf dem Abschlussplenum), nirgendwo aber ausgearbeitet werden konnte: Was wohl mit hiesigen Kommunismuskonzepten passieren würde, wenn man sie mit den Erfahrungen und Denkbewegungen des Südens konfrontieren würde?

Ziemlich klar schien jedenfalls zu sein, dass die Universitäten heutzutage nicht mehr der Ort relevanter oppositioneller Wissensproduktion sein werden; wohl, weil sie als Institution längst nicht bloß Opfer, sondern auch Umschlagplatz neoliberaler Ideologien geworden sind. Vielleicht sollte das bei zukünftigen Kongressen in Sachen ReferentInnenauswahl stärker berücksichtigt werden. So interessant es ist, wenn etwa der Frankfurter Philosoph Axel Honneth davon spricht, dass es ein unhintergehbares psychisches Begehren nach Kommunismus gibt - noch interessanter wäre zu erfahren, wer auf welche Weise gerade bereit und in der Lage ist, dieses Begehren ins gesellschaftliche Leben zu rufen.

So ist - was kaum anders zu erwarten war - letztlich offen, ob der Begriff "Kommunismus" über kurz oder lang den Weg aller Trends in die "out"-Rubrik gehen wird - oder ob nicht doch dieser gerade nicht rundum gelungene Kongress ein zartes Indiz dafür ist, dass der doppeldeutige argentinische Ruf "Que se vayan

todos", der (streng genommen) sowohl bedeutet "Alle (Herrschenden) sollen abhauen" wie "(Wir) alle müssen losgehen", sich etwas vernehmbarer in den Ohren derjenigen einnistet, die die Schnauze von dem ganzen Scheiß voll und keine Lust mehr haben, friedlich und abgeklärt, resigniert oder saturiert hinter irgendwelchen Öfen hocken zu bleiben.

Denn obwohl allerorten unendlich viel Gemotze über die schlechte Vorbereitung der Panels/des Kongresses wie über einzelne Thesen, Diskussionen und Referate zu hören war, fiel doch auf, dass gerade dieses Gemotze praktisch nie mit altbekannter resignativer Genugtuung, sondern zumeist mit so viel Verve und Engagement vorgetragen wurde, dass der Eindruck nicht weichen wollte, hier würde etwas verhandelt, was nicht wenigen der Anwesenden ziemlich aktuell und ziemlich direkt an die Nähte geht. Genau für dieses "Etwas" hat der Frankfurter Kongress bei all seiner inhaltlichen und konzeptionellen Unperfektion doch drei Tage lang Räume geöffnet, und dieses Angebot ist angenommen worden. Und das ist schließlich, nach all dem Überwintern, all den Erklärungen zum angeblichen Ende der Geschichte und all der Resignation der 90er Jahre, durchaus ein beachtliches Symptom. Von was genau, werden zukünftige Kongresse und Bewegungen zeigen müssen.

efa

36. Ted Honderich: Die Banalität des Blöden. Oder: Wie man sich geistig in die Luft sprengt

Autor: Friedrich C. Burschel · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:16

In seinem Buch "Nach dem Terror. Ein Traktat" hat der kanadisch-britische Moralphilosoph Ted Honderich den palästinensischen Terror gegen jüdische ZivilistInnen offen gebilligt. (vgl. ak 476) Wenig Aufregung verursachte das in Leipzig, wo die Universität zu einem "Sonntagsgespräch" mit Honderich über die Frage "Gibt es ein Recht auf Terrorismus?" eingeladen hatte. Ein Bericht aus der Heldenstadt.

Am 4. Oktober sprengte sich die 28-jährige Palästinenserin Hanadi Dscheradat in dem voll besetzten Familienrestaurant "Maxim" im Süden der israelischen Hafenstadt Haifa - wie vermutet wird "von Rache erfüllt" - in die Luft. Die Anwaltsreferendarin aus Dschenin riss 21 Menschen in den Tod und verletzte und verstümmelte rund 50 weitere zum Teil lebensgefährlich. Unter den Toten waren fünf Kinder. Zwar klangen die Entsetzens-Äußerungen und Verurteilungen der soundsovielten gezielt in den zivilen israelischen Alltag getragenen, barbarischen Mordtat etwas formelhaft, aber sie kamen. Sogar von offizieller palästinensischer Seite. Nur die mutmaßlichen Hintermänner vom Islamischen Dschihad waren mit dem Ergebnis zufrieden: Sie bezeichneten "die Tat als ‚eine natürliche Reaktion auf die Besatzungsverbrechen' Israels. Dschihad-Anführer Abdullah el Schami sagte in Gaza, sie sei der Beweis für das Scheitern der von Israel getroffenen Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der Absperrung des Westjordanlands und der bereits über 130 Kilometer langen Sperranlage im Westjordanland. Der Anschlag sei eine ‚Reaktion' der Palästinenser auf die ‚täglichen Verbrechen' Israels gegen die Palästinenser." (FAZ.net, 4.10.03, Frankfurter Rundschau, 28.10.03)

"Die Palästinensische Selbstmord-Attentäterin hätte, wenn sie denn die Wahl gehabt hätte, ihr Ziel, nämlich ihr Volk zu retten, auch lieber erreicht, ohne ein israelisches Kind zu töten." Das sind nicht weitere erläuternde Worte eines militanten Dschihad- oder Hamas-Führers, sondern die des britisch-kanadischen Moralphilosophen Ted Honderich. Er wiederholte für all diejenigen, die es nicht für möglich gehalten hatten, am 19. Oktober, also zwei Wochen nach dem Blutbad von Haifa, auf Einladung der Uni Leipzig seine These, dass "die palästinensische Selbstmord-Attentäterin" (bezogen nicht auf Dscheradat, sondern eine abstrakte Person) das moralische "Prinzip der Humanität" auf ihrer Seite hat. Mehr noch, die selbe moralische Rechtfertigung spricht Honderich einem israelischen Kampfhubschrauber-Piloten, bei dessen Raketenangriff auf einen Hamas-Führer ein palästinensisches Kind umkommt, ab, da er "Staatsterrorismus" betreibe. Honderich bescheinigt der palästinensischen Suizid-Bomberin, dass es nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu geboten sei, sich mit dem letzten Mittel gegen die Gewalt Israels zur Wehr zu setzen. Ein probates Mittel ist, nach Honderichs Auffassung, der Selbstmord-Anschlag, auch wenn er ihn eine "tragische und schreckliche" Antwort auf den "neo-zionistischen Staatsterror" nennt.

Was redet der Mann da? Vielleicht lohnt noch einmal ein kurzer Rückblick auf die Entwicklungen, an deren Ende der - übrigens nur in Deutschland - umstrittene Philosoph in Leipzig jenes Forum im Hörsaal 19 der Uni erhielt, in dem er seine Thesen trotzig und gegen den Protest Zahlreicher wiederholte.

"Philosophischer Judenhass"

"Bundesphilosoph" Jürgen Habermas hatte irgendwann dem Suhrkamp Verlag ein Traktätchen eines anerkannten Moralphilosophen zur Veröffentlichung empfohlen, dessen Namen bis dahin noch niemand vernommen hatte. Der traditionsreiche und in eindeutiger Tradition stehende Verlag Adornos, Horkheimers und Benjamins ließ sich das gesagt sein und räumte der "Neuentdeckung" Ted Honderich ein Bändchen in der Jubiläumsausgabe zum 40-jährigen Bestehen der ehrwürdigen edition suhrkamp ein. Das Buch erschien. Irgendwann jedoch stolperte zumindest einer der wohl zahlreichen LeserInnen der ersten Auflage über Stellen, die selbst Habermas im Nachhinein "aufstöhnen" ließen.

Der aufmerksame Leser war der Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt/Main, Micha Brumlik. In einem offenen Brief an die Suhrkamp-Verlagsleitung machte er auf Äußerungen in dem Band aufmerksam, "die alles, was der inzwischen zu Tode gekommene Jürgen Möllemann von sich gegeben hat, bei weitem übertreffen". Brumlik zitiert etwa Honderichs Auffassung, "dass die Palästinenser mit ihrem Terrorismus gegen die Israelis ein moralisches Recht ausgeübt haben", nennt dies "philosophischen Judenhass" und fordert Suhrkamp auf,

das Buch vom Markt zu nehmen. Nachdem Habermas in einer eher kleinlauten Replik zugibt, dass vieles in dem Buch kaum "ohne hermeneutische Nachsicht" auszuhalten sei und dass, "aus dem Zusammenhang der Argumente" gelöst, viele Aussagen Honderichs sich "auch gegen die Intention eines Autors immer für antisemitische Zwecke verwenden" ließen, zieht der Verlag das Buch zurück.

Leichen pflastern ihren Weg

Eine von Habermas zitierte Stelle ist eine uralte antizionistische Wendung, die zum Standard-Repertoire der Antisemiten gehört: "Als Hauptopfer von Rassismus der Geschichte scheinen die Juden von ihren Peinigern gelernt zu haben." Fragt sich nur, was hier wohl noch "hermeneutische Nachsicht" sein könnte. Dass Habermas wohl außerdem Walsers Moralkeule auf den Dez bekommen haben muss, darauf deutet sein Bekenntnis hin, er habe das Honderich-Bändchen nach Brumliks Kritik "wie ich gestehe, ängstlich durchgelesen". Angst wovor? Vor der "jüdischen Meinungs- und Moral-Mafia" etwa?

Nun hätte das gnädige Gras des Vergessens über den Honderich-Skandal, der kaum über den FR-Dunstkreis hinaus gekommen war, wachsen können, gäbe es nicht stets jene Trittbrettfahrer der Skandale, die sich an deren Wirkung aus der eigenen Bedeutungslosigkeit heraushieven wollen. Ein notorischer Vertreter dieser Art ist der Leipziger Philosophie-Professor Georg Meggle, der - wie Henryk M. Broder auf seiner Website feststellt - "in Leipzig weltberühmt" ist und sich mit Tabubrüchen um des Tabubruchs Willen in der Pose dessen gefällt, der dem "freien akademischen Diskurs im universitären Kontext" zu seinem Recht verhilft. Für ihn selbst eine Heldengeschichte, für alle anderen ein Ärgernis.

Schon zu Saarbrücker Uni-Zeiten konnte sich Meggle als einer, der der Redefreiheit eine Bresche schlägt, gerieren, als er dem australischen Bioethiker Peter Singer mit einer Einladung ein Forum bot. Wie Honderich ist Singer Moralphilosoph und beide huldigen einer "Abzählmoral" nützlichkeitsorientierter Wertvorstellungen, die einem fühlenden Menschen den Atem stocken lassen. Ganz ähnlich wie Singer geht der Erbsenzähler des "guten Lebens" Honderich zu Werke, wenn er ausrechnet, dass, wenn nicht durch aktive Taten, so doch mindestens durch die Unterlassungen der westlichen Welt und ihrer Bewohner, durch die schlechten Lebensbedingungen im Trikont rund 20 Millionen Lebensjahre verloren gingen, für die folglich "wir alle" die Verantwortung tragen. Mag dieser Gedanke Honderichs - er beschäftigt sich in seinem Traktat mit dem moralischen Zustand der Welt nach dem 11. September 2001 - noch nachvollziehbar sein, so sind die kalten Schlussfolgerungen dieser utilitaristisch-moralischen Milchmädchen-Rechnungen jedoch kaum auszuhalten. Dahinter verbirgt sich ein schematisches und inhumanes Denken, das politische Zusammenhänge ausspart und dessen Wege Leichen pflastern.

Auf diese Weise lassen sich nach einigen torkelnden Gedanken-Schritten natürlich auch anti-israelische Selbstmordattentate als Akte eines legitimen Befreiungskampfes rechtfertigen, ohne dabei als antisemitisch gelten zu wollen. Israel und im Hintergrund "natürlich" die USA gehören - nicht nur in Honderichs Weltsicht - zu den "Tätern" durch Begehung (commission) und Unterlassung (omission). Sie hätten über Jahrzehnte die Palästinenser unterdrückt und in eine Situation der Ausweglosigkeit und Verzweiflung gepresst, aus der nach Honderich auch keine Verhandlungen mehr heraus führen, da diese ein Mittel der Stärkeren seien. Der Schwächere dürfe sich nicht nur der Gewalt bedienen, nein, dies sei - wie gehört - geradezu geboten.

Schaulauf der Mittelmäßigkeit

Auf die Frage, wie es denn sein könne, dass ein dezidiert die Auslöschung Israels postulierender und krudesten Judenhass säender Terror-Fanatismus etwa der Hamas oder des Dschihad eine moralische Rechtfertigung haben könne; wie es denn sein könne, dass der Moralphilosoph der Selbstmord-Attentäterin nicht nur unterstellt, dass sie ihr Tun vorher nach moralischen Gesichtspunkten abgeklopft habe, sondern auch, dass sie die Tötung israelischer Kinder allenfalls als notwendiges Übel in Kauf nehme, während doch alles darauf hindeutet, dass die wandelnden Bomben sich gezielt Plätze (Restaurants, Busse, Unis, Diskotheken etc.) aussuchen, wo sie möglichst viele Israelis und infolgedessen möglichst viele Juden antreffen, um möglichst viele von ihnen mit in den Tod zu reißen, antwortete der sich Kritikern gegenüber stets überlegen und ziemlich überheblich gebende Honderich mit folgender seltsamen Analogie: Wenn an einem Wochenende in Leipzig viele Scheiben eingeworfen worden wären und sich nach der Festnahme der Täter herausstellte, sie seien alle Hundeliebhaber, so gehe der in die Irre, der ihre Bestrafung wegen der Hundeliebhaberschaft verlange und nicht wegen ihrer Sachbeschädigung.

Der Philosoph redet in Rätseln und was er uns mit diesem sagen will, könnte, den Gesprächskontext in Leipzig berücksichtigend, Folgendes sein: Es spielt keine Rolle, was die fanatisierten Attentäter im Kopf haben; zu beurteilen sind lediglich ihre Handlungen und deren Konsequenzen. D.h., wenn der aus blankem Judenhass agierende Selbstmordattentäter mit seinem Anschlag die "Befreiung" oder "Rettung" seines geknechteten Volkes, zumindest aber Verhandlungsbereitschaft seitens Israels erreicht, ist sein Fanatismus ohne Belang. Dass sich Honderich mit dieser Haltung selber widerspricht und im Grunde zugibt, dass die Attentäter Opfer unter israelischen Kindern nicht - wie das sein Gastgeber Meggle in seiner Definition eines "schwachen" und eines "starken" Terrorismus tut - notgedrungen als "Kollateralschäden" in Kauf nehmen, sondern bewusst den mit vielen Familien besetzten Bus oder das Restaurant aufsuchen, um möglichst viele von ihnen gezielt zu töten, zeigt das geistige Niveau dieses - so Broder - "emeritierten drittklassigen akademischen Korinthenkackers". Darüber hinaus unterscheidet Honderich nach diesem zynischen Schema seiner Moralschablonen unter den israelischen Opfern des Hamas-Terrors gegen Zivilisten noch nach "Unschuldigen" (z.B. Kindern), "Halb-Schuldigen" (die z.T. von Israels Politik gegen die Palästinenser profitieren), "Nicht-Kombattanten" (sonstige Zivilisten), "nicht aktive Kombattanten" (Soldaten außer Dienst) usw.

Vollends geistig in die Luft jagt sich der Moralterrorist, wenn er mit Parallelen zum Bombenkrieg gegen Nazi-Deutschland die Legitimität eines Terrors gegen Zivilisten zu beweisen sucht. Auch sein Vergleich der Kämpfer im Warschauer Getto beim Aufstand 1943 mit den Hamas-SelbstmordattentäterInnen, da beide in ihrer Situation ihr Leben drangeben für eine unbekannte Befreiung in der Zukunft, trieb den HörerInnen in Leipzig vielfach die Schames- und Zornesröte ins Gesicht. Konsequent stellt der "Consequentialist" Honderich Deutschland auch ein 1a-Zeugnis aus: Es gebe keine Täternation auf einer Welt der Massenmorde, die wie Deutschland ihre Schuld an- und auf sich genommen habe. Es sei nun der geläuterten Deutschen Aufgabe, aus dieser "moralischen Überlegenheit" (moral superiority) heraus für die Elenden in der Welt - insbesondere die Palästinenser - einzutreten und die - hinter Israel stehenden - USA aus ihrer "somnambulen (schlafwandlerischen) Ignoranz" zu wecken, schließt Honderich seinen mentalen Offenbarungseid.

Leuten übrigens, die ihn in durchaus nachvollziehbarem Impuls des Antisemitismus' zeihen, droht Honderich mit gerichtlichen Schritten. Der Leipziger Auftritt dieses - nach eigener Definition - "anti-neo-zionistischen" (also gegen einen vermeintlich "großisraelischen Expansionismus" sich richtenden) Befürworters des Hamas- und Dschihad-Terrors war ein Abgesang auf so etwas wie "humane Orientierung" (Ralph Giordano). Ein Schaulaufen geistiger Mittelmäßigkeit, in dem Honderich und Meggle in eitler Selbstdarstellung brillierten. Und der sich schäumend und brüllend als Honderich-Verteidiger gebärdende Abraham "Ich bin selber Jude" Melzer vervollständigte diese Trias der "Phrasenwichser" (Broder) noch.

In Melzers Verlag erscheint der Traktat Honderichs nun in der Semit-Edition neu.

Aber das wäre doch nicht nötig gewesen!

Friedrich C. Burschel

37. Rassistische Querfront. Wenn Ex-Linke für Le Pen und Fallaci werben

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:04

Immer wieder benutzen deutsche Linke den israelisch-palästinensischen Konflikt als Projektionsfläche für eigene Befindlichkeiten. Seit 10 bis 15 Jahren ist es kein Geheimnis mehr, dass ein Teil der Nach-68er-Generation durch platte Bekenntnisse zum "heldenhaft kämpfenden palästinensischen Volk" die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte und der Tätergeneration zu erledigen versuchte. Unter umgekehrten ideologischen Vorzeichen nutzt heute eine zwar minoritäre, aber umso lautstärkere Fraktion ehemaliger Linker die von ihr propagierte radikale Umorientierung in der Israel-Palästina-Frage, um ihre hasserfüllte lebensgeschichtliche Abrechnung mit allem, was noch links ist, zu betreiben. Im extremsten Flügel dieses Spektrums werden dabei offen rassistische Gewalt- und Kollektivbestrafungsfantasien propagiert.

Wenn deutsche vorgebliche Superradikale feuchte Träume bekommen, dann hört sich das bei manchen ungefähr so an: "Häresie in Zeiten der Heiligen Al Aksa Intifada ist, was der Autor in diesem Buch präsentiert. Vom Massaker in Sabra und Shatila will er nichts hören, den Kosovo-Palästinensern hingegen würde er gerne mal Arkan den Tiger zeigen." (1) Nämlicher Arkan war der Chef serbischer paramilitärischer Banden, die - außerhalb der Kontrolle von Regierung und regulärer Armee - u.a. im Kosovo plünderten, raubten und mordeten. An der Schnittstelle zwischen politischer Gewalt und organisiertem Verbrechen stehend, wurde Arkan im Januar 2000 durch Konkurrenten ausgeschaltet.

Die zitierte Aussage von Karl Selent alias Carl Zeland kann und muss man als den (gar nicht so heimlichen) Wunsch auffassen, eine Welle von Gewalt gegen eine - als solche definierte - Bevölkerungsgruppe zu entfesseln. Der Verfasser des so angekündigten Büchleins ist natürlich kein Tiger, sondern eine arme Sau, die ihre nunmehr durch kein linkes Restbewusstsein mehr gezügelten Gewaltfantasien in die Tastatur hackt. Veröffentlicht wurden sie im ça-ira-Verlag, dessen angeblicher Zweck in der Verbreitung linker Theorie besteht.

Ça ira ist der Hausverlag der Initiative sozialistisches Forum (ISF) in Freiburg/Breisgau, die zu einer Art Think-Tank der so genannten Antideutschen geworden ist. Die ISF hat in der Vergangenheit manche zu linken Mythen geronnenen vermeintlichen Selbstverständlichkeiten - zu Recht - kritisiert, ist jedoch längst dazu übergegangen, eine neue Form autoritärer Orthodoxie auszuarbeiten.

"Jede Kritik am Staat Israel ist antisemitisch"

Vor 15 Jahren klang die ISF-Kritik an anderen Teilen der damaligen westdeutschen Linken, das diffizile Thema des Israel-Palästina-Konflikts betreffend, noch so: "Die Solidarität mit dem Aufstand der Palästinenser gegen die Militärdiktatur in den von Israel besetzten Gebieten sowie die Solidarität mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung sind eine Notwendigkeit des linken Internationalismus. Allerdings treibt sie unter Linken merkwürdige Blüten." Dem ließe sich vorbehaltlos zustimmen. Sofern hinreichend präzisiert wird, auf wen die Kritik bezogen ist, hatten die Verfasser auch Recht, wenn sie damals fortfuhren: "Wir haben den bestimmten Verdacht, dass die unter der Parole des ‚Antizionismus` organisierte Solidaritätsarbeit weniger um der Palästinenser willen geschieht, als vielmehr der günstigen Gelegenheit willen, antisemitische Gefühle ausleben zu können." (2)

15 Jahre sind seitdem vergangen, in denen sich die Frontlinien oftmals kilometerweit verschoben haben. Heute würde diese Aussage, jedenfalls in ihrem ersten Teil, vom ISF-Vordenker Joachim Bruhn ohne Abstriche als antisemitisch gebrandmarkt werden. Behauptet Bruhn doch in einem im Sommer 2003 erschienenen Interview mit einem "antideutschen" Antifa-Blättchen im Ruhrgebiet, ohne jegliche Nuancierung, schlicht: "Jede Kritik am Staat Israel ist antisemitisch". (3) Eine Aussage, deren bestechender Logik zufolge es in Israel selbst vor AntisemitInnen nur so wimmeln dürfte. PalästinenserInnen wiederum kommen in dem langen Interviewtext schlichtweg nicht vor. Im übrigen sei angemerkt, dass der vermeintlich knallharte Denker Joachim Bruhn selbst sich im folgenden insofern als inkonsequent erweist, als er dann doch implizite Kritik an israelischen Staatsorganen übt. So verlautbart er am selben Ort: "Es hat sich allerdings um die Israelfahne ein ungeheurer Politkitsch entwickelt, an dem auch die israelische Botschaft nicht ganz unschuldig ist. Neben dem von

Antideutschen gern getragenen Button, der eine Israel- und eine Amerikafahne zeigt, wird auch ein Knopfsticker von der Botschaft verteilt, der eine Israel- und eine Deutschlandfahne zeigt." Das bebreitet dem Ideologen dann doch ein bisschen Kopfzerbrechen.

Auch anderswo haben sich Fronten verschoben. Dereinst formulierte ein heutiger Protagonist der Berliner Bahamas-Sekte in dieser Zeitung (damals noch Arbeiterkampf) seinen Bruch mit linken GegnerInnen des Irak-Kriegs von 1991, indem er eine Rehabilitation des Internationalismus forderte. "Den Internationalismus mit dem Antiimperialismus (zu) erschlagen" (4), warf Uli Krug damals jenen in der Linken vor, die seiner Ansicht nach nicht sehen wollten, dass Israel durch die arabische Welt bedroht sei. Jenseits der an vielen Stellen fragwürdigen Grundthese, was die Interpretation anderer linker Positionen betrifft, hatte er jedenfalls ein verdienstvolles Grundanliegen: Die Fahne des Internationalismus hochzuhalten, der auch die Solidarität mit den auf allen Kontinenten verfolgten Jüdinnen und Juden einbeziehen müsse, und nicht hinter einer Sichtweise von "Nord" und "Süd" als vermeintlich monolithischen Blöcken zurücktreten dürfe.

Hauptfeind muslimische "Gegenzivilisation"

Von Internationalismus jedoch ist bei der Sekte, die über eine Reihe von Brüchen und Abschottungen entstanden ist, keine Spur mehr zu finden. Der Ausgangspunkt von Internationalismus besteht in der Annahme, dass man selbst - mangels wesensmäßiger Unterschiede zwischen Menschen mit verschiedenem Geburtsort - genauso gut an der Stelle eines Israelis, eines Palästinensers, eines Irakers oder eines US-Amerikaners leben könnte. Dass es deswegen also keine "guten" und keine "schlechten Völker" gibt, sondern nur Gesellschaften, in denen jeweils - im Prinzip - die ganze Palette gesellschaftlicher Standpunkte vorhanden ist.

Das Gegenteil bildet heute den Kern der Bahamas-Ideologie. In ihr gibt es insgesamt positive und insgesamt negative "Volksganze" wobei lediglich - das macht wohl das so genannte Antideutsche aus - die Vorzeichen gegenüber der deutschen Mainstream-Ideologie (oder was man dafür hält) umgedreht wurden. Diese Methode praktiziert sie auf dem Balkan, in ihrer schärfsten Ausprägung jedoch in Bezug auf den Nahost-Konflikt. Hier sind - folgt man dieser Ideologie - Licht und Schatten eindeutig verteilt, und zwar zwischen Bevölkerungsgruppen, nicht zwischen (in beiden Gesellschaften) widerstreitenden politischen Konzepten von Koexistenz bzw. Hegemonie. Das veranschaulicht eine - stark geraffte, aber dem Sinn des Originals vollkommen getreue - Wiedergabe von Justus Wertmüllers Text "Wir Freunde des amerikanischen Krieges" in Nr. 42 der Bahamas: Es sei "das Gegenmodell zur Zivilisation direkt vor der Haustür Israels in all seiner Scheußlichkeit täglich zu bewundern", nämlich "das, was Gegenzivilisation in dieser Zeit ausmacht, wenn vom Islam die Rede ist", und "zwar beginnend in den Straßen Neuköllns". Es sei "über die arabische Ausgeburt des Nationalsozialismus zu reden, der vom wirklichen Nationalsozialismus fast alles geerbt hat". Jeder Vergleich mit "der israelischen und amerikanischen Zivilisation" sei barbarisch. Wohlgemerkt, zu keinem Zeitpunkt ist von politischen oder gesellschaftlichen Kräften die Rede; es geht stets um als geschlossene Ganze präsentierte Gesellschaften. Keine Propaganda-Abteilung in einem Kriegsministerium hätte das schlagender formulieren können.

Insofern nimmt es auch nicht wunder, dass Justus Wertmüller sich in derselben Ausgabe (unter dem Titel "Französische Zustände") für Gewalttaten des französischen Ablegers der rassistischen Kach-Bewegung ("eine kleine, aber rührige Gruppe") begeistert. Diese ethno-extremistische Bewegung wurde 1980 durch den Rabbi Meir Kahane begründet. Sie wurde 1994 - nach dem von ihrem Anhänger Baruch Goldstein in Hebron begangenen Massaker an rund 30 betenden Palästinensern - in Israel verboten. Auch in den USA ist der Kach-Ableger verboten und seit Herbst 2003 sogar als terroristisch eingestuft. Im selben Artikel kann Justus Wertmüller auch dem französischen Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen einiges abgewinnen: Dieser formuliere - im Kern berechtigte - "Kritik an einer irregewordenen Gesellschaft", wenngleich "auf widerwärtigem Niveau". Zwar könne man bei Le Pen von Rassismus sprechen, doch zugleich formuliere er allemal "vernünftige Einwände gegen die ungebremste Islamisierung".

Le Pens "vernünftige Einwände"

Bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikts meint man in Wertmüllers Kreisen natürlich, die "Lösung" zu kennen: Es genügt, hemmungslos militärische Gewalt einzusetzen, So heißt es in einer Bahamas-Stellungnahme vom 9. Dezember 2002 (die auf der Homepage der Redaktion zu finden ist) zu der

Frage, wie Israel sich im aktuellen Konflikt verhalten solle, dieses sei "bedroht und angegriffen von den Palästinensern," - wohlgemerkt, die Rede ist von der Bevölkerungsgruppe als solcher und mitnichten von bestimmten politischen Kräften - "denen auf absehbare Zeit hin nur militärisch durch Großrazzien und Besetzungen, durch Liquidierungen der Hauptakteure im juden mordenden Bombengeschäft, durch Gefangennahme etc., also nur durch die dauerhafte Präsentation militärischer Überlegenheit, beizukommen ist." Innerhalb der israelischen Bevölkerung selbst geht eine wachsende Zahl von Menschen davon aus, dass es keine rein militärischen "Lösungen" geben könne - aus Sicht der Bahamas sind das lediglich VerräterInnen, die als fünfte Kolonne der (wie sie sich ausdrückt) "antisemitischen Internationale" agieren.

Oriana Fallaci schrieb in ihrem Roman-Manifest "Die Wut und der Stolz" (vgl. ak 464), zu dessen Verteidigung die Bahamas in ihrer Nummer 39 vom Herbst 2003 immerhin sechs Seiten (unter der Überschrift "Hass auf die Aufklärung kann man Oriana Fallaci nicht vorwerfen") widmet, u.a.: "Moslems vermehren sich wie die Ratten". Der zitierte Satz drückt auch weitgehend die Philosophie des gesamten Pamphlets gegen ImmigrantInnen im Allgemeinen und MuslimInnen im Besonderen aus. Nun hat Oriana Fallaci in Deutschland genau zwei Medien gefunden, die sie offensiv verteidigten: Bahamas und die rechtsextreme Wochenzeitung Junge Freiheit, die den Titel in ihren Versandbuchhandel aufgenommen hat. Der Fachausdruck für diese Art der Blockbildung lautet: Querfront.

(wird fortgesetzt)

Bernhard Schmid,

Paris

Anmerkungen:

1) Ankündigung von "Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan", Verfasser Karl Selent, auf der Homepage des Freiburger ça-ira-Verlags, wo das Buch 2003 erschien.

2) Zitiert nach dem vom KB herausgegebenen Debattenband "Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina", Hamburg 1989, S. 52 (nach einem ISF-Flugblatt vom März 1988).

3) Titel und Kernsatz eines Interviews mit dem Zirkular "T 34" der Antifa Duisburg, im Internet wiederzufinden bei der Online-Zeitung trend.partisan:

www.trend.partisan.net/trd7803/t397803.html

4) "Den Internationalismus mit dem Antiimperialismus erschlagen", in ak 327 vom 11. Februar 1991

38. "Wenn's der Wahrheitsfindung dient." Marco Carini schreibt über Fritz Teufel

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:27

Er war eine der schillerndsten Gestalten der 1960er Jahre und "Top-Terrorist" in den 70ern. Jetzt ist Fritz Teufel 60 Jahre alt geworden. Über sich mag er in der Öffentlichkeit nicht sprechen. Das tut dafür Marco Carini in seiner Teufel-Biografie.

Die Linke hat viele Heldinnen und Helden. Mutige KämpferInnen wurden besungen und beschrieben, leidenschaftliche RednerInnen, scharfsinnige TheoretikerInnen und brillante StrategInnen. Deutlich schwerer tun sich die BiografInnen mit den Schmuddelkindern am linken Sternenhimmel, mit den ProvokateurInnen, den RebellInnen gegen die eigenen Denk- und Handlungsschablonen, den gefallenen Engeln oder mit den Clowns, deren bissiger Humor nicht nur die Herrschenden, sondern auch die eigenen Reihen verschreckt. Solche Helden finden selten den Weg in die Geschichtsbücher.

Fritz Teufel war so ein gebrochener Held, ein Stachel im Fleisch der herrschenden wie der linken Ordnung: Kommunarde der ersten Stunde, ausgeschlossen aus dem SDS wegen subkultureller Betätigung, Hardcore-Kiffer, Dauerangeklagter vor bürgerlichen Gerichten, Märchenschreiber und Stadtguerillero; Bindeglied zwischen Künstlerboheme, Studentenprotest und (subkultureller) Jugendrevolte. Und Fritz Teufel besaß jene Art von Humor, bei der das Lachen tatsächlich in der Lage ist, den Feind zu besiegen. Sein "Wenn's der Wahrheitsfindung dient", als er sich vor dem Moabiter Kriminalgericht erheben sollte, ging nicht nur in die Geschichte ein, sondern gab die verknöcherte, nachfaschistische Justiz der 1950er und 1960er mit einem Schlag der Lächerlichkeit Preis; ein subversiver Akt mit einer Agitationswirkung, die kein Flugblatt und keine noch so militante Aktion jemals erreicht hat. Mit jetzt 60 Jahren ist Fritz Teufel kein medienwirksamer Vergangenheitsbewältiger. Er ist weder ein peinlicher rot-schwarzer Großvater noch ein Kronzeuge für den Marsch der 68er an die Futtertröge der Macht. Nach einer späten und unauffälligen Karriere als Fahrradkurier lebt er zurückgezogen in Berlin.

Marco Carini hat nun den Versuch unternommen, die Biografie des Fritz Teufel zu schreiben. Ein notwendiger und verdienstvoller Versuch, gerade jetzt, wo in den Feuilletons 68er-Bashing angesagt ist. Wo Renegaten aller Couleur über ihre Jugendsünden beichten und um Vergebung bitten, wo sich der frühere radikale Habitus als Pose entlarvt, da ist es im höchsten Maße ehrenhaft, wenn versucht wird, die linke Geschichte und ihre ProtagonistInnen vor dem Orkus der Vergessenheit und der entsorgenden Müllproduktion zu bewahren. Und Carini macht aus seiner Sympathie mit seinem Objekt keinen Hehl. Dennoch hinterlässt seine Teufel-Biografie einen schalen Nachgeschmack: Zu offensichtlich ist das Bemühen um schnelle und leichte Konsumierbarkeit.

Das Buch ist "flott" geschrieben - zu flott. Der oberflächliche Effekt dominiert, die Person Fritz Teufel und ihre Entwicklung geht allzu oft unter. Charakteristisch dafür sind die Kapitelvorspänne, in denen Carini den jeweiligen politischen und kulturellen Hintergrund der "Story" andeutet. Flapsig, manchmal gezwungen witzig, sind sie bloße Anreißer, die ihrem Gegenstand in keiner Weise gerecht werden (Glaubt man Carini, so hat etwa der US-Widerstand gegen den Vietnamkrieg lediglich in einem hippie-seligen "Make Love not war" bestanden.). In dem Maße, wie er darauf verzichtet, politische Bezüge, Diskussionen und Kontroversen eingehender zu berücksichtigen, reduziert Carini die Biografie Fritz Teufels auf die Medienereignisse: die Happenings der Kommune 1 und vor allem die diversen Prozesse. En Detail werden der Leserin vom Pudding-Attentat auf Hubert Humphrey bis zum Lorenz-Drenckmann-Prozess die Verhandlungstage vorgeführt. Sicherlich muss die Auseinandersetzung mit der Justiz einen prominenten Stellenwert in jeder Teufel-Biografie haben, aber es kann nicht darum gehen, einen Prozess-Bericht im Nachhinein zu schreiben.

In Fritz Teufels Leben gibt es markante Einschnitte, ja Brüche: der Übergang von der K 1 zur militanten Subkultur um Haschrebellen, Blues und Bewegung 2. Juni; die Realität des Knastalltags, die Auseinandersetzungen unter den Gefangenen des 2. Juni, die Abwendung vom bewaffneten Kampf, der Rückzug aus der Öffentlichkeit. Über Fritz Teufels Gedanken, Befürchtungen und Hoffnungen in diesen Situationen erfährt man aus der Biografie genauso wenig wie über die Diskussionen und Auseinandersetzungen, die für seine jeweiligen Positionen und Haltungen wichtig gewesen sind. Dabei enthält

Carinis Biografie durchaus interessante Informationen, gerade aus der Frühzeit der Bewegung 2. Juni, aus der Phase des wilden Durcheinanders und Übergangs von der subkulturellen Provokation zum militanten Drop-out-Millieu in Berlin und München bis zur Stadtguerilla. Doch die Person Fritz Teufel bleibt dabei merkwürdig blass.

Das hängt sicherlich mit dem größten Handicap zusammen, vor das sich Carini gestellt sah: Er wollte eine Biografie über jemanden schreiben, der sich explizit diesem Projekt verweigert hat. Fritz Teufel selbst stellte sich dem Biografen nicht zur Verfügung. Es wird nicht ganz deutlich, ob Teufel "nur" seine Ruhe haben wollte oder ob er sich ausdrücklich gegen die Biografie ausgesprochen hat. Wie auch immer: Vor diesem Hintergrund ist jeder biografische Versuch hochproblematisch. Er begibt sich permanent in Gefahr, das Persönlichkeitsrecht des Beschriebenen, seinen Wunsch nach Rückzug aus der Öffentlichkeit, zu missachten. Vielleicht steht Fritz Teufel eines Tages einer Biografie aufgeschlossener gegenüber, so dass ein neuer Anlauf unternommen werden kann. Wünschenswert wäre das. Aber vielleicht zeigt er uns auch nur den Stinkefinger. Auch das wäre okay.

Dirk Hauer

Marco Carini: "Fritz Teufel. Wenn's der Wahrheitsfindung dient", Hamburg (Konkret Literatur Verlag) 2003,

248 Seiten, 15 Euro

39. Drei Tage in Paris. Notizen vom Europäischen Sozialforum (ESF)

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:49

An der Spitze erkennt man, im Prominentenblock, den deutschen Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske ebenso wie die Sprecherin der französischen linken Basisgewerkschaften SUD-Solidaires, Annick Coupé. Es folgt ein buntes Durcheinander von rund 100.000 TeilnehmerInnen, man hört ebenso viele spanische, italienische und englische Stimmen wie französische. Wir schreiben Samstag, den 15. November: Abschlussdemo des Europäischen Sozialforums (ESF).

Ganz vorn läuft auch das "Babel-Team": So nennen sich die mehreren Hundert ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die drei Tage lang eine beeindruckende Arbeit geleistet haben.

Denn mehrere Zehntausend Personen (zu Beginn des Wochenendes sind es 50.000) hatten an Hunderten von Diskussionsforen teilgenommen, freundschaftlich oder leidenschaftlich diskutiert, Argumente ausgetauscht und mitunter gestritten und sich gefetzt. Insgesamt waren Menschen aus 60 Ländern gekommen. Ihre Motivationen waren sehr unterschiedlich. Mila, Anfang 20, aus Prag etwa ist Landwirtschaftsstudentin in der Tschechischen Republik; sie wollte die Kritik an der herrschenden EU-Agrarpolitik und alternative Konzepte besser kennen lernen und fuhr auf eigene Faust nach Paris. Emilio, Ende 20, kam hingegen mit mehreren Freunden aus Florenz: "Beim letzten Europäischen Sozialforum in unserer Stadt saßen wir quasi in der ersten Reihe und haben uns das angesehen. Jetzt wollen wir den Fortgang erleben." Die Spanierinnen, die gerade mit ihrem Schlafsack in die Metro steigen, sind in der Studierendengewerkschaft in Madrid organisiert.

Geht es wirklich zu wie beim biblischen Turmbau zu Babel, auf den ironisch angespielt wird? Wenn auch in unterschiedlichen Sprachen kommuniziert wird, so scheint es doch wenigstens einige zentrale gemeinsame Grundideen zu geben. Auf der Ebene der Slogans jedenfalls ist das eindeutig: Verbindende Wirkung hat hier offensichtlich vor allem die Devise "Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges". Die Vorstellungen, wie der oft beschworene "andere" Kontinent aussehen könnte, gehen freilich weit auseinander. Das ist nicht in erster Linie eine Frage der geographischen Herkunft oder der Nationalität. Heftige Konflikte gab es während der Demonstration nämlich allein unter französischen TeilnehmerInnen. Die AnarchosyndikalistInnen, die ein eigenes Forum social libertaire in der Pariser Vorstadt Saint-Ouen parallel zum ESF organisiert hatten, fingen zunächst an, die französischen SozialdemokratInnen zu ärgern, indem sie den Block der früheren Regierungspartei umringten. Als einige begannen, mit Eiern und leeren Bierflaschen zu werfen, gerieten sie an die Falschen: Der sozialdemokratische Ordnerdienst wurde nämlich von den Polizeigewerkschaften gestellt. Letztere fingen ihrerseits an, um sich zu prügeln; drei Anarchos mussten ins Krankenhaus. Den SozialdemokratInnen schien es danach geraten, die Demo kurz vor Erreichen des Zielorts zu verlassen.

Ansonsten ging es wesentlich heiterer und enthusiastischer zu. Das Foro social de Madrid erteilte nicht nur Krieg und Kapital eine Absage, sondern forderte auch die Abschaffung der spanischen Monarchie ("La España de mañana sera republicana") und die Ablehnung des neoliberalen EU-Verfassungsentwurfs. Das griechische Sozialforum verlangte die Freilassung der sieben noch Verhafteten vom letzten EU-Gipfel in Thessaloniki. Ein rosa gekleideter Schwulenblock verkündete: "Unser Begehren schafft Unordnung" (in französisch) und bezog, auf englisch, auch Stellung zu einem drohenden EU-Militarismus und zur Besetzung des Irak: "Make love your only occupation". Angehörige von Solidaritätsgruppen trugen "Mauerblöcke" aus Pappmaché, um symbolisch gegen die Absperrung palästinensischer Bevölkerungszentren im Westjordanland zu protestieren. Andere wandten sich gegen das Aufstandsbekämpfungs-Projekt "Plan Colombia".

Vor allem aus Frankreich gab es eine sichtbare Präsenz der Sans papiers ("illegalen" ImmigrantInnen) - wer keinen Aufenthaltsstatus hat, reist nur schwerlich quer durch Europa -, die eine europaweite Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit "für alle" forderten. Die Linksruck-Internationale - vor allem die britische "Mutterpartei", die Socialist Workers Party (SWP), erwies sich als ziemlich mobilisierungskräftig und rief quer durch die Demo ihr "a - a - anticapitalista". AtomkraftgegnerInnen trugen weiße Schutzoveralls und rollten Attrappen von Atommüll-Fässern, während die Studierenden von der Universität Rennes-2, die seit dem 5. November im Streik sind, zum allgemeinen Ausstand an den Hochschulen gegen die drohenden "Reformen" im Universitätsbereich aufriefen.

Auch Gewerkschaften waren vertreten, aus Frankreich besonders die CGT (die allerdings deutlich unter ihren Mobilisierungsmöglichkeiten blieb), der Lehrergewerkschaften-Verband FSU und die SUD-Gewerkschaften. Durch Abwesenheit glänzte die sozialliberale CFDT, aber auch der populistische Dachverband Force Ouvrière (FO), der nur einzelne Redner zu ESF-Debatten geschickt hatte. Mehrere britische Branchengewerkschaften waren ebenso präsent wie IG Metall-Vertreter aus Wolfsburg und die italienischen Basisgewerkschaften COBAS.

Am Ende sollten die TeilnehmerInnen nicht nach Athen, Berlin, Madrid oder Bologna zurückkehren, ohne dass ein gemeinsamer Aktionskalender verabschiedet worden wäre. Eine Delegiertenversammlung am Sonntag hielt in der Abschlusserklärung mehrere Termine fest. Insbesondere solle ein gemeinsamer europaweiter Aktionstag vorbereitet werden, "den die sozialen Bewegungen, insbesondere die europäische Gewerkschaftsbewegung, unterstützen sollen" (sollte damit etwa der EGB gemeint sein?): Eine europäische Versammlung von rund 400 Arbeitslosen und Prekären am Freitagnachmittag im Parc de la Villette hatte einen Termin im Februar 2004 vorgeschlagen, der aber in der Abschlusserklärung nicht genannt wird - die anwesenden Gewerkschaften wollen offensichtlich erst in ihren eigenen Strukturen über die Initiative diskutieren. Zu hoffen ist nur, dass das nicht zu einem Begräbnis erster Klasse führt.

Zwei Termine stehen indes bereits fest. Am 20. März 2004 (dem ersten Jahrestag des Beginns des Irakkrieges) will man sich europaweit einem Demonstrationstermin anschließen, den die US-Antikriegsbewegung bereits lanciert hat. Dabei geht es unter anderem um die Besetzung des Irak und um "Unterstützung für die israelischen und palästinensischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen". Und am 9. Mai 2004 soll die Kritik am EU-Verfassungsentwurf (der u.a. eine klare militärische Dimension der Union vorsieht, Marktmechanismen zur Grundlage der Union erklärt und ferner das "christliche Kulturerbe" als deren Fundament verbindlich festschreiben will) durch Proteste in ganz Europa deutlich werden.

Die Bewegung hat sich also einiges vorgenommen. Das nächste Europäische Sozialforum wird im Herbst 2004 in London stattfinden.

Bernhard Schmid,

Paris

40. Der Neonazis neuer Style. Die extreme Rechte in Deutschland differenziert sich kulturell und politisch aus

Autor: Ralf Fischer · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:11

Der Großteil der extremen Rechten in Deutschland organisiert sich schon seit längerem nicht mehr in klassischen Parteistrukturen oder Organisationen. Besonders die letzten Jahre waren von einem allgemeinen Einbruch der extrem rechten Parteien, wie der Republikaner und der DVU, geprägt. Lediglich der NPD gelang es vor allem im Ostteil der Republik, ihr Image als "Stammtisch"-Partei abzulegen und jugendliche Neonazis einzubinden. Die Masse der rechtsorientierten Jugendlichen fühlt sich eher zu rechts-militanten Strukturen hingezogen als zu starren Parteiformen oder völkischen Vereinen. Aus diesem Grund stellt heute die parteiunabhängig organisierte Neonazi-Szene den größten Einfluss innerhalb der extremen Rechten.

Die Neonazi-Szene organisiert sich in zweck-orientierten Kleingruppen (Kameradschaften, Bündnis Rechts, Braunes Kreuz, Naziläden, Medienprojekte), über zentrale Koordinationsstellen (Aktionsbüros, Nationale Info-Telefone) regional, bundesweit und natürlich auch international. Die Vernetzung innerhalb dieser sich unabhängig verstehenden Zusammenhänge ist häufig organisch gewachsen, es bestehen zahlreiche informelle Kontakte zwischen den einzelnen Kadern. Bei der Herausbildung organisierter Strukturen innerhalb der parteiunabhängigen Neonazi-Szene spielen die verschiedenen sozio-kulturellen Netzwerke eine wichtige Rolle. Diese Netzwerke erfüllen die Funktion kommunikativer und interaktiver Bezugsgruppen innerhalb des so genannten "Nationalen Widerstandes".

Die Partei ist out - rechte Subkultur in

Die Zusammenarbeit läuft entweder projektgebunden oder über räumlich orientierte Strukturen. Nach außen hin sind es Bekleidung, Verhaltensweisen, Musik, Tattoos sowie die oft von weiten Teilen der Gesellschaft kaum entschlüsselbaren Codes, die wahrgenommen werden. Einerseits dienen sie ihren Mitgliedern der Abgrenzung, andererseits werden durch die gemeinsame Kultur nach innen Gruppenzugehörigkeit und Einstellungen vermittelt. Mit der Macht, die sie in manchen Regionen ausüben und ausstrahlen, entwickelten sich rechte Cliquen zum bestimmenden Faktor im Sozialisationsprozess vieler Jugendlicher und junger Erwachsener. Neben der "Anti-Antifa-Kampagne" stehen "Anti-Globalisierungs-Aktionen", die Thematisierung des "Nahost-Konfliktes" und seiner Rezeption in Deutschland auf dem derzeitigen Programm der militanten Neonazis. Es ist ihnen gelungen gerade die Verkürzung auf bestimmte politische Teilbereiche wie die Migrationspolitik oder Innere Sicherheit aufzubrechen. Kampagnen zum Thema "Umweltschutz ist Heimatschutz", die Teilnahme an "Anti-Castor-Protesten" sowie die verstärkte Arbeit an "nationalen" Schülerzeitungsprojekten sind nur einige deutliche Beispiele für eine Veränderung bzw. Differenzierung der inhaltliche Ausrichtung.

Musik bietet der extremen Rechten die Chance der methodischen Indoktrination, besser als dies jemals in klassischen politischen Veranstaltungen gemacht werden könnte. Besonders junge Menschen wurden und werden über die Anziehungskraft des "Rechtsrock" politisiert. Möglich ist dies vor allem dadurch, dass der "Rechtsrock" sich erfolgreich das Image einer rebellierenden Musikform zu eigen gemacht hat. Unter dem sehr geläufigen Begriff "Rechtsrock" werden unterschiedliche Spielarten der Rockmusik zusammengefasst, wie zum Beispiel Skinhead-Musik, Dark Wave, Neofolk, Punk, Hardcore und Heavy Metal. Wichtig ist dabei, zu beachten, dass "Rechtsrock" nicht immer von "rechten" Skinheads gemacht wird und dass er in vielen Musikstilen anzutreffen ist. "Rechtsrock" sollte deswegen als ein Sammelbegriff für verschiedene Musikstile verwandt werden, deren verbindendes Element rassistische, nationalistische, antisemitische und neonazistische Texte sind. Obwohl der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck seit Mitte der 1980er Jahre oft zur Analyse und als Erklärungsmuster für die zunehmende Verbreitung rechter bis neonazistischer Inhalte mit herangezogen wird, unterbleibt es jedoch, seine genaue Tragweite zu analysieren. Gerade die Entwicklung des rechten "Life-Style" wird dabei häufig unterschätzt.

Mit der Entwicklung des "Rechtsrock" in all seinen Facetten und mit den neonazistischen Skinheads als dessen federführenden Protagonisten ging mehr und mehr die Unterscheidung von dem verloren, wer oder

was Skinhead ist und woher die Musik überhaupt kommt. Die Bekleidung der Skinhead-Subkultur war geprägt durch einen Arbeiter- und Männlichkeitskult. Mit diesem Stil verbinden sich Bekleidungsmarken wie z.B. die Boxerbekleidung von Lonsdale oder Fred Perry. Die alten Skinheadkultmarken wurden über die Jahre zu den "In-Marken" vieler Jugendlicher, auch fernab der extremen Rechten. Im Laufe der Zeit vermischte sich dieser Stil immer mehr mit den Kultmarken der Hooligans, New Balance, Hooligan, Troublemaker oder Pit Bull.

Zur stilistischen Differenzierung der Rechts-Musik in Richtung völkische Folklore haben unter anderem die rechtsextremen Liedermacher Frank Rennicke, Jörg Hähnel oder das weibliche Gegenstück Annett Moeck beigetragen. Aber auch die musikalische Orientierung am Hardcore, bzw. "Hatecore", wie ihn beispielsweise die neonazistische US-amerikanische Band Blue Eyed Devil spielt, und der Bezug auf heidnische Motive erweiterten die musikalische und ästhetische Palette des "Rechtsrock" enorm. Die Bands des "NS-Black-Metal" lassen in ihren Texten auch eine ungeahnte Deutlichkeit erkennen. So singt die sächsische Band Magog's in ihrem Lied "Feuer der Dunkelheit": "Wir marschieren in eine neue Zeit, die uns von Juden und Christen befreit." Obwohl solche heidnischen Motive durchaus auch in der "schwarzen Szene" des Dark-Wave präsent sind, werden dort solche harschen Töne nicht angeschlagen. Entsprechend dem Gestus der Szene schneiden rechte Gruppen im musikalischen Stil des Neo-Folk eher mystische und klassisch völkische Themen an. Heute ähnelt das Auftreten der organisierten Neonazis einer Mischung aus den unterschiedlichen Stilen der Hatecore-, Skinhead-, Gang- und Rockerszene. Egal ob in der "Rockerszene", innerhalb der "Dark-Wave-Szene" oder in esoterischen Gruppen, eine Vermischung mit ästhetischen Vorstellungen, Stilelementen und Symbole der extremen Rechten setzte sich in den 1990er Jahren in allen diesen Subkulturen fest. Auch die lange Zeit als "kosmopolitisch" bekannte Hip-Hop-Szene muss sich mit den ersten Unterwanderungsversuchen von Rechts auseinander setzen. "HipHop wird schneller weiß, als man denkt", verkündete das rechtsextreme Hochglanzmagazin RockNord schon voller Erwartung. In Internetforen äußern sich Neonazis mit den Worten "Also, ich meine HipHop ist nicht wesentlicher weniger undeutsch als Rock".

Durch die Vermischung mit anderen Modemarken des gesellschaftlichen Mainstream und die massenhafte Verbreitung der als typisch rechtsextrem bezeichneten Kleidungsmarken wurden die alten "Kultmarken" für die organisierte Neonazi-Szene immer uninteressanter. So haben sie auch die Funktion als eindeutiges Erkennungsmerkmal nach innen und außen mehr und mehr verloren. Innerhalb der "Bewegung" vermehrte sich der Unmut gegen die kommerziellen Bekleidungsmarken. In einem Text auf der Internetseite des rechtsextremen Fanzine für Frauen - Triskele wird beispielsweise Fred Perry vorgeworfen, absichtlich "dunkelhäutige" Verkäuferinnen einzustellen, und auch New Balance sei ab sofort zu boykottieren, denn die Marke ist der "Laufschuh Nummer 1 in Israel".

Mit der Vergrößerung des "Zielpublikums" veränderten sich natürlich auch die Logistik und die Vertriebstrukturen innerhalb der "Rechtsrock"-Szene. Organisierte Neonazi-Kader bauten sich als Produzent von "Rechtsrock-Musik" oder Herausgeber eines Kataloges eine Existenz auf. Denn "Rechtsrock" ist seit Jahren ein lukrativer Markt, auf dem Millionen umgesetzt werden. Dementsprechend ist die Gründung von eigenen Versänden, Bekleidungsmarken und Labels in den letzten Jahren massiv vorangetrieben worden.

Unsichtbare, rechte Styling-Codes

Trotz unterschiedlicher Rezeption rechter Ideologien innerhalb der differierenden Subkulturen dominieren dabei immer die gleichen Themen. "Macht", "Stärke" und die klare Aufteilung der Geschlechterrollen sind die wichtigsten Anziehungspunkte innerhalb der unterschiedlichsten Subkulturen. Aber auch die Ästhetik spielt dabei eine wesentliche Rolle. Für rechtsorientierte Jugendliche ist nicht die Musikrichtung entscheidend, sondern was Musik, Text und Auftritt an Inhalt und Mystik transportieren. Antidemokratische, antiemanzipatorische sowie antimoderne Motive sind dabei die wichtigsten inhaltlichen Wurzeln. Inszeniert wird nicht nur ein antibürgerlicher Gestus, sondern darüber hinaus eine faschistische Ästhetik. Als die populärste Mischung aus germanischer Mythologie und romantisch angehauchter Musik gilt in den aktuellen Veröffentlichungen der extremen Rechten Neofolk. Entscheidend für den Erfolg ist dabei nicht, ob politische Botschaften lauthals verbreitet werden, sondern ob Mystik und Authentizität für rechtsorientierte Jugendliche erfolgreich inszeniert werden.

Die Erkenntnis, dass die Rekrutierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die organisierte Neonazi-Szene hauptsächlich mittels kultureller und sozialer Einbindungen funktioniert, ist nicht neu. Die bisherige Konsequenz der antifaschistischen Bewegung war - neben der Analyse - der Versuch, die

unterschiedlichen sozio-kulturellen Angebote der extremen Rechten innerhalb der Gesellschaft zu isolieren. Vor Ort wurde dies von der organisierten Antifa und der aufgeschreckten Zivilgesellschaft durch Verhinderungsaktionen und lokale Bündnisarbeit umgesetzt. Dabei wurde hauptsächlich das Augenmerk auf die Verhinderung der inhaltlichen Vermittlung rechtsextremer Ideologeme gerichtet. Zu selten wurde versucht, über offensive Kampagnen wenigstens den Zusammenhang zwischen Ästhetik und Inhalt zu durchleuchten und eigene attraktive Lebensvorstellungen und Jugendstile zu fördern. Immer wieder wurden allein die von der jeweiligen Band vorgetragenen Texte skandalisiert, seltener ihr Auftreten und so gut wie gar nicht, wenn sie unbekannte Zeremonien, Attitüden, Signale oder Codes verwendeten. So konnten sich immer wieder gerade OI-Bands mit dem sicheren Verweis, ihre Texte seien nicht "antisemitisch, rassistisch, nationalistisch oder sexistisch" der inhaltlichen Auseinandersetzung entziehen.

Genau hier muss eine linke antifaschistische Kritik ansetzen. Zu wenig Gewicht wurde auf die Funktion der etablierten Umgangsformen, Codes und der Kleidung bei der Formierung der rechtsextremen Netzwerke gelegt. Politisierungsprozesse bei Jugendlichen laufen eben nicht über massiv präsentierte Inhalte. Zuerst müssen Emotionen geweckt werden, um überhaupt die jeweiligen Inhalte vermitteln zu können. Damit sind bestehende Lebensgefühle, die vorhergegangene Sozialisation und der Zustand der Psyche der Anfang einer jeden Politisierung. Er ist offensichtlich, dass ein verhindertes Konzert zwar löblich ist, aber nur minimal zur Stärkung linker Alternativen beiträgt.

Antifaschistische Gegenstrategien

Gerade die stilistische Verbreiterung und Ausdifferenzierung rechter Jugendkulturen bergen die enorme Gefahr der weiteren Bekanntmachung rechtsextremer Ideologeme, ohne dass die GegnerInnen überhaupt in der Lage sind, diese als solche zu erkennen. Eine Gefahr der kulturellen Subversion basiert auf ihrer Vielfältigkeit und ihrer Beliebigkeit. Wenn die "rechten Kulturkämpfer" innerhalb der jeweiligen Szene unterwegs sind, hilft auch keine Kampagne "Für Toleranz und Völkerfreundschaft" mehr. Diese wird auch schon von weniger geschulten Neonazis leicht inhaltlich auseinander genommen und natürlich zu ihren Gunsten ausgenutzt. Keine Toleranz gegenüber den "Intoleranten" ist die beste Abwehr!

Der Kampf um kulturelle Hegemonie wird nicht innerhalb der Jugendszene oder der Subkultur gewonnen. Er muss von Seiten der politischen Linken in allen Teilen der Gesellschaft offensiv geführt werden, damit auch in jeder Sub- oder Mainstreamkultur. Die überall erkennbaren Tendenzen rechter Kulturpolitik stehen zwanghaft im Einklang mit den Prozessen innerhalb der vorherrschenden Dominanz und damit im Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Ralf Fischer, gi@mail.nadir.org

Der Text in eine bearbeitete Fassung aus der Broschüre Fight.Back02, Antifa Recherche Berlin, Mai 2003. Sie kann bei fight.back@web.de bestellt werden. Im Internet ist sie u.a. auf der Seite www.treptowerantifa.de zu finden.

41. Die Verhältnisse zum Tanzen bringen ... Über Musik und Politik

Autor: Michael Schmidt-Salomon · Rubrik: Geschichte der BRD; Deutsche Linke allgemein; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:23

Die Geschichte der Musik ist eine politische Geschichte. Herrscher aller Zeiten haben sich der Musik bedient, haben gefällige Komponisten und Musikstile gefördert, ungefällige zensiert. Gebildete Herrscher beriefen sich dabei gerne auf den alten Platon, der in seinem berühmten Werk res publica schrieb: "Vor Neuerungen der Musik muss man sich in Acht nehmen; denn dadurch kommt alles in Gefahr. (...) Nirgends wird an den Gesetzen der Musik gerüttelt, ohne dass auch die höchsten Gesetze des Staates ins Wanken geraten. (...) Dort müssen also die Wächter ihr Wachhaus bauen: in die Nähe der Musik. - Ja, Gesetzlosigkeit dringt leicht in die Musik ein, ohne dass man es gewahr wird. - Freilich, sie scheint dort bloß Spiel zu sein und ohne üble Wirkung zu bleiben. - Sie hat ja auch keine andere Wirkung ..., als dass sie sich allmählich festsetzt und heimlich auf den Charakter und die Fähigkeit überträgt, dann weiter und offener um sich greift und das bürgerliche Leben vergiftet, dann mit großer Frechheit die Gesetze und die Verfassung angreift, bis sie schließlich alles zerstört, das ganze Leben des Einzelnen sowohl wie der Gesamtheit."

Für Platon und seine Nachfolger hatte Musik eine wichtige Funktion innerhalb des Gemeinwesens: Sie diente der Etablierung bzw. der Festigung der Sittlichkeit. Gleichzeitig stellte sie aber auch eine große Gefahr dar, die es zu kontrollieren, reglementieren galt. Nicht erst die großen Diktaturen des letzten Jahrhunderts betrachteten das musikalische Geschehen daher mit Argusaugen. Die Unterscheidung von artiger und entarteter Kunst erfreute sich bereits einige Jahrhunderte vor dem Nationalsozialismus eifriger Beliebtheit.

Zweifellos aber wurde Platons Ratschlag, das Wachhaus der staatlichen Wächter in der Nähe der Musik zu erbauen, niemals so offensichtlich verfolgt wie in den faschistischen und kommunistischen Regimen des 20. Jahrhunderts. Stalin wollte eine einfache, eingängige, dem vermeintlich "gesunden Volksempfinden" entsprechende Musik. Komponisten, die sich diesen Maßgaben nicht anpassten, wurden als "Verräter der Revolution", als "bürgerliche Revisionisten" diskreditiert.

Was Stalin und seinen Funktionären recht war, war Hitler nur billig. Auch im deutschen Reich wurde musikalischer Intellektualismus gerügt und Volksmusik zur Basis des musikalischen Schaffens erkoren. Wahre Musik sei immer im Volkstum verwurzelt, wusste Propagandaminister Goebbels zu berichten. Am deutschen Wesen - auch am musikalischen - sollte die Welt genesen.

Auch in der Bundesrepublik wurde - vor allem von den 1940er bis 1960er Jahren - die musikalische Entwicklung argwöhnisch beobachtet und - insbesondere in den christlichen Volksparteien - die Bedeutung einer gesunden, im Volkstum verwurzelten Musik in den Vordergrund gerückt. So verkündete der ehemalige Bundespräsident Dr. h.c. Heinrich Lübke 1962: "Keine Musikkultur wird auf Dauer gesund bleiben, wenn sie nicht aus den ursprünglichen Quellen des Volkstums gespeist wird." Was Lübke damit meinte, verrät eine weitere Passage seiner Rede: "Es scheint mir bezeichnend für die innere Verfassung unseres Volkes zu sein, dass es bei uns noch nicht wieder zu einem neuen vaterländischen Singen gekommen ist." Die verräterische Sequenz dieser Aussage lautet "noch nicht wieder". Drückt sich hier nicht das Bedauern aus, dass die naiv vaterländische, nationalsozialistische Musikkultur nach dem Ende des Krieges zerstört wurde? Dies ist kaum von der Hand zu weisen. Zudem sollte nicht vergessen werden: Auf zünftigen Wahlkampfveranstaltungen ertönt noch immer die gleiche volkstümelnde Blasmusik, die dereinst Nazischergen in Bierlaune versetzte. (...)

Heute ist die in den 1950er/60er/70er Jahren gängige konservative Klage über den vermeintlich verderblichen Einfluss von Pop- und Rockmusik auf die Jugendlichen nur noch selten zu hören. Die postmodern-pluralistische Kultur des Spätkapitalismus verlangt eine grandiose Vielfalt nicht nur der Gouda-Sorten, sondern auch der Musikarten. Pop-Musik ist etabliert. Sie stellt keine Bedrohung mehr dar. Warum auch? Sie gehorcht in der Regel sklavisch den Gesetzen des Marktes, die immer mehr auch unser politisches System bestimmen. Insofern ist das politische System gegenüber musikalischen Innovationen aufgeschlossen wie noch nie zuvor. Neue Musikstile werden das gegenwärtige Polit-System der Vermarktung kaum erschüttern. Im Gegenteil. Sie sind höchst willkommene Phänomene, versprechen sie doch stete Umsatzsteigerung in der Musikindustrie. (...)

Hatte Platon nun Recht oder Unrecht? Ist Musik politisch und kann sie tatsächlich die Welt verändern? In gewissem Sinne muss man diese Frage wohl mit "ja" beantworten. Musik verändert die Welt, indem sie unser Verhältnis zur Welt verändert. Und sie macht dies auf eine geheimnisvolle, sprachlich kaum fassbare, die Tiefenschichten unseres Ichs beeinflussende Weise. Allerdings - und dies scheint Platon dann doch übersehen zu haben: Eine neue Musik, die potenziell in der Lage ist, die Welt zu verändern, fällt selbst nicht vom Himmel. Vielmehr ist sie das Produkt bereits veränderter Umweltbedingungen. Insofern muss man festhalten, dass die Musik nur dann die Welt verändern kann, wenn sich die Welt anschickt, die Musik und die sie produzierenden MusikerInnen zu verändern. (...)

Die Musik der alten und neuen Linken

Innerhalb der linken Widerstandsbewegung setzte man in den 1920er Jahren große Erwartungen in die vermeintlich revolutionäre Kraft der Musik. In Deutschland erblühte dank des Engagements von Dirigenten wie Hermann Scherchen, Jascha Horenstein und Karl Rankl eine starke Arbeitermusikbewegung. Musikalisch lehnten sich viele Stücke dieser Bewegung an Volksmusiktraditionen an. Sieht man einmal von den kunstvoll-experimentellen Versuchen im Umfeld von Brecht, Weill und Eisler ab, muss man festhalten, dass sich die Musik der Linken in der damaligen Zeit wenig von der Musik der Rechten unterscheidet. Blendet man die Texte aus, kann man in vielen Fällen kaum entscheiden, ob man es mit linkem oder rechtem Musikgut zu tun hat. Zu sehr entsprechen sich die Kompositionen in Melodik, Harmonik, Rhythmik, Interpretation. (...)

Ein wirklich entscheidender Bruch mit der autoritären Musiktradition fand erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts statt. Mit dem Aufkommen der antiautoritären Bewegung und ihrer Musik, der Rockmusik, entwickelte sich eine "neue Ästhetik des Widerstands". Es entstanden neue Fronten, die interessanterweise nicht nur zwischen autoritär rechter und antiautoritär linker Musik verliefen, sondern auch zwischen der antiautoritär linken Musik des Westen und der autoritär linken Musik des Ostens. Den sozialistischen Machthabern war die neue rebellische Musik der Jugend schnell ein Dorn im Auge. (...)

Die Partei versuchte durch Boykott und Einfuhrverbote die entsprechenden Kommunikationskanäle zu schließen und die DDR-Jugendlichen vor dem Eindringen des gemeinen Rockvirus zu beschützen. Ein Versuch, der gründlich misslang. Als man in der Staatsführung merkte, dass der Konsum westlicher Rock- und Beatmusik nicht zu verhindern war, versuchte man es mit einer neuen Strategie. Staatlich ausgebildete Musikerkollektive erhielten den Auftrag, sich um den Aufbau einer "neuen schmissigen Jugendtanzmusik" zu bemühen. Freilich: Meist handelte es sich dabei nur um fade Kopien westlicher Rockmusik, die niemandem wehtaten, aber gerade dadurch auch niemanden so richtig mitrissen.

Wie anders verlief damals die Entwicklung im Westen. Die neu aufkommende Pop- und Rockmusik schrieb einen fulminanten Soundtrack zu den großen Studentenunruhen der 1960er Jahre. Pop-PoetInnen und umherschweifende Haschischrebellen gaben den ehemals arg steifen politischen Diskursen der Linken eine völlig neue Note. Es formierte sich eine neue, antiautoritäre, hedonistische Linke, eine Linke, die mit dem bitteren Ernst kommunistischer Parteiprogramme nichts mehr anzufangen wusste. Selbst ein ansonsten eher unpolitischer Kopf wie Mick Jagger ließ sich damals zu politischen Statements hinreißen. Er trat an die Öffentlichkeit mit markanten Sprüchen wie dem berühmten Satz, dass das Problem mit John Lennon sei, dass dieser nie Marx gelesen habe.

In Deutschland sorgte vor allem die Band Ton Steine Scherben mit programmatischen Titeln wie "Macht kaputt, was euch kaputt macht" und "Keine Macht für niemand" für zeitgeistkonforme, kritische Töne. Allerdings: Auch wenn sich Ton Steine Scherben und vor allem ihr Leadsänger Rio Reiser längere Zeit auf dem Markt behaupten konnten - die wilden Zeiten der Revolte waren bald vorbei. Die revolutionären Blütenträume einer ganzen Musikergeneration zerschellten an der ganz und gar nicht revolutionär anmutenden Realität. Zahlreiche MusikerInnen zogen sich aus der politischen Sphäre gänzlich zurück und produzierten von nun an eine Musik, die keinen anderen Anpruch mehr hatte, als "gute Musik" zu sein. Es war die große Zeit des "Artrock". So genannte "Supergroups" wie Yes, Emerson, Lake & Palmer und Genesis verknüpften Rock- und Jazzelemente mehr oder weniger geschickt mit Partikeln klassischer Bildungsmusik. Die Revolte gegen diese Form von "Bildungsrock" war vorprogrammiert und sie erschien in Gestalt des Punks, der das Niveau der Musik wieder auf ein Minimum reduzierte, der statt kunstvoller Metaphern einfache rebellische Botschaften in den Vordergrund stellte. Freilich: Auch die subversive Kraft des Punk war zeitlich sehr begrenzt. Es dauerte nicht lange und auch der Punk verkam zu einer bloßen, hohlen Modeattitüde.

Ungefähr zu dieser Zeit wurde immer mehr MusikerInnen und MusikjournalistInnen bewusst, dass Popmusik kaum die Kraft hatte, die Verhältnisse wirklich zum Tanzen zu bringen. Im Gegenteil. Man musste anerkennen, dass die Musik nach der Vorgabe der Verhältnisse tanzte. Ja, selbst die schärfste politische Aussage geriet unter den Maßstäben der Musikindustrie zur leicht konsumierbaren Ware, wurde - wie mancher Rockintellektuelle im resignativen, Adornoschen Sprachduktus feststellte - zu einer "fetischisierten, affirmativen Stütze der etablierten Ordnung".

Der überwiegenden Zahl der MusikerInnen war es ziemlich egal, dass der wahre Charakter ihrer musikalischen Produktion zunehmend als Waren-Charakter begriffen werden musste. Für sie war Musik ohnehin nicht viel mehr als eine Kombination von Fun und Geschäft. Doch es gab auch KünstlerInnen, die ihre Musik als Botschaft verstanden, die sich mit der kommerziellen Entschärfung ihrer künstlerischen Projekte nicht abfinden wollten. Hierzu gehörten nicht nur Independent-KünstlerInnen, sondern mitunter echte Megastars wie der ehemalige Kopf von Pink Floyd, Roger Waters.

Waters, der für einige der meist verkauften Alben der Musikgeschichte verantwortlich zeichnet (u.a. Dark Side of the Moon, Wish you were here und The Wall), wurde wohl recht früh bewusst, dass die sozialistisch-humanistischen Botschaften seiner Songs im Kontext des industriellen Rockbusiness radikal entschärft werden mussten. Bereits das Album Wish you were here war eine bitterböse Abrechnung mit der Musikindustrie. Im Laufe der Jahre steigerte sich Waters' Aversion gegen das Business. Als The Wall auf die Konzertbühnen der Welt kam, verdeutlichte Waters die für ihn beklemmende Barriere zwischen Künstler und Publikum auf drastische Weise: Während die Musiker ihre Songs spielten, errichteten die Bühnenarbeiter eine riesige Mauer zwischen Band und Fans. Nach der Hälfte des Programms war von der Band nichts mehr zu sehen. Ein gewagtes Konzept, doch die Rechnung ging auf. The Wall wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem der meist verkauften Doppelalben aller Zeiten, alle Shows waren restlos ausverkauft. Trotz dieses immensen Erfolgs war Waters nicht zufrieden. Denn The Wall wurde - trotz seiner magenbitteren Botschaft - auf gleiche Weise konsumiert wie jedes andere Popprodukt. Jugendliche tanzten gut gelaunt in den Discotheken zu "Another Brick in the Wall", ohne sich groß Gedanken über die Botschaft des Songs zu machen.

Waters zog aus dieser Erfahrung wiederum radikale ästhetische Konsequenzen und spitzte seine musikalische Formsprache noch weiter zu. The Final Cut, das letzte Album, das Waters mit Pink Floyd aufnehmen sollte, zählt in dieser Hinsicht zu den kompromisslosesten Werken der Rockmusik. Man kann dem Album vieles unterstellen, leicht konsumierbar ist es nicht. Untertitelt mit der Zeile "a requiem for the post war dream by roger waters" stellt The Final Cut in zwölf düsteren Songs die letzten Gedanken eines imaginären Ichs dar, das in seinem Auto fahrend vom Anblick zweier Sonnen überrascht wird: den letzten Strahlen der untergehenden Sonne im Westen sowie dem Lichtblitz einer Atombombe im Osten. Mit diesem Szenario reagierte Waters auf Maggie Thatchers Falkland-Krieg. Sein politischer Zynismus ging dabei so weit, dass er für die "Verschwender des menschlichen Lebens" (namentlich genannt u.a. Thatcher, Reagan und Breschnew) die "Endlösung" verlangte.

Nach The Final Cut produzierte Waters noch einige Soloalben, die aber nie die Popularität der Pink Floyd-Werke erlangten. Seine Mitmusiker waren kommerziell gewitzter. Sie fanden sich Mitte der 1980er wieder unter dem Markenzeichen Pink Floyd zusammen und plünderten den Schatz des Waters'schen Vermächtnisses hemmungslos aus. Sie ließen zu, dass Volkswagen ein Sondermodell "Golf Pink Floyd" auf den Markt brachte. Auf der Präsentation des neuen Golf-Modells verkündete einer der führenden Volkswagen-Manager, dass Waters' berühmte Kampfansage an das Geldsystem, der Song "Money", sei seit jeher einer seiner Lieblingssongs gewesen seid. Ein vernichtenderes Kompliment hätte der VW-Manager dem libertären Sozialisten Waters kaum machen können ...

Das Beispiel "Waters" zeigt wie kaum ein anderes die Macht und Ohnmacht neulinker Musikproduktion. Seine Songs wurden - solange sie sich verkaufen ließen - mit immensem Aufwand als Popprodukte vermarktet und auch als eben solche konsumiert. Nur die wenigsten HörerInnen verstanden, was Waters mit seinen Stücken eigentlich bezweckte. Die meisten genossen - völlig inhaltsfrei - die Attitüde seiner Kompositionen, solange das irgendwie modisch war. Als sich der Zeitgeist in den 1980ern wandelte, tauschten sie - ohne mit der Wimper zu zucken - die düsteren Floyd-Alben gegen die poppig hochgestylten Plastikprodukte von Duran Duran oder Wham ein.

Die Stones, Ton Steine Scherben oder Pink Floyd haben die Welt eine Zeit lang durchaus im neulinken Sinne verändert - und zwar, weil es ihnen gelang, den Geist ihrer Zeit in musikalische Formen zu fassen. Durch ihre Musik erreichte der Geist der Rebellion auch die Herzen jener Menschen, die in der tiefsten Provinz lebten. So konnten sich auch der Seppl aus Niederbayern oder der Hans-Otto aus Ostfriesland ein paar Wochen lang als Straßenkämpfer fühlen. Allerdings: Das Motivierungspotenzial neulinker Musikproduktion war nur so lange vorhanden, solange es vom Zeitgeist getragen wurde. Als sich die Zeiten änderten, änderte sich auch die Musik. In den 1980er Jahren war der politische Motivierungsaspekt aus dem musikalischen Mainstream fast vollständig verschwunden. (...)

Musik und Subkultur

Musik hat in der Entwicklung und Etablierung von Subkulturen stets eine große Rolle gespielt. Dies gilt für die Hippies wie für die Punks, die Waver, die Rocker, die Technokids, die HipHopper wie auch für die Skinheads. Jede dieser Gruppen hatte ihre eigene Musik, eigene Drogen, eigene Modestile, Werte und Normen. Unter SubkulturforscherInnen ist allerdings strittig, ob Subkulturen heute noch als solche existieren. Gegenüber früheren Zeiten, in denen sich die verschiedenen Szenen scharf voneinander abgrenzten, ist heute eine starke Stildurchmischung innerhalb der Jugendkulturen festzustellen. Heutige Jugendliche konsumieren gleichzeitig Musik- und Modestile unterschiedlichster Richtungen. Die scharfen jugendkulturellen Auseinandersetzungen, z.B. zwischen Mods und Teds, Punkern und Poppern, gehören - wie es scheint - der Vergangenheit an.

Eine Ausnahme bilden hier selbstverständlich die politischen Subkulturen. Der Kampf der rechten Skinheads, sog. Boneheads, mit linken "Zecken" bzw. der von "Antifas" mit "Glatzen" hat eher an Bedeutung gewonnen. Musiksoziologisch betrachtet können allerdings nur die rechten Skinheads als eine wirkliche Subkultur aufgefasst werden, denn sie konsumieren in der Tat eine Musik, die im musikalischen Mainstream nicht zu finden ist. Linke Autonome hingegen bedienen sich unterschiedlichster Musikstile, von HipHop bis Punk, von Heavy Metal über Ethno-Pop bis Techno. Zwar gibt es bestimmte Bands, die sich auf Grund linker politischer Correctness besonders gut in ihren Kreisen verkaufen lassen (beispielsweise Rage against the Machine, Chumbawamba oder New Model Army), allerdings sind diese Bands zum einen stilistisch sehr unterschiedlich, zum anderen werden sie nicht nur von der linken Subkultur, sondern auch von der breiten, politisch indifferenten Masse konsumiert.

Eben deshalb kann Musik im linken Spektrum auch zu keiner Bindung an eine bestimmte Subkultur führen. Selbst wenn sich Bands wie Rage against the Machine politisch eindeutig positionieren mit ihren millionenfach verkauften Alben haben sie nicht nur den autonomen Steinewerfer aus Berlin-Kreuzberg erreicht, sondern auch den Jungbanker aus Frankfurt und die Junge-Union-Anhängerin aus Stuttgart. Die radikale, anarchistische Botschaft wird von der Mehrzahl der KonsumentInnen überhört. Nur so konnte eine Nummer wie "Bombtrack" zu einem viel gespielten Hit in den Discotheken werden. Der Song erzählt von den militanten Gedanken des Verfassers, der sich vorstellt, die Mächtigen und ihre Güter mit dem hitzigen Beat seines Liedes anzünden zu können. Der Refrain lautet: "Gutsherren und Machthuren, die ihr meine Leute immer wieder angegriffen habt ... brennen, brennen, ja brennen werdet ihr!" Die politische Botschaft dieses millionenfach aufgelegten Songs wurde von kaum jemand bewusst wahrgenommen. Deshalb konnte der Erfolg von Rage against the Machine - trotz der klaren Aussage zur Legitimation linker Gegengewalt - auch nicht zu einer Anbindung an die linke Szene führen. Diese besaß schlicht und ergreifend nicht die Exklusivrechte für den Konsum dieser Musik.

In der rechten Szene verhält sich die Sache nun vollkommen anders. Die neonazistische Skinheadszene verfügt in der Tat über eine exklusive, eigenständige Musikkultur. Diese knüpft zwar an Musiktraditionen außerhalb der Szene an (z.B. an den Punk), kann aber auf Grund der nationalistischen und rassistischen Textinhalte nur innerhalb des rechten Milieus konsumiert werden. Dies führt dazu, dass Musik innerhalb der rechten Skinheadszene sehr wirksam als Bindemittel nach innen und Abgrenzungsmittel nach außen wirken kann. Rechte Skinhead-Bands transportieren die gruppeninternen Werte und Normen für viele "rechte Kameraden" klarer und vor allem unterhaltsamer als jeder national gesinnte Politiker. Durch ihren aggressiven Sound können sie in Einzelfällen durchaus auch die Gewaltbereitschaft ankurbeln. Allerdings darf man sich diesen Zusammenhang nicht als einfaches Ursache-Wirkungs-Verhältnis vorstellen. Damit ein Bonehead wirklich zuschlägt, bedarf es mehr als ein paar hingerotzter Gitarrenakkorde und national gesinnter Gesangsversuche.

Dennoch sollte die Bedeutung der Musik für die rechte Skinheadszene nicht unterschätzt werden. Sie ist unwidersprochen eines der zentralen Kommunikationsmittel innerhalb der Szene. Ihre Bedeutung allerdings schöpft sie weniger aus sich selbst heraus, als aus dem geheimnisvollen Aroma des Verbotenen, das sie umgibt. Während die Musikkultur der Linken den harten Vermarktungsprinzipien der Musikindustrie unterworfen ist, wird die Musik der neonazistischen Skins vor der Marktnivellierung gewissermaßen durch Verbot geschützt. Das mag paradox klingen, trifft aber den Punkt: Das Verbot bzw. die damit einhergehende, insbesondere für Jugendliche reizvolle "Lust am Verbotenen" steigert die Nachfrage nach rechter Musik. Eine Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften feiert so mancher subkulturelle Musiker wie eine Nominierung zum Grammy.

Die durch gesellschaftliche und staatliche Ächtung errungene Sonderstellung der rechten Skinhead-Musik ist dabei Stärke und Schwäche zugleich: Stärke, insofern die Musik tatsächlich als subkulturelles Rekrutierungs- und Kommunikationsmittel benutzt werden kann; Schwäche, insofern diese Musik nur wenige Interessenten erreichen kann. Seit einiger Zeit bemühen sich rechtsextreme Musikproduzenten vermehrt, das Spektrum des rechten musikalischen Ausdrucks zu erweitern. (Zu nennen sind hier die Produktionen des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennicke und die sich zuweilen ironisch gebenden Umdichtungen von altbekannten Stimmungsliedern durch die rechte Skinheadband Zillertaler Türkenjäger.)

Eine weitergehende Kommerzialisierung rechten Musikguts würde aber mit Sicherheit eine empfindliche Schwächung der Bindekraft der Musik innerhalb der rechten Subkultur zur Folge haben. Die notwendige subkulturelle Exklusivität wäre nicht mehr gewährleistet. Außerdem muss man berücksichtigen, dass politische Inhalte nicht in beliebige musikalische Formen gepackt werden können. Es wäre beispielsweise unsinnig, den "stolzen weißen Widerstand" in einem marktgängigen Teeniepop-Sound zu verkünden. Eine arisch-militante Take That- oder No Angels-Variante wird es also nicht geben. Die realpolitische Dimension des Textes und die tiefenpolitische Botschaft der Musik wären schlichtweg nicht kompatibel. Je kommerzieller ein musikalisches Konzept wird, desto weiter muss es sich von nationalen Inhalten und entsprechenden tiefenpolitischen Konnotationen befreien.

Da die linke Subkultur über keine exklusiven musikalischen Formen verfügt, wird sich das ordnungsstaatliche Engagement vornehmlich auf die Subkultur der rechtsextremen Skins konzentrieren. Allerdings ist es fraglich, ob ein staatliches Eingreifen im Bereich der rechten Skin-Musik wirklich von Vorteil ist. Denn jedes Verbot einer CD, jede Hausdurchsuchung bei einem Oi-Musik-Vertrieb stärkt den Zusammenhalt der Szene, schärft die subkulturelle Unterscheidung von Insidern und Outsidern. Insofern ist es vielleicht lohnend, die bisherige (Verbots-) Praxis zu überdenken. (...)

Sollte sich die neonazistische Skinheadszene in Zukunft zusätzlich ausbreiten können, so wird das nicht vorrangig auf ihre originäre musikalische Subkultur zurückzuführen sein, sondern auf das Unvermögen der Politik, die zentralen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Sollte die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgehen und sich das Problem der Arbeitslosigkeit weiter zuspitzen, werden Jugendliche zunehmend anfällig werden für rechtsextremes Gedankengut. Nur dann werden sie auch für die Musik und den Lebensstil der rechten Skinheads empfänglich sein. Wie gesagt: Musik kann die Welt nur verändern, wenn die Welt die Musik verändert.

Michael Schmidt-Salomon

(www.schmidt-salomon.de)

Der Artikel ist ein stark gekürzter Vortrag, den Schmidt-Salomon 2001 in der Schule für Verfassungsschutz hielt. Wie es zu dieser Begegnung kam, kann in der Langfassung des Textes nachgelesen werden. Die ist erschienen in Marvin Chlada/Gerd Dembowski/Deniz Ünlü: "Alles Pop? Kapitalismus und Subversion", Alibri-Verlag, 356 Seiten, 19 Euro. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Nachdruck.

42. Blood & Honour macht als Combat 18 weiter. Trotz Verbot ist int. rechtes Musiknetzwerk in Deutschland aktiv

Trotz Verbot ist das internationale Musiknetzwerk in Deutschland aktiv

Autor: Enough is enough · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak478/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:26

Über 50 Hausdurchsuchungen, sieben Festnahmen, drei Haftbefehle führte die schleswig-holsteinische Polizei bei ihrer Großaktion gegen organisierte Neonazis am 28. Oktober 2003 durch. Im Visier die ehemalige Kameradschaft Pinneberg, die offensichtlich unter dem Tarnnamen Combat 18 einen lokalen Ableger des internationalen Musiknetzwerkes Blood & Honour gegründet hatten. Nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Schleswig-Holstein wurden drei Jahre nach dem Verbot der Deutschen Division von Blood & Honour immer noch in großem Stil illegale CDs vertrieben und rechte CD-Händler erpresst, die Organisation finanziell zu unterstützen. Bei Mitgliedern der Gruppe wurden Waffen gefunden. In den Waffenhandel soll der bis vor wenigen Wochen amtierende NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert verwickelt gewesen sein.

Borchert soll Waffen an- und verkauft haben, die von einem Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Waffenproduzenten Sauer aus der Produktion entwendet und auch ins Rotlichtmilieu verkauft worden seien. Die Ermittlungen, so das LKA, seien zunächst parallel und unabhängig voneinander geführt worden. Erst nachdem sich gezeigt habe, dass Borchert Waffen auch an die Pinneberger Gruppe verkauft habe, seien die Ermittlungen zusammengelegt und die Leitung der Ermittlungen wegen des Vorliegens eines Staatsschutzdelikts an die für solche Straftaten zuständige Flensburger Staatsanwaltschaft übertragen worden.

"Es war ein wichtiger Erfolg gegen eine äußerst militante und gefährliche Gruppe", betonte der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß (SPD) auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Er rühmte sich, bei einer kriminellen politischen Organisation sei noch nie ein so frühzeitiger Zugriff erfolgt. Ziel sei gewesen, die Aktivitäten der verbotenen Organisation Blood & Honour fortzusetzen. Durch die Präsentation eines Holzschildes, auf dem über einem Totenkopf das Emblem Combat 18 dargestellt ist, und durch den Hinweis auf eine angeblich gefundene Vereinskasse, verwies das LKA im Übrigen auf den englischen Vorläufer der Gruppe.

"Combat 18 muss als ...

Die Ursprünge der englischen Organisation Combat 18 gehen auf die Entwicklungen innerhalb Blood & Honour nach dem Unfalltod des Gründers Ian Stuart Donaldson zurück. Stuart hatte Blood & Honour als Zusammenschluss von neonazistischen Musikgruppen, Produzenten und Vertrieben gegründet, um sie stärker in die aktive politische Tätigkeit einzubinden. Zunächst noch Teil der National Front, spaltete sich Blood & Honour schon bald von dieser ab und entwickelte ein eigenes, über die Grenzen zum kontinentalen Europa reichendes Netzwerk. Nach dem Tod der Nazi-Ikone Stuart entflammten in dem Netzwerk harte Auseinandersetzungen. Unter der Führung des lokalen Neonaziführers und Kleinkriminellen Charlie Sargent, der im Übrigen für den britischen Geheimdienst arbeitete, entwickelte sich in der Folge die Gruppe Combat 18 zu einer Art bewaffneter Schutz- und Geldeintreibertruppe von Blood & Honour: Ziel dieser Truppe war es, die verschiedenen Bands, insbesondere aber die Vertriebe, die ja das für die politische Arbeit benötigte Geld hereinbrachten, bei der Stange zu halten.

Combat 18 wurde zunehmend zu einem Synonym für entfesselte Gewalt. In den 1990er Jahren betätigte sich die Gruppe in der Öffentlichkeit nicht länger nur als Neonazi-Schlägertruppe, sondern auch als Terrorgruppe. Beispielsweise wurde im Rahmen einer längeren Auseinandersetzung mit konkurrierenden Musikvertrieben in England und Schweden eine Gruppe dänischer Anhänger dazu angestiftet, mehrere Briefbomben zu bauen und zu verschicken. Die Gruppe wurde gefasst. Combat 18 zerfiel, nachdem die Entlarvung von Sargent als Spitzel zu gegenseitigen Morden bzw. Mordversuchen geführt hatte. Heute ist Combat 18 in England kaum mehr existent.

... der bewaffnete Arm ...

Doch ihr Ruf eilt ihr immer noch voraus. Dazu beigetragen hat nicht unwesentlich die schwedische Blood & Honour-Sektion, die seit einigen Jahren den entsprechenden ideologischen Überbau liefert. Unter dem Pseudonym "Max Hammer" präsentierte Blood & Honour Scandinavia eine Fieldbook genannte Anleitung, in der Combat 18 als bewaffneter Arm von Blood & Honour definiert wird. Ideologisch wird dabei Bezug genommen auf die in den USA verbreiteten Aufrufe zur Leaderless Resistance. Propagiert wird der bewaffnete Rassenkampf, in dem zunächst das so genannte zionistische Besatzungsregime beseitigt werden müsse, bevor die White Power ihr Glück finden kann. Diese neofaschistische Ideologie hatte bereits zur Gründung von Blood & Honour in England Resonanz gefunden. Dass sie sich auch in Deutschland mehr und mehr verbreiten kann, obwohl die deutsche Neonazi-Szene seit Jahrzehnten zumindest vordergründig sehr legalistisch am Projekt "Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, politischer Kampf um die Wiederzulassung der NSDAP" arbeitet, zeigt zweierlei: Die führenden Nazi-Kader haben begriffen, dass der Rechtsrock ihnen den Zugang zu einer breiten Masse potenzieller AnsprechpartnerInnen liefert. Rechtsrock ist Teil eines integrationsfähigen Lebenskonzeptes, zu dem Symbole, Life-Style, Mode und ein Lebensgefühl gehören. Zudem liefert die aus den USA importierte White-Power-Rassenkampf-Ideologie geeignete Bilder und Stimmungen. Der offen präsentierte Gewalthype, der sich einerseits in erheblichem Waffenfetischismus und andererseits in der positiven Bezugnahme auf Holocaust und rassistisch motivierte Gewaltfantasien äußert, dekoriert die Begleitmusik zu Mord und Totschlag.

Andererseits verfügt die militante Neonazi-Szene heute über eine deutlich größere Integrationsfähigkeit als noch vor 15 Jahren. Die Verwendung von Styles und Inhalten, die eigentlich dem Selbstbild entgegenstehen, bereitet heute keinerlei Schwierigkeiten mehr. Im Gegenteil: Die deutsche Rechtsrockszene zeigt sich unglaublich offen für die Adaption bisher von links besetzter Styles: Hardcore wird als Hatecore adaptiert, Dark Wave, der seinen Ursprung bei Bands wie The Cure hat, wird längst von rechten Bands mitgeprägt, Satanismus findet im Black Metal den Schulterschluss mit denjenigen Kameraden, die eigentlich am liebsten zum rechten Liedermacher Frank Rennicke schunkeln.

Der angebliche Anführer der nun von der Polizei ausgehobenen Pinneberger Combat-18-Gruppe ist Klemens Otto. Otto stammt aus dem Umfeld des verbotenen Hamburger Sturms. Unter dem Einfluss von Christian Worch und Thomas Wulff wurde im Rahmen dieser Organisation seit Ende der 1990er Jahre zahlreiche neue Kader aufgebaut, darunter z.B. Tobias Thießen (jetzt Aktionsbüro Nord), Torben Klebe (verurteilt wegen Beteiligung am Handel mit verbotenen CDs) oder Jan Steffen Holthusen. Auch Peter Borchert entwickelte sich in diesem politischen Umfeld zum Dauerredner auf Demonstrationen der Freien Kameradschaften. Phasenweise fungierte Borchert als Sprecher des Neumünsteraner Club 88 und war auch im Rahmen von Konzertveranstaltungen, die dem Blood & Honour-Netzwerk zugerechnet werden, als Mitveranstalter aufgetreten.

Bereits im Jahr 2000 machte Klemens Otto, mit seiner nach Hamburger Vorbild Pinneberger Sturm bzw. später Kameradschaft Pinneberg genannten Gruppe durch regelmäßige gewalttätige Übergriffe von sich reden. Trotz zwischenzeitlicher Inhaftierung Ottos gelang es der Gruppe in den Jahren 2000 bis 2001, ein Klima von Angst und Schrecken in der Region zu verbreiten. Überfälle, Anschläge und offene Morddrohungen waren an der Tagesordnung. Ende 2001 ließen diese Aktivitäten von Seiten der Kameradschaft Pinneberg nach; die Protagonisten verschwanden mehr und mehr aus dem Blick der Öffentlichkeit. Otto zog nach Neumünster und nahm dort eine Arbeit in einem Tätowierstudio auf, andere Neonazi-Aktivisten ließen sich die Haare wachsen und kleideten sich unauffällig. Politische Aktivitäten wurden nun zunehmend von einer durch andere "Kameraden" gegründeten Kameradschaft Elbmarsch durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt war die Kameradschaft Pinneberg bereits bei Drohungen und durch Schmierereien unter den Namen Combat 18 aufgetreten. Nach Angaben des LKA Kiel war auch der als zweiter Mann festgenommene Marco H. an kriminellen Handlungen der Kameradschaft Pinneberg beteiligt und gemeinsam mit Klemens Otto für Blood & Honour aktiv.

Aktivitäten des Blood & Honour-Netzwerkes wurden vor, während und nach dem Verbot der Organisation im September 2000 ungestört durchgeführt, der CD-Handel praktisch ohne Unterbrechung fortgesetzt. So fand beispielsweise im Februar 2001 in Hamburg ein Konzert statt, das mit großer Wahrscheinlichkeit von und für Blood & Honour-Strukturen organisiert wurde. Im April 2001 sollte in Kiel ein Konzert durchgeführt werden, bei

dem - nach Angaben der Kieler Polizei - die Band Kraftschlag anlässlich der Haftentlassung ihres Sängers Jens Uwe Arpe spielen sollte. Das Konzert wurde jedoch von der Stadt Kiel verboten.

... der Blood & Honour-Bewegung agieren"

Kraftschlag stammt ursprünglich aus Itzehoe. Die Band verfügt seit je her über beste Kontakte zu Blood & Honour Skandinavia. Arpe beteiligte sich an der Erstellung der Blood & Honour-Verkaufsvideos Kriegsberichter, die an Widerwärtigkeit und Volksverhetzung kaum zu überbieten sind. Konzertveranstaltungen fanden auch im Club 88 in Neumünster statt.

Nicht alleine angesichts der mageren Funde (vier Faustfeuerwaffen und zwei Schrotflinten) bei der polizeilichen Großaktion darf bezweifelt werden, dass hier eine keimende Terrorzelle ausgehoben wurde. Zwar spielen seit Jahrzehnten Waffen in der militanten rechten Szene eine große Rolle, tatsächlich gibt es aber momentan keinen Anhaltspunkt dafür, dass terroristische Aktivitäten gegen vermeintliche oder tatsächliche politische GegnerInnen geplant sind. Sprengstoffanschläge wie auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Galinski, auf die Ausstellungsräume der Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht in Saarbrücken oder auf einen Sendemast bei Lübeck bleiben eher vereinzelte Aktionen.

Allerdings leben Gruppen wie Blood & Honour von ihrem Nimbus als Elite der härtesten Neonationalisten. Um dieses Selbstbild aufrechterhalten zu können, müssen sie sich mit dem von ihnen verwendeten und zur Schau gestellten Gewaltpotenzial von dem Rest der Szene absetzen. Der Umgang mit Waffen und der tatsächliche Einsatz von Gewalt - auch innerhalb der Szene - ist daher zwangsläufig. Dies dürfte auch schon deshalb notwendig sein, weil etliche Geschäftemacher wenig geneigt sind, freiwillig Teile ihrer Verkaufserlöse aus dem Rechtsrockvertrieb für die politische Arbeit zur Verfügung zu stellen. Während die Band Kraftschlag im vergangen Jahr noch die bürgerlichen Gerichte bemühte, um den angeblich nicht autorisierten Vertrieb einer CD durch einen kommerziellen Rechtsrockvertrieb zu untersagen, dürfte der entsprechende Besuch einer mehr oder weniger gut bewaffneten Truppe deutlich schneller zum gewünschten Ziel führen. Zumal beim Vertrieb von illegalen CDs und bei Vertrieben, die nur halblegal fungieren, legale Drohungen ohnehin von vornherein als wirkungslos ausscheiden.

Vor diesem Hintergrund muss die Gründung der Pinneberger Combat-18-Gruppe also vor allem als notwendige Fortsetzung von Blood & Honour-Aktivitäten angesehen werden. Die Landespolizei dürfte allerdings Schwierigkeiten bekommen, ihre großspurigen Erfolgsmeldungen auch in Verurteilungen umzusetzen zu können: Da bis heute vom Bundesinnenministerium behauptet wird, Blood & Honour sei mit dem Verbot im Jahr 2000 zerschlagen worden, müssen die Ermittlungen auf die konkrete Durchführung und Planung von Gewalttaten, den lokalen Handel mit CDs und den Waffenbesitz/-handel beschränkt bleiben. Ermittlungen, die die bundesweiten und internationalen Aktivitäten ins Visier nehmen, sind offensichtlich nicht erwünscht.

Enough is enough

Enough is enough. Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg, Schweffelstraße 6, 24118 Kiel

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:07

Giangiacomo Feltrinelli

Die erstmals 2001 in deutscher Übersetzung erschienene Biografie des linken italienischen Verlegers Giangiacomo Feltrinelli gibt es jetzt auch als Taschenbuch: die Geschichte eines außergewöhnlichen Revolutionärs, aber auch ein Panorama der italienischen Geschichte seit dem antifaschistischen Befreiungskampf, an dem Feltrinelli aktiv beteiligt war, über die kommunistische Gegenkultur nach Kriegsende bis hin zu den Aktionen der Neuen Linken und der faschistischen "Strategie der Spannung" seit 1969. Autor des Buches ist Feltrinellis 1962 geborener Sohn Carlo. Neues über Feltrinellis Tod im März 1972 enthält das Buch kaum: Feltrinelli starb unter nach wie vor ungeklärten Umständen neben einem Strommast außerhalb Mailands. Dass er bei einem Anschlagsversuch seiner konspirativen GAP (Gruppi d'Azione Partigiana) verunglückte, erscheint nach der Lektüre allerdings plausibler als die immer wieder kolportierte Mordthese. Im Zentrum der Darstellung steht Feltrinellis verlegerisches Wirken. Sein größter Erfolg war 1957 die erstmalige Veröffentlichung von Boris Pasternaks "Doktor Schiwago" - gegen den Willen der Sowjetbehörden wie auch des PCI, dem Feltrinelli seit 1945 angehört hatte. Die "Schiwago-Geschichte" sei der "Schlüssel" zum Verständnis des Verlegers, meint der Biograf. Sie nimmt in dem Buch noch breiteren Raum ein als etwa die Schilderung von Feltrinellis zahlreichen Treffen mit Fidel Castro - den Geheimdiensten galt Feltrinelli als führender Vertreter des "Castrismus" in Europa. Seit den 1960ern publiziert der Verlag massenhaft politische Gebrauchstexte. Feltrinelli radikalisiert sich, und geht nach dem faschistischen Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank (Dezember 1969; 16 Tote) in den Untergrund, weil er einen Rechtsputsch befürchtet. "Als Verleger, als politischer Verleger, war er gut und gefährlich, nicht als Revolutionär", hat Carlo Feltrinelli vor zwei Jahren in einem Interview gesagt. Ein hartes Urteil, das keineswegs eine Verdammung von Feltrinellis politischen Irrwegen bedeutet.

Carlo Feltrinelli: Senior Service. Das Leben meins Vaters Giangiacomo Feltrinelli. München (dtv) 2003, 462 Seiten, 15 EUR

Cato Bontjes van Beek

Cato Bontjes van Beek gehört zu den weniger bekannten antifaschistischen Widerstandskämpferinnen. 1921 als Tochter der Tänzerin Olga Breling und des berühmten Keramikers Jan Bontjes van Beek geboren, lernt sie nach Kriegsbeginn Libertas Schulze-Boysen kennen und kommt dadurch in Kontakt zur Roten Kapelle. Sie beteiligt sich am Verfassen von Texten und an der Herstellung von Flugblättern. Am 20. September 1942 wird sie von der Gestapo verhaftet und am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee wegen Beihilfe zum Hochverrat hingerichtet. An diesem Tag werden ab 19 Uhr im Drei-Minuten-Takt 16 Menschen durch das Fallbeil ermordet. Als Catos Mutter nach Kriegsende die Rehabilitation ihrer Tochter betrieb, wurde die antifaschistische Überzeugung ihrer Tochter angezweifelt. Der Antrag wurde mit dem Verweis auf die Spionagetätigkeit der Roten Kapelle abgelehnt - Spionage sei in allen Staaten strafbar. Erst 1958 wurden Cato Bontjes van Beeks Motive für den Widerstand gegen das NS-Regime gewürdigt. Hermann Vinke ist ein lesenswertes Porträt der Widerstandskämpferin gelungen. Anschaulich zeigt er ihren persönlichen Hintergrund und die daraus resultierenden Motive für die entschiedene praktische Gegnerschaft zu Nazideutschland. In dem Buch wird einmal mehr die Heterogenität der Widerstandsorganisation Rote Kapelle deutlich, zu deren Mitgliedern Menschen mit ganz unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft und Motivation gehörten. Hermann Vinke gelingt es anschaulich darzustellen, warum Cato Bontjes van Beek auch auf Grund des staatlichen Umgangs mit WiderstandkämpferInnen in der Nachkriegs-BRD eher zu den vergessenen Opfern des Nationalsozialismus zählt und warum das nicht so bleiben sollte.

Hermann Vinke, Cato Bontjes van Beek, "Ich habe nicht um mein Leben gebettelt". Ein Porträt. Arche Verlag, Zürich-Hamburg 2003, 224 Seiten, 18 EUR

Eric Hobsbawm

Eric Hobsbawms Erinnerungsbuch "Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert" kommt ohne jede in Autobiografien so häufig anzutreffende Selbstgefälligkeit aus. Der 1917 geborene große marxistische Historiker macht erstaunlich wenig Aufheben um sein an wissenschaftlichen Leistungen reiches Leben. Seine

Schilderung ist nüchtern, auch selbstkritisch und selbstironisch, wenn er die Illusionen seiner jungen Jahre beschreibt, ohne sich dafür zu schämen. Das gilt insbesondere für das Kapitel "Kommunist sein". Die Antwort auf die Frage, warum der Kommunismus - nicht nur in der Theorie, sondern auch in Gestalt der Sowjetunion, mit Stalin an der Spitze - "so viele der Besten meiner Generation angezogen" habe, schreibt Hobsbawm, gehöre "als ein zentrales Thema zur Geschichte des 20. Jahrhunderts". Mit dem Untergang des realsozialistischen Lagers, den er - mittlerweile Kommunist ohne Parteibuch - nicht beklagt, sieht er zwar keineswegs das Ende der Geschichte erreicht. Aber an revolutionäre Lösungen scheint er schon länger nicht mehr zu glauben. Schon die Revolte der Neuen Linken, vor allem im Pariser Mai 1968, war für seine Generation teilweise schwer nachvollziehbar. Zwar bemühte er sich, die Kluft zwischen der alten und der neuen Linken zu überwinden, bewundert insbesondere die Black Panthers, deren "einfältiger Leninismus" ihn rührt. Aber Anbiederung kam und kommt für ihn nicht in Frage - er bleibt auch in den rebellischen Kindertagen der Rockmusik dem Jazz treu und hält demonstrativ an der traditionellen Arbeitskleidung des Universitätsprofessors fest. Niemals würde er Jeans anziehen! "Das behinderte mich als Historiker der sechziger Jahre: Ich stand außerhalb von ihnen. Was ich über diese Zeit geschrieben habe, ist das, was ein Autobiograf schreiben kann, der nie Jeans getragen hat." Diese seltene Fähigkeit zur Selbstironie zeichnet Hobsbawms Erinnerungen aus. Es versteht sich von selbst, dass sie daneben anfechtbare politische Urteile enthält, so etwa die unvermittelt auf der vorletzten Seite formulierte und nicht näher begründete These, "dass das deutsche Europa, das nach einem Sieg des Kaisers entstanden wäre, möglicherweise eine bessere Lösung gewesen wäre als die Welt von Versailles"...

Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert. München und Wien (Hanser) 2003, 499 Seiten, 25 EUR

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:19

Road Map to Nowhere?

Es gibt Israelis und PalästinenserInnen, die sich der weiteren Polarisierung ihrer Gesellschaften entgegenstellen, es gibt Juden, Jüdinnen und AraberInnen, die in gegenseitiger Solidarität die Unteilbarkeit der Menschenrechte praktizieren: Ein Friedensprozess und ein Prozess der Demokratisierung von unten, zwischen den Fronten, gegen die Fronten. Auf einer Rundreise, die von medico international organisiert wird, berichten Miri Weingarten (Physicians for Human Rights - Israel) und Dr. Daoud Abdeen (Union of the Palestinian Medical Relief Committees) von der aktuellen Situation und ihrer Arbeit.

Köln, 21.11., 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Großer Saal; Gießen, 24.11., 19.30 Uhr, Fachhochschule, Wiesenstr. 11, Hörsaal G2; Stuttgart, 25.11., 19 Uhr, DGB-Haus, Willi Bleicher Str. 20; München, 26. 11., 19 Uhr, EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80; Freiburg, 27.11., 19.30 Uhr, DGB Haus, Hebelstr. 10; Berlin, 30.11., 20 Uhr, Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz, Roter Salon

Autonom Leben

Akute Finanznot, das ist etwas, mit dem nicht wenige soziale und emanzipatorische Projekte zu kämpfen haben. Autonom Leben e.V. ist ein Verein von unterschiedlich behinderten und unbehinderten Menschen, der sich dafür einsetzt, dass behinderte Menschen selbstbestimmt und in Würde leben können. Er betreibt unter anderem eine Beratungsstelle und leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Zu Gunsten von Autonom Leben findet in der AGMA-Zeitbühne ein satirischer Wochenausklang statt. Mit dabei sind Fanny Müller, Thomas Ebermann und Rainer Trampert und Rolf Becker. Die Karten zum Solipreis von 10 Euro können unter Tel.: 43290148 bestellt werden.

Hamburg, 23.11., 20 Uhr, AGMA-Zeitbühne, Gefionstr. 3, www.autonomleben.de

Die Fabriken gehören uns!

In Argentinien haben ArbeiterInnen in der Krise zur Selbsthilfe gegriffen, ihre von Pleite bedrohten Betriebe besetzt und selber wieder ans Laufen gebracht. Zur Zeit sind mehr als 150 Betriebe besetzt. Die bekanntesten dieser Betriebe sind die hochmoderne Kachelfabrik Zanon in Neuquén (Patagonien) und die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires. Hier machen die ArbeiterInnen immer wieder deutlich, dass es ihnen nicht nur um die Rettung ihrer Arbeitsplätze geht, sondern um eine andere Gesellschaft. Zanon gehört seit zwei Jahren den ArbeiterInnen. Brukman ist im April geräumt worden. Die Arbeiterinnen hatten seitdem in einem Streikzelt ausgeharrt und für die Rückgabe ihrer Fabrik demonstriert. Raúl Godoy von Zanon und Glady Figueroa, Aktivistin in der Fabrik Brukman, werden in verschiedenen Städten Deutschlands über ihre Erfahrungen berichten.

Hamburg, 24.11., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34; Stuttgart, 25.11., 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, Raum 245; Mannheim, 26.11., 19.30 Uhr, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstraße; Freiburg, 1.12., 19.30 Uhr, KTS, Baseler Str. 103

"Graue Wölfe" heulen wieder

Die extrem rechten türkischen "Grauen Wölfe" - "Bozkurtlar", wie sie sich selbst nennen - lassen in der BRD immer wieder von sich hören. Insbesondere nach den rassistischen Anschlägen Anfang der 90er Jahre, z.B. in Solingen, gelang es ihnen, "türkische" Jugendliche anzusprechen und deren Wut und Protest unter dem Motto "Zusammenhalt der Türken" zu instrumentalisieren. Kemal Bozay, u.a. Autor des Buches "Graue Wölfe heulen wieder", wird auf die Organisationen und Intentionen der türkischen extremen Rechten in der BRD eingehen und über die Geschichte und das politisch-ideologische Konzept der "Grauen Wölfe" berichten.

Düsseldorf, 26.11., 19 Uhr, Linkes Zentrum (Hinterhof), Corneliusstr. 108

Mujeres Libres

Die Mujeres Libres, Die Freien Frauen, der anarchistischen Bewegung zur Zeit des Spanischen Bürgerkriegs, unterstützten die Front, waren aber auch tätig, um die Emanzipation der Frauen, sei es der bürgerlichen

Frauen oder der aus der anarchistischen Bewegung, voranzutreiben. Sie kritisierten die verkrusteten Einstellungen selbst der eigenen Genossen gegenüber dem weiblichen Geschlecht, die ungerechte Rollenverteilung und wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen in Spanien und anderswo. Praktisch schlug sich ihre Arbeit in Alphabetisierungskampagnen, Fortbildungsmaßnahmen, Aufklärung der Frauen über ihren eigenen Körper und Hygiene, sowie über Empfängnisverhütung, nieder. Vera Bianchi ist Autorin des Buches "Feministinnen in der Revolution". Sie stellt in einem Diavortrag die Vereinigung revolutionärer Frauen vor.

Bonn, 5.12., 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn

Havanna-Quartett

Krimis-lesen genießt ja bei einigen Linken immer noch einen schlechten Ruf: Egal wer, wie und warum ermordet wurde, am Ende siegen immer die Detektive oder - noch schlimmer - die Staatsseite in Person eines pfiffigen Kommissars oder einer Kommissarin. Dass Krimis - neben dem Unterhaltungswert - durchaus progressiv sein können, zeigen nicht nur die Ariadne-Krimis und Autoren wie der Schwede Henning Mankell und der Kubaner Leonardu Padura. Letzterer wird in Hamburg aus seiner Krimi-Tetralogie "Havanna-Quartett" und "Ein perfektes Leben" lesen. Der Roman ist zum einen ein Psychogramm der Hauptfigur, des leicht melancholischen Polizeidetektiv Mario Condé, und zum anderen ein spannendes Abbild der kubanischen Gesellschaft.

Hamburg, 5.12., 20 Uhr, Buchladen in der Osterstr., Osterstr. 171

Das Ende der Neutralität

Im Rahmen des von den Dominanzmächten des Nordens beanspruchten globalen Kontroll- und Gewaltmonopols und der damit einhergehenden Militarisierung der internationalen Politik, fällt den sog. Non-Governmental-Organisations (NGO) eine immer aktivere Rolle zu. Bei der kriegerischen Durchsetzung einer "Neuen Weltordnung" agieren die NGO's unter dem Dach einer sog. Zivil-Militärischen-Kooperation zunehmend als humanitärer Arm der globalen Machtpolitik des Westens. Gerade als scheinbar völlig unverdächtige politische Kraft beteiligen sich NGO's konzeptionell, legitimatorisch und praktisch an dem Projekt eines imperialen Kontroll- und Gewaltmonopols. Thomas Seibert (medico international) spricht zur Rolle von NGO's im Weltordnungskrieg.

Essen, 2.12., 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100/p>

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.

Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich AutorInnen und ak-Redaktion

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de

45. Die Debatte geht weiter: Kommunismus - oder was?

LeserInnen antworten auf ak-Schwerpunkt 477

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:28

Der Schwerpunkt der letzten ak-Ausgabe stand im Zeichen eines Begriffs: Kommunismus. Zwei Veranstalterinnen des Kongresses "Indeterminate: Kommunismus", der Anfang November in Frankfurt stattfand, erzählten von der spannungsreichen Vorgeschichte des Events. Fünf ak-RedakteurInnen notierten aus ihrer jeweils persönlichen Sicht, was ihnen zum Schlag- und Stichwort "Kommunismus" einfällt. Und dann passierte etwas, was im Redaktionsalltag sonst leider nur allzu selten vorkommt: Wir bekamen Reaktionen, die wir gerne (in leicht gekürzter Form) hier dokumentieren - nebst einem Rückblick auf den Frankfurter Kongress.

- "Tanzt den (Öko-) Kommunismus! (It`s Rock `n roll, and I like it)"

- "Diffuse Antithese zum Kapitalismus? Für Science Fiction ist Kommunismus schon zu alt!

- "Offene Fragen und Räume"

- "Links hinter der Friedrichstraße"

- "Mehr Analyse und Kritik! Oder: Vom Einfachen, das schwer zu machen ist"

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.

Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich AutorInnen und ak-Redaktion

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de

46. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:47

Let's talk about Kommunismus, war das Motto der Oktober-ak, und selten zuvor hat eine Ausgabe dieser Zeitung so viele Rückmeldungen provoziert. Der Kommunismus-Schwerpunkt traf ganz offenbar einen Nerv: ak-AbonnentInnen und LeserInnen greifen zur Feder und hauen in die Tasten, junge Antifa-Gruppen unterschreiben ihre Flugblätter immer häufiger mit einem entschlossenen "Für den Kommunismus", und tausend Neugierige und Interessierte strömten Anfang des Monats zum "Kommunismus-Kongress" nach Frankfurt. Keine Frage: Was unter dem plötzlich wieder hippen Begriff zu verstehen ist, bleibt unklar, diffus und wahrscheinlich in hohem Maße strittig. Weisheiten gibt es wenige, Fragen hingegen zuhauf. Doch das Bedürfnis, diese Fragen zu stellen und über sie zu reden, ist offenbar groß, so groß wie die Neugier auf die diversen Antwortversuche.

Vielleicht ist die plötzliche Popularität dieses Klassikers auch ein Reflex auf die immer trostlosere nationale und internationale Gegenwart. Systemimmanente Alternativen zu Agenda 2010, Privatisierung, Neoliberalismus und Krieg sind entweder nicht in Sicht oder wenig überzeugend. Protest und Widerstand orientieren sich peu à peu an einem "Jenseits" von Kapitalismus. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und ein Leben in Würde und Freiheit sind innerhalb des Status quo nicht zu haben. Der Kommunismus-Boom korrespondiert somit beinahe folgerichtig mit dem Slogan der globalisierungskritischen Bewegung von der anderen Welt, die ebenso nötig wie möglich ist. Und auch wenn das alte Gespenst in Berlin nicht gesichtet wurde: Die 100.000 Menschen, die am 1. November den sozialen Kriegstreibern aller Fraktionen ihren Protest und ihre Wut entgegengestellt haben, könnten schnell genauso Teil der "wirklichen Bewegung", die Marx einst als Kommunismus bezeichnet hatte, werden, wie die unzähligen BesucherInnen des Europäischen Sozialforums in Paris. Uns soll's recht sein. Die Debatten wie auch die realen Bewegungsansätze um Alternativen zum alltäglichen und weltweiten "Terror der Ökonomie" werden wir in dieser Zeitung mit dem größten Vergnügen befördern.

Die neue ak dient diesem Zweck genauso wie die Nummer 4 unseres Magazins fantômas, das unsere AbonnentInnen mit dieser Ausgabe mitgeliefert bekommen. "Soziale Klassen soziale Kämpfe" - könnte ein Thema passender gewählt sein? Dass ihr jetzt beide Produkte in der Hand haltet bzw. käuflich erwerben könnt, liegt dabei nicht zuletzt an den Menschen, die beim Zeitung machen oft genug vergessen werden: denjenigen, die bei uns den Vertrieb organisieren. Sie hatten diesmal echte Schwerstarbeit zu leisten: Die fantômas beilegen; dazu noch eine Sonderbeilage des Münchener Antikriegsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz - das bedeutet zusätzliches Herumtüfteln nach der kostengünstigsten Verschickungsform. Im Rahmen einer "Rückholaktion" sind außerdem noch sämtliche ehemaligen AbonnentInnen der letzten drei Jahre angeschrieben worden. Deshalb an dieser Stelle ein lautes und öffentliches Danke schön an diejenigen, ohne die das ganze Recherchieren, Schreiben, Informieren und Kritisieren letztlich für die Katz' wäre.

die ak-Redaktion

47. 25.000 Euro für ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:48

Geldknappheit überall. Nein nicht überall. Nimmt man eine Broschüre der Abteilung Wirtschaftspolitik von ver.di und durchforstet sie nach Informationen über die Höhe des privaten Geldvermögens, so stößt man auf interesante Zahlen. Auf banale 3,7 Billionen Euro veranschlagt die Deutsche Bundesbank das private Geldvermögen im Jahr 2001. In Zahlen ausgeschrieben: 3.700.000.000.000 Euro. Eine Summe, die innerhalb von zehn Jahren um stolze 1,7 Billionen Euro von 2.000 Milliarden auf eben besagte 3.700 Milliarden angestiegen ist. Und wenn wir schon beim Zählen sind: Die reichsten zehn Prozent der bundesdeutschen Haushalte verfügen über mehr als 50 Prozent dieses Geldvermögens. Im Gegensatz dazu verfügen die untersten 25 Prozent der bundesdeutschen Haushalte über minus 1,5 Prozent. Im Fachjargon heißt das: Diese Haushalte haben "entspart". Im Klartext: Sie sind verschuldet.

Während ein halbes Prozent der erwachsenen bundesdeutschen Bevölkerung über ein Viertel des privaten Geldvermögens verfügt, besitzt eine Hälfte der bundesdeutschen Haushalte insgesamt nur knapp fünf Prozent des selben. Wohl gemerkt: Die anderen interessanten Dinge des (kapitalistischen) Lebens, nämlich Produktionsmittel und Immobilien, spielen bei dieser Rechnung keine Rolle. Die Umverteilungs- und Kürzungsorgie der Bundes- und Landesregierungen sind angesichts solcher Zahlen mehr als ein dicker Hund, was wir zwar schon immer wussten, aber ...

Zum Glück regt sich an vielen Stellen Protest, kommt es zu überraschenden Demozahlen, werden Sozialforen gegründet und wird publizistisch gegen die Missstände angeschrieben. Der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik mischt sich mit seinen beiden Medien ak und Fantômas kräftig in diesen Prozess mit ein. Zusätzlich haben wir im vergangenen Jahr viele Veranstaltungen organisiert. Sei es zu den Folgen des Irakkriegs, zum Umbau der Städte und dessen Folgen, zur Geschichte linker Organisationen, zum politischen Denken, zu Biopolitik oder zum Sozialabbau.

Dass dies in dieser Intensität möglich ist, liegt zum einen an dem hohen Engagement der Produzierenden und Referierenden, es liegt aber auch daran, dass der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik große Unterstützung durch Spenden erfährt.

Um auch im nächsten Jahr voll aktiv sein zu können (wir haben schon einiges in der Planungspipeline), braucht der Verein 25.000 Euro Spenden. Dafür versprechen wir, uns weiter in Diskussionen einzumischen, gute Analysen und gut recherchierte Artikel zu liefern, sozialen Bewegungen mit ihren Aktivitäten Raum in ak und Fantômas zu geben und nicht zuletzt: stets an der Verbesserung unserer Produkte weiterzuarbeiten.

Die Stimmung im Verein und in den Redaktionen ist gut, denn wir bekommen viel positive Resonanz. Die Auflage steigt (bescheiden, aber immerhin), Kompetenzen werden abgefragt. Und da ja bald Weihnachten ist, wünschen wir uns, dass sich unser Schwung auch auf die SpenderInnen überträgt. Denn ohne eure Unterstützung können wir das Ganze nun einmal nicht am Laufen halten.

Ein erster Anfang ist gemacht. Es sind bereits 5.741 Euro auf dem Spendenkonto eingegangen. Dafür bedanken wir uns bei den SpenderInnen ganz herzlich und freuen uns auf viele weitere - steuerabzugsfähige - Euroeingänge auf dem Konto des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik.

Eure ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

Bei Spenden über 50 Euro erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung, die euch zugesandt wird. Spenden unter 50 Euro könnt ihr steuerlich direkt mit dem Überweisungsträger absetzen.

48. Schwerpunkt: Musik und Politik

CD-Datei: daten/aksuche/ak478/sw_rechte_musik.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:478:sw_rechte_musik

Kann Musik die Welt verändern? Oder zumindest Einfluss nehmen auf diejenigen, die sie hören? Dies glaubte zumindest die alte und später auch die neue Linke, setzte sie doch ihre Hoffnung in den jeweiligen Sound zur Revolution - sei es in die Arbeitermusik der 1920er Jahre oder in die progressive Pop- und Rockmusik der 1960er Jahre. Wie ist das Verhältnis zwischen Musik und Politik? Kann Musik politisieren oder reagiert sie nur auf gesellschaftliche Entwicklungen? Michael Schmidt-Salomon widmet sich der Frage nach der Politisierungskraft von Musik. Die beiden anderen Texte beschäftigen sich mit rechter Musik. In den letzten Jahren konnte die Neonazi-Szene über Musik und subkulturelle Codes Anhänger gewinnen. Ralf Fischer beschreibt, mit welchen Mitteln die extreme Rechte um Hegemonie kämpft. Enough is enough konzentriert sich auf das rechtsextreme, internationale Musiknetzwerk Blood & Honor, das - trotz Verbot - in Deutschland offenbar weiterhin (vor allem) unter dem Namen Combat 18 aktiv ist.